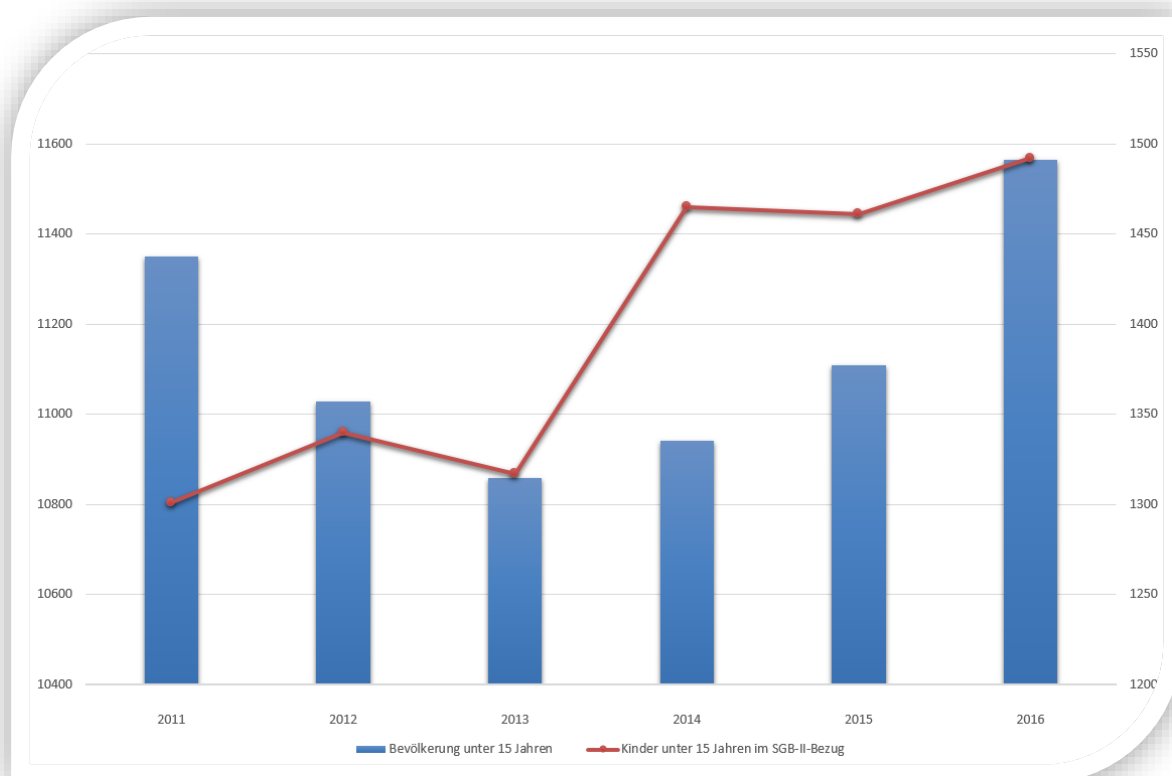


1. Sozialbericht

für den Landkreis Helmstedt (2019)



Landkreis Helmstedt
-Sozialplanung-

Vorwort

Sehr geehrte Leser*innen,

ich freue mich Ihnen den 1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt vorstellen zu können.

Der Landkreis Helmstedt befindet sich im Wandel! Vom einstigen Bergbaurevier wandeln wir uns zu einer attraktiven Wirtschafts- und Lebensregion. Damit uns dieser Wandel gelingt, dürfen wir die soziale Infrastruktur nicht aus den Augen lassen. Hierbei sind Kommunalpolitik und Verwaltung auf Ebene des Landkreises sowie auf Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in vielfältiger Weise gefordert. Beim weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, bei der bedarfsgerechten Entwicklung der Schullandschaft, bei der Armutsprävention, bei der Integration von Geflüchteten oder bei der Umsetzung der Inklusion – um nur einige Beispiele zu nennen. Der vorliegende Sozialbericht gewährt einen Einblick, wie vielfältig und unterschiedlich das soziale Leben im Landkreis Helmstedt ist.



Die Sozialberichterstattung steht am Anfang und Ende jedes Planungszyklus. Ihre Aufgaben sind die Beschreibung und Analyse von Lebenslagen und die Ableitung von Bedarfen. Die Sozialberichterstattung verfolgt mehrere Ziele. Als wichtigstes Ziel soll eine datenbasierte Handlungsgrundlage für die Kommunalpolitik und die Verwaltung geschaffen werden. Ein weiteres Ziel ist die Information der interessierten Öffentlichkeit über die soziale Lage und das Leben im Landkreis Helmstedt.

Der Sozialbericht dient auch als Grundlage für den Aufbau einer integrierten Sozialplanung. Diese hat das Ziel die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern sowie die Chancengerechtigkeit zu erhöhen und unterstützt Politik und Verwaltung bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur. Gelungene Sozialplanung erfordert eine geschäftsbereichsübergreifende, transparente und kommunikative Vorgehensweise sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung. Hier befinden wir uns schon auf einem guten Weg und schaffen mit dem Sozialbericht einen weiteren Baustein zur Zusammenarbeit.

Ich bin überzeugt, dass bereits wichtige Schritte für einen zukunftsfähigen Landkreis gemacht wurden und noch viele weitere folgen werden. Ich wünsche Ihnen eine interessante und gewinnbringende Lektüre und hoffe, dass Sie die vielfältigen Ergebnisse aus diesem Bericht für Ihre Arbeit in den politischen Gremien und Arbeitsgruppen, bei Trägern und Verbänden nutzen können.

Gerhard Radeck

Landrat

Inhaltsverzeichnis Sozialbericht

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Themenfeld Demografie	2
2.1. Bevölkerungsstand	4
2.2. Bevölkerungsentwicklung 2012-2017	6
2.3. Bevölkerungsvorausberechnung 2016-2026	8
2.4. Rohe Geburtenziffern	10
2.5. Sterbeziffern	12
2.6. Wanderungsraten	14
2.7. Wanderungsraten nach Motivgruppen	16
2.8. Verteilung der Altersgruppen in der Bevölkerung	18
2.9. Durchschnittsalter der Bevölkerung	20
2.10. Jugendquotient	22
2.11. Altenquotient	24
2.12. Abhängigenquotient	26
2.13. Aging-Index	28
2.14. Greying-Index	30
2.15. Anteil von Ausländer*innen an der Bevölkerung	32
2.16. Einbürgerungen	33
2.17. Eheschließungen und –scheidungen	34
3. Themenfeld Erwerbstätigkeit und Armut	36
3.1. Beschäftigungsquote	38
3.2. Beschäftigungsquote der Frauen	40
3.3. Pendlersaldo	42
3.4. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse	44
3.5. Geschlechtsspezifische Einkommensspreizung	46
3.6. Kaufkraft	47
3.7. Überschuldung	48
3.8. Verbraucherinsolvenzen	49
3.9. Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen	50
3.10. Arbeitslosigkeit	52
3.11. ALG-II-Empfänger*innen	54
3.12. Alleinerziehende in SGB-II-Bezug	56
3.13. Kinder in SGB-II-Bezug (Kinderarmutsquote)	58
3.14. Empfänger*innen von Grundsicherung ab 65 Jahren (Altersarmutsquote)	60
3.15. Mindestsicherungsquoten	62

4. Themenfeld Bildung und Erziehung	64
4.1. Elterngeld	66
4.2. Entwicklung der Kindertagesstättenplätze 2013-2018	68
4.3. Betreuungsquoten in Kindertagesstätten	70
4.4. Bildungs- und Teilhabepaket	72
4.5. Grundschüler*innen	74
4.6. Schulabschlüsse	76
4.7. Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss	78
4.8. Hilfen zur Erziehung	80
4.9. Jugendgerichtshilfe	81
5. Themenfeld Gesundheit und Pflege	82
5.1. Arztdichte	84
5.2. Erreichbarkeit von Krankenhäusern	86
5.3. Vorzeitige Sterblichkeit	88
5.4. Todesursachen	90
5.5. Menschen mit Schwerbehinderung	92
5.6. Pflegebedürftige	94
5.7. Hilfe zur Pflege	96
5.8. Entwicklung der Pflegeheimplätze 2015-2018	98
6. Themenfeld Wohnen und Mobilität	100
6.1. Flächennutzung	102
6.2. Wohnfläche je Einwohner*in	104
6.3. Wohnungsgrößen	106
6.4. Wohnungsarten	107
6.5. Belegungsdichte von Wohnungen	108
6.6. Miethöhen	109
6.7. Eigenheimpreise	110
6.8. Baulandpreise	111
6.9. Baugenehmigungsdichte	112
6.10. Wohngeld	113
6.11. Kriminalität	114
6.12. PKW-Dichte	116
6.13. Erreichbarkeiten	118
6.14. Verkehrsunfälle	120
7. Themenfeld Partizipation	122
7.1. Wahlbeteiligung	124
7.2. Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen	126
8. Zusammenfassung/Fazit	128

Abbildungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

Anhang

Impressum

Abkürzungsverzeichnis

ALG II	Arbeitslosengeld II
BA	Bundesagentur für Arbeit
BG	Bedarfsgemeinschaft
EC	EuroCity
EFH	Einfamilienhaus
ELB	Erwerbsfähiger Leistungsberechtigter
GB	Geschäftsbereich
GIS	Geoinformationssystem
GdB	Grad der Behinderung
HSBN	Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen
IC	Intercity
ICE	Intercity-Express
INKAR	Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung
KBA	Kraftfahrt-Bundesamt
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KomWoB	Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung
LGLN	Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen
LK	Landkreis
LSN	Landesamt für Statistik Niedersachsen
MFH	Mehrfamilienhaus
MUK	minderjähriges, unverheiratetes Kind
NBank	Investitions- und Förderbank Niedersachsen
NIW	Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PKW	Personenkraftwagen
SG	Samtgemeinde
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch - Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB VIII	Sozialgesetzbuch Aachtes Buch - Kinder- und Jugendhilfe
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch - Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
SGB XI	Sozialgesetzbuch Elftes Buch - Soziale Pflegeversicherung
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch - Sozialhilfe
ZFH	Zweifamilienhaus

1. Einleitung

Der vorliegende Sozialbericht verfolgt das Ziel über die sozialen Lebenslagen im Landkreis Helmstedt zu informieren. Er soll soziale Schieflagen aufdecken, Handlungsbedarfe aufzeigen und bei zukünftigen Fortschreibungen auch Entwicklungen darstellen. Der Sozialbericht soll eine Grundlage für die Fachplanungen des Landkreises sein und gleichzeitig als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für Politik und Verwaltung dienen. Er folgt dem Motto „Daten für Taten“. Die im Bericht enthaltenen Handlungsempfehlungen sind als erste Ideen und Denkanstöße zu verstehen, die vor einer Umsetzung detaillierter ausgearbeitet werden müssen.

Die Daten im Sozialbericht stammen aus verschiedenen Datenquellen und beziehen sich überwiegend auf das Jahr 2017. Die genaue Quelle und der jeweilige Datenstand sind jeweils bei den grafischen Darstellungen der Daten angegeben. Da nicht alle Daten kleinräumig vorliegen, wurde der Landkreis Helmstedt bei Daten, die nur auf Kreisebene vorliegen, mit den anderen Landkreisen sowie den kreisfreien Städten im Regionalverband Braunschweig verglichen. Dies sind die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie die Landkreise Gifhorn, Goslar, Peine und Wolfenbüttel. Des Weiteren wurden Vergleiche zu den niedersächsischen Landkreisen Holzminden, Schaumburg, Osterholz, Friesland und Wesermarsch gezogen, die dem Landkreis Helmstedt in ihrer Struktur ähnlich sind.

Zum 01.07.2017 wurde die Gemeinde Büddenstedt Teil der Stadt Helmstedt, sie ist daher in diesem Bericht nicht mehr einzeln aufgeführt. Nur bei einigen wenigen Indikatoren konnten die Daten aufgrund der jeweiligen Methodik noch nicht zusammengeführt werden.

Um den unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen im Landkreis Helmstedt gerecht zu werden, wurden Indikatoren aus den folgenden sechs Themenfeldern analysiert:

- Demografie
- Gesundheit und Pflege
- Erwerbstätigkeit und Armut
- Wohnen und Mobilität
- Bildung und Erziehung
- Partizipation

Ein Schwerpunkt liegt dabei besonders auf den Themenfeldern „Demografie“ sowie „Erwerbstätigkeit und Armut“, da diese die Entwicklung im Landkreis sowie die soziale (Un)gerechtigkeit besonders beeinflussen und ebenso auf die anderen Themenfelder Auswirkungen haben.

Alle sechs Themenfelder hätten wesentlich detaillierter betrachtet werden können, dies würde jedoch den Rahmen des Berichts deutlich sprengen. Daher soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass Themen wie Pflege, Inklusion, Integration, Bildung und Gesundheit im Landkreis Helmstedt sowie die Kindertagesstättenbedarfsplanung, die Schulentwicklungsplanung und die Jugendhilfeplanung im Sozialbericht nur sehr kurz angerissen, dafür aber in Fachberichten oder eigenen Projekten außerhalb dieses Berichts spezialisierter betrachtet und bearbeitet werden.

Im Anhang befindet sich für jede Gemeinde des Landkreises Helmstedt ein Datenblatt mit den wichtigsten Zahlen im Überblick.

2. Themenfeld Demografie

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den grundlegenden Fragen bezüglich der Bevölkerung im Landkreis Helmstedt. Wie viele Menschen leben in den einzelnen Kommunen? Wie alt sind die Einwohner*innen des Landkreises? Wo gibt es besonders viele Zu- oder Wegzüge? Wie viele Kinder werden im Landkreis geboren? Wo gibt es viele hochaltrige Menschen? Dies sind nur einige beispielhafte Fragen, die aber bereits zeigen wie umfangreich das Thema Demografie ist.

Ohne das Wissen über die Struktur und die Entwicklung der Bevölkerung lassen sich in Politik und Verwaltung nur schwer Entscheidungen treffen. Die demografischen Daten alleine geben zwar noch keine Antworten auf Fragen zur Planung und Entwicklung der sozialen Infrastruktur, sie sind aber die Grundlage aller weiteren Planungen, da der demografische Wandel starken Einfluss auf die benötigte soziale Infrastruktur im Landkreis Helmstedt hat. Um in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Angebot an Kindertagesstätten und Schulen vorhalten zu können, müssen die entsprechenden Nutzer*innen dafür vor Ort leben. Auf der anderen Seite muss auch für eine älter werdende Bevölkerung die notwendige Infrastruktur vorgehalten werden. Medizinische und pflegerische Versorgung werden mit zunehmendem Alter immer wichtiger, genauso wie die Versorgung mit Mobilitätsangeboten und barrierefreiem Wohnraum, um nur einige Beispiele zu nennen.

Am 31.12.2017 lebten im Landkreis Helmstedt 91.720 Menschen, von denen 49,6 % männlich und 50,4 % weiblich waren. Da das dritte Geschlecht in Deutschland rechtlich erst im Jahr 2018 eingeführt wurde, liegen hierzu für 2017 noch keine Daten vor (vgl. Kap. 2.1.).

Die Bevölkerung wuchs seit dem 31.12.2012 um 1,5 % an (vgl. Kap.2.2.). Die Bevölkerungsvorausberechnung für 2026 prognostiziert jedoch wiederum einen Rückgang der Bevölkerung um 2,4 % verglichen mit dem 31.12.2016 (vgl. Kap. 2.3.).

Im Jahr 2017 wurden im Landkreis Helmstedt 831 Kinder geboren (vgl. Kap. 2.4.), dem gegenüber stehen 1.333 verstorbene Personen (vgl. Kap. 2.5.). Es zogen 5.872 Menschen in den Landkreis, während 5.727 fortzogen (vgl. Kap. 2.6.). Hohe Wanderungsgewinne gibt es in der Gruppe der Familienwandernden (Personen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren und unter 17 Jahren, überwiegend vermutlich Eltern mit ihren Kindern). Hohe Wanderungsverluste gibt es in der Gruppe der Bildungswandernden, dies sind Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die überwiegend zu Ausbildungszwecken fortziehen (vgl. Kap. 2.7.).

Die Menschen im Landkreis Helmstedt sind durchschnittlich 46 Jahre alt (vgl. Kap. 2.9.). Von den Einwohner*innen sind 15,7 % unter 18 Jahre alt und 23,2 % sind 65 Jahre alt oder älter (vgl. Kap. 2.8.).

Zur Beschreibung der Altersstruktur einer Bevölkerung können verschiedene Demografie-Indikatoren verwendet werden. Dies sind der Jugend-, der Alten- und der Abhängigen-

quotient sowie der Aging- und der Greying-Index. Diese Indikatoren werden in den Kapiteln 2.10. bis 2.14. näher beschrieben. Der Jugendquotient für den Landkreis Helmstedt beträgt 30,0, der Altenquotient 39,4. Der Abhängigenquotient für den Landkreis hat einen Wert von 69,4. Der Aging-Index liegt bei 131,2 und der Greying-Index bei 43,4.

Am 31.12.2017 hatte der Landkreis Helmstedt 6.074 Einwohner*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, dies sind 6,6 % der gesamten Bevölkerung (vgl. Kap. 2.15.). Im Jahr 2017 wurden im Landkreis Helmstedt 64 Personen eingebürgert (vgl. Kap. 2.16.).

Im Jahr 2017 wurden im Landkreis Helmstedt 374 Ehen geschlossen und 186 geschieden.

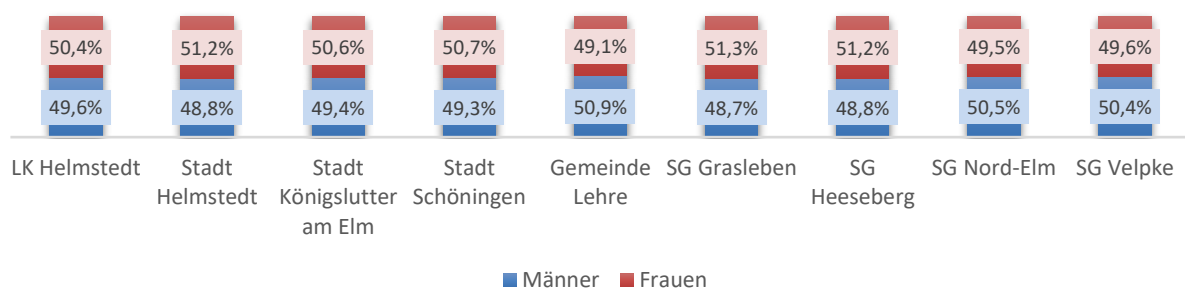
2.1. Bevölkerungsstand

Es werden der Bevölkerungsstand, die Fläche, die Einwohnerdichte und die Geschlechterverteilung in den Kommunen des Landkreises Helmstedt dargestellt.

Abb. 1: Übersichtskarte zur Bevölkerung im Landkreis Helmstedt



Abb. 2: Geschlechterverteilung in der Bevölkerung nach Kommunen



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabelle A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Die Zahl der Einwohner*innen bildet eine wichtige Basis für die Schaffung und Aufrechterhaltung vieler Angebote der sozialen Infrastruktur wie beispielsweise Kindertagesstätten, Schulen, Jugendzentren, Sport- und Freizeitanlagen, Einkaufsstätten oder kulturellen Einrichtungen.

Die größte Kommune im Landkreis Helmstedt ist die Stadt Helmstedt mit 25.803 Einwohner*innen, die Stadt Königslutter am Elm ist die zweitgrößte mit 15.774, gefolgt von der Samtgemeinde Velpke mit 12.665 Einwohner*innen. Auf Ebene der Samtgemeinden ist die Samtgemeinde Heeseberg mit 3.813 Einwohner*innen die kleinste. Auf Gemeindeebene gibt es zehn Gemeinden, die Mitglied einer Samtgemeinde sind und weniger als 1.000 Einwohner*innen haben. Die kleinste davon ist Beierstedt mit 365 Einwohner*innen. Die größte Mitgliedsgemeinde einer Samtgemeinde ist mit 4.652 Einwohner*innen die Gemeinde Velpke, die damit sowohl größer als die komplette Samtgemeinde Heeseberg als auch die ganze Samtgemeinde Grasleben ist.

Die Geschlechterverteilung der Bevölkerung in den Kommunen des Landkreises Helmstedt ist unauffällig. In der Gemeinde Lehre sowie den Samtgemeinden Nord-Elm und Velpke gibt es einen leichten Männerüberschuss, in den anderen Kommunen gibt es etwas mehr Frauen als Männer. Da das dritte Geschlecht in Deutschland rechtlich erst im Jahr 2018 eingeführt wurde, liegen hierzu für 2017 noch keine Daten vor.

Fazit / Handlungsempfehlungen

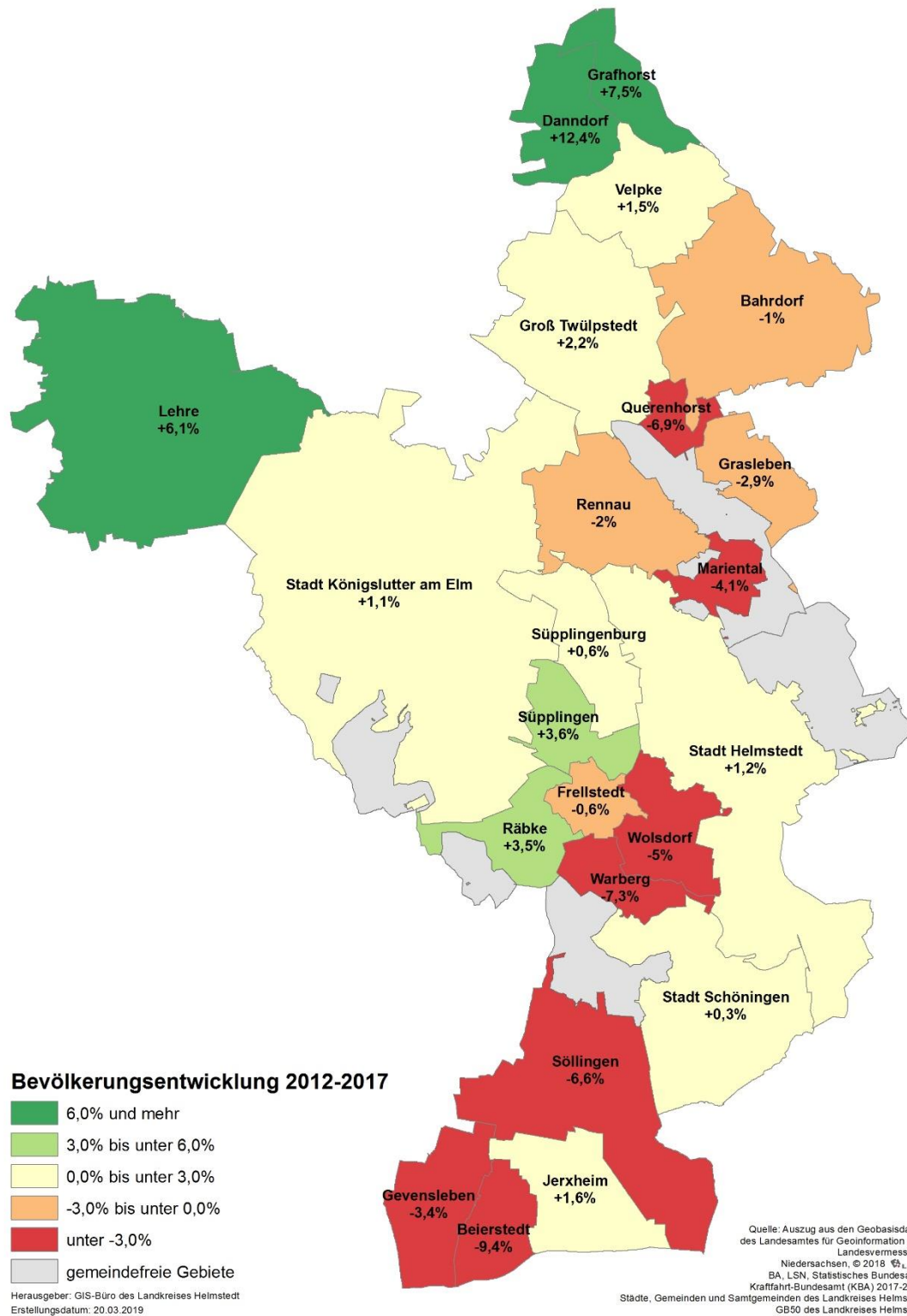
Gerade kleinere Kommunen müssen sich Gedanken machen, wie sie in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen und, ob sie noch genügend Einwohner*innen haben, um wichtige Infrastrukturangebote aufrechterhalten zu können. Es hat sich gezeigt, dass kleinteilige kommunale Strukturen von bevölkerungsarmen Gemeinden, die kaum finanziellen Handlungsspielraum haben, die Anpassung an die Bevölkerungsentwicklung erschweren (vgl. Berlin-Institut 2011: 73).

Insgesamt gehört der Landkreis Helmstedt zu den kleineren Landkreisen im Land Niedersachsen, wodurch die Pro-Kopf-Belastungen beispielsweise für die Verwaltung höher sind als in größeren Landkreisen und kreisfreien Städten.

2.2. Bevölkerungsentwicklung 2012-2017

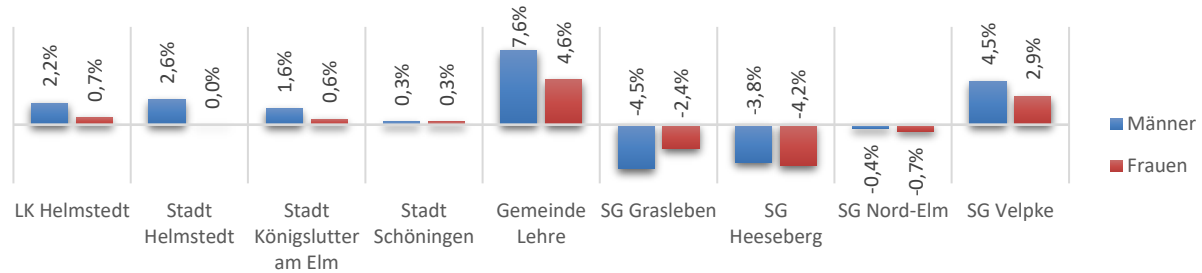
Analysiert wird die Bevölkerungsentwicklung vom 31.12.2012 bis zum 31.12.2017 auf Gemeindeebene insgesamt und auf Samtgemeindeebene nach Geschlechtern.

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung 2012-2017 der Städte und Gemeinden insgesamt



Stand: jeweils 31.12.; Quelle: LSN (Tabelle A100001G), eigene Berechnung

Abb. 4: Bevölkerungsentwicklung 2012-2017 in den Kommunen nach Geschlechtern



Stand: jeweils 31.12.; Quelle: LSN (Tabelle A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Die größten Bevölkerungszuwächse in den letzten fünf Jahren hatten die Gemeinde Lehre (6,1 %) und die SG Velpke (3,7 %). Innerhalb der SG Velpke hatten Danndorf (12,4 %) und Grafhorst (7,5 %) besonders hohe Zuwächse. Auch die Städte Helmstedt (1,2 %), Königslutter am Elm (1,1 %) und Schöningen (0,3 %) hatten von 2012 bis 2017 Zugewinne.

Die SG Nord-Elm (-0,5 %), die SG Grasleben (-3,4 %) sowie die SG Heeseberg (-4,0 %) sind insgesamt im Betrachtungszeitraum geschrumpft. Allerdings gibt es hier große örtliche Unterschiede. Während in der SG Nord-Elm die Gemeinden Süplingen (0,6 %), Rábke (3,5 %) und Süplingen (3,6 %) gewachsen sind, hatten die anderen drei Gemeinden zum Teil deutliche Einwohner*innenverluste. In der SG Grasleben hatten alle Gemeinden Einwohner*innenverluste. In der SG Velpke hatte Bahrdorf (-1,0 %) leichte Verluste, alle anderen Gemeinden sind gewachsen. In der SG Heeseberg hatte Jerxheim (1,6 %) Einwohnergewinne, die anderen drei Gemeinden sind geschrumpft. Den stärksten Bevölkerungsverlust hatte Beierstedt mit -9,4 %.

Auffällig ist, dass die hinzugewonnene Bevölkerung fast überwiegend männlich ist. Während die männliche Bevölkerung des Landkreises um 2,2 % gewachsen ist, ist die weibliche nur um 0,7 % größer geworden. Aufgeteilt nach Geschlechtern gab es in der Stadt Helmstedt bei den Frauen gar keinen Bevölkerungszuwachs, sondern nur bei den Männern. In den Kommunen, die gewachsen sind, ist der Anstieg bei der männlichen Bevölkerung fast immer größer als bei der weiblichen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

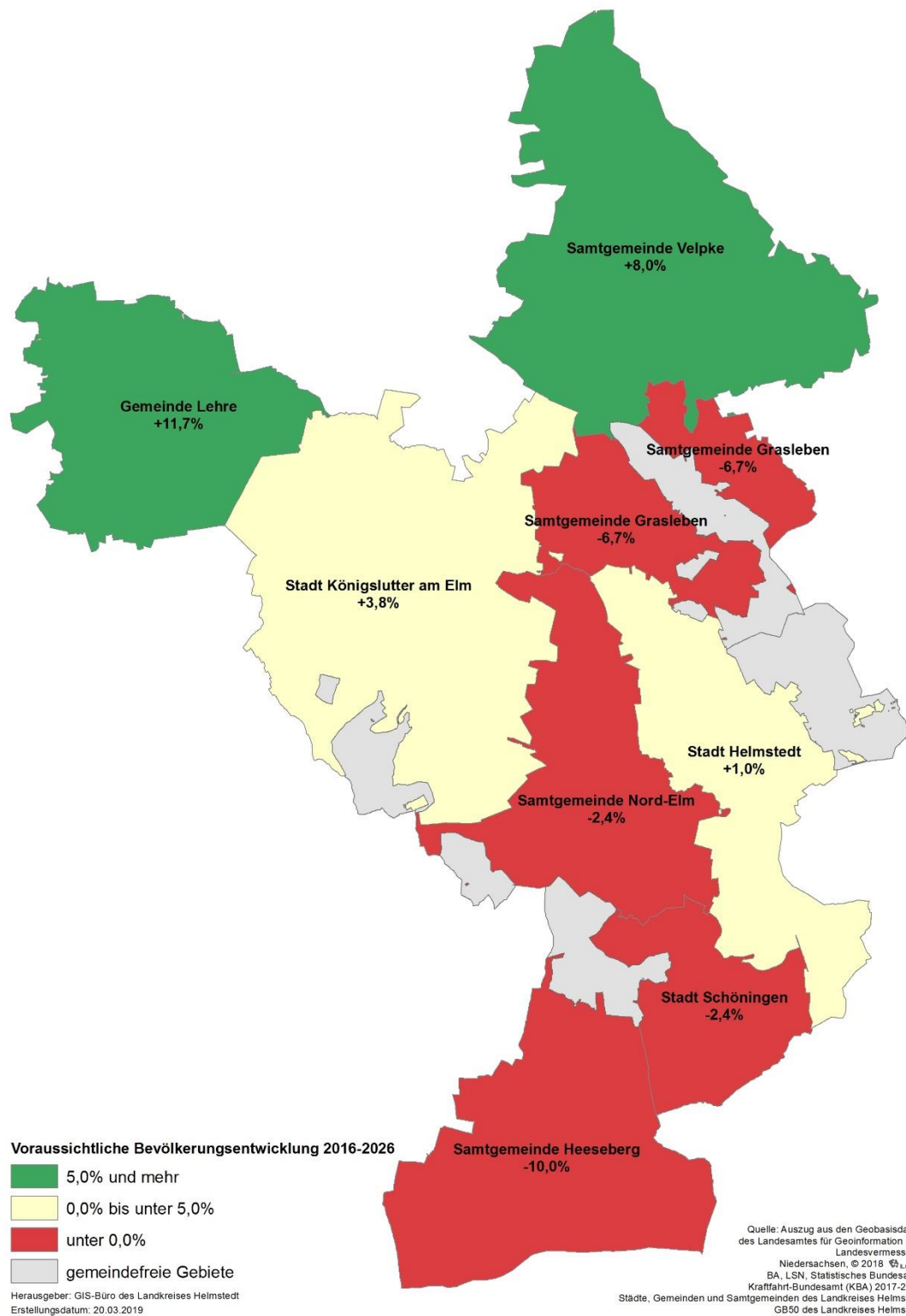
Die Veränderung der Zahl der Einwohner*innen bedeutet sowohl für wachsende als auch für schrumpfende Kommunen, dass sie sich an die neue Situation anpassen müssen. Schrumpfende Städte und Gemeinden müssen die vorhandene Infrastruktur an eine geringer werdende Nutzer*innenzahl anpassen. Wachsende Kommunen müssen gegebenenfalls neue Infrastrukturangebote schaffen.

Durch Angebote für bestimmte Zielgruppen wie beispielsweise Familien oder ältere Personen sowie eine zielgerichtete Baupolitik können Kommunen die Entwicklung ihrer Bevölkerung beeinflussen. Dies heißt aber nicht, dass nur neue Baugebiete ausgewiesen werden müssen, auch die Nachverdichtung oder die Möglichkeit zur Teilung großer Grundstücke schaffen neue Baumöglichkeiten. Des Weiteren sollte ebenso der Geschosswohnungsbau gefördert werden.

2.3. Bevölkerungsvorausberechnung 2016-2026

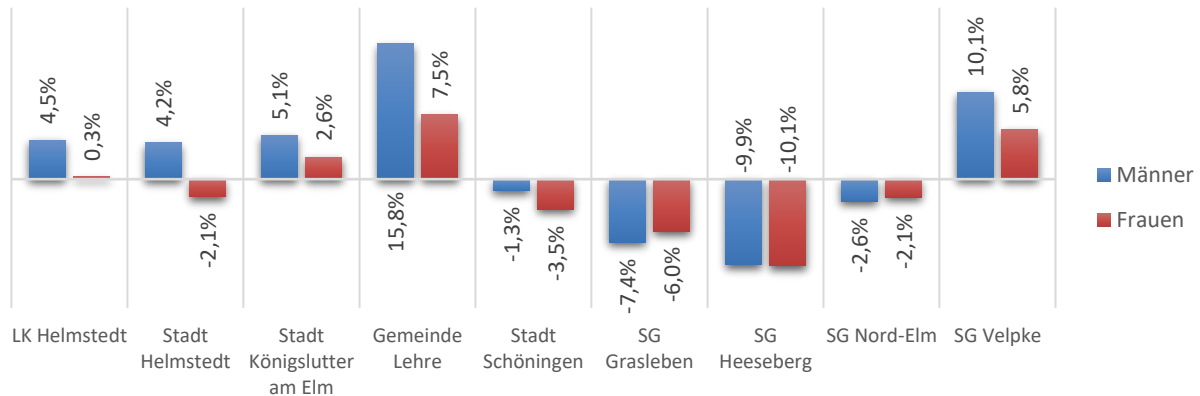
Es wird die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung vom 31.12.2016 bis zum 31.12.2026 dargestellt.

Abb. 5: Bevölkerungsvorausberechnung 2016-2026 in den Kommunen



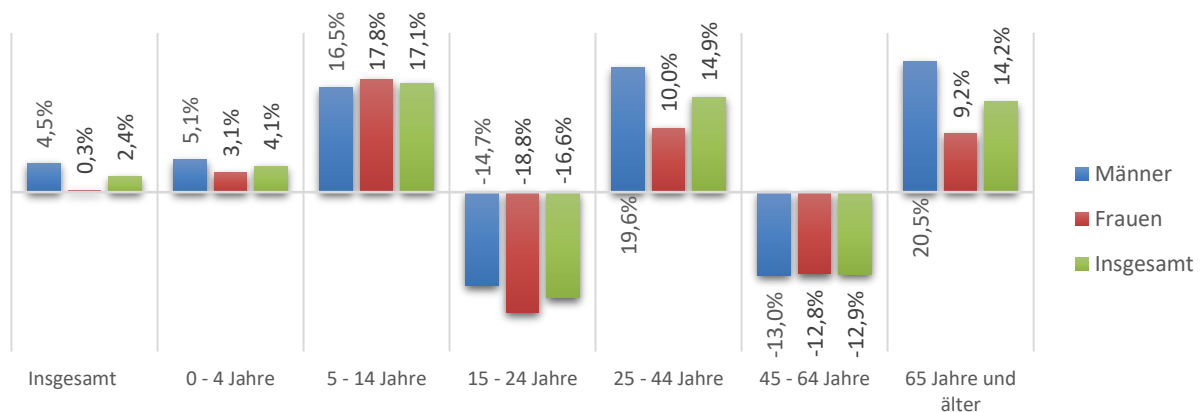
Stand: jeweils 31.12.; Quelle: LSN (Tabellen K011010 und A100002G), eigene Berechnung

Abb. 6: Bevölkerungsvorausberechnung 2016-2026 in den Kommunen nach Geschlechtern



Stand: jeweils 31.12.; Quelle: LSN (Tabellen K011010 und A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 7: Bevölkerungsvorausberechnung 2016-2026 auf Kreisebene nach Altersgruppen



Stand: jeweils 31.12.; Quelle: LSN (Tabellen K011010 und A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Voraussichtlich werden die Gemeinde Lehre (11,7 %), die SG Velpke (8,0 %), die Stadt Königsutter am Elm (3,8 %) und die Stadt Helmstedt (1,0 %) weiter wachsen. Am stärksten schrumpfen wird wahrscheinlich die SG Heeseberg (-10,0 %). Laut der Vorausberechnung wird im LK Helmstedt die Zahl der Männer noch stärker steigen als die Zahl der Frauen.

Bei der Betrachtung der Bevölkerungsvorausberechnung nach Altersgruppen wird deutlich, dass junge Menschen im Ausbildungsalter zwischen 15 und 24 Jahren den Landkreis eher verlassen werden. Zugewinne wird es voraussichtlich in der Altersgruppe von 25 bis 44 Jahren und bei den Menschen im Alter von 65 Jahren und älter geben.

Da es sich hierbei um Zahlen der Zukunft handelt, kann die tatsächliche Entwicklung selbstverständlich davon abweichen.

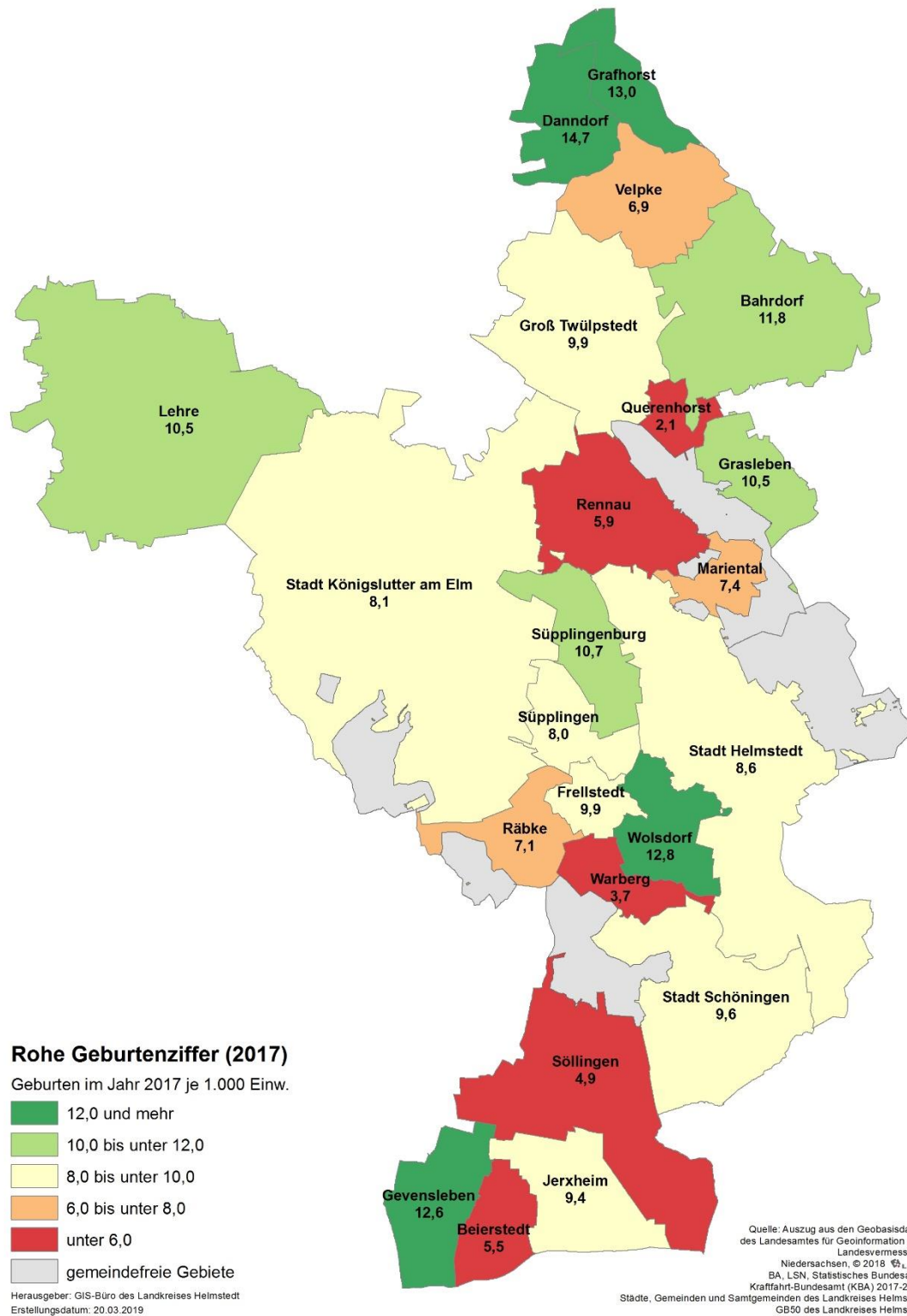
Fazit / Handlungsempfehlungen

Der Landkreis Helmstedt und seine kreisangehörigen Kommunen können sich einerseits auf die erwartete Entwicklung einstellen und Infrastrukturen bedarfsgerecht anpassen. Andererseits kann durch die Schaffung zielgruppenspezifischer Angebote die Entwicklung der Bevölkerung leicht beeinflusst werden.

2.4. Rohe Geburtenziffern

Die rohe Geburtenziffer gibt an, wie viele Kinder je 1.000 Einwohner*innen in einer Stadt oder Gemeinde geboren wurden.

Abb. 8: Rohe Geburtenziffern in den Städten und Gemeinden



Analyse

Der Landkreis hatte im Jahr 2017 insgesamt eine rohe Geburtenziffer von 9,1.

Im Landkreis Helmstedt gab es in der Gemeinde Danndorf im Jahr 2017 die höchste rohe Geburtenziffer mit 14,7 Geburten je 1000 Einwohner*innen.

Auch die Gemeinden Grafhorst (13,0), Wolsdorf (12,8), und Gevensleben (12,6) hatten rohe Geburtenziffern, die über 12 lagen.

Bei den Samtgemeinden wies die SG Velpke (10,3) die höchste rohe Geburtenziffer vor der SG Nord-Elm (8,7), der SG Grasleben (8,2) und der SG Heeseberg (7,6) auf.

Absolut gesehen gab es in der Stadt Helmstedt die meisten Geburten (222), allerdings leben hier auch die meisten Menschen im Landkreis.

Im Anhang findet sich für jede Stadt und Gemeinde im Landkreis Helmstedt die genaue Zahl der Geburten im Jahr 2017.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Die Zahl der Geburten hat einen erheblichen Einfluss auf die demografische Entwicklung einer Stadt oder Gemeinde. Je mehr Kinder geboren werden, desto jünger wird die Bevölkerung. Wenn mehr Kinder geboren werden als Personen versterben, wächst die Bevölkerung. Andererseits hat die vorhandene Bevölkerungsstruktur eines Gebiets auch Einfluss auf die Geburtenziffer. In Orten, in denen nur wenige Frauen im gebärfähigen Alter leben, werden naturgemäß auch weniger Kinder geboren.

Die Betrachtung der rohen Geburtenziffern bzw. der Geburtenzahlen lässt Aussagen über zukünftige Bedarfe im Bereich der Kindertagesstätten sowie der Schulen zu.

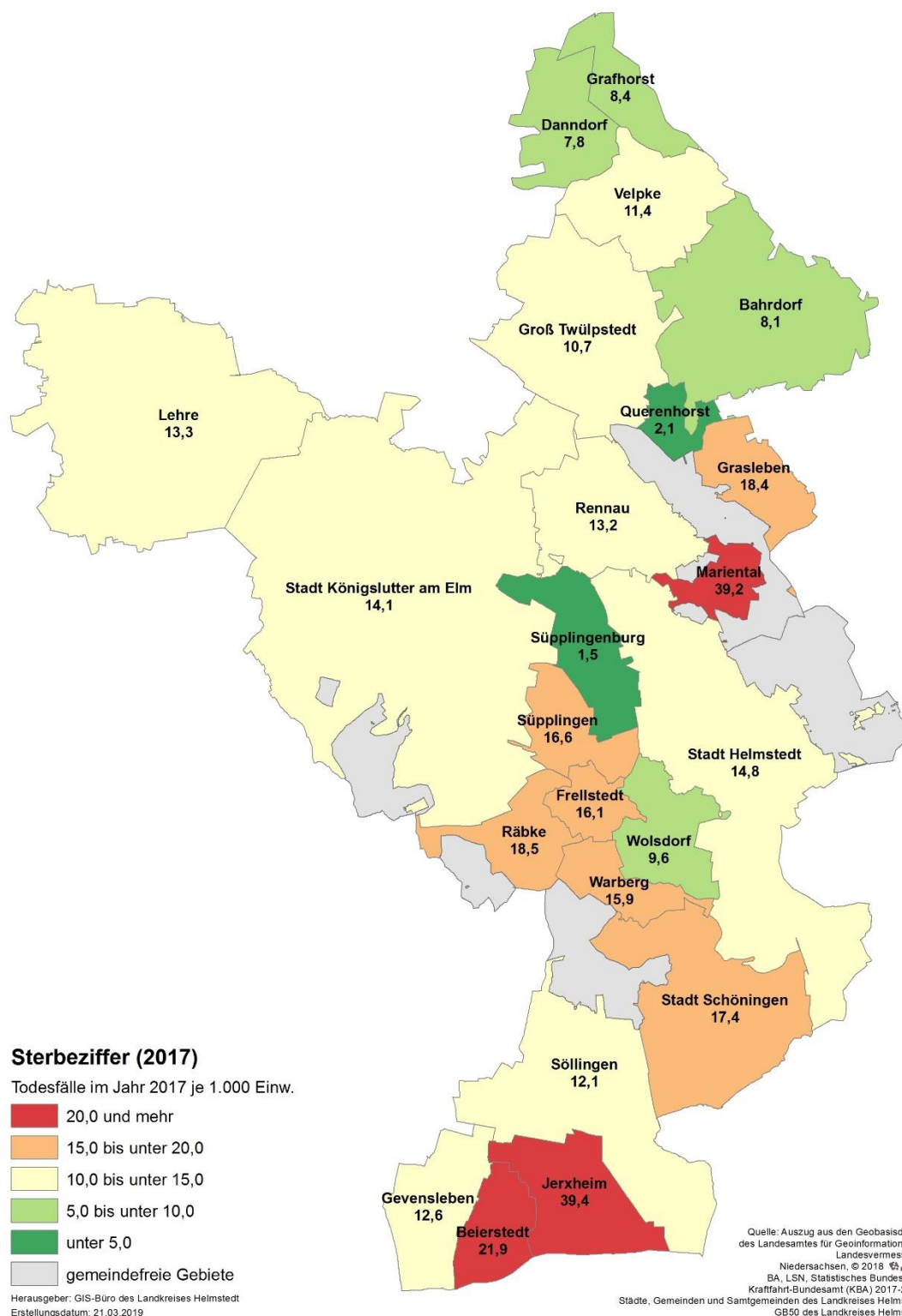
Es können hierdurch Rückschlüsse auf die zukünftigen Bedarfe in der Kinder- und Jugendarbeit gezogen werden.

Zur guten Versorgung schwangerer Frauen bzw. junger Mütter und ihren Neugeborenen muss sichergestellt sein, dass es ausreichend Hebammen bzw. Geburtshelfer vor Ort gibt. Dies ist für Paare mit Kinderwunsch möglicherweise ein Kriterium bei der Wahl des zukünftigen Wohnortes. Zur Unterstützung werdender Eltern könnte eine Hebammenzentrale für den Landkreis Helmstedt eingerichtet werden, die eine bessere Übersicht der vorhandenen Angebote in der Hebammenversorgung bietet (vgl. Landkreis Helmstedt/ Landkreis Wolfenbüttel 2019: 4).

2.5. Sterbeziffern

Die Sterbeziffer gibt an, wie viele Personen je 1.000 Einwohner*innen in einer Stadt oder Gemeinde im Jahr 2017 verstorben sind.

Abb. 9: Sterbeziffern in den Städten und Gemeinden



Analyse

Die Sterbeziffer im Jahr 2017 im Landkreis Helmstedt betrug insgesamt 14,5.

Im Landkreis Helmstedt gab es in der Gemeinde Jerxheim im Jahr 2017 die höchste Sterbeziffer mit 39,4 Verstorbenen je 1000 Einwohner*innen.

Die Gemeinden Mariental (39,2), Beierstedt (21,9), Rábke (18,5) und Grasleben (18,4) hatten ebenfalls sehr hohe Sterbeziffern.

Bei den Samtgemeinden waren die Sterbeziffern in der SG Heeseberg (21,9) und der SG Grasleben (19,6) hoch. Die Sterbeziffern der SG Nord-Elm (13,8) und der SG Velpke (9,8) lagen deutlich darunter.

Im Anhang findet sich für jede Stadt und Gemeinde im Landkreis Helmstedt die genaue Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017.

Fazit / Handlungsempfehlungen

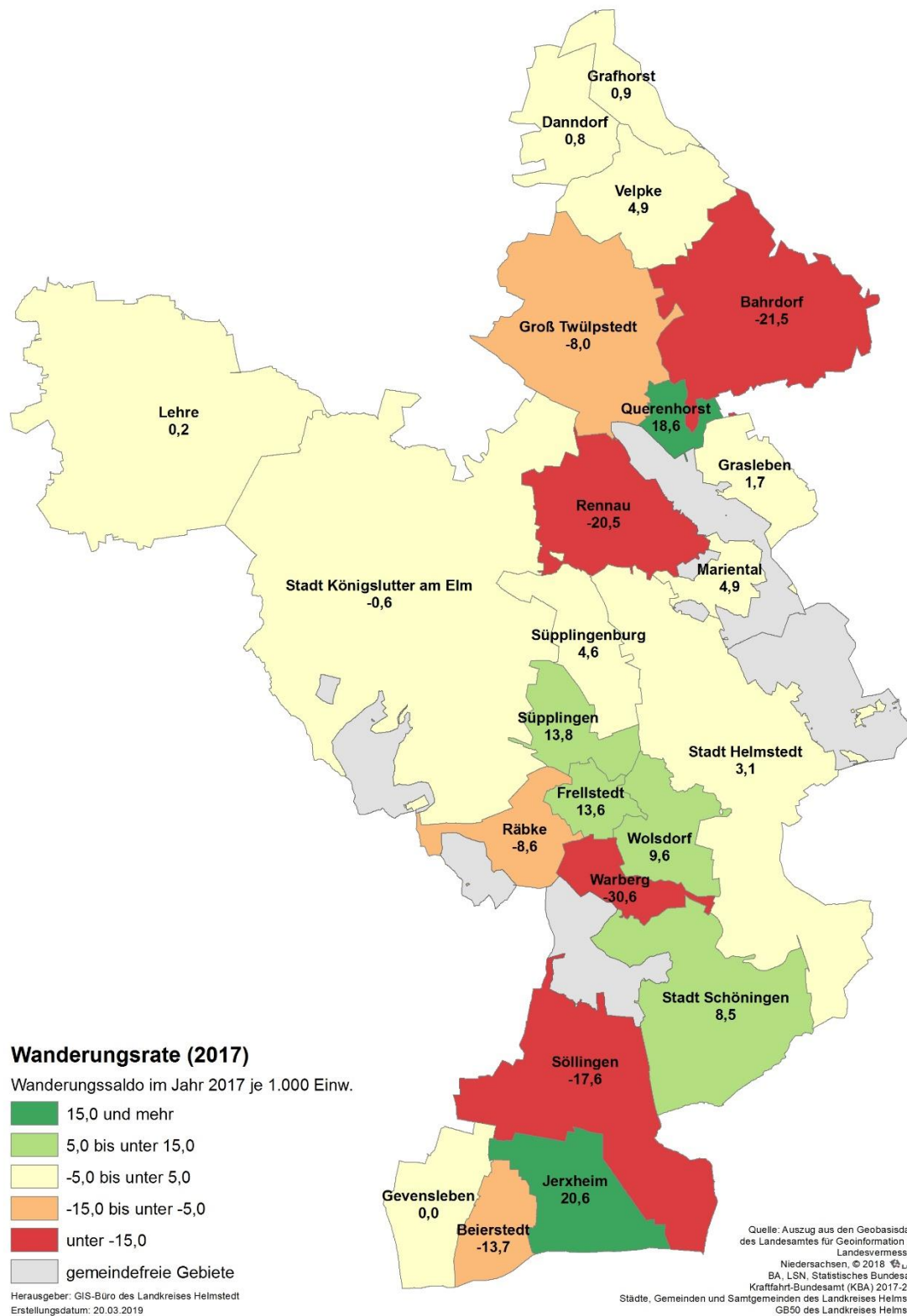
Die Zahl der Sterbefälle hat starken Einfluss auf die demografische Entwicklung vor Ort. Wenn mehr Personen versterben als Kinder geboren werden schrumpft die Bevölkerung.

Andererseits beeinflusst die Altersstruktur einer Bevölkerung ebenso die Sterberate, da die Wahrscheinlichkeit zu Sterben mit dem Alter ansteigt und es so in Gebieten, in denen viele ältere und hochaltrige Menschen leben, mehr Sterbefälle im Verhältnis zur Einwohnerzahl gibt.

2.6. Wanderungsraten

Die Wanderungsrate gibt den Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner*innen an.

Abb. 10: Wanderungsraten der Städte und Gemeinden



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen K1200050 und A100001G), eigene Berechnung

Analyse

Neben der natürlichen Veränderung der Bevölkerungszahlen durch Geburten und Sterbefälle, gibt es noch die Bevölkerungsbewegung durch Wanderungen. Zur Berechnung des Wanderungssaldos werden die Wegzüge von den Zuzügen subtrahiert. Ziehen mehr Menschen in einer Kommune zu als weg, ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo und im Gegensatz dazu ein negativer, wenn mehr Menschen weg- als zuziehen. Zur besseren Vergleichbarkeit zwischen den Städten und Gemeinden wird hier die Wanderungsrate dargestellt, die den Wanderungssaldo auf 1.000 Einwohner*innen bezieht.

Die Wanderungsrate im Jahr 2017 betrug im Landkreis insgesamt 1,6.

Die höchste positive Wanderungsrate im Landkreis Helmstedt hatte die Gemeinde Jerxheim mit 20,6. In absoluten Zahlen war dies ein Wanderungssaldo von 24 Personen.

Die Gemeinden Querenhorst (18,6), Süplingen (13,8), Frellstedt (13,6) und Wolsdorf (9,6) sowie die Stadt Schöningen (8,5) hatten ebenfalls hohe positive Wanderungsraten. Die Stadt Schöningen hatte im Jahr 2017 den höchsten Wanderungssaldo im Landkreis Helmstedt mit 97 Personen, gefolgt von der Stadt Helmstedt mit 81.

Die höchste negative Wanderungsrate hatte die Gemeinde Warberg mit -30,6. Absolut gesehen war dies ein Wanderungssaldo von -25 Personen.

Die SG Nord-Elm (2,8) und die SG Grasleben (0,7) hatten positive Wanderungsraten, während die SG Heeseberg (-2,6) und die SG Velpke (-2,8) negative Wanderungsraten hatten.

Im Anhang findet sich für jede Stadt und Gemeinde im Landkreis Helmstedt die genaue Zahl der Zu- und Wegzüge im Jahr 2017.

Fazit / Handlungsempfehlungen

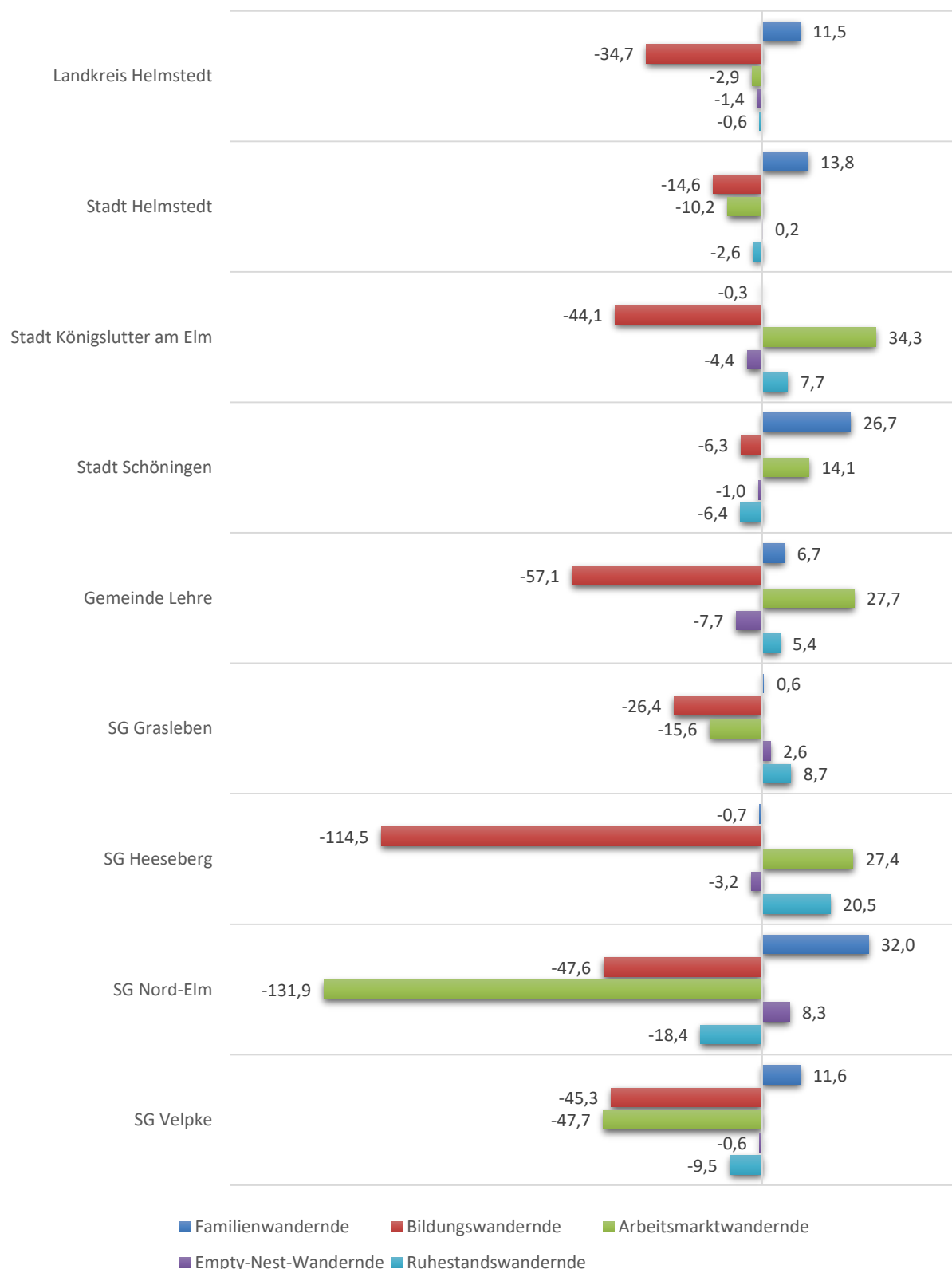
Im Jahr 2017 glichen nur in sieben Gemeinden (Querenhorst, Gevensleben, Süplingenburg, Wolsdorf, Bahrdorf, Danndorf und Grafhorst) die Zahlen der Geburten die Zahlen der Sterbefälle aus oder überstiegen diese minimal. Fast das ganze Bevölkerungswachstum, das der Landkreis Helmstedt zurzeit hat, generiert sich somit aus der Zahl der Zuzüge in die Städte und Gemeinden des Landkreises.

Da derzeit nicht jeder Ort im Landkreis für Zuzüge gleichermaßen attraktiv ist, sollte von Kommunalpolitik und –verwaltung darauf geachtet werden, weiterhin als Wohnstandort attraktiv zu sein oder attraktiver zu werden. Dies kann einerseits durch die Ausweisung von Baugrundstücken geschehen, aber auch durch die Schaffung anderer Wohnangebote wie Geschosswohnungsbau oder alternativer Wohnformen für Ältere. Des Weiteren kann hieran durch die Schaffung moderner sozialer Infrastrukturangebote oder eine gute Anbindung an den ÖPNV gearbeitet werden. Die bereits vorhandene soziale Infrastruktur sollte gepflegt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

2.7. Wanderungsraten nach Motivgruppen

Die Wanderungsrate nach Motivgruppen gibt den Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner*innen der jeweiligen Gruppe an.

Abb. 11: Wanderungsraten in den Kommunen nach Motivgruppen



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen K1200052 und A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Bei der Betrachtung der Wanderungen nach Motivgruppen werden die Personen, die zu- bzw. wegziehen, entsprechend ihres Alters einer Motivgruppe zugeordnet. Ob die entsprechenden Personen tatsächlich aus diesem Motiv zu- oder wegziehen wird dabei nicht berücksichtigt. Die fünf Motivgruppen sind folgende (vgl. Berlin-Institut 2016):

- Familienwandernde (Personen im Alter von 30 bis 49 Jahren und unter 18 Jahren): häufig Familien bestehend aus Eltern und Kindern
- Bildungswandernde (Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren): ziehen häufig zu Ausbildungszwecken um
- Arbeitsmarktwandernde (Personen im Alter von 25 bis 29 Jahren): ziehen häufig aus beruflichen Gründen (beispielsweise zum Berufseinstieg) um
- Empty-Nest-Wandernde (Personen im Alter von 50 bis 64 Jahren): ziehen häufig um, nachdem ihre Kinder (sofern vorhanden) ausgezogen sind
- Ruhestandswandernde (Personen im Alter von 65 Jahren und älter): ziehen nach dem Eintritt in den Ruhestand aus unterschiedlichen Gründen (beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen oder wegen des Bedürfnisses nach mehr kulturellen Angeboten im Umfeld) um

Bei der Betrachtung der einzelnen Gruppen, fällt folgendes auf: Bei den Familienwandernden haben bis auf die Stadt Königsutter am Elm und die SG Heeseberg alle Kommunen im Landkreis Helmstedt positive Wanderungsraten. Bei den Bildungswandernden gibt es in allen Kommunen Verluste. Bei den Arbeitsmarktwandernden haben die Stadt Königsutter am Elm, die Stadt Schöningen, die Gemeinde Lehre und die SG Heeseberg Zugewinne, die anderen vier Kommunen Verluste. Bei den Empty-Nest-Wandernden haben außer der Stadt Helmstedt, der SG Grasleben und der SG Nord-Elm alle Verluste. In der Gruppe der Ruhestandswandernden gibt es in vier Kommunen (Helmstedt, Schöningen, SG Nord-Elm und SG Velpke) negative Wanderungsraten, während die anderen vier (Königsutter am Elm, Lehre, SG Grasleben und SG Heeseberg) positive Wanderungsraten haben.

Fazit / Handlungsempfehlungen

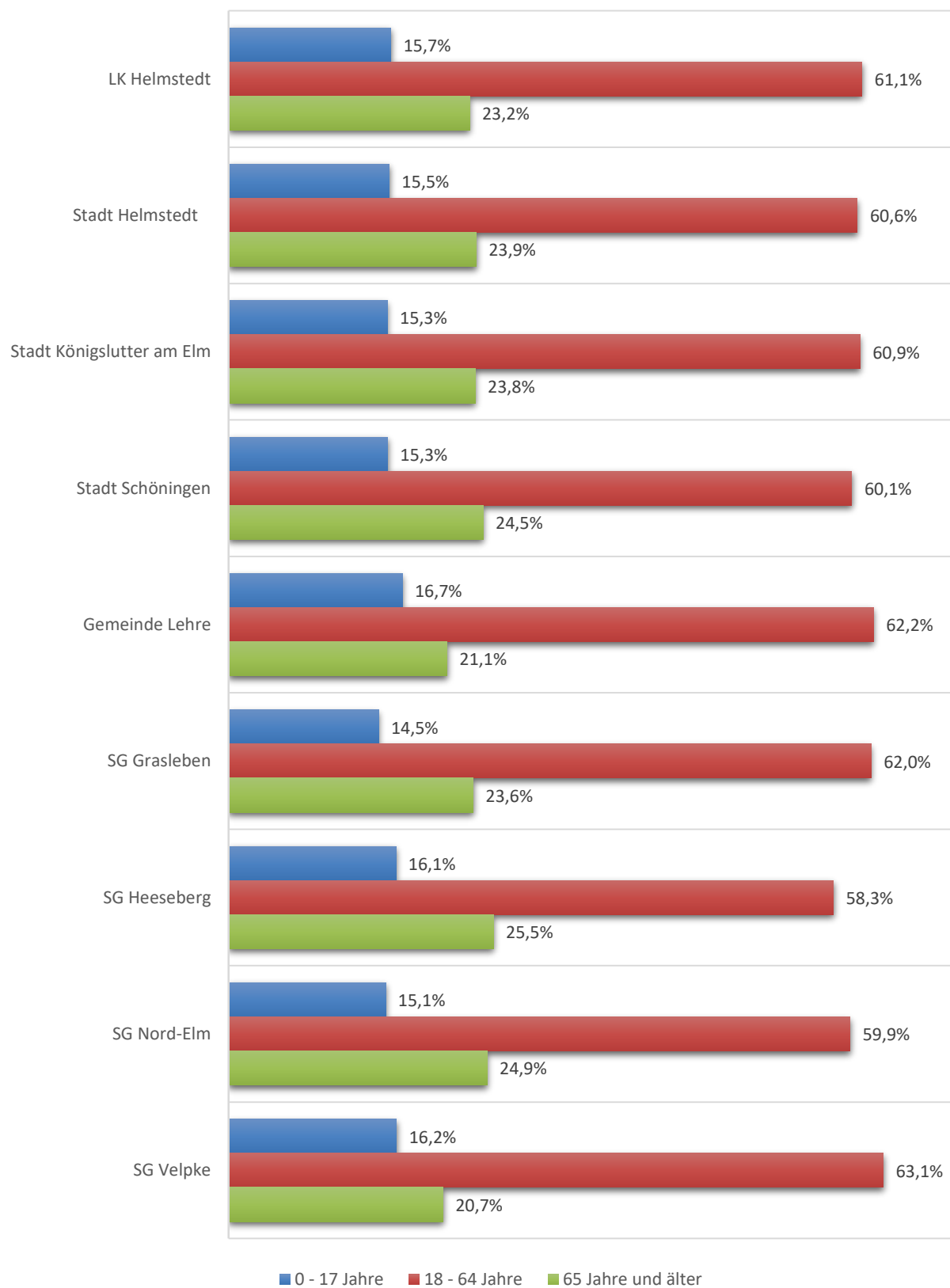
Die Abwanderung der 18- bis 24-Jährigen zu begrenzen wird schwierig, solange es im Landkreis Helmstedt keine Universität oder Fachhochschule gibt (vgl. Berlin-Institut 2016: 50). Ein anderer Vorschlag, um diese Altersgruppe an den Landkreis Helmstedt zu binden, wäre die Erweiterung der Berufsbildenden Schule um weitere Ausbildungsgänge.

Da es die höchsten Zuwanderungsraten bei den Familienwandernden gibt, sollte auf die Bedürfnisse dieser Gruppe besonders eingegangen werden. Familien bevorzugen Wohnstandorte mit einem guten Angebot an Kindertagesstätten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Einrichtungen. Arbeitsmarktwandernde haben ebenfalls ein Bedürfnis nach guten Versorgungsangeboten, außerdem gründen Berufseinsteiger*innen im Laufe der Zeit möglicherweise eine Familie und dann sind gute Betreuungs- und Bildungsangebote für sie ebenfalls wichtig. Für Ruhestandswandernde ist die Versorgungssituation vor Ort mit Geschäften, Cafés, Kultur und medizinischen sowie pflegerischen Angeboten wichtig.

2.8. Verteilung der Altersgruppen in der Bevölkerung

Die Grafik zeigt wie sich die Altersgruppen in der Bevölkerung verteilen.

Abb. 12: Verteilung der Altersgruppen in der Bevölkerung nach Kommunen



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Zur besseren Übersicht wurde die Bevölkerung bei dieser Betrachtung in drei Altersgruppen aufgeteilt. Die erste Altersgruppe umfasst die 0- bis 17-Jährigen, die zweite die 18- bis 64-Jährigen und die dritte Gruppe die Personen, die 65 Jahre alt oder älter sind. Im Anhang findet sich für jede Stadt und Gemeinde eine Einteilung in fünf Altersgruppen.

Den größten Anteil an minderjährigen Einwohner*innen hat mit 16,7 % die Gemeinde Lehre, gefolgt von der SG Velpke (16,2 %) und der SG Heeseberg (16,1 %). Den niedrigsten Anteil in dieser Altersgruppe hat mit 15,1 % die SG Nord-Elm.

Den höchsten Anteil der Senior*innen hat mit 25,5 % die SG Heeseberg. Die SG Nord-Elm (24,9 %) und die Stadt Schöningen (24,5 %) haben ebenso einen hohen Anteil an Senior*innen. In der SG Velpke (20,7 %) und der Gemeinde Lehre (21,1 %) gibt es in dieser Altersgruppe den niedrigsten Bevölkerungsanteil.

Da die SG Heeseberg sowohl einen sehr hohen Kinder- und Jugendanteil als auch einen hohen Anteil bei den Senior*innen hat, gibt es hier mit 58,3 % den geringsten Anteil von Einwohner*innen im Alter von 18 bis 64. Den höchsten Anteil in dieser Altersgruppe haben die SG Velpke (63,1 %), die Gemeinde Lehre (62,2 %) und die SG Grasleben (62,0 %).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Bei der Betrachtung der Zahlen wird deutlich, dass in der Gemeinde Lehre und der SG Velpke eher jüngere Menschen leben. Anzunehmen ist, dass es sich hierbei häufig um kinderlose Arbeitnehmer*innen oder um junge Familien handelt. Um weiterhin für jüngere Menschen attraktiv zu sein, sollte die Infrastruktur überprüft und entsprechend angepasst werden. Hierbei sind besonders Kindertagesstätten und Schulen, die Nahversorgung, Freizeitangebote und eine gute Anbindung an die Oberzentren wichtig.

In der SG Nord-Elm und in der Stadt Schöningen leben eher ältere Menschen, für diese sind eine gute medizinische Versorgung, die Nahversorgung und gute Anbindungen mit dem ÖPNV besonders wichtig. Die Infrastruktur vor Ort sollte überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

In der SG Heeseberg ist sowohl der Anteil der minderjährigen als auch der älteren Einwohner*innen sehr hoch, hieraus ist zu schließen, dass neben sehr vielen älteren Menschen überwiegend Familien in der SG Heeseberg leben und vermutlich kaum kinderlose Paare oder Alleinstehende im mittleren Alter. Hier sollte die soziale Infrastruktur sowohl an die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern sowie von älteren Menschen angepasst werden.

2.9. Durchschnittsalter der Bevölkerung

Unter dem Durchschnittsalter der Bevölkerung ist das arithmetische Mittel des Alters aller Personen dieser Bevölkerung zu verstehen (vgl. Berlin-Institut 2009: 10).

Abb. 13: Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden

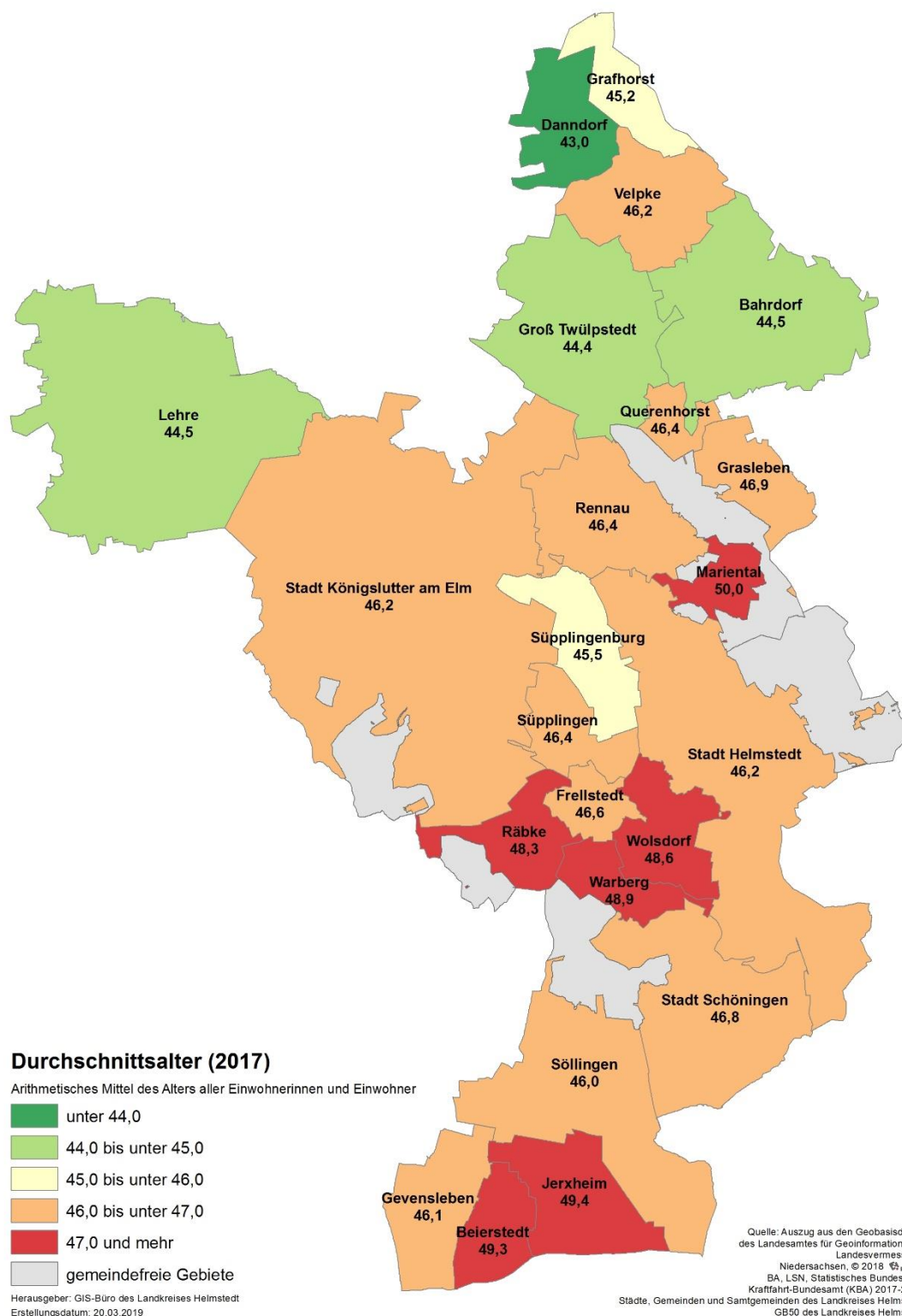
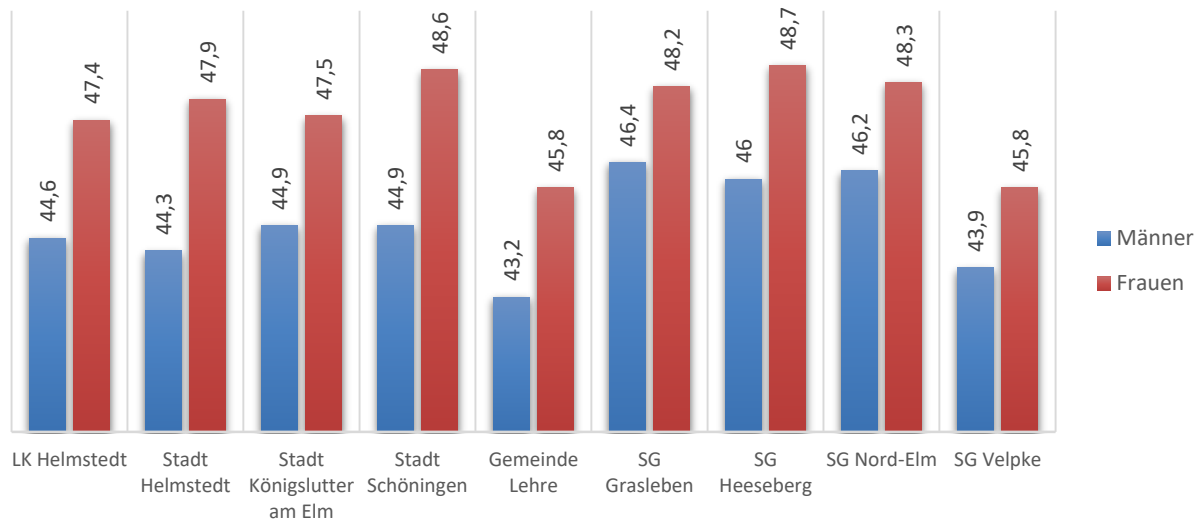


Abb. 14: Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Kommunen nach Geschlechtern



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabelle A100003G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Das höchste Durchschnittsalter im Landkreis Helmstedt haben die Einwohner*innen der Gemeinde Mariental mit 50,0 Jahren, gefolgt von Jerxheim (49,4) und Beierstedt (49,3).

Das niedrigste Durchschnittsalter hat mit 43,0 Jahren die Gemeinde Danndorf. Hier folgen Groß Twülpstedt (44,4), Bahrdorf (44,5), und Lehre (44,5).

Insgesamt hat der Landkreis Helmstedt ein Durchschnittsalter von 46,0 Jahren. In den vier Samtgemeinden ist die Bevölkerung der SG Velpke mit einem Durchschnittsalter von 44,8 Jahren die jüngste. Die Einwohner*innen der anderen drei Samtgemeinden sind im Schnitt etwas älter: die SG Heeseberg hat ein Durchschnittsalter von 47,4 Jahren, die SG Grasleben und die SG Nord-Elm haben jeweils ein Durchschnittsalter von 47,3 Jahren.

Bei der Betrachtung des Durchschnittsalters nach Geschlechtern, fällt zunächst einmal auf, dass das Durchschnittsalter der Frauen in allen Kommunen um einiges höher ist als das der Männer. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Frauen im Schnitt länger leben als Männer und es wesentlich mehr hochaltrige Frauen als Männer gibt (vgl. Landkreis Helmstedt 2017: 23). Im Durchschnitt am ältesten sind die Frauen in der SG Heeseberg (48,7) und der Stadt Schöningen (48,6), am jüngsten in Lehre und der SG Velpke mit jeweils 45,8 Jahren.

Bei den Männern gibt es den höchsten Altersdurchschnitt in der SG Grasleben (46,4) und der SG Nord-Elm (46,2), den niedrigsten Altersdurchschnitt haben die Männer ebenfalls in Lehre (43,2) und der SG Velpke (43,9).

Fazit / Handlungsempfehlungen

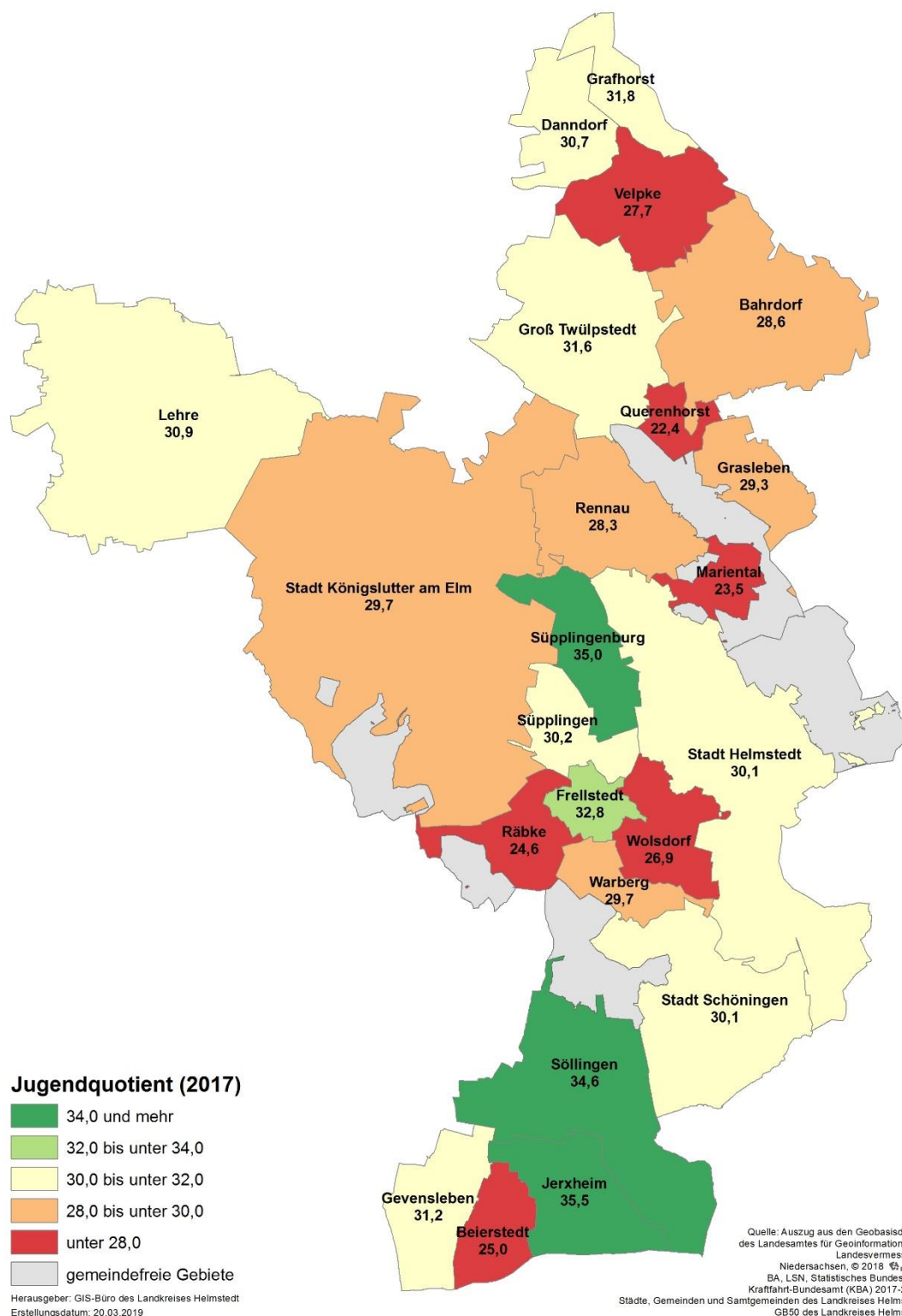
Die Analyse des Durchschnittsalters bestätigt, was sich bereits bei der Verteilung der Altersgruppen in der Bevölkerung gezeigt hat.

Die Gemeinde Lehre und die SG Velpke haben insgesamt eine eher jüngere Bevölkerung, während die anderen drei Samtgemeinden und die Stadt Schöningen eher eine ältere Bevölkerung haben.

2.10. Jugendquotient

Der Jugendquotient beschreibt das Verhältnis der Personen im Alter unter 20 Jahren zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren.

Abb. 15: Jugendquotient in den Städten und Gemeinden



Analyse

Neben der absoluten Zahl der Bevölkerung in einem bestimmten Alter spiegelt das Verhältnis zwischen den verschiedenen Altersgruppen den Alterungsprozess einer Bevölkerung wieder. Wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter der jüngeren Bevölkerung, für deren Aufwachsen sie sorgen muss, gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 17).

Der Landkreis Helmstedt hat insgesamt einen Jugendquotient von 30,0. Das bedeutet, dass 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren rein rechnerisch 30,0 Personen im Alter unter 20 gegenüber stehen.

Den höchsten Jugendquotient im Landkreis hat die Gemeinde Jerxheim mit 35,5 vor der Gemeinde Süpplingenburg mit 35,0.

Den niedrigsten Jugendquotient hat mit 22,4 die Gemeinde Querenhorst, gefolgt von Mariental mit 23,5.

Bei den Samtgemeinden hat die SG Heeseberg mit 33,3 den höchsten Jugendquotienten und die SG Grasleben (27,2) den niedrigsten. Die SG Velpke (29,6) und die SG Nord-Elm (29,8) liegen dazwischen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Obwohl die Gemeinde Lehre und die SG Velpke insgesamt eher eine jüngere Bevölkerung haben, liegen sie beim Jugendquotienten nur im Mittelfeld, woraus abzulesen ist, dass die Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sehr groß sein muss. Dies war auch bereits die Erkenntnis aus der Verteilung der Altersgruppen in der Bevölkerung.

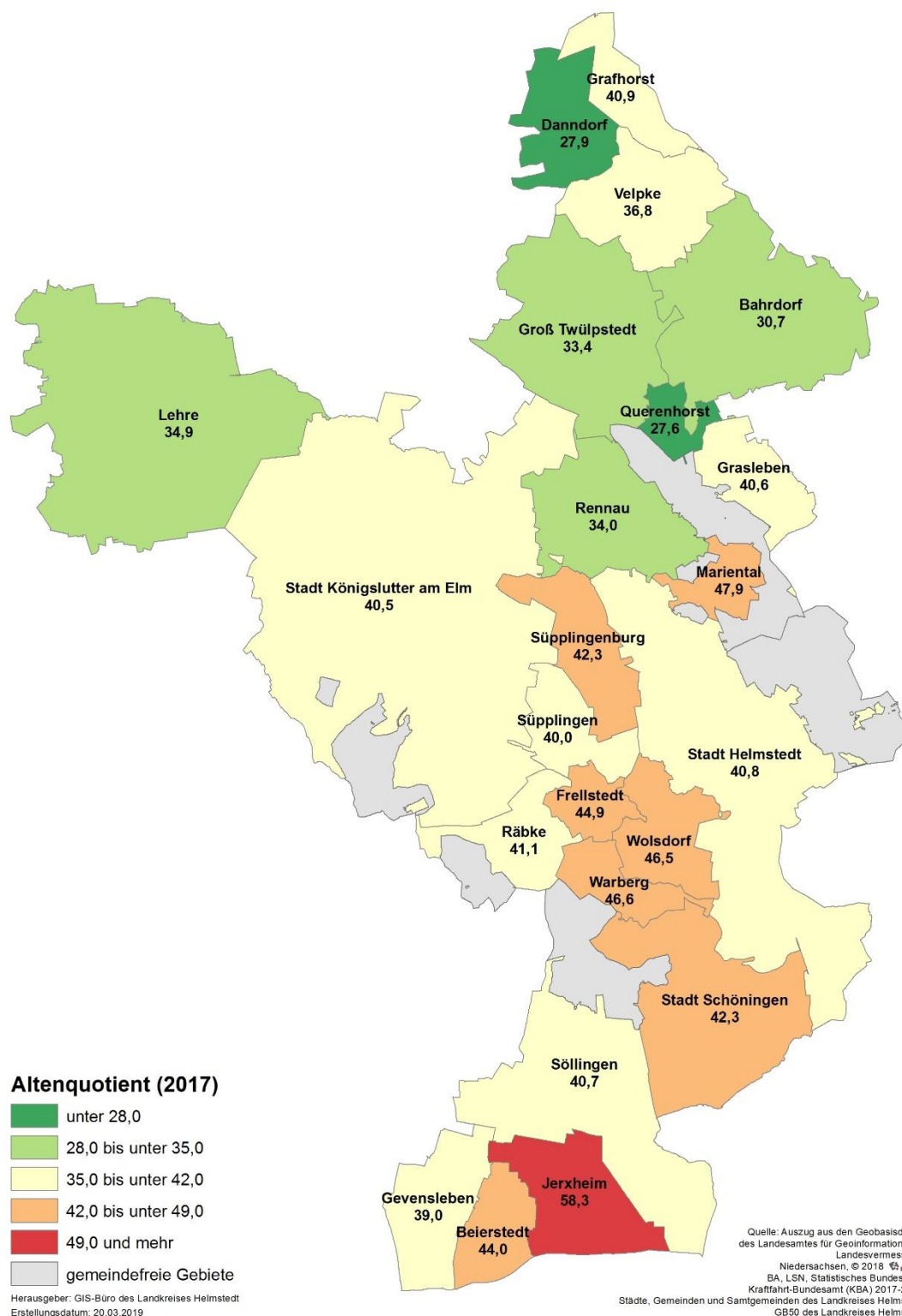
Da die Bevölkerung im mittleren Alter prozentual gesehen eher kleiner ist und es hier viele Kinder gibt, erklärt sich der hohe Jugendquotient in der SG Heeseberg.

Die Einwohner*innen der Gemeinde Mariental sind durchschnittlich sehr alt, was sich wiederum auch auf den Jugendquotienten niederschlägt.

2.11. Altenquotient

Der Altenquotient beschreibt das Verhältnis der Personen im Alter ab 65 Jahren zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren.

Abb. 16: Altenquotient in den Städten und Gemeinden



Analyse

Wenn die Zahl der Einwohner*innen im potentiellen Rentenalter auf die Zahl der Personen im Erwerbsalter bezogen wird, ergibt sich daraus der Altenquotient (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 17).

Der Landkreis Helmstedt hat einen Altenquotienten von 39,4. Das bedeutet, dass auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren rechnerisch 39,4 Personen im Alter von 65 Jahren und älter kommen.

Den höchsten Altenquotient hat die Gemeinde Jerxheim mit 58,3 gefolgt von Mariental (47,9), Warberg (46,6) und Wolsdorf (46,5).

Der niedrigste Altenquotient findet sich in der Gemeinde Querenhorst (27,6) vor Danndorf (27,9) und Bahrdorf (30,7).

Die SG Heeseberg (45,7) hat von allen Samtgemeinden den höchsten Wert beim Altenquotient. Es folgen die SG Nord-Elm (43,1), die SG Grasleben (39,3) und die SG Velpke (33,8).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Die SG Heeseberg hat neben dem höchsten Jugendquotient ebenso den höchsten Altenquotient, was daran liegt, dass die Bevölkerung im mittleren Alter prozentual gesehen in der Samtgemeinde nicht so groß ist.

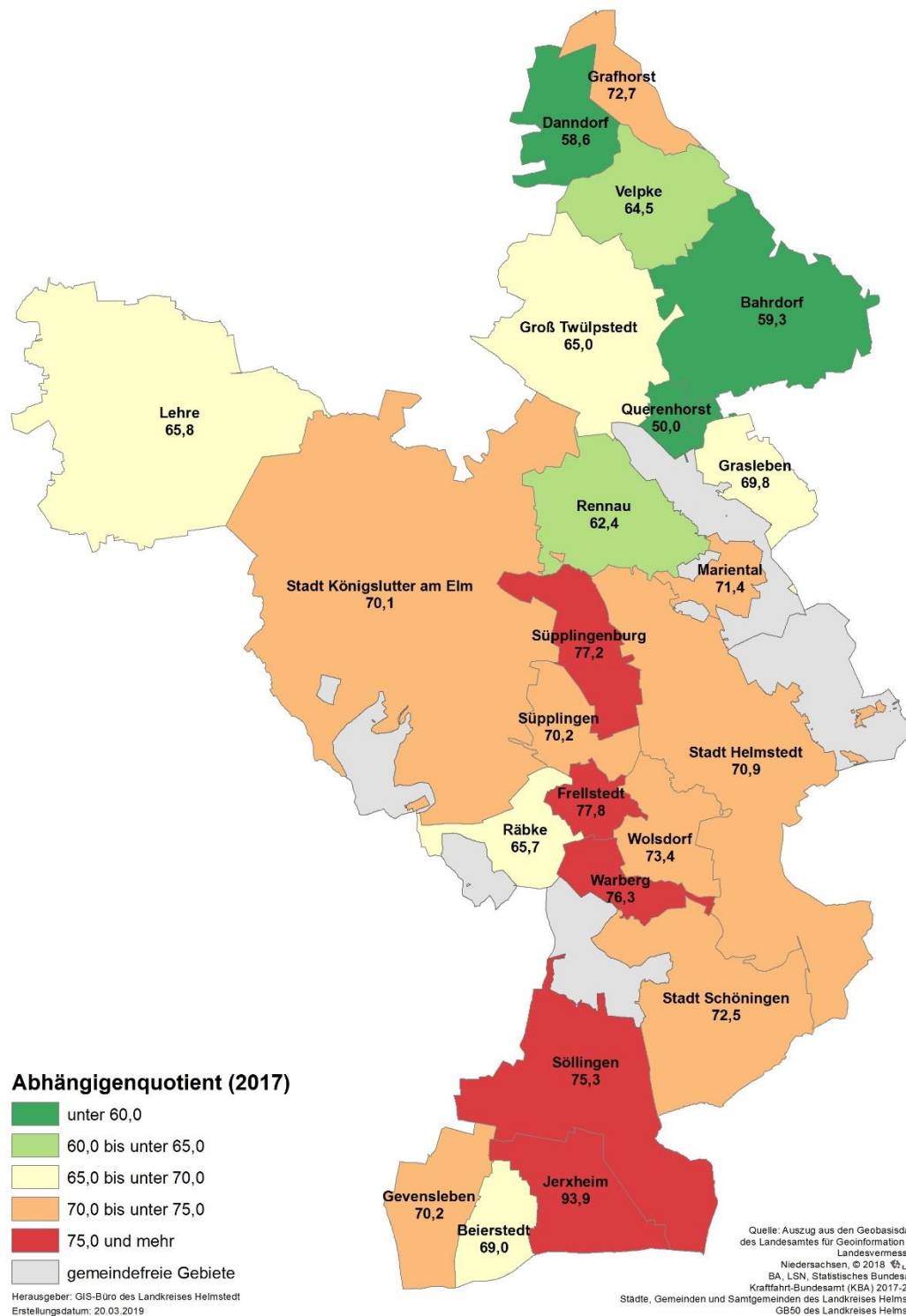
Dass Danndorf und Bahrdorf sehr niedrige Werte beim Altenquotienten haben, ist ein weiterer Hinweis auf die eher jüngere Bevölkerung in der SG Velpke.

Der hohe Wert beim Altenquotient in der Gemeinde Mariental entspricht nach Analyse der vorhergehenden Indikatoren den Erwartungen.

2.12. Abhängigenquotient

Der Abhängigenquotient beschreibt das Verhältnis der wirtschaftlich abhängigen Personen im Alter unter 20 Jahren (noch nicht erwerbsfähig) und im Alter ab 65 Jahren (nicht mehr erwerbsfähig) zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren.

Abb. 17: Abhängigenquotient in den Städten und Gemeinden



Analyse

Der Jugend- und der Altenquotient zusammen ergeben den Abhängigenquotient, der anzeigt in welchem Maße die Altersgruppe im mittleren Alter im weitesten Sinne sowohl für die jüngere als auch für die ältere Generation zu sorgen hat (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 17).

Der Abhängigenquotient ist darüber hinaus ein Indikator, der aufzeigt, in welcher Stärke sich die unterschiedlichen Altersgruppen gegenüberstehen.

Der Landkreis Helmstedt hat einen Abhängigenquotient von 69,4. 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren stehen rechnerisch also insgesamt 69,4 Personen der beiden anderen Altersgruppen gegenüber.

Den höchsten Wert hat hier die Gemeinde Jerxheim mit einem Wert von 93,9 gefolgt von Frellstedt (77,8) und Süplingenburg (77,2).

Den niedrigsten Wert hat mit 50,0 die Gemeinde Querenhorst vor Danndorf (58,6) und Bahrdorf (59,3).

Die Samtgemeinde mit dem höchsten Abhängigenquotient ist die SG Heeseberg mit 79,0. Die Samtgemeinde mit dem niedrigsten Wert ist die SG Velpke (63,3). Die SG Nord-Elm (72,9) und die SG Grasleben (66,5) liegen dazwischen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

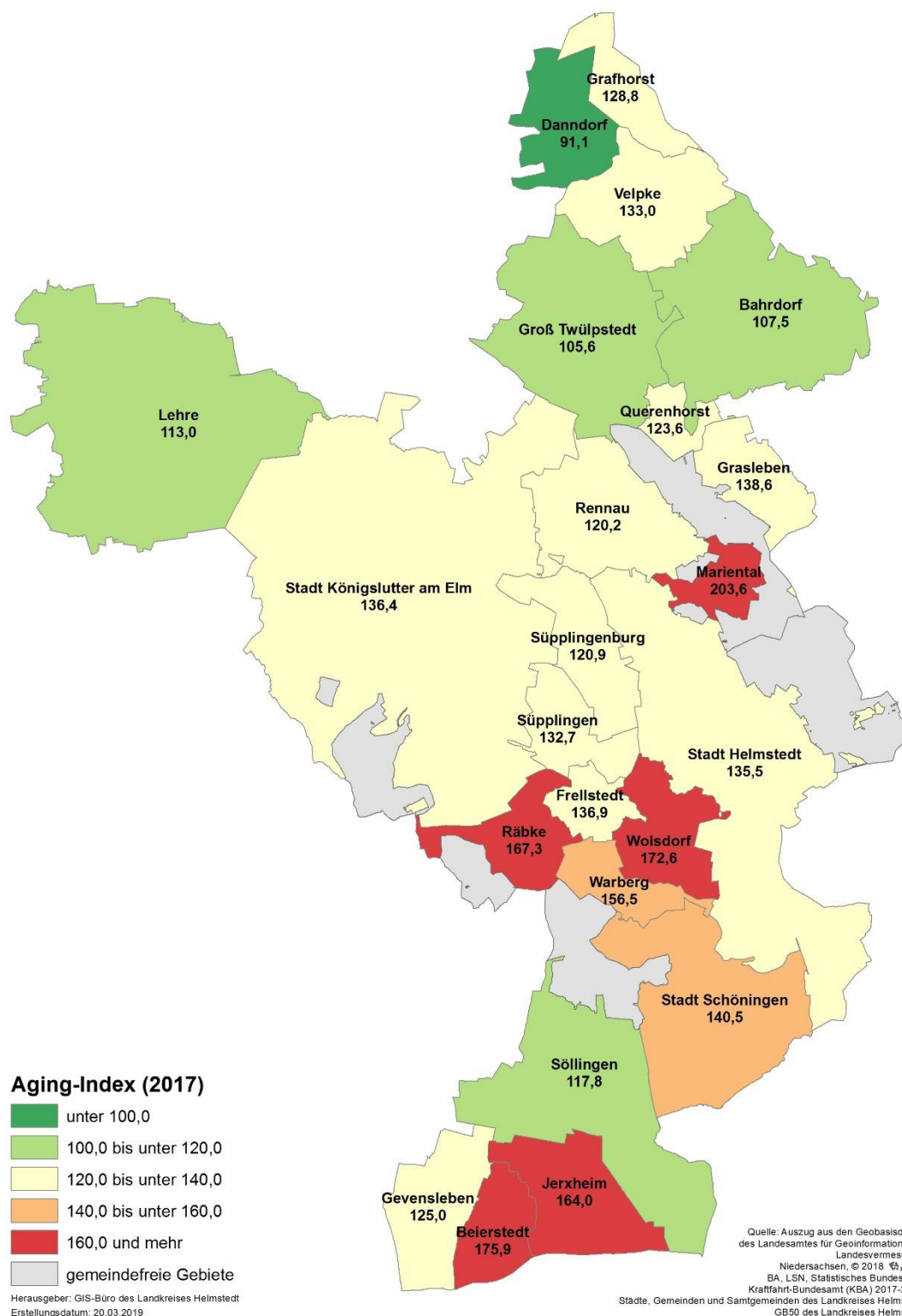
Da der Abhängigenquotient die Summe aus Jugend- und Altenquotient ist, überrascht es nicht, dass die Gemeinde Jerxheim hier den höchsten Wert hat. Es ist genau wie der hohe Wert der ganzen SG Heeseberg ein weiteres Anzeichen dafür, dass die mittlere Generation in der SG Heeseberg nicht groß ist und hier, wie bereits erwähnt, vermutlich kaum kinderlose Personen leben.

Dass Bahrdorf und Danndorf neben dem Altenquotient auch beim Abhängigenquotient sehr niedrige Werte haben, ist ein weiterer Beleg dafür, dass hier neben jungen Familien auch viele kinderlose Personen leben.

2.13. Aging-Index

Der Aging-Index beschreibt das Verhältnis der Personen im Alter ab 65 Jahren zu 100 Personen im Alter unter 20 Jahren.

Abb. 18: Aging-Index in den Städten und Gemeinden



Analyse

Mit dem Aging-Index kann die Alterung innerhalb der Bevölkerung gut dargestellt werden, da er die junge und die ältere Bevölkerungsgruppe direkt zueinander ins Verhältnis setzt (vgl. KGSt 2009: 45).

Der Landkreis Helmstedt hat insgesamt einen Aging-Index von 131,2. Dieser Wert bedeutet, dass rein rechnerisch auf 100 Personen im Alter unter 20 Jahren 131,2 Personen im Alter von 65 Jahren und älter kommen.

Den höchsten Aging-Index im Landkreis Helmstedt hat die Gemeinde Mariental mit einem Wert von 203,6. Es folgen Beierstedt (175,9) und Wolsdorf (172,6).

Die niedrigsten Werte beim Aging-Index haben Danndorf (91,1), Groß Twülpstedt (105,6) und Bahrdorf (107,5).

Den niedrigsten Aging-Index der Samtgemeinden hat die SG Velpke mit 114,2. Den höchsten Wert hat hier die SG Nord-Elm mit 144,8. Die SG Heeseberg (137,4) und die SG Grasleben (144,2) liegen dazwischen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Bei der Analyse des Aging-Index zeigt sich, dass in Mariental mehr als doppelt so viele Menschen im Alter von 65 Jahren und älter leben als im Alter von unter 20 Jahren.

In Danndorf hingegen gibt es mehr Einwohnerinnen und Einwohner unter 20 Jahren als ab 65 Jahren.

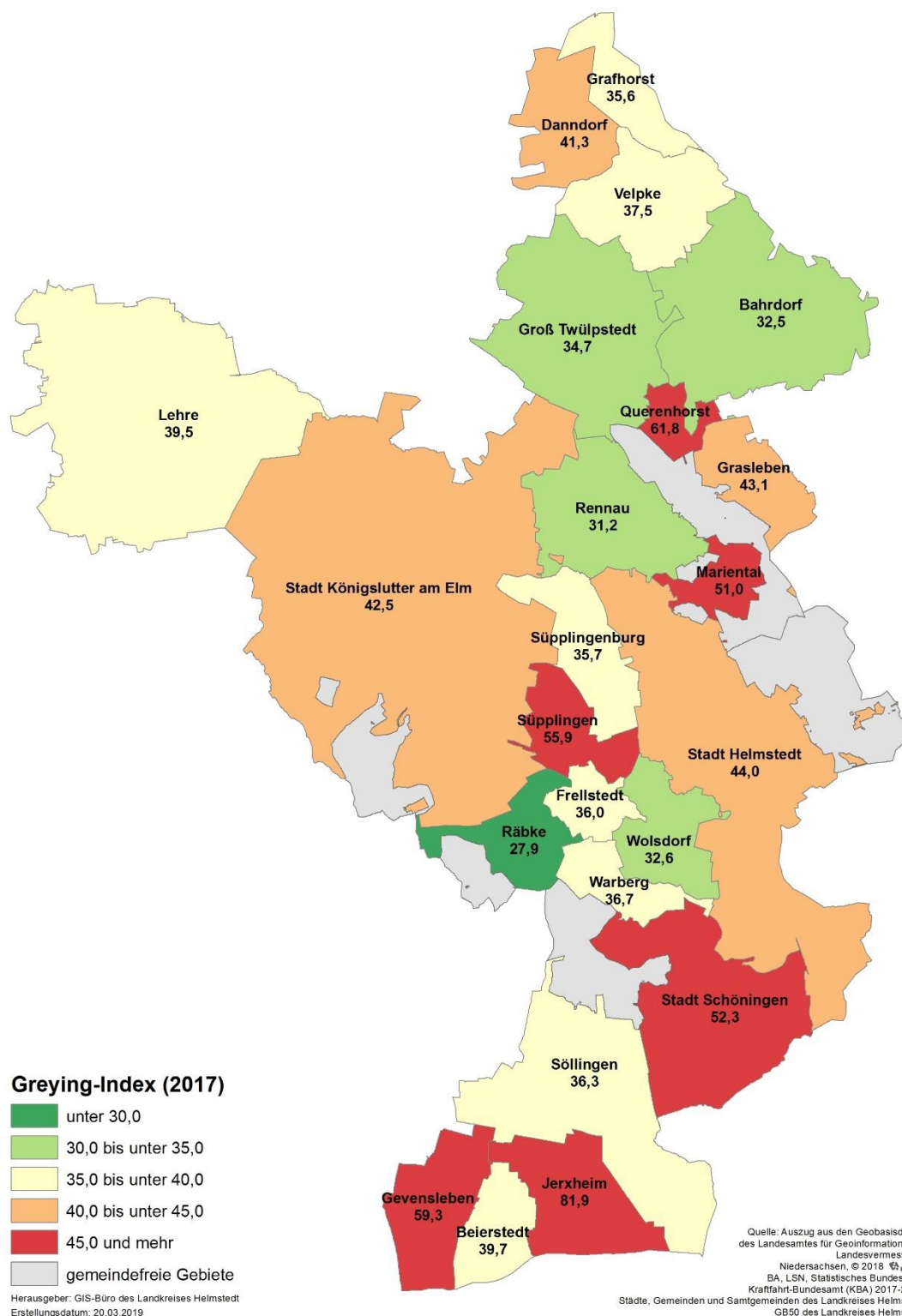
Obwohl die Gemeinde Jerxheim bei den anderen Indikatoren immer den höchsten Wert hat, liegt sie hier nur im (oberen) Mittelfeld. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass hier wie auch in der ganzen SG Heeseberg die Anteile der Kinder und Jugendlichen sowie der Senior*innen beide relativ hoch sind im Vergleich zur mittleren Generation.

Diese Ergebnisse ergänzen die vorangegangenen Analysen entsprechend.

2.14. Greying-Index

Der Greying-Index beschreibt das Verhältnis der Personen im Alter ab 80 Jahren zu 100 Personen im Alter von 65 bis 79 Jahren.

Abb. 19: Greying-Index in den Städten und Gemeinden



Analyse

Der Greying-Index beschreibt das Verhältnis der Hochaltrigen (80 Jahre und älter) zu den „jungen Alten“ (im Alter von 65 bis 79 Jahren) und ist damit ein Maß für die Alterung innerhalb der älteren Bevölkerung (vgl. KGSt 2010).

Der Landkreis Helmstedt hat insgesamt einen Greying-Index von 43,4. Auf 100 Personen im Alter von 65 bis 79 Jahren kommen rein mathematisch 43,4 Personen im Alter von 80 Jahren und älter.

Mit einem Wert von 81,9 hat die Gemeinde Jerxheim den höchsten Greying-Index im Landkreis Helmstedt, gefolgt von Querenhorst (61,8) und Gevensleben (59,3).

Den niedrigsten Greying-Index hat die Gemeinde Rábke (27,9) vor Rennau (31,2), Bahrdorf (32,5) und Wolsdorf (32,6).

Von den Samtgemeinden hat die SG Heeseberg (53,9) den höchsten Greying-Index vor der SG Grasleben (44,4), der SG Nord-Elm (39,5) und der SG Velpke (36,6).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Die Gemeinde Jerxheim hat neben dem höchsten Jugend-, Alten- und Abhängigenquotient auch den höchsten Greying-Index, was bedeutet, dass ein hoher Anteil der Senior*innen, die hier leben, schon im höheren Alter ab 80 Jahren ist.

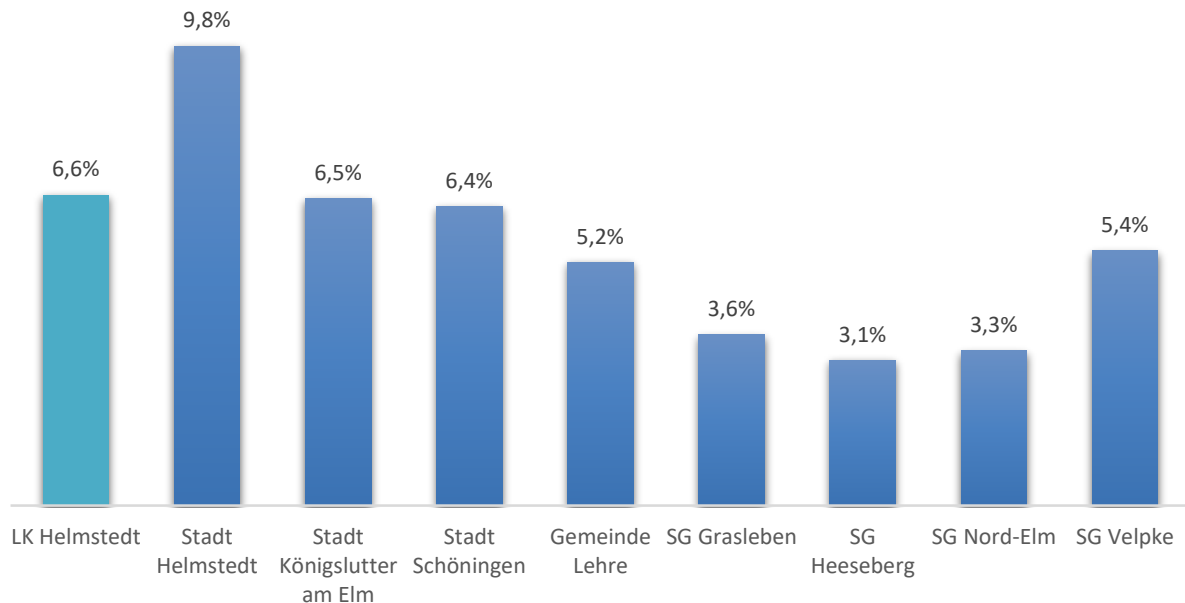
Die Differenzierung in „junge Alte“ und Hochaltrige ist vor allem bei der Planung von Pflegeangeboten und weiteren seniorenspezifischen Dienstleistungen relevant (vgl. KGSt 2009: 46).

In den Gemeinden mit einem hohen Greying-Index sind für die hochaltrige Bevölkerung besonders die medizinische Versorgung, die Möglichkeit zum Einkaufen und eine gute Anbindung an den ÖPNV wichtig.

2.15. Anteil von Ausländer*innen an der Bevölkerung

Es wird der Anteil der Einwohner*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit dargestellt. Einwohner*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund sind darin nicht enthalten.

Abb. 20: Anteil der Ausländer*innen an der Bevölkerung in den Kommunen



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabelle A100001V), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Als Ausländer*innen werden alle bezeichnet, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen unabhängig davon, ob sie in Deutschland oder im Ausland geboren wurden. Einen Migrationshintergrund hingegen haben alle Personen mit ausländischen Wurzeln unabhängig davon, ob sie aktuell die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit haben. Der Anteil der Ausländer*innen in Deutschland fällt ungefähr halb so hoch aus wie der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund. Auf kommunaler Ebene lässt sich jedoch statistisch nur nach Personen mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit unterscheiden (vgl. Berlin-Institut 2014: 33). Hierbei kann es sich unter anderem auch um EU-Ausländer*innen handeln, weshalb die Zahl der Ausländer*innen nicht mit der Zahl der Asylbewerber*innen gleichzusetzen ist.

Den höchsten Anteil an Ausländer*innen im Landkreis Helmstedt hat die Stadt Helmstedt, hier sind 9,8 % der Einwohner*innen Angehörige eines anderen Staates. Den niedrigsten Anteil an Ausländer*innen hat die SG Heeseberg mit 3,1 %. Insgesamt haben 6,6 % der Bevölkerung im Landkreis Helmstedt eine ausländische Staatsangehörigkeit.

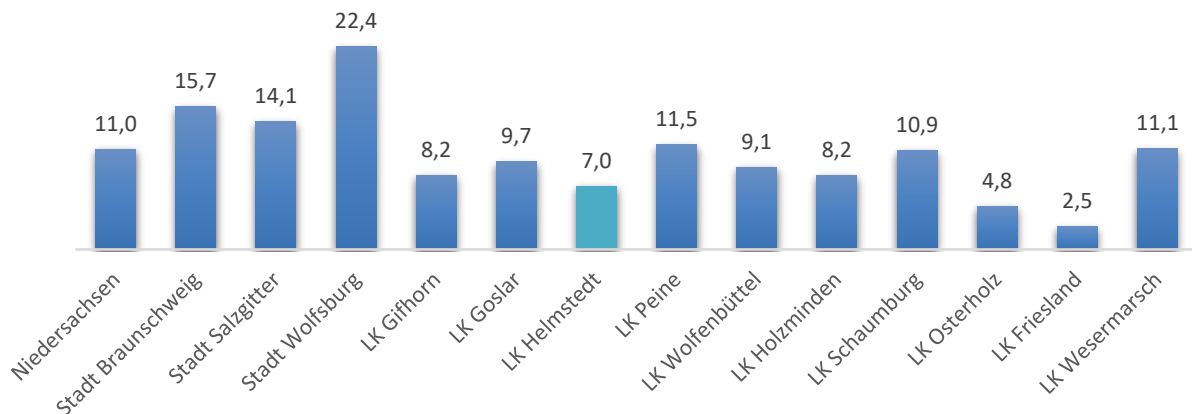
Fazit / Handlungsempfehlungen

Die Zahl der Ausländer*innen sowie der Menschen mit Migrationshintergrund ist bei der Planung und Schaffung von Angeboten zur Integration, wie beispielsweise Integrationskursen oder speziellen mehrsprachigen Beratungsangeboten, zu berücksichtigen.

2.16. Einbürgerungen

Es wird die Zahl der Einbürgerungen je 10.000 Einwohner*innen dargestellt.

Abb. 21: Zahl der Einbürgerungen je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen K1060011 und A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Personen, die nicht mit der Geburt Deutsche*r sind, haben Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen (vgl. Die Bundesausländerbeauftragte 2009):

- unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland
- leben seit acht Jahren in Deutschland
- sichern den Familienlebensunterhalt ohne Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld
- ausreichende Deutschkenntnisse
- bestandener Einbürgerungstest über die deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung
- keine Verurteilung wegen einer Straftat
- Bekennung zum Grundgesetz
- Verlust oder Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit

Die Zahlen zu Einbürgerungen liegen nur auf Kreisebene vor.

Im Vergleich fällt auf, dass im Landkreis Helmstedt im Jahr 2017 lediglich 7,0 Menschen je 10.000 Einwohner*innen und damit deutlich weniger als in den meisten anderen Landkreisen eingebürgert wurden. In absoluten Zahlen waren dies 64 eingebürgerte Personen.

Im Vergleich dazu wurden in der Stadt Wolfsburg im Jahr 2017 22,4 Personen je 10.000 Einwohner*innen eingebürgert.

Fazit / Handlungsempfehlungen

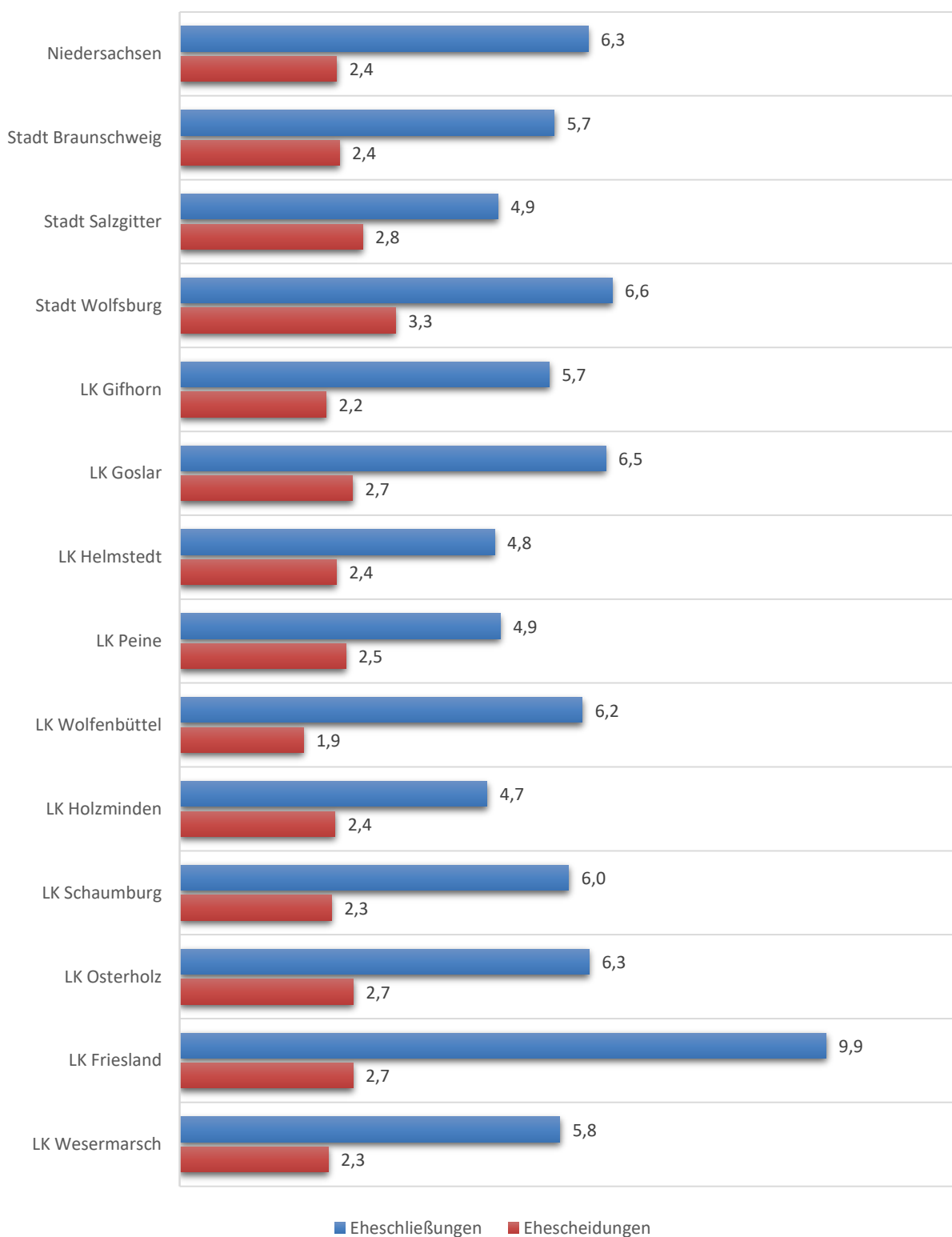
Personen, die in Deutschland eingebürgert werden, sind grundsätzlich bereits gut integriert. Die Zahl der Einbürgerungen kann möglicherweise durch Integrationsmaßnahmen gesteigert werden.

Eingebürgerte Personen können an politischen Partizipationsprozessen in Deutschland, wie beispielsweise Wahlen, teilnehmen.

2.17. Eheschließungen und -scheidungen

Es wird die Zahl der Eheschließungen und Ehescheidungen je 1.000 volljährigen Einwohner*innen auf Kreisebene dargestellt.

Abb. 22: Zahl der Eheschließungen und -scheidungen je 1.000 volljährigen Einwohner*innen auf Kreisebene



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen K1300110, K1400101 und A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Beim Vergleich der Zahl der Eheschließungen und –scheidungen je 1.000 volljährigen Einwohner*innen, fällt auf, dass die Zahl der Ehescheidungen überall ähnlich ist. Die Werte liegen hier in allen Kreisen, kreisfreien Städten und im Land Niedersachsen zwischen 1,9 und 3,3. Den niedrigsten Wert hat der Landkreis Wolfenbüttel, den höchsten Wert hat die Stadt Wolfsburg. Der Landkreis Helmstedt liegt mit einem Wert von 2,4 im Durchschnitt.

Die Zahl der Eheschließungen variiert stärker zwischen 4,7 und 9,9 Eheschließungen je 1.000 Einwohner*innen. Den niedrigsten Wert hat hier der LK Holzminden, den höchsten hat der LK Friesland. Der Landkreis Helmstedt liegt mit einem Wert von 4,8 deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Steuerpflichtige Ehepaare können bei der Besteuerung zwischen der getrennten Veranlagung und der Zusammenveranlagung wählen. Wenn das Paar die Zusammenveranlagung wählt, kommt das sogenannte Ehegattensplitting zum Zug, dabei werden die Einkommen der beiden Ehepartner*innen zusammengerechnet und rechnerisch halbiert. Auf diese beiden Hälften wird dann der Einkommenssteuertarif angewandt. Anschließend werden beide Hälften der Steuerschuld wieder zusammengerechnet und als gemeinsame Steuerschuld des Ehepaares ausgewiesen, dadurch entsteht häufig ein steuerlicher Vorteil gegenüber der getrennten Veranlagung, da durch die Progressionswirkung des deutschen Steuertarifsystems beispielsweise zweimal 30.000 Euro Einkommen insgesamt geringer besteuert werden als einmal 60.000 Euro. Je größer der Unterschied zwischen den Einkommen der Ehepartner*innen ist, desto höher fällt der Effekt des Ehegattensplittings aus (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011: 59f.).

Durch dieses Verfahren im Steuerrecht ist in Ehen häufig noch die traditionelle Arbeitsteilung verfestigt. Scheitert die Ehe, hat ein*e Partner*in meistens mehr unter den wirtschaftlichen Folgen zu leiden als der*die andere. Beispielsweise verliert ein*e nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigte*r Ehepartner*in das Privileg der beitragsfreien Familienversicherung in der Krankenkasse und muss sich selbst beitragspflichtig krankenversichern. Mit der Scheidung verlieren die ehegebundenen Komponenten des Steuerrechts ihre Wirkung und somit auch die Anreizfunktion für ein asymmetrisches Rollenmodell. Unterhalt ist in der Regel nur noch für die Kinderbetreuung vorgesehen, darüber hinaus müssen geschiedene Ehepartner*innen beide selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen.

Bei der Gesamtbetrachtung von ehelichen und nachehelichen Lebensphasen korrespondiert die traditionelle Rollenverteilung in der Ehe mit einer hohen Armutsrate alleinerziehender Mütter. Frauen werden systematisch stärker durch nacheheliche Risiken belastet als Männer und müssen häufig die Folgen gemeinsamer Entscheidungen während der Ehe tragen.

Diese geschlechtsspezifischen Effekte sind angesichts der Häufigkeit von Scheidungen nicht unerheblich (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011: 75f.).

3. Themenfeld Erwerbstätigkeit und Armut

In diesem Kapitel geht es einerseits um die wirtschaftliche und finanzielle Existenz der Menschen im Landkreis und andererseits darum, wie viele Menschen Transfer- oder Mindestsicherungsleistungen erhalten und dadurch als arm gelten.

Eine Definition von Armut ist die Verwendung der Information über den Bezug von Mindestsicherungsleistungen. Arm ist demnach, wer Anspruch auf die Leistungen hat oder diese bezieht. Eine andere, umfassendere Definition bietet der Lebenslagenansatz. Hierbei werden nicht nur die finanziellen Ressourcen einer Familie betrachtet, sondern auch weitergehende Aspekte wie beispielsweise die Wohnsituation, die Arbeit, die Gesundheit oder die soziale Integration (vgl. Groos/Jehles 2015: 14).

Armut und Reichtum sind relationale Begriffe, die im jeweiligen Kontext des Wohlfahrtsniveaus einer Gesellschaft betrachtet werden müssen. Ein niedriges Bildungsniveau oder ein geringes Einkommen haben häufig eingeschränkte Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe zur Folge. Würde sich die Betrachtung des Themas Armut nur auf die Bekämpfung der absoluten Armut, also der Bekämpfung von Hunger und Obdachlosigkeit beziehen, würde sie dem Thema in seiner Tragweite nicht gerecht werden (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016: 98ff.).

Die Mindestsicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland sollen sicherstellen, dass das soziokulturelle Existenzminimum aller Einwohner*innen gesichert ist und alle am sozialen und kulturellen Leben in der Gesellschaft teilhaben können. Wer dies nicht aus eigener Kraft schafft, kann die entsprechenden Leistungen in Anspruch nehmen. In Verbindung damit wird von bekämpfter Armut gesprochen. Es ist unumstritten, dass es auch verdeckte Armut in Form der Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen gibt (vgl. ebd.).

Im Landkreis Helmstedt gehen 62,7 % der Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (vgl. Kap. 3.1.).

Von den Frauen im erwerbsfähigen Alter gehen 56,6 % einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (vgl. Kap. 3.2.).

Der Landkreis Helmstedt hat einen Pendlersaldo von -14.297 Personen. Je 1.000 Einwohner*innen sind das -155,9 (vgl. Kap. 3.3.).

7,4 % der Einwohner*innen des Landkreises Helmstedt gingen ausschließlich einer geringfügig entlohten Beschäftigung nach (vgl. Kap. 3.4.).

Die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen im Landkreis Helmstedt verdienen im Monat durchschnittlich 2.436,44 Euro und damit 430,88 Euro weniger als die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer (vgl. Kap. 3.5.).

Der Landkreis Helmstedt hat eine Kaufkraft von 22.599,23 Euro pro Kopf im Jahr (vgl. Kap. 3.6.).

11,2 von 100 volljährigen Personen im Landkreis Helmstedt sind überschuldet (vgl. Kap. 3.7.).

Je 10.000 Einwohner*innen im Landkreis Helmstedt gab es 17,8 Verbraucherinsolvenzverfahren (vgl. Kap. 3.8.).

Der Saldo aus Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen beträgt 95 (vgl. Kap. 3.9.).

Von den Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter waren 5,2 % arbeitslos (vgl. Kap. 3.10.) und 8,3 % bekamen Arbeitslosengeld II (vgl. Kap. 3.11.). Von den Personen im SGB-II-Bezug im Landkreis Helmstedt waren 13,5 % alleinerziehend (vgl. Kap. 3.12.).

1.642 Kinder unter 15 Jahren waren im SGB-II-Leistungsbezug, das entspricht 14,0 % aller Kinder im gleichen Alter (vgl. Kap. 3.13.).

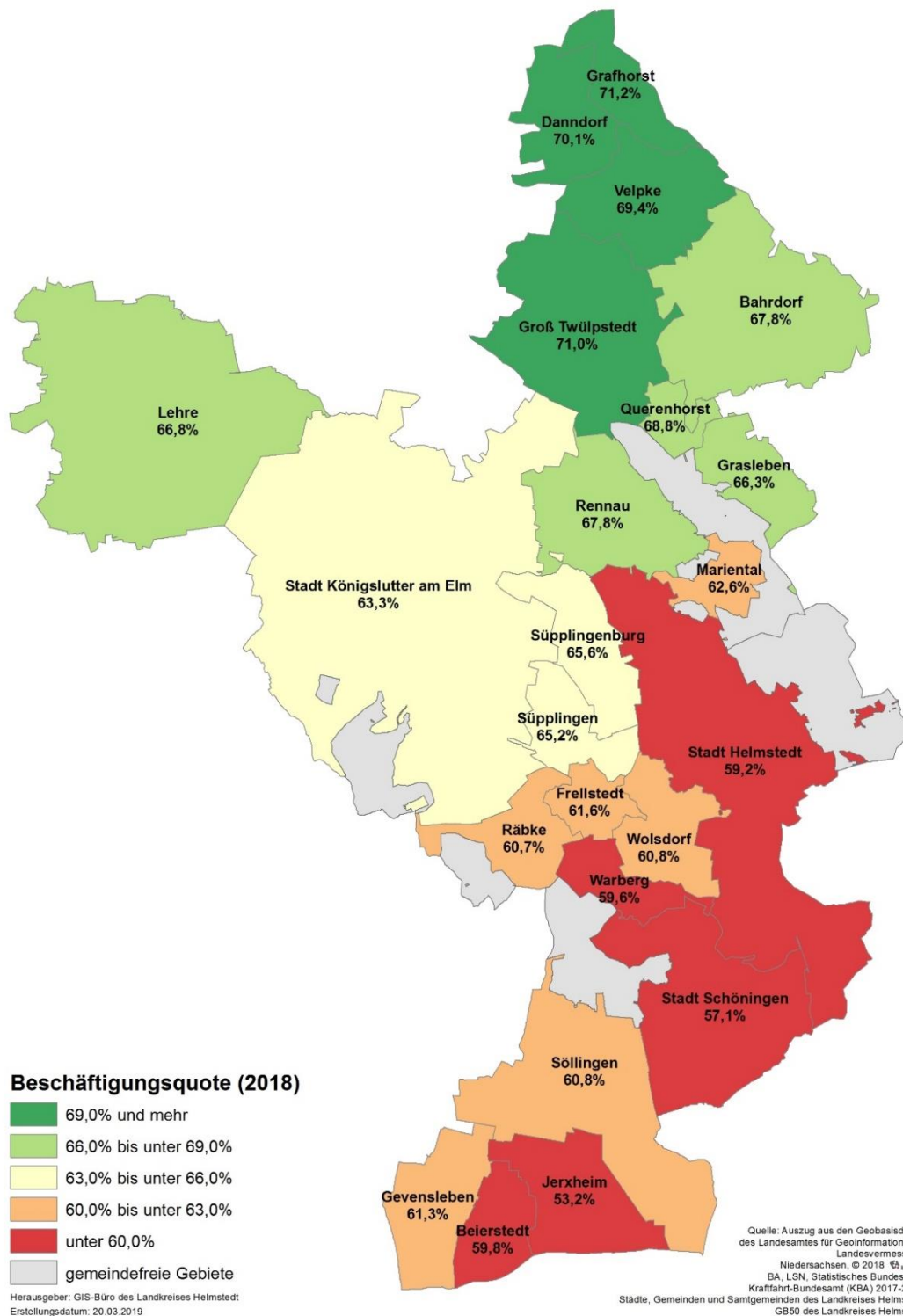
Im Landkreis Helmstedt bezogen 185 Männer und 261 Frauen im Alter von 65 Jahren oder älter Grundsicherung. Insgesamt bekamen 2,1 % der Einwohner*innen ab 65 Jahren Grundsicherung (vgl. Kap. 3.14.).

Insgesamt bezogen 9,4 % der Einwohner*innen des Landkreises Helmstedt Mindestsicherungsleistungen. Bei den Männern waren es 9,8 % und bei den Frauen 9,0 %. Von den deutschen Einwohner*innen bekamen 7,2 % Mindestsicherungsleistungen, von den ausländischen 39,9 %. Von den Einwohner*innen unter 18 Jahren bezogen 15,5 % Mindestsicherungsleistungen, ab 65 Jahren waren es 2,3 % der Einwohner*innen (vgl. Kap. 3.15.).

3.1. Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren wieder.

Abb. 23: Beschäftigungsquote in den Städten und Gemeinden



Stand: 30.06.2018 (BA) / 31.12.2017 (LSN); Quelle: BA (Arbeitsmarkt kommunal), LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung

Analyse

Die Beschäftigungsquote beschreibt die Attraktivität eines Standorts. Durch die Beschäftigungsquote kann eine Kommune als finanzkräftig oder -schwach typisiert werden (vgl. Statistisches Bundesamt et al. 2014: 58).

Der Landkreis Helmstedt hat insgesamt eine Beschäftigungsquote von 62,7 %.

Die höchste Beschäftigungsquote im Landkreis Helmstedt hat die Gemeinde Grafhorst, hier gehen 71,2 % der 15- bis 64-Jährigen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Auch Groß Twülpstedt (71,0 %) und Danndorf (70,1 %) haben hohe Beschäftigungsquoten.

Die niedrigste Beschäftigungsquote hat die Gemeinde Jerxheim mit 53,2 % vor der Stadt Schöningen (57,1 %).

Bei den Samtgemeinden hat die SG Velpke mit 69,8 % die höchste Beschäftigungsquote gefolgt von der SG Grasleben (66,2 %), der SG Nord-Elm (62,7 %) und der SG Heeseberg (58,6 %).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Eine Erwerbstätigkeit sichert nicht nur den aktuellen Lebensunterhalt, sondern langfristig auch die Alterseinkünfte und sorgt somit für Unabhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen. Dies wiederum entlastet den Sozialhilfeträger.

Da in Zukunft weniger potenzielle Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, ist es wichtig, die vorhandenen Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter bestmöglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren um einem Fachkräftemangel vorzubeugen (vgl. Berlin-Institut 2013: 20).

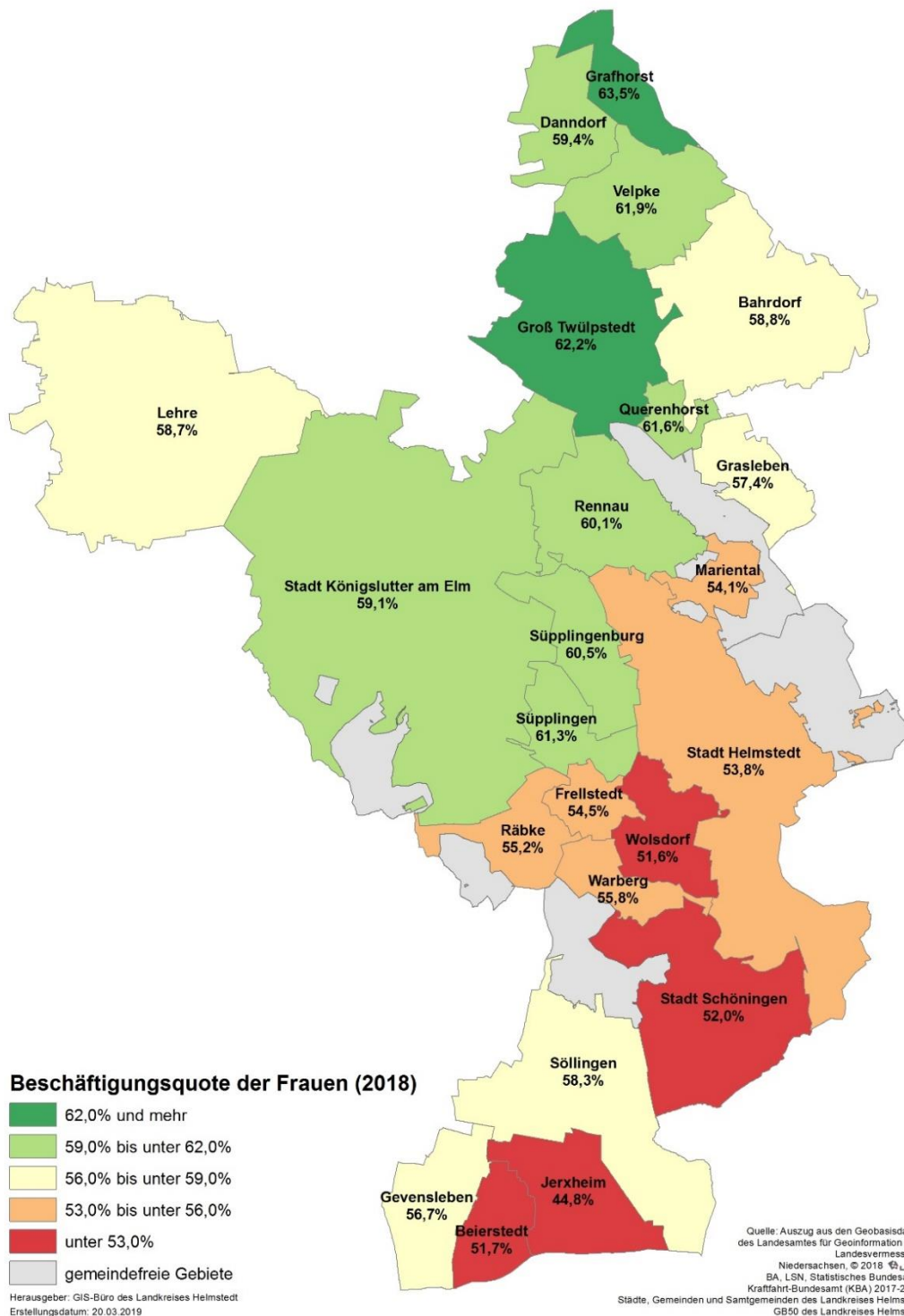
Um höhere Beschäftigungsquoten zu erreichen, muss die Erwerbsbevölkerung adäquat ausgebildet sein. Dazu muss einerseits darauf geachtet werden, dass junge Menschen frühzeitig den Grundstein für eine gute Bildungskarriere legen können und andererseits muss darauf geachtet werden, dass so wenig Menschen wie möglich auf ihrem Bildungsweg abgehängt werden. Geringqualifizierte Arbeitskräfte und Menschen ohne Berufsausbildung haben schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und stellen einen Großteil der Arbeitslosen (vgl. ebd.).

Durch die immer schnellere Veränderung der Anforderungen im Arbeitsleben, ist die Förderung der Fort- und Weiterbildung während des kompletten Berufslebens wichtig (vgl. ebd.).

3.2. Beschäftigungsquote der Frauen

Die Beschäftigungsquote der Frauen gibt den Anteil der weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Einwohnerinnen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren an.

Abb. 24: Beschäftigungsquote der Frauen in den Städten und Gemeinden



Analyse

In Deutschland gehen Frauen tendenziell seltener einer bezahlten Beschäftigung nach als Männer und sind außerdem häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu finden (vgl. NIW 2014: 29)

Im Landkreis Helmstedt gehen insgesamt 56,6 % der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach.

Die höchste Beschäftigungsquote bei den Frauen hat die Gemeinde Grafhorst mit 63,5 % vor Groß Twülpstedt (62,2 %) und Velpke (61,9 %).

Die niedrigsten weiblichen Beschäftigungsquoten haben Jerxheim (44,8 %), Wolsdorf (51,6 %) und Beierstedt (51,7 %).

Bei den Samtgemeinden hat die SG Velpke mit 61,1 % die höchste Beschäftigungsquote bei den Frauen vor der SG Grasleben (57,8 %), der SG Nord-Elm (57,0 %) und der SG Heeseberg (53,5 %).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Innerhalb des Arbeitsmarktes gibt es unterschiedliche Geschlechterdifferenzen (Gender Gaps). Der bekannteste Gender Gap ist dabei sicherlich der Einkommensunterschied (Gender Pay Gap) (siehe auch Kap. 3.5.). Es gibt aber ebenso Unterschiede bei der Art der Beschäftigung, dem Qualifikationsniveau, der Karriereentwicklung und der Besetzung von Leitungsposten. Die Ungleichheit kann allerdings nicht vollständig mit produktionsrelevanten Unterschieden der Geschlechter oder individuellen Präferenzen erklärt werden, sondern deutet auf eine direkte oder indirekte Benachteiligung von Frauen hin. Dies zeigt sich insbesondere am Frauenanteil in den Führungspositionen der deutschen Wirtschaft, der in keiner Weise den Anteil weiblicher Beschäftigter widerspiegelt (vgl. Tonn 2016: 11f.).

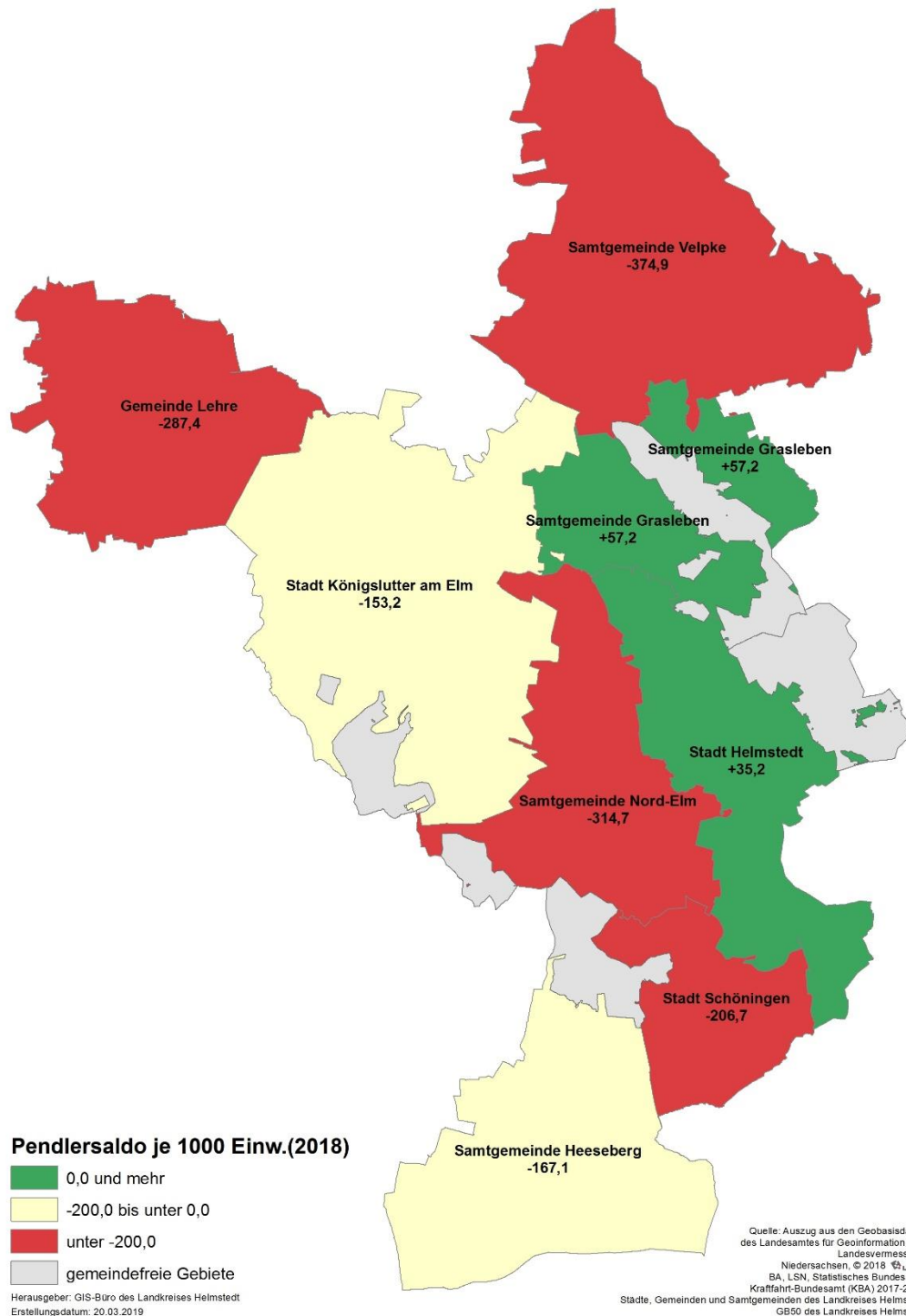
Im europäischen Vergleich lässt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigkeit von Frauen und der Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beobachten. Daraus lässt sich schließen, dass der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur im frühkindlichen Bereich sowie von Ganztagschulen zu einer Erhöhung der Beschäftigungsquote bei den Frauen beitragen kann (vgl. Walter et al. 2013: 47 und Statistisches Bundesamt et al. 2014: 58).

Da Frauen häufiger von Altersarmut betroffen sind als Männer (siehe auch Kap. 3.14.), ist eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit auch vor dem Hintergrund der eigenen Alterssicherung anzustreben. Hierbei ist zwischen einer Erwerbstätigkeit in Vollzeit und in Teilzeit zu unterscheiden, da eine langanhaltende Beschäftigung in Teilzeit sich ebenfalls negativ auf die Alterssicherung auswirkt.

3.3. Pendlersaldo

Der Pendlersaldo ist die Differenz zwischen den Personen, die von außerhalb zu ihrer Arbeitsstätte einpendeln, und denen, die von ihrem Wohnort zu ihrer auswärtigen Arbeitsstelle auspendeln (vgl. Landkreis Mittelsachsen 2016: 246). Zur besseren Vergleichbarkeit wird der Pendlersaldo hier auf 1.000 Einwohner*innen bezogen.

Abb. 25: Pendlersaldo je 1.000 Einwohner*innen in den Kommunen



Analyse

Im Landkreis Helmstedt haben nur zwei Kommunen einen positiven Pendlersaldo je 1.000 Einwohner*innen. Dies sind die SG Grasleben (+57,2) und die Stadt Helmstedt (+35,2).

Alle anderen Kommunen haben einen negativen Pendlersaldo. Den höchsten negativen Pendlersaldo je 1.000 Einwohner*innen hat die SG Velpke (-374,9) vor der SG Nord-Elm (-314,7).

Insgesamt hat der Landkreis Helmstedt einen Pendlersaldo von -155,9 je 1.000 Einwohner*innen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

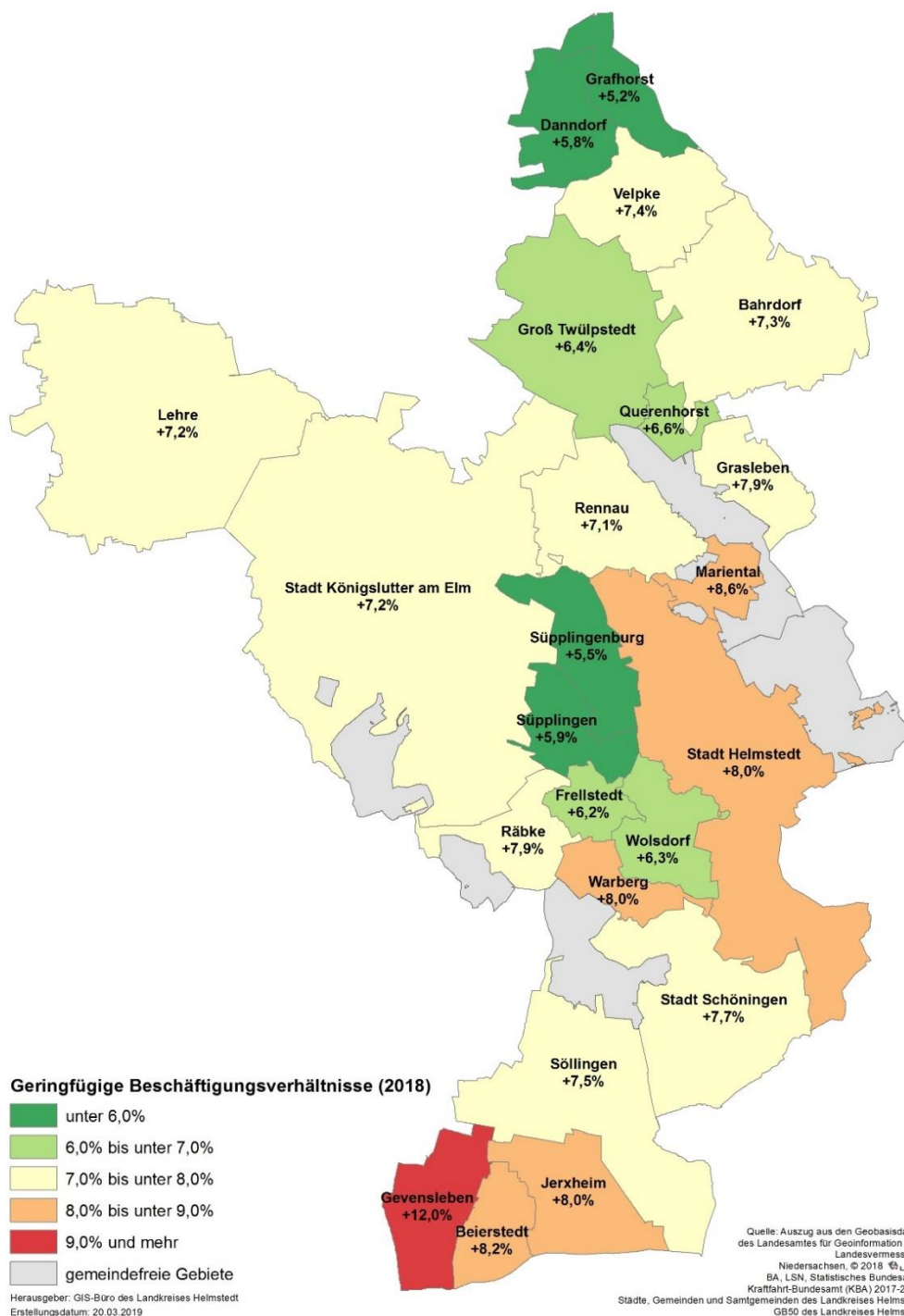
In Kommunen, in denen es einen hohen positiven Pendlersaldo gibt, gibt es ein größeres Arbeitsplatzangebot.

Kommunen, die einen hohen negativen Pendlersaldo haben, haben eher kein oder nur ein kleines Arbeitsplatzangebot und dienen vorrangig als Wohnstandort.

3.4. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

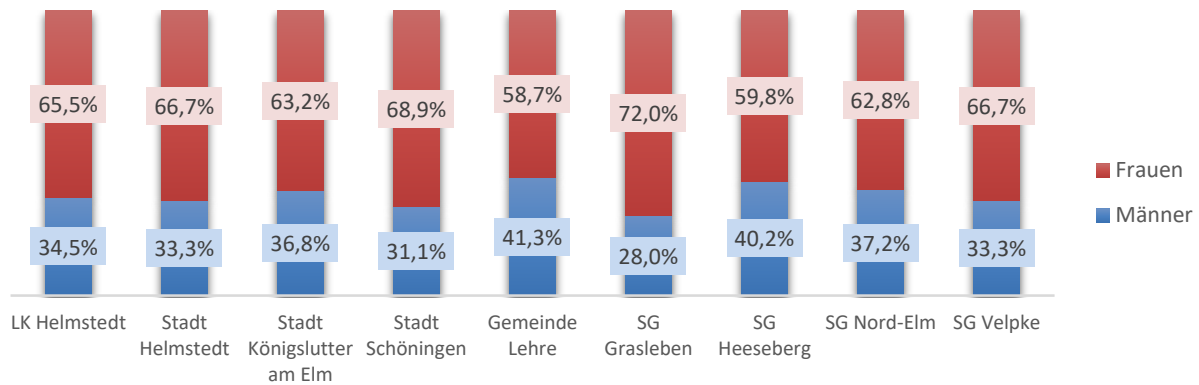
Es wird der Anteil der Personen, die ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen nachgehen, an allen Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren dargestellt. Des Weiteren werden die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse nach Geschlecht aufgeteilt.

Abb. 26: Anteil der geringfügig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter



Stand: 30.06.2018 (BA) / 31.12.2017 (LSN); Quelle: BA (Arbeitsmarkt kommunal), LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung

Abb. 27: Aufteilung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse nach Geschlecht



Stand: 30.06.2018 (BA) / 31.12.2017 (LSN); Quelle: BA (Arbeitsmarkt kommunal), LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Die geringfügige Beschäftigung ist in den vergangenen Jahren zu einer immer häufigeren Erwerbsform geworden. Gerade für Frauen handelt es sich dabei oft um das einzige Erwerbseinkommen, besonders stark ist dies bei geringqualifizierten Frauen zu beobachten (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011: 112).

Insgesamt gehen im Landkreis Helmstedt 7,4 % der Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen nach.

Im Landkreis Helmstedt hat die Gemeinde Gevensleben mit 12,0 % den höchsten Anteil von ausschließlich geringfügig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter vor Mariental (8,6 %).

Den niedrigsten Anteil gibt es in der Gemeinde Grafhorst (5,2 %), gefolgt von Süplingenburg (5,5 %) und Danndorf (5,8 %).

Bei den Samtgemeinden hat die SG Heeseberg den höchsten Anteil ausschließlich geringfügig Beschäftigter mit 8,5 %. In der SG Nord-Elm (6,5 %) gibt es den niedrigsten Anteil, die SG Grasleben (7,7 %) und die SG Velpke (6,7 %) liegen dazwischen.

Im Landkreis Helmstedt werden knapp zwei Drittel aller geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse von Frauen ausgeübt. In den einzelnen Kommunen schwankt der Frauenanteil zwischen 58,7 % in der Gemeinde Lehre und 72,0 % in der SG Grasleben.

Fazit / Handlungsempfehlungen

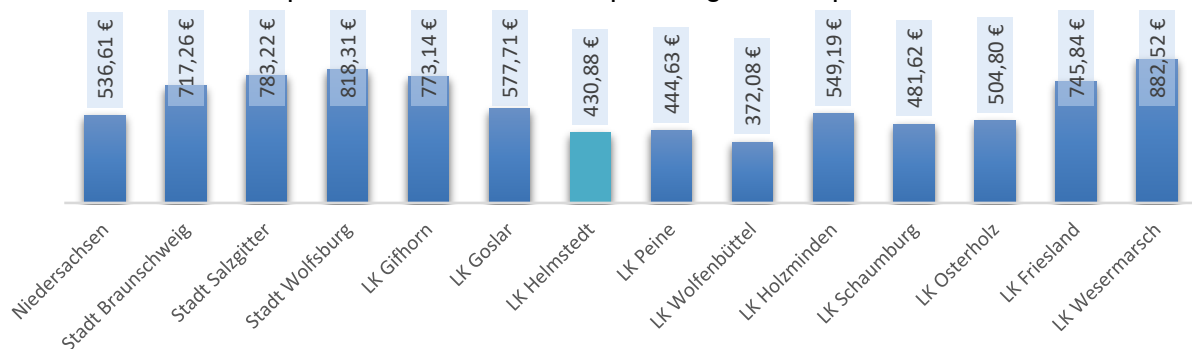
Beschäftigte, die über einen längeren Zeitraum ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, sind gegenwärtig von Armut bedroht. Da nur geringe Beitragszahlungen in die sozialen Sicherungssysteme erfolgen, haben die Betroffenen im Alter ein höheres Armutsrisiko. Da Frauen den größten Anteil der geringfügig Beschäftigten stellen, haben sie ein besonders hohes Risiko im Alter nicht genügend abgesichert zu sein (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2013: 83 und Landkreis Gifhorn 2012: 27).

Die weitere Verbreitung der geringfügigen Beschäftigung sollte eingedämmt und stattdessen das Ziel verfolgt werden, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze zu schaffen.

3.5. Geschlechtsspezifische Einkommensspreizung

Die geschlechtsspezifische Einkommensspreizung gibt den Differenzbetrag des Medianmonatseinkommens der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer zum Medianmonatseinkommen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Euro an.

Abb. 28: Geschlechtsspezifische Einkommensspreizung in Euro pro Monat



Stand: 31.12.2017; Quelle: BA (Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Das Medianmonatseinkommen bezeichnet das jeweils mittlere Einkommen. Im Landkreis Helmstedt liegt das Medianmonatseinkommen der Frauen 430,88 Euro unter dem Medianmonatseinkommen der Männer. Die größte geschlechterspezifische Einkommensspreizung gibt es mit 882,52 Euro im Landkreis Wesermarsch, die kleinste im Landkreis Wolfenbüttel mit 372,08 Euro.

Die Männer im Landkreis Helmstedt haben das niedrigste Medianmonatseinkommen der Männer in allen verglichenen Landkreisen und Städten. Dies könnte ein Grund für die geringere Differenz im Landkreis Helmstedt insgesamt sein.

Die Zahlen beziehen sich nur auf sozialversicherungspflichtige Entgelte von Vollzeitbeschäftigten. Bei der Einbeziehung aller Arbeitsentgelte wäre die Differenz vermutlich größer (vgl. Kap. 3.4.).

Fazit / Handlungsempfehlungen

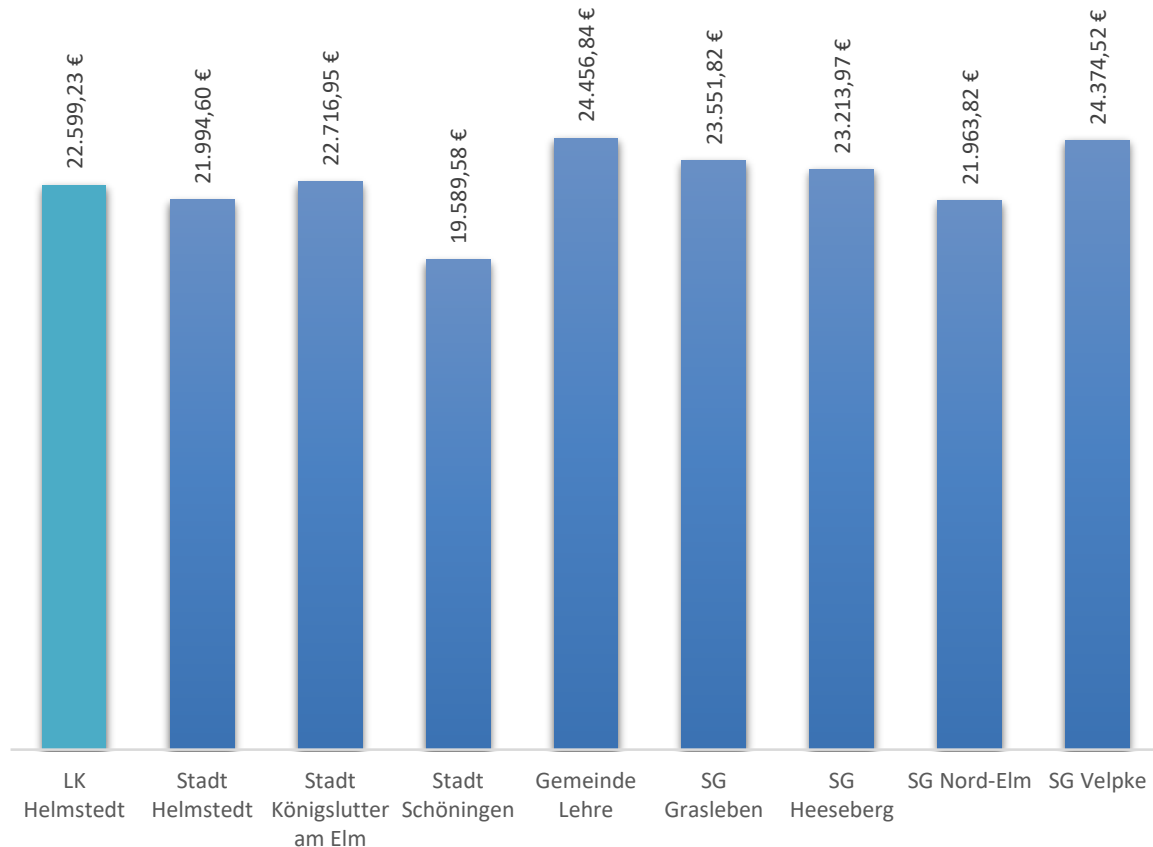
Die unterschiedliche Höhe des Medianmonatseinkommens von sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Männern und Frauen hat verschiedene strukturelle und erwerbsbiografische Gründe (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: 9). Beispielsweise gibt es in Berufe, die oft von Frauen ausgewählt werden, häufig niedrigere Verdienste. Des Weiteren haben Frauen öfter familienbedingte Einschnitte in ihrer Erwerbsbiografie und hinzukommt, dass Frauen immer noch geringere Aufstiegschancen haben und seltener in Führungspositionen anzufinden sind (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2017: 48).

Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind ein Zeichen für soziale Ungleichheit. Um echte Gleichstellung zu erreichen, müssen die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen verringert werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2017a: 34).

3.6. Kaufkraft

Die Kaufkraft pro Kopf gibt an, wie hoch das verfügbare Nettoeinkommen inklusive empfangener Transferleistungen je Einwohner*in im Durchschnitt pro Jahr ist.

Abb. 29: Kaufkraft pro Kopf in Euro



Stand: 2017; Quelle: NBank (Tabelle Basis-Indikatoren KomWoB Niedersachsen), eigene Darstellung

Analyse

Die Kaufkraft pro Kopf im Landkreis Helmstedt beträgt insgesamt 22.599,23 Euro, dabei gibt es jedoch deutliche regionale Unterschiede.

Die höchste Kaufkraft im Landkreis hat die Gemeinde Lehre mit 24.456,84 Euro, die niedrigste hat die Stadt Schöningen mit lediglich 19.589,58 Euro pro Kopf.

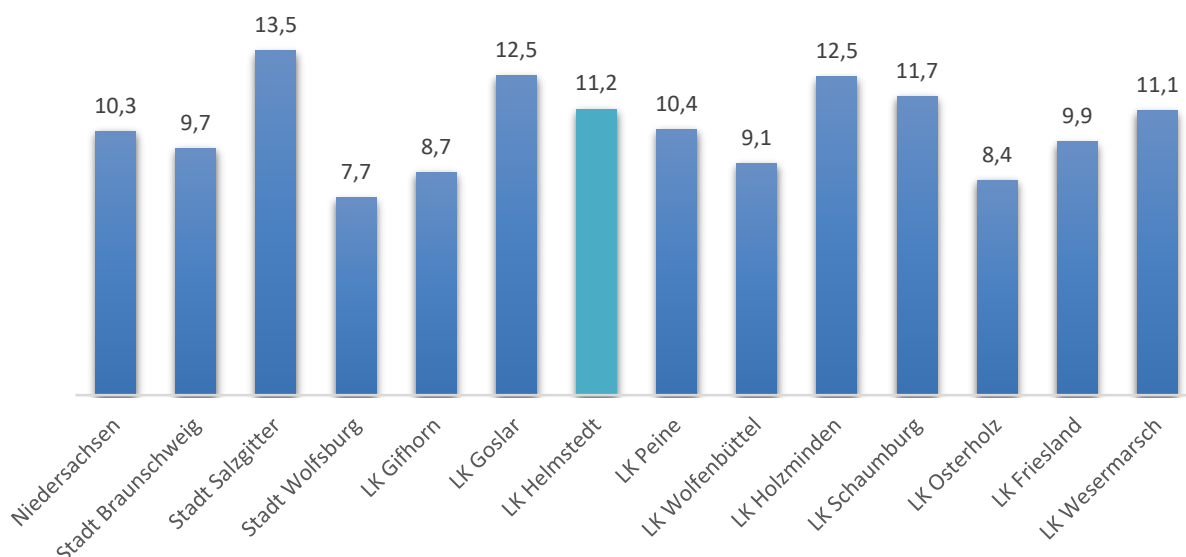
Fazit / Handlungsempfehlungen

Die Kaufkraft hat einen engen Bezug zur wirtschaftlichen Situation einer Kommune. Hohe verfügbare Einkommen sind ein Indiz für gute wirtschaftliche Standortbedingungen. Die Kaufkraft ist daher ein Indikator zur Bestimmung der sozialen Lage sowie der Wirtschaftskraft eines Ortes und dient außerdem Unternehmen als Orientierungshilfe zur Anpassung ihrer Produktionskapazitäten (vgl. NIW 2014: 44ff.) oder generell als Entscheidungshilfe für Standortansiedlungen, da diese maßgeblich durch das Kundenpotential vor Ort und die Kaufkraft potentieller Kund*innen beeinflusst werden (vgl. Statistisches Bundesamt et al. 2014: 67).

3.7. Überschuldung

Es wird die Zahl privater Schuldner*innen je 100 volljährigen Einwohner*innen betrachtet.

Abb. 30: Zahl der überschuldeten Personen je 100 volljährigen Einwohner*innen auf Kreisebene



Stand: 2018; Quelle: Verband der Vereine Creditreform e.V. (SchuldnerAtlas Deutschland 2017), eigene Darstellung

Analyse

Wenn ein privater Haushalt nach Abzug aller Lebenshaltungskosten nicht genügend Einkommen hat, um seine Schulden fristgerecht zu tilgen, gilt dieser als überschuldet. Es gibt viele Gründe, warum Personen in eine entsprechende Situation geraten. Dies können neben privater Miswirtschaft beispielsweise Krankheiten oder Unfälle, das Ende einer Beziehung durch Trennung oder Tod, Arbeitslosigkeit oder eine gescheiterte Selbstständigkeit sein. Obwohl von einem solchen Lebensereignis jede*r betroffen sein kann, zeigt sich, dass Menschen, die eine geringere Qualifikation und ein niedriges Einkommen haben, ein höheres Risiko haben, sich zu überschulden (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2013: 67 sowie LK Gifhorn 2012: 60).

Im Landkreis Helmstedt waren im Jahr 2018 von 100 volljährigen Einwohner*innen 11,2 überschuldet. Den höchsten Anteil an überschuldeten Personen hatte die Stadt Salzgitter mit 13,5 und den niedrigsten Anteil hatte mit 7,7 die Stadt Wolfsburg.

Es ist aufgrund der unterschiedlichen Einkommensstruktur anzunehmen, dass die Verteilung der überschuldeten Personen im Landkreis Helmstedt sehr unterschiedlich ist, allerdings kann dies nicht mit den vorhandenen Daten belegt werden.

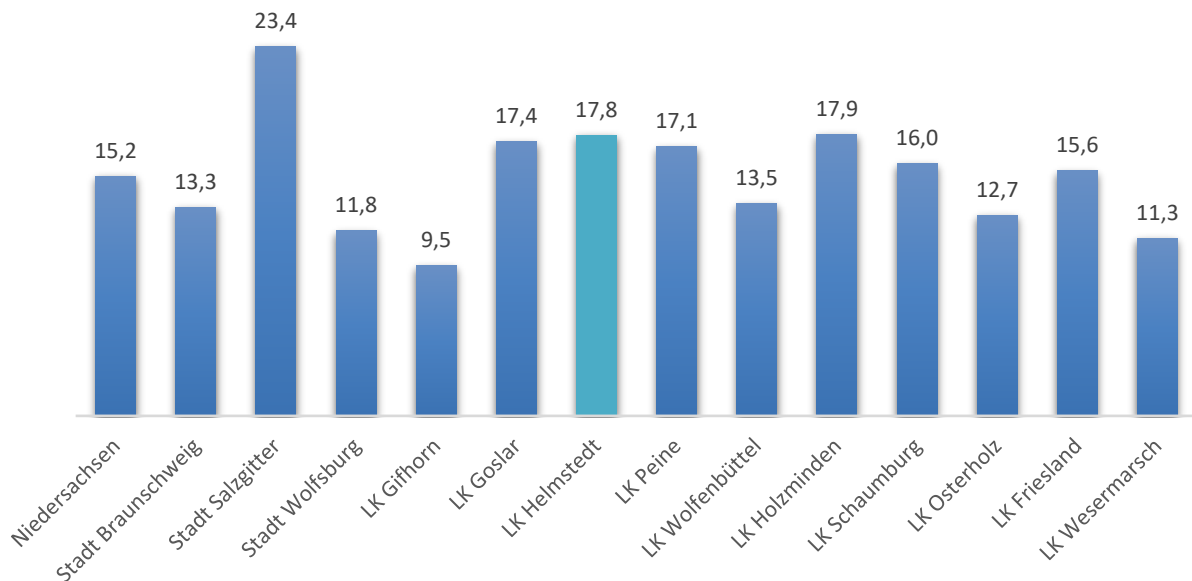
Fazit / Handlungsempfehlungen

Die Beratung für Schuldner*innen ist aufrecht zu halten und gegebenenfalls bedarfsgerecht auszubauen.

3.8. Verbraucherinsolvenzen

Analysiert wird die Zahl der Verbraucherinsolvenzverfahren je 10.000 Einwohner*innen

Abb. 31: Verbraucherinsolvenzen je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene



Stand: 2017; Quelle: LSN (Statistische Berichte Niedersachsen „Insolvenzverfahren 2017“ und Tabelle A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Wenn Personen absolut überschuldet sind, haben sie die Möglichkeit ein Verbraucherinsolvenzverfahren zu beantragen. In diesem werden Schuldner*innen nach einer sechsjährigen sogenannten Wohlverhaltensphase von ihren Restschulden befreit (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 166). Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein mehrstufiges Verfahren. Bevor es eingeleitet wird, muss unter Aufsicht des Gerichts versucht werden, die Forderungen der Gläubiger*innen mittels eines Schuldenbereinigungsplans zu befriedigen. Zur Annahme des Plans müssen die Gläubiger*innen zustimmen. In diesem Fall wird das Insolvenzverfahren nicht eröffnet (vgl. Statistisches Bundesamt 2017b: 189).

Im Landkreis Helmstedt wurden im Jahr 2017 17,8 Verfahren je 10.000 Einwohner*innen eröffnet, dieser Wert lag über dem Landeswert von 15,2.

Die meisten Verfahren je 10.000 Einwohner*innen wurden mit 23,4 in der Stadt Salzgitter und die wenigsten mit 9,5 im Landkreis Gifhorn eröffnet.

Fazit / Handlungsempfehlungen

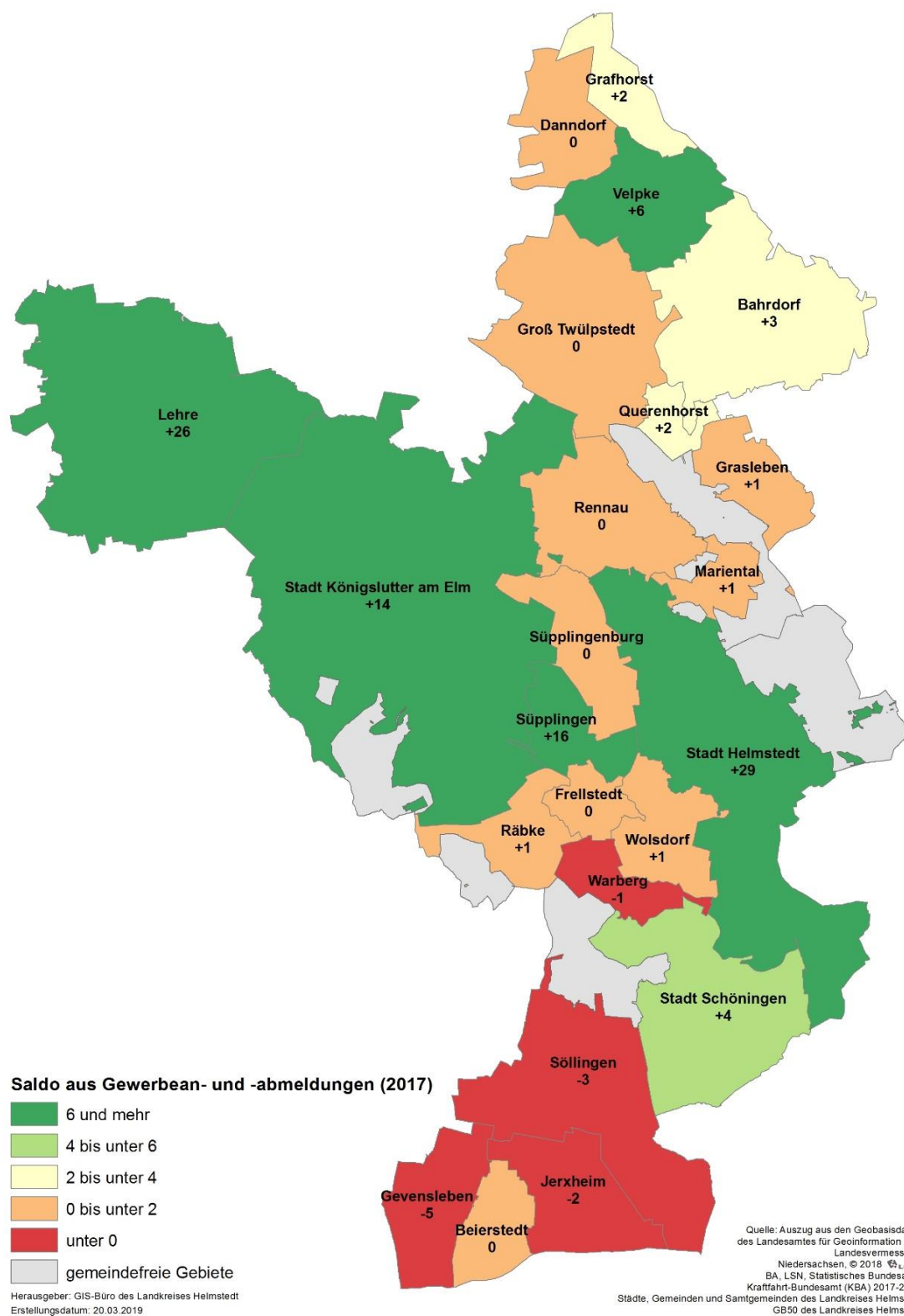
Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Überschuldungsquote (vgl. Kap. 3.7.) und den Verbraucherinsolvenzen. Allerdings beantragt nicht jede überschuldete Person auch ein Verbraucherinsolvenzverfahren.

Die Möglichkeit der Verbraucherinsolvenz sollte stärker bekannt gemacht werden, um mehr betroffenen Personen den Zugang zu gewähren. Die Beratung für Schuldner*innen ist daher aufrecht zu halten und bei Bedarf auszubauen.

3.9. Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen

Es wird der Saldo aus Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen dargestellt.

Abb. 32: Saldo aus Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen in den Städten und Gemeinden



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabelle K7900099), eigene Berechnung

Analyse

Bei der Neugründung, der Umwandlung, dem Zuzug oder der Übernahme eines Betriebs ist eine Gewerbeanmeldung abzugeben. Bei der vollständigen Aufgabe, der Umwandlung, dem Fortzug oder der Übergabe eines Betriebs ist dementsprechend eine Gewerbeabmeldung abzugeben (vgl. Statistisches Bundesamt 2017b: 523).

Wenn der Saldo aus den Gewerbean- und den Gewerbeabmeldungen über 0 ist, ist die Zahl der Betriebe angestiegen. Wenn der Wert unter 0 liegt, ist die Zahl der Betriebe geschrumpft.

Den höchsten Zuwachs an Betrieben hatte die Stadt Helmstedt mit einem Saldo von 29.

Den höchsten Rückgang an Betrieben hatte die Gemeinde Gevensleben mit einem Saldo von -5.

Die SG Nord-Elm hatte einen Anstieg um 17, die SG Velpke um 11 und die SG Grasleben um 4 Betriebe. Die SG Heeseberg hatte bei den Gewerbean- und -abmeldungen einen Saldo von -10.

Insgesamt hatte der Landkreis Helmstedt einen Saldo aus Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen von 95 Betrieben.

Fazit / Handlungsempfehlungen

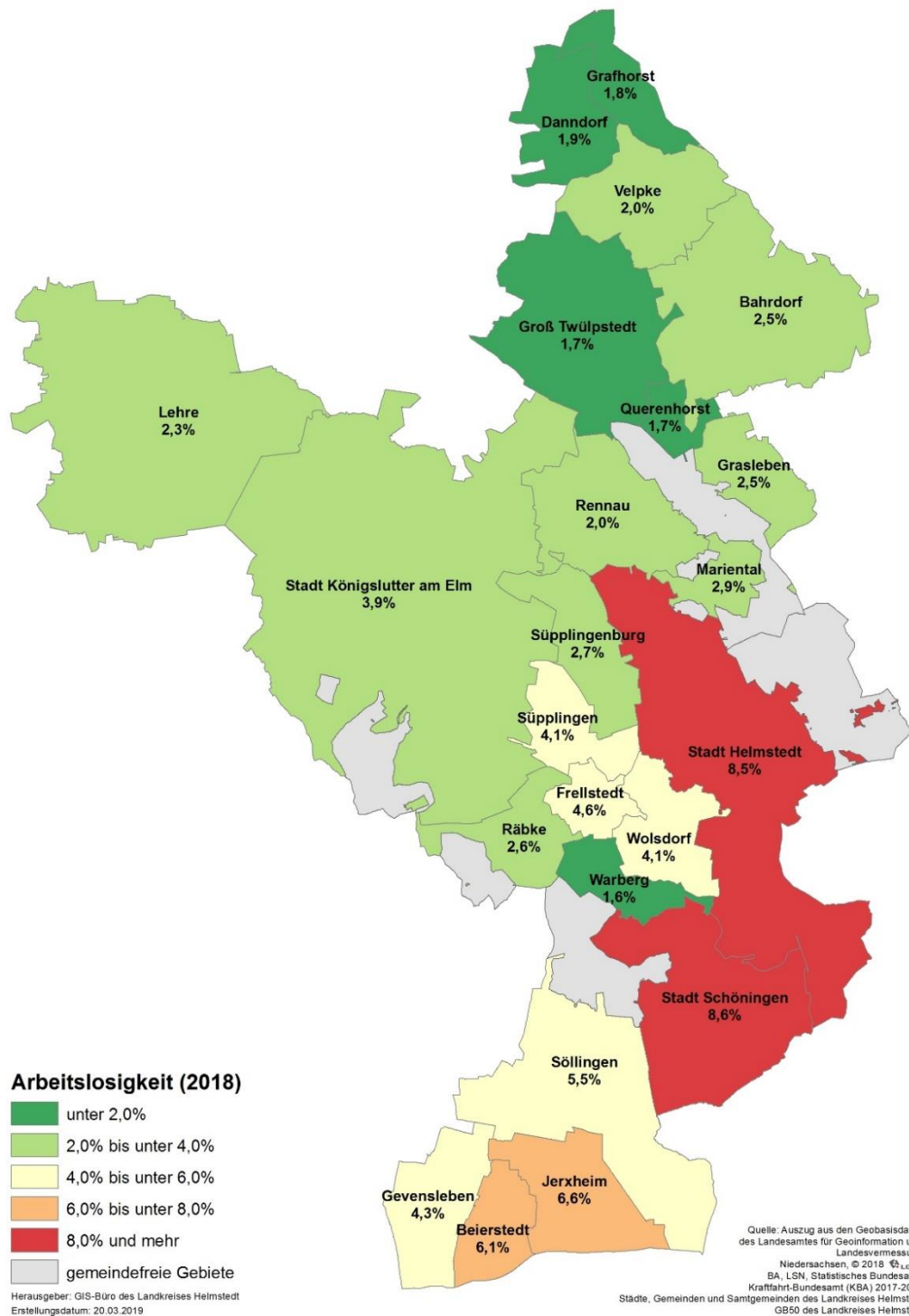
Ein Zuwachs an Betrieben kann neue Arbeitsplätze schaffen. Durch die neu geschaffene gemeinsame Wirtschaftsförderung der Kommunen im Landkreis Helmstedt können potentielle Arbeitgeber*innen gezielter für den Landkreis Helmstedt geworben werden.

Das Helmstedter Regionalmanagement ist zurzeit dabei ein Gründerzentrum aufzubauen, das zukünftig Unternehmer*innen Co-Working-Arbeitsplätze bieten wird und in dem außerdem Gründungsberatungen durchgeführt werden sollen. Dies sind Maßnahmen, um die Zahl der Gewerbeanmeldungen zu steigern.

3.10. Arbeitslosigkeit

Betrachtet wird, wie groß der Anteil der arbeitslosen Menschen an allen Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren ist. Die Zahl ist aufgrund unterschiedlicher Berechnungen nicht vergleichbar mit der Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit.

Abb. 33: Anteil der arbeitslosen Personen in den Städten und Gemeinden



Stand: 30.06.2018 (BA) / 31.12.2017 (LSN); Quelle: BA (Arbeitslose nach Gemeinden), LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung

Analyse

Neben der Beschäftigungsquote ist die Arbeitslosigkeit ein weiterer Indikator, der die Wirtschaftskraft eines Gebiets beschreibt (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 355).

Da die Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit erst ab Kreisebene zur Verfügung steht, kann auf den kleinräumigeren Ebenen darunter lediglich der Anteil der arbeitslosen Menschen an allen Einwohner*innen zwischen 15 und 64 Jahren dargestellt werden, unabhängig davon, ob diese tatsächlich erwerbsfähig sind oder nicht.

Den höchsten Anteil arbeitsloser Menschen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat die Stadt Schöningen mit 8,6 % vor der Stadt Helmstedt mit 8,5 %.

Den niedrigsten Anteil von arbeitslosen Menschen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat die Gemeinde Warberg (1,6 %) gefolgt von den Gemeinden Groß Twülpstedt und Querenhorst mit jeweils 1,7 %.

Bei den Samtgemeinden hat die SG Heeseberg mit 5,7 % den höchsten Anteil von arbeitslosen Menschen vor der SG Nord-Elm (3,5 %), der SG Grasleben (2,4 %) und der SG Velpke (2,0 %).

Insgesamt waren im Landkreis Helmstedt 5,2 % der Einwohner*innen im Alter von 15 bis 64 Jahren arbeitslos.

Fazit / Handlungsempfehlungen

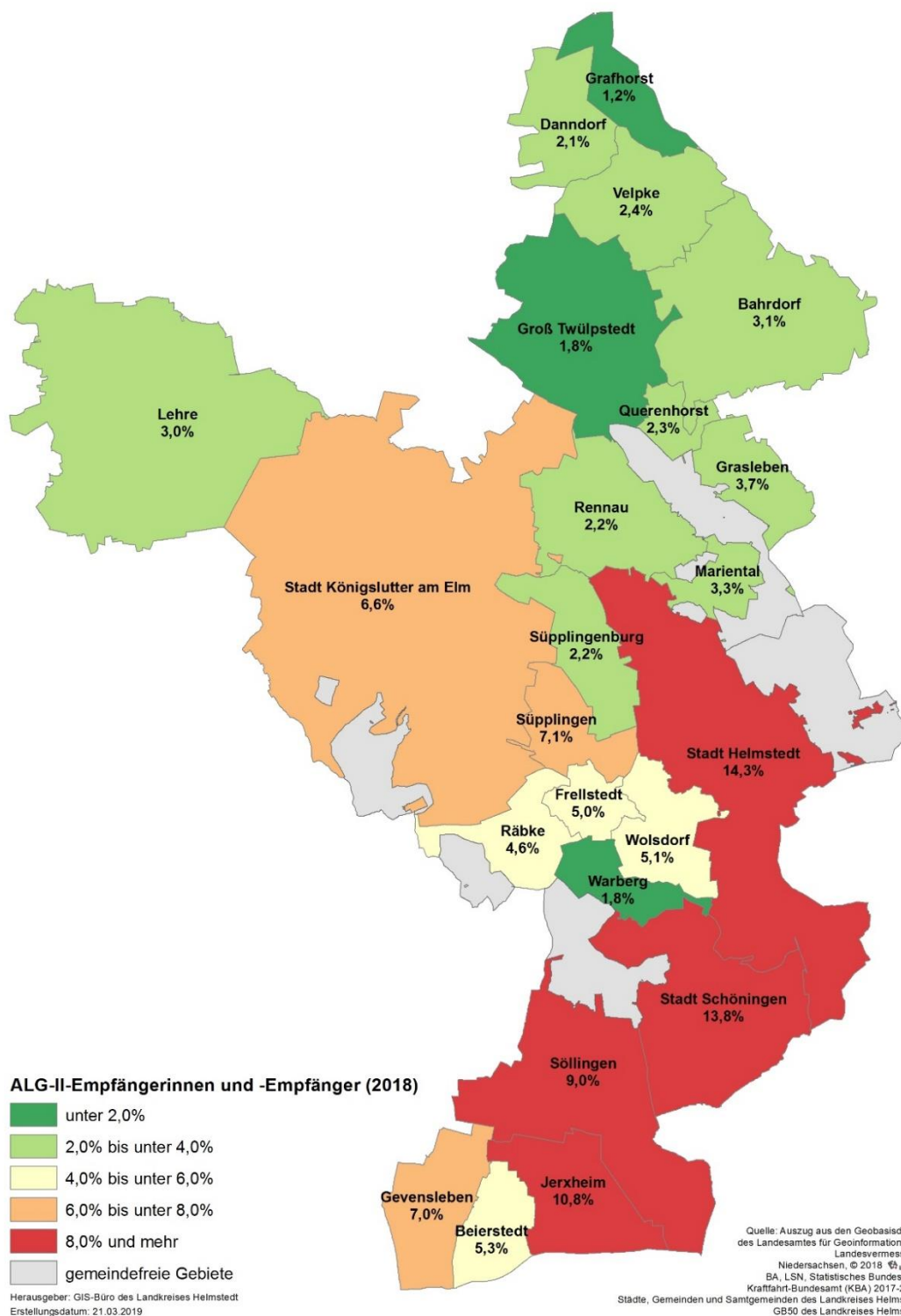
Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für prekäre Lebenslagen und soziale Ausgrenzung (vgl. Stadt Osnabrück 2012: 57).

Je länger eine Person von Arbeitslosigkeit betroffen ist, desto schwieriger wird es, aus dieser Lebenslage wieder heraus zu kommen.

3.11. ALG-II-Empfänger*innen

Es wird der Anteil der Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II an allen Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren dargestellt.

Abb. 34: Anteil der Empfänger*innen von ALG II in den Städten und Gemeinden



Stand: 30.06.2018 (BA) / 31.12.2017 (LSN); Quelle: BA (Bestand an ELB und MuK in BG), LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung

Analyse

Um soziale Angebote planen und vorhalten zu können, ist es wichtig differenzierte Informationen über das Ausmaß von Armut vor Ort zu haben.

Da sich viele Armutsdefinitionen nicht auf kommunaler Ebene anwenden lassen, wird der Anteil der Empfänger*innen von ALG II an den Einwohner*innen von 15 bis 64 Jahren als Hilfsindikator zur Beschreibung von Armut herangezogen. Die Kennzahl ALG-II-Empfänger*innen hängt eng mit dem Indikator Arbeitslosigkeit zusammen (vgl. Statistisches Bundesamt et al. 2014: 64).

Im Landkreis Helmstedt haben die Stadt Helmstedt (14,3 %) und die Stadt Schöningen (13,8 %) die höchsten Anteile an ALG-II-Empfänger*innen.

Die niedrigsten Anteile haben die Gemeinden Grafhorst (1,2 %), Warberg (1,8 %) und Groß Twülpstedt (1,8 %).

Bei den Samtgemeinden hat die SG Heeseberg mit 8,8 % den höchsten Anteil an ALG-II-Empfänger*innen an den Einwohner*innen im Alter von 15 bis 64 Jahren. Die SG Velpke hat mit 2,2 % den niedrigsten Anteil. Die SG Nord-Elm (4,9 %) und die SG Grasleben (3,2 %) liegen dazwischen.

Insgesamt bezogen im Landkreis Helmstedt 8,3 % der Einwohner*innen im Alter von 15 bis 64 Jahren ALG II.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Die Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik sollen dazu beitragen, die Abhängigkeit von staatlichen Grundsicherungssystemen, zu denen auch das ALG II gehört, zu vermeiden oder zu reduzieren (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017: XXIX).

Im Landkreis Helmstedt gelingt dies im Norden und Westen des Landkreises wesentlich besser als im Süden sowie der Kreisstadt selbst, da hier beziehungsweise in den angrenzenden Großstädten ein größeres Arbeitsplatzangebot vorhanden ist.

Des Weiteren ziehen gerade in Lehre und der SG Velpke viele Personen zu, die in Wolfsburg oder Braunschweig arbeiten, wodurch die Armutsquote vor Ort gering gehalten wird, während sich die Armut in Helmstedt, Schöningen und der SG Heeseberg teilweise schon über Generationen verfestigt.

3.12. Alleinerziehende in SGB-II-Bezug

Es wird der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher*innen (ELB) von ALG II, die alleinerziehend sind, an allen ELB angegeben.

Abb. 35: Anteil der Alleinerziehenden an allen ELB

	Anteil der Alleinerziehenden an allen ELB
Landkreis Helmstedt	13,5%
Stadt Helmstedt	13,3%
Stadt Königslutter am Elm	13,4%
Stadt Schöningen	14,5%
Lehre	9,5%
Grasleben	14,3%
Mariental	0,0%
Querenhorst	0,0%
Rennau	0,0%
Beierstedt	*
Gevensleben	25,0%
Jerxheim	15,3%
Söllingen	10,8%
Frellstedt	*
Räbke	*
Süplingen	16,5%
Süplingenburg	*
Warberg	*
Wolsdorf	*
Bahrdorf	28,2%
Danndorf	17,6%
Grafhorst	*
Groß Twülpstedt	22,6%
Velpke	9,6%

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 Fällen und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Stand: 30.06.2018 (BA) / 31.12.2017 (LSN); Quelle: BA (Bestand an ELB und MuK in BG), LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung

Analyse

Selbst bei einem guten beruflichen Bildungsniveau ist für Alleinerziehende die Sicherung des Lebensunterhalts oft problematisch. Einerseits bestimmt die Zahl der Haushaltsmitglieder die Höhe des Bedarfs für die Sicherung des Lebensunterhalts und andererseits ist die Zahl der im Haushalt lebenden erwerbsfähigen Personen ausschlaggebend für das Potenzial dieses Haushalts, den Bedarf durch Erwerbsarbeit zu decken. Durch Kinder im Haushalt ist das Erwerbspotenzial begrenzt, da für Betreuungs- und Erziehungsleistungen Zeitressourcen benötigt werden. Alleinerziehende sind gegenüber Familien mit mehr Erwerbsfähigen strukturell benachteiligt, weil sie den Bedarf zur Deckung des Lebensunterhalts aller Haushaltsmitglieder alleine erwirtschaften müssen, soweit dieser nicht durch den Kindern zuzurechnende Einkommen wie Kindergeld oder Unterhaltszahlungen gedeckt wird, und Zeitressourcen für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder aufbringen müssen (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2014: 6).

Der Väteranteil an allen Alleinerziehenden in Deutschland liegt seit den 1990er-Jahren konstant bei 10 bis 13 %, so dass der Großteil der Alleinerziehenden Frauen sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2018: 13).

Für den Landkreis Helmstedt liegen keine Zahlen über alle Alleinerziehenden vor, es können nur die Zahlen der alleinerziehenden ALG-II-Empfänger*innen dargestellt werden.

Für Beierstedt, Frellstedt, Rábke, Süpplingenburg, Warberg, Wolsdorf und Grafhorst kann aus Datenschutzgründen der Bundesagentur für Arbeit kein Wert angegeben werden.

In Mariental, Querenhorst und Rennau, gab es am 30.06.2018 keine Alleinerziehenden im ALG-II-Bezug.

Den höchsten Anteil alleinerziehender ELB hatten am 30.06.2018 die Gemeinden Bahrdorf (28,2 %), Gevensleben (25,0 %) und Groß Twülpstedt (22,6 %).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Alleinerziehende müssen vieles in unterschiedlichen Lebensbereichen miteinander koordinieren. Verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder könnten sie dabei entlasten.

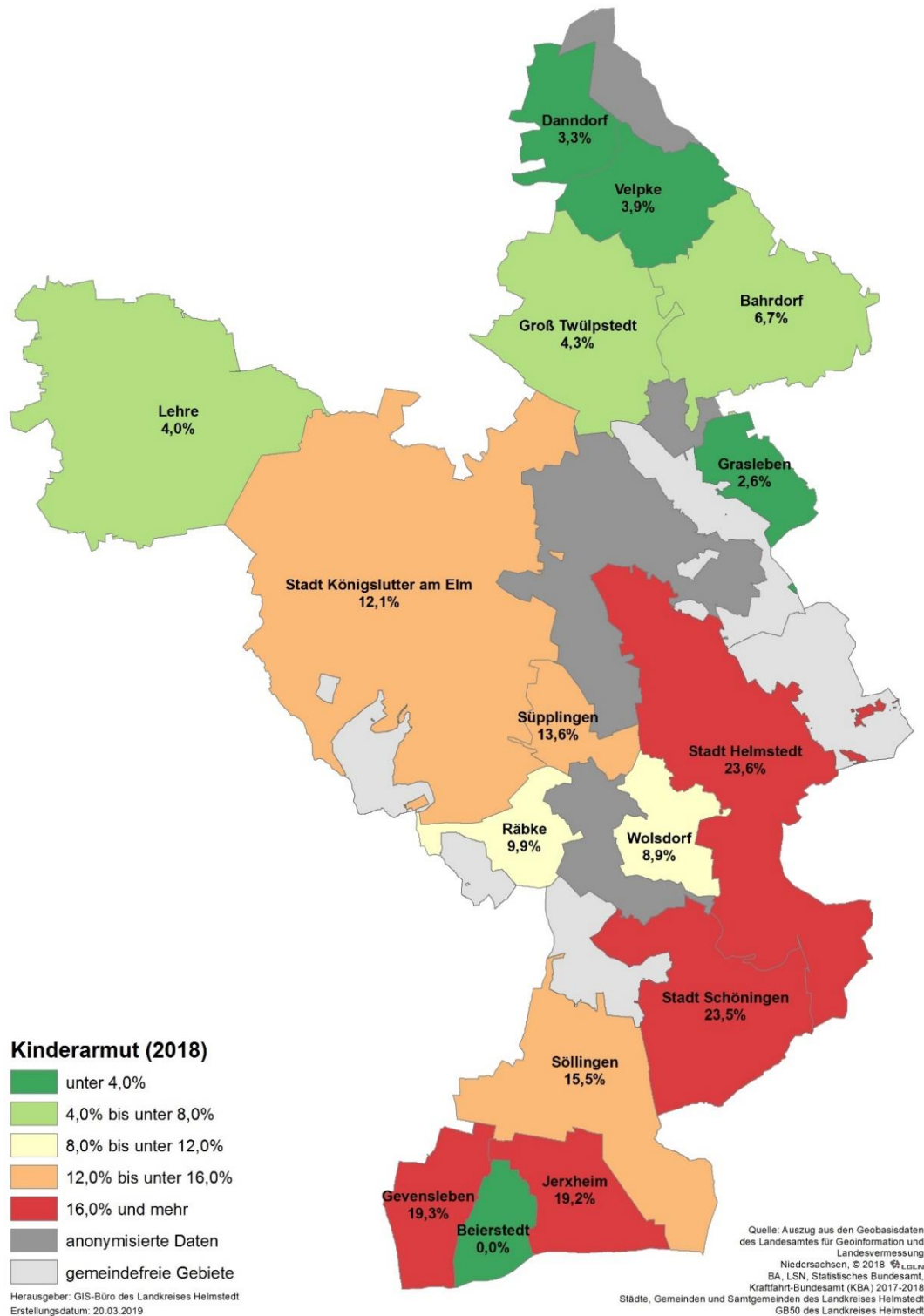
Darüber hinaus braucht es eine gute Abstimmung zwischen den unterschiedlichen familienrelevanten Institutionen, um Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil verlässlich und bedarfsgerecht zu unterstützen. Dies kann beispielsweise durch die Schaffung von mehr Arbeitszeitmodellen in Unternehmen, flexiblere Betreuungszeiten oder die Einrichtung von betrieblichen Kindertagesstättenplätzen gelingen.

Die Abkehr von einer defizitären Sicht auf Alleinerziehende ist notwendig, da diese oft eine hohe Selbstdisziplin und Familienkompetenz vorleben, die im Erwerbsbereich mit Managementaufgaben zu vergleichen sind (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2014: 14).

3.13. Kinder in SGB-II-Bezug (Kinderarmutsquote)

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II (Sozialgeld) beziehen, an allen Kindern unter 15 Jahren gibt Hinweise auf die Höhe der Kinderarmut.

Abb. 36: Kinderarmut in den Städten und Gemeinden



Analyse

Durch Armut werden Kinder nicht nur materiell beeinträchtigt. Von Armut betroffene Kinder haben schlechtere Zugänge zu Bildung, wodurch ihre sprachliche und kognitive Entwicklung beeinträchtigt werden kann. Außerdem haben Kinder aus armen Familien weniger soziale Kontakte und dadurch geringere Chancen soziale Kompetenzen zu entwickeln. Des Weiteren wird durch Armut ebenso die psychische und physische Entwicklung und Unversehrtheit beeinträchtigt (vgl. Stadt Braunschweig 2014:7). Kinder aus armen Familien sprechen bei der Einschulung nicht nur schlechter die deutsche Sprache, sondern können sich meist schlechter konzentrieren, schlechter zählen und haben häufiger Auffälligkeiten im Bereich der Visuomotorik und der Körperkoordination (vgl. Groos/Jehles 2015: 51). Langfristige Konsequenzen von Kinderarmut können Lernschwierigkeiten und schlechtere Schulabschlüsse sein, die wiederum schlechtere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zur Folge haben und somit zu einem höheren Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, führen.

Die höchste Kinderarmutsquote im Landkreis Helmstedt hat die Stadt Helmstedt mit 23,6 % vor der Stadt Schöningen mit 23,5 %. Auch die Gemeinden Gevensleben (19,3 %), Jerxheim (19,2 %) und Sölingen (15,5 %) haben hohe Kinderarmutsquoten.

In der Gemeinde Beierstedt hat am 30.06.2018 kein Kind unter 15 Jahren SGB-II-Leistungen bezogen. Hier muss in den nächsten Jahren beobachtet werden, ob dies nur Zufall oder ein langfristiger Trend ist.

Für Mariental, Querenhorst, Rennau, Frellstedt, Süplingenburg, Warberg und Grafhorst kann aus Datenschutzgründen der Bundesagentur für Arbeit kein Wert angegeben werden. Für die Samtgemeinden können aufgrund der Datenlagen keine Gesamtwerte angegeben werden.

Im Landkreis Helmstedt bezogen insgesamt 14,0 % der Kinder unter 15 Jahren Leistungen nach dem SGB II.

Fazit / Handlungsempfehlungen

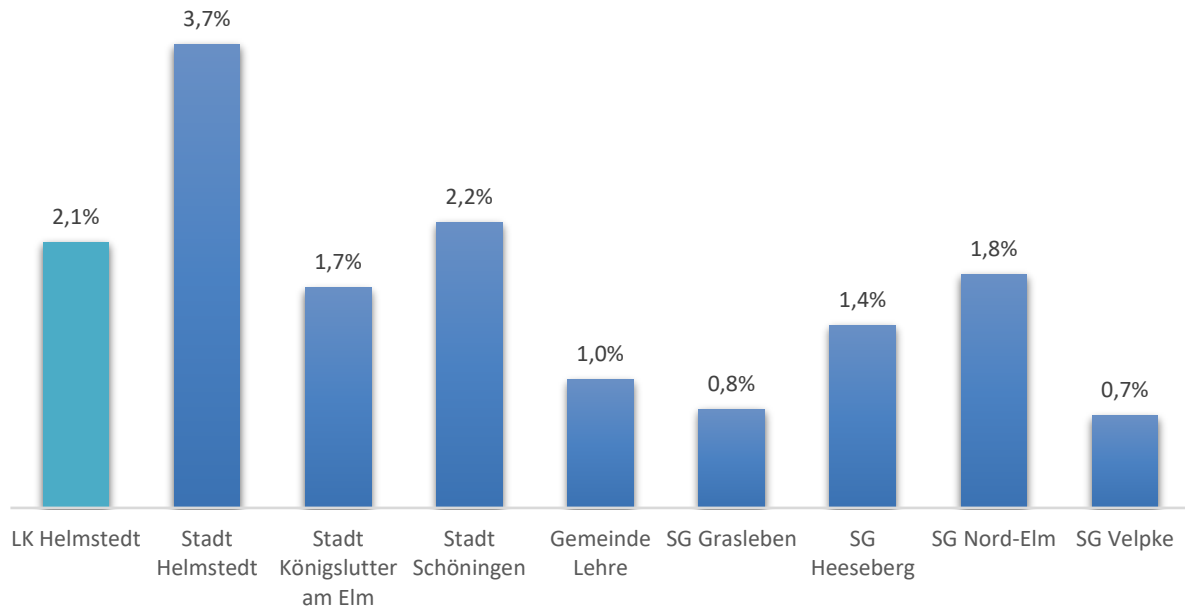
Zur langfristigen Bekämpfung von Kinderarmut ist ein großes Bündel von Maßnahmen nötig. Dies umfasst unter anderem den Ausbau der Kinderbetreuung vor Ort, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Herstellung von mehr Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit (vgl. Chassé/Rahn 2010: 159).

Allerdings sollte es darüber hinaus Maßnahmen geben, die bei den Kindern direkt ansetzen. Hier sollte ein möglichst eng verzahntes Netz aus frühen Hilfen, Hilfen zur sozialen Integration, Bildungsangeboten und Unterstützungen für einen gelingenden Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule sowie von der Schule in den Beruf sorgen. Die Hilfsangebote bilden dadurch sogenannte Präventionsketten, die ein gesundes und erfolgreiches Aufwachsen fördern (vgl. Prölß o.J.: 42). Ein Baustein solcher Präventionsketten können beispielsweise Familienzentren sein, in denen für Kinder und ihre (Groß-)Eltern, aber auch alle anderen Menschen, die im jeweiligen Quartier leben, niedrigschwellige Bildungs- und Beratungsangebote angeboten werden.

3.14. Empfänger*innen von Grundsicherung ab 65 Jahren (Altersarmutsquote)

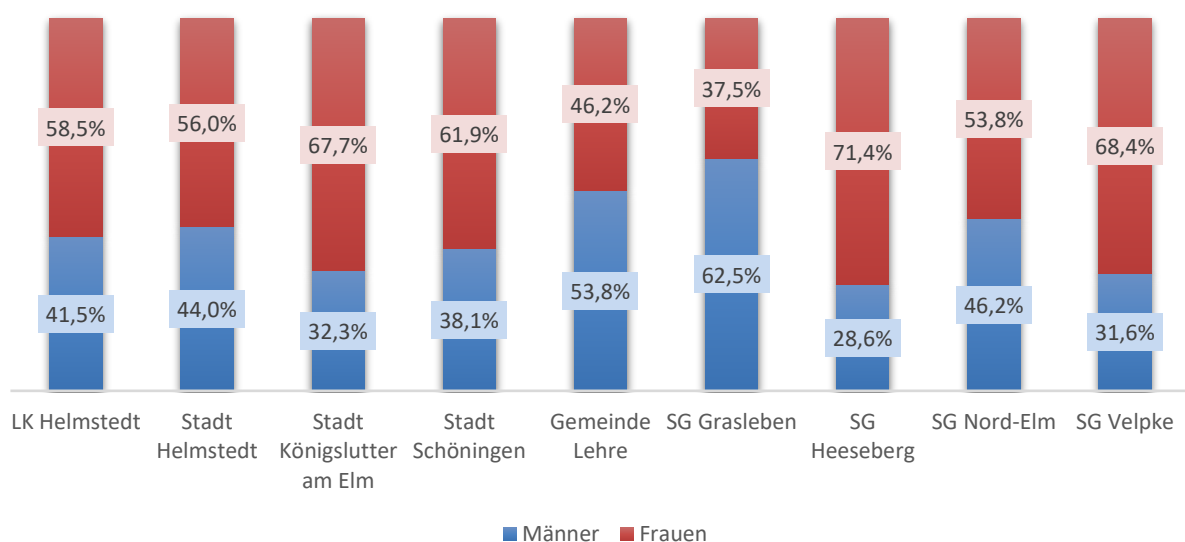
Der Anteil der Personen ab 65 Jahren, die Grundsicherung im Alter beziehen, an allen Personen im Alter ab 65 Jahren, gibt Hinweise auf die Höhe der Altersarmut. Es werden die Anteile insgesamt dargestellt und die Empfänger*innen aufgeteilt nach Geschlechtern.

Abb. 37: Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung an allen Einwohner*innen ab 65 Jahren



Stand: 31.12.2017; Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Soziales und LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 38: Empfänger*innen von Grundsicherung aufgeteilt nach Geschlechtern



Stand: 31.12.2017; Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Soziales, eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Der Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren an allen Einwohner*innen ab 65 Jahren ist ein Indikator für die Altersarmut.

Den höchsten Anteil an Empfänger*innen von Grundsicherung ab 65 Jahren hat die Stadt Helmstedt mit 3,7 %.

Die niedrigsten Anteile haben die SG Velpke (0,7 %) und die SG Grasleben (0,8 %).

Bei der Betrachtung nach Geschlechtern fällt auf, dass wesentlich mehr Frauen als Männer Grundsicherung im Alter beziehen. Besonders auffällig ist dies in der SG Heeseberg, wo 71,4 % der Bezieher*innen von Grundsicherung ab 65 Jahren weiblich und nur 28,6 % männlich sind.

Fazit / Handlungsempfehlungen

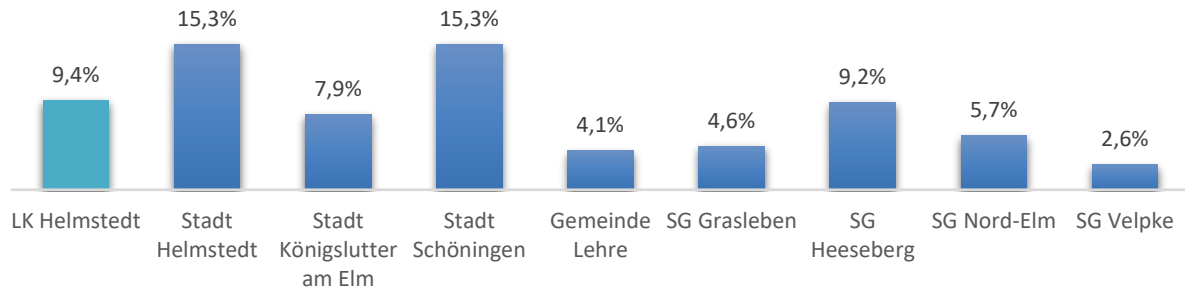
Verschiedene Altersgruppen sollten beim Thema Armut nicht gegeneinander ausgespielt werden. Allerdings muss auf die Besonderheiten der verschiedenen Formen von Armut hingewiesen werden. Altersarmut ist im Normalfall nicht mehr umkehrbar, da ältere Menschen kaum noch Chancen haben, durch eigene Anstrengungen aus der Armut herauszukommen. Sozial benachteiligte ältere Menschen haben zudem häufig noch weitere Belastungen wie beispielsweise eine ungeeignete Wohnsituation, psychosoziale und/oder physische Einschränkungen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016: 56).

Das Problem der Altersarmut wird sich in den nächsten Jahren verstärken, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre in den Rentenbezug kommen. Bei diesen Jahrgängen zeichnet sich bereits heute durch diskontinuierliche Erwerbsverläufe ein erhöhtes Risiko zukünftiger Altersarmut ab. Besonders stark werden davon alleinlebende Frauen betroffen sein, da sich ihre Erwerbsbiografien häufig durch Brüche und ein geringeres Einkommensniveau auszeichnen. Im Falle einer Verwitwung können niedrige Renteneinkünfte im Alter nicht mehr durch den Ehepartner aufgefangen werden (vgl. Lejeune et al. 2017: 98).

3.15. Mindestsicherungsquoten

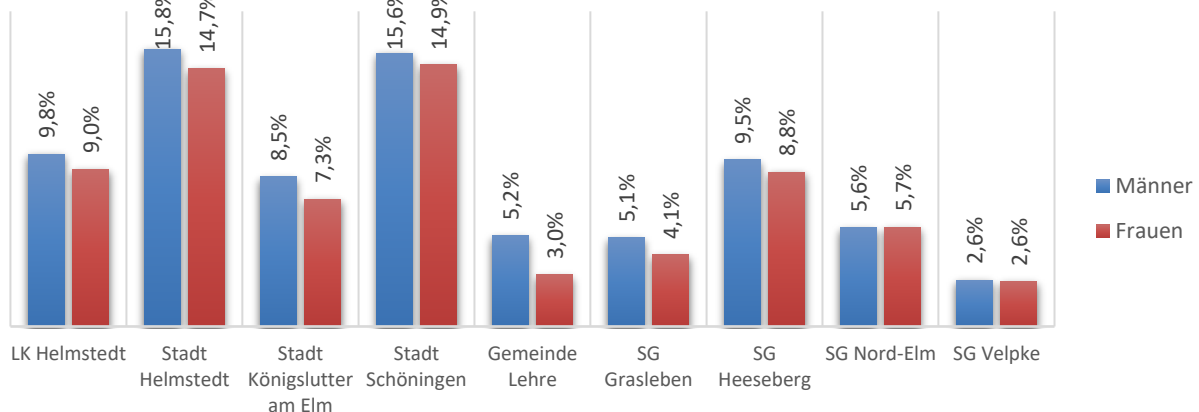
Die Mindestsicherungsquote gibt den Anteil der Personen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe wieder, die Mindestsicherungsleistungen beziehen. Zu den Mindestsicherungsleistungen gehören ALG II, Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (vgl. Statistisches Bundesamt 2017: 238).

Abb. 39: Mindestsicherungsquoten in den Kommunen insgesamt



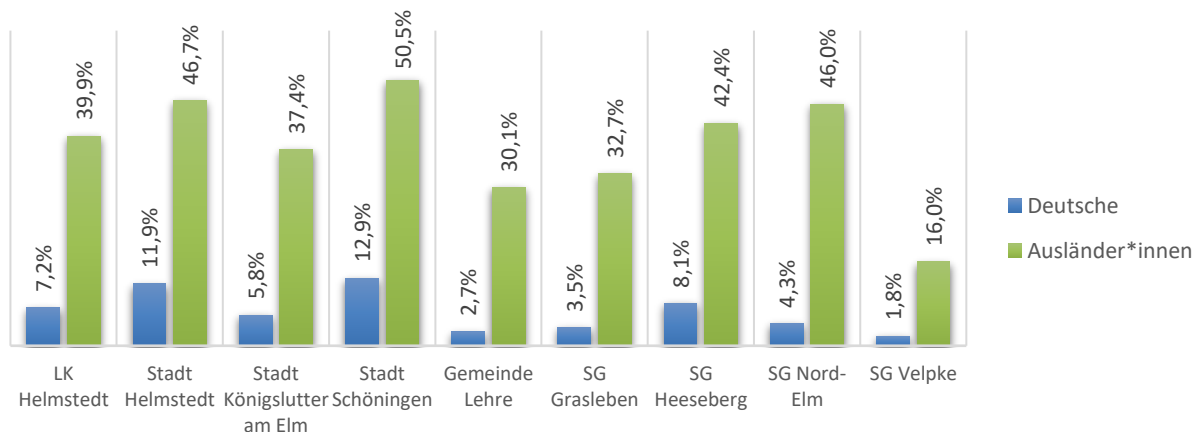
Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabellen K2550120 und A100001V), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 40: Mindestsicherungsquoten in den Kommunen nach Geschlechtern



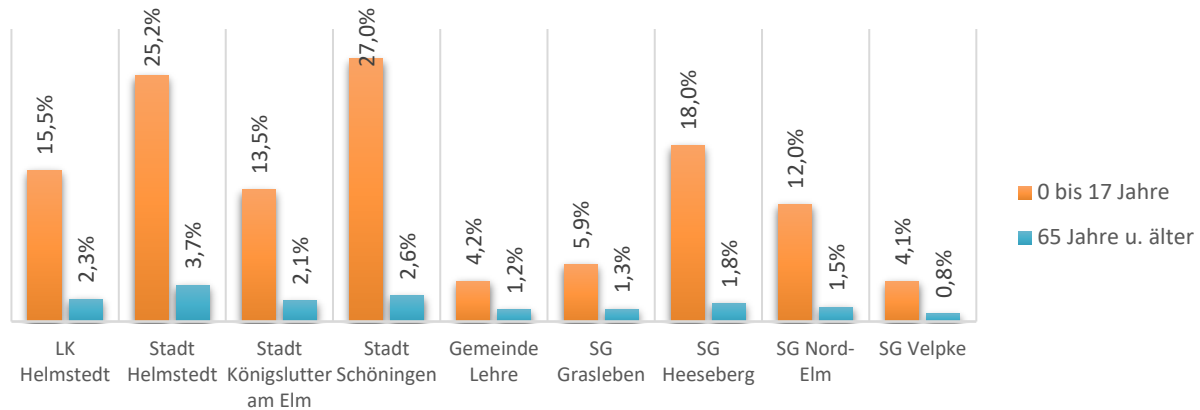
Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabellen K2550120 und A100001V), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 41: Mindestsicherungsquoten in den Kommunen nach Staatsangehörigkeit



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabellen K2550120 und A100001V), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 42: Mindestsicherungsquoten in den Kommunen für die Altersgruppen unter 18 Jahren und ab 65 Jahren



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Sonderauswertung und Tabelle A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Genau wie die Quoten der einzelnen Mindestsicherungsleistungen (vgl. Kap. 3.11., 3.13. und 3.14.) gilt auch die Mindestsicherungsquote als ein Indikator für Armut.

Die höchsten Mindestsicherungsquoten haben die Stadt Helmstedt und die Stadt Schöningen mit jeweils 15,3 %. Die niedrigste hat die SG Velpke mit 2,6 %.

Bei den Männern haben ebenfalls die Stadt Helmstedt (15,8 %) und die Stadt Schöningen (15,6 %) die höchsten Mindestsicherungsquoten. Die niedrigste Mindestsicherungsquote hat hier wiederum die SG Velpke (2,6 %). Bei den Frauen haben die Stadt Schöningen (14,9 %) und die Stadt Helmstedt (14,7 %) ebenfalls die höchsten und die SG Velpke (2,6 %) die niedrigste Mindestsicherungsquote.

Bei der Betrachtung nach Staatsangehörigkeiten fällt auf, dass die Gruppe der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in allen Kommunen sehr hohe Mindestsicherungsquoten hat. Dies ist dadurch zu erklären, dass nur Personen aus dieser Gruppe Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Anspruch nehmen können.

Bei den Personen unter 18 Jahren haben die Stadt Schöningen (27,0 %) und die Stadt Helmstedt (25,2 %) wieder die höchsten Mindestsicherungsquoten. Jedes vierte Kind bzw. jede*r vierte Jugendliche bezieht hier Mindestsicherungsleistungen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Es wird deutlich, dass große Teile der Bevölkerung das verfassungsrechtlich garantierte soziokulturelle Existenzminimum nur mit Unterstützung des Staats durch die Inanspruchnahme einer Mindestsicherungsleistung erreichen können (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017: 565).

Durch die vorliegenden Zahlen wird ersichtlich, dass die Teilhabechancen im Landkreis Helmstedt sehr unterschiedlich verteilt sind. Hier sollte durch ein sozialraumorientiertes Quartiersmanagement in den Kommunen mit besonders hohen Mindestsicherungsquoten entgegen gewirkt werden. Die Einrichtung von Familienzentren ist eine weitere Möglichkeit niedrigschwellige Bildungs-, Beratungs- und Vernetzungsangebote zu schaffen.

4. Themenfeld Bildung und Erziehung

Die Bedeutung von Kinder-, Familien- und Bildungspolitik in der öffentlichen Debatte hat sich stark gewandelt. Politische Diskurse und Entscheidungen in diesen Politikfeldern finden nicht mehr auf Neben Bühnen der Politik statt sondern sind Bestandteil des breiten öffentlichen Interesses und stehen häufig im Mittelpunkt von Wahlkämpfen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013: 39).

Der Staat hat in den Bereichen Bildung und Erziehung mehrere Aufgaben, die er wahrnehmen muss:

- die Gestaltung einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Gesellschaft
- die Bereitstellung von Angeboten zur Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen durch Ergänzung und Unterstützung der elterlichen Verantwortung (beispielsweise durch Kindertagesbetreuung, Hilfen in spezifischen Lebenslagen oder der Förderung der Eltern-Kind-Beziehung)
- den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl durch Intervention in die elterliche Erziehungsverantwortung
- den schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag

Wie in kaum einem anderen westlichen Industriestaat hängen in Deutschland die persönlichen Bildungschancen der Kinder vom sozialen Status der Eltern ab. Kinder aus bildungsfernen Schichten haben selbst bei gleicher Kompetenz geringere Chancen auf hochqualifizierte Bildungsabschlüsse. Dabei ist Bildung der Schlüssel zu einer individuellen Lebensgestaltung und zu gesellschaftlicher Teilhabe jedes einzelnen Menschen. Bildung ist die wichtigste Grundlage für die berufliche wie auch die private Entwicklung und jedem Menschen sollte ein gleichberechtigter Zugang zum Bildungswesen gewährleistet werden (vgl. KGSt 2009: 23).

Bei der Bereitstellung von Angeboten im frühkindlichen Bereich, im Bereich Bildung und Erziehung und im Bereich der außerschulischen Betreuung, geht es letztendlich auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, da Mütter und Väter, die sich Beruf und Familie partnerschaftlich teilen wollen, auf diese Angebote angewiesen sind (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018: 45).

Im Landkreis Helmstedt haben im Jahr 2017 11,9 Personen je 1.000 Einwohner*innen einen Antrag auf Elterngeld gestellt, davon waren 28,6 % männlich und 71,4 % weiblich (vgl. Kap. 4.1.).

Die Zahl der Plätze in Kindertagesstätten ist im Landkreis Helmstedt von 2013 bis 2018 um 2,5 % angestiegen (vgl. Kap. 4.2.).

Die Betreuungsquote im Landkreis Helmstedt lag am 01.03.2018 im Bereich der 0- bis 2-jährigen Kinder bei 24,8 %, bei den 3- bis 5-jährigen Kindern bei 88,5 % und insgesamt für alle Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren bei 55,6 % (vgl. Kap. 4.3.).

Im Landkreis Helmstedt bezogen im Jahr 2016 von den minderjährigen Einwohner*innen 5,5 % Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (vgl. Kap. 4.4.).

Zum Schuljahresbeginn 2017 betrug der Anteil der Jungen an den Grundschulen im Landkreis Helmstedt 51,1 % und der Anteil der Mädchen 48,9 %. 10,1 % der Grundschüler*innen hatten eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit (vgl. Kap. 4.5.).

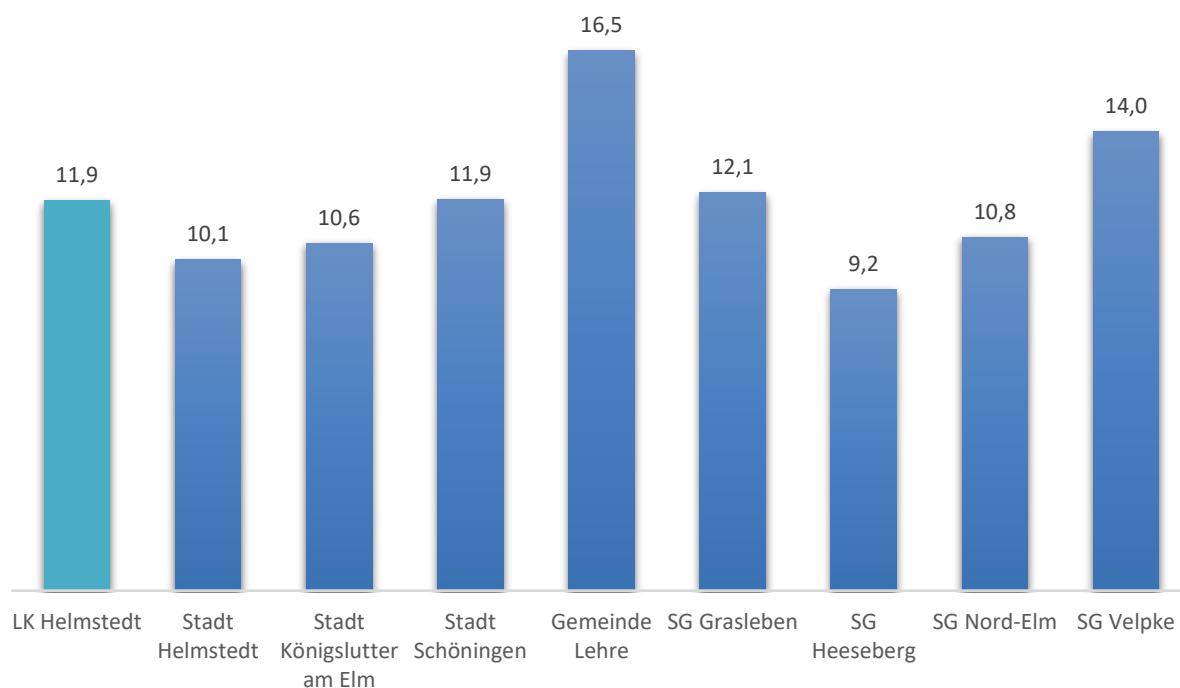
Im Schuljahr 2016/2017 beendeten 33,7 % der Schulabsolvent*innen ihre Schullaufbahn mit dem Abitur, 43,3 % mit dem Realschulabschluss und 12,0 % mit dem Hauptschulabschluss (vgl. Kap. 4.6.). Im selben Schuljahr verließen 7,0 % aller Schulabgänger*innen die Schule ohne mindestens den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Hiervon waren 64,7 % männlich und 35,3 % weiblich (vgl. Kap. 4.7.).

Im Jahr 2016 gab es im Landkreis Helmstedt 5,3 Hilfen zur Erziehung je 100 minderjährigen Einwohner*innen (vgl. Kap. 4.8.) und 5,6 Fälle der Jugendgerichtshilfe je 100 Einwohner*innen im Alter von 15 bis 19 Jahren (vgl. Kap. 4.9.).

4.1. Elterngeld

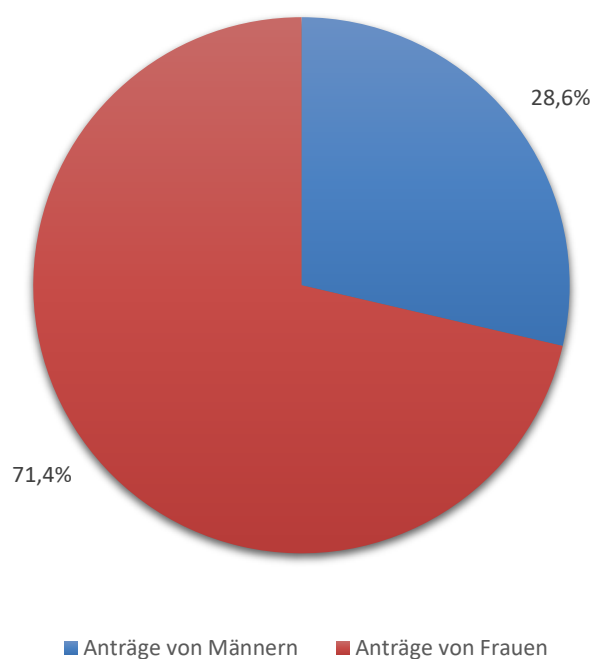
Es werden die Zahl der Elterngeldanträge je 1.000 Einwohner*innen in den Kommunen dargestellt und aufgeteilt nach Geschlecht des antragsstellenden Elternteils auf Kreisebene.

Abb. 43: Zahl der Elterngeldanträge je 1.000 Einwohner*innen in den Kommunen



Stand: 2017; Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Soziales, LSN (Tabelle A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 44: Elterngeldanträge nach Geschlecht der antragsstellenden Person



Stand: 2017; Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Soziales, eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Mütter und Väter, die ihre Kinder nach der Geburt selbst betreuen und erziehen und nicht mehr als 30 Stunden in der Woche erwerbstätig sind, haben Anspruch auf Elterngeld, wenn sie mit ihrem Kind in einem Haushalt leben und ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben. Unter denselben Voraussetzungen können auch Ehe- oder Lebenspartner*innen, die das Kind nach der Geburt betreuen, Elterngeld erhalten, auch wenn es nicht ihr eigenes Kind ist (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 327f.).

Das Elterngeld ist zu einer tragenden Säule moderner Familienpolitik geworden, weil es nach der Geburt für Mütter und Väter einen Schonraum mit ihrem Kind schafft (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: XIII). Gleichzeitig setzt das Elterngeld aber auch Anreize, die Erwerbstätigkeit maximal für ein Jahr zu unterbrechen (vgl. Berlin-Institut 2013: 13).

Im Jahr 2017 gab es im Landkreis Helmstedt die meisten Elterngeldanträge je 1.000 Einwohner*innen in der Gemeinde Lehre (16,5) vor der SG Velpke (14,0).

In der SG Heeseberg gab es lediglich 9,2 Elterngeldanträge je 1.000 Einwohner*innen und damit die wenigsten im Kreisgebiet.

71,4 % der Elterngeldanträge wurden von Frauen gestellt und nur 28,6 % von Männern. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass der überwiegende Teil der Betreuungs- und Erziehungsleistung in Familien nach wie vor von Frauen erbracht wird.

Fazit / Handlungsempfehlungen

In den letzten Jahren wurde das Elterngeld immer weiter entwickelt. Durch das ElterngeldPlus können Mütter und Väter das Elterngeld länger beziehen, wenn sie nebenbei in Teilzeit wieder in die Erwerbstätigkeit einsteigen. Wenn sich sowohl Mutter als auch Vater entscheiden gleichzeitig als Eltern für vier Monate am Stück in Teilzeit zu arbeiten und sich gemeinsam um ihr Kind zu kümmern, erhalten sie zusätzliche Partnerbonusmonate. Durch diese Anreize lohnen sich eine frühe Rückkehr in den Beruf und die gleichzeitige Sorge für das neugeborene Kind stärker als bisher (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017: 266).

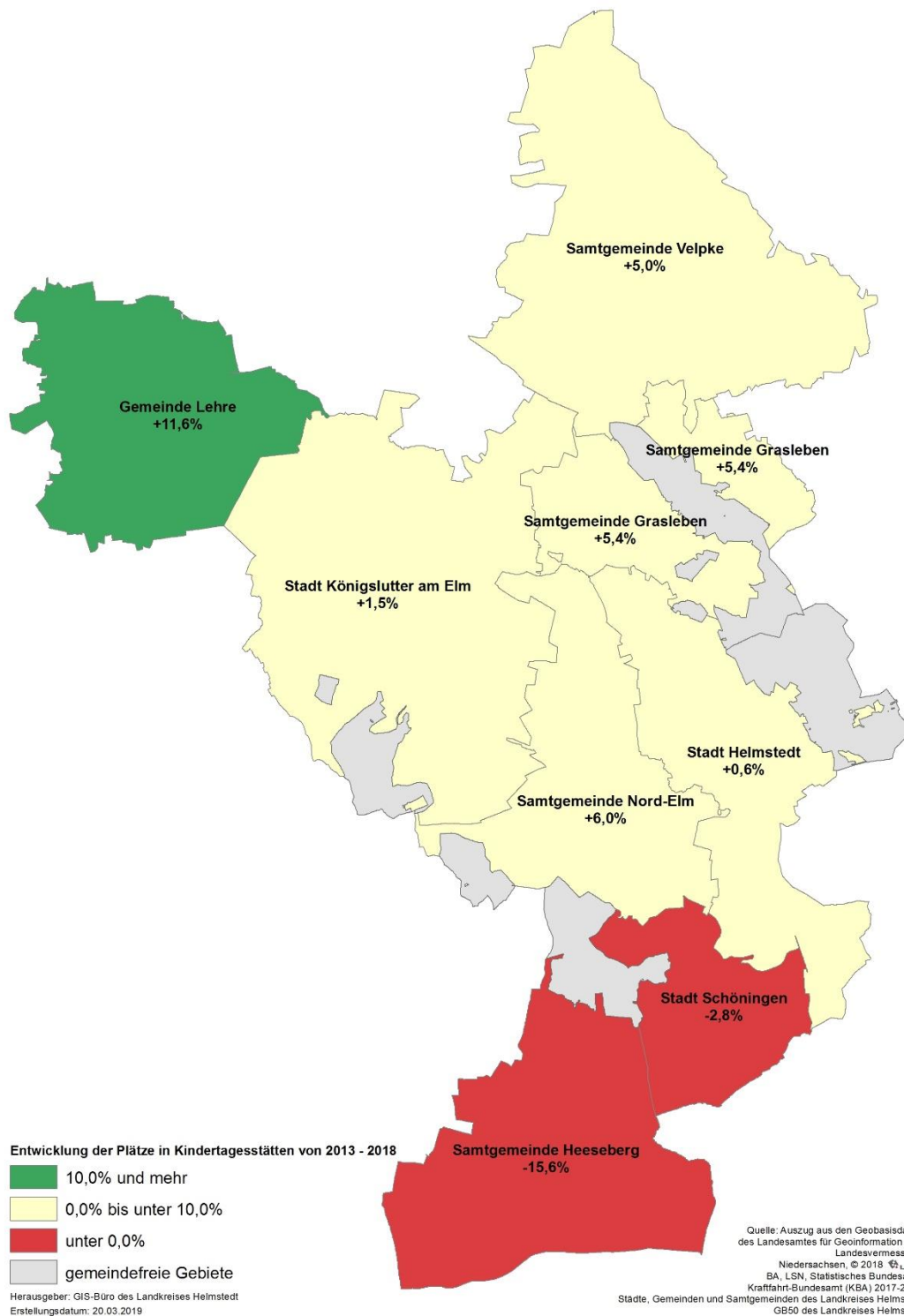
Es hat sich gezeigt, dass Mütter, deren Partner in Elternzeit ist, eine doppelt so hohe Erwerbsquote haben wie Mütter, deren Partner nicht in Elternzeit ist (vgl. ebd.). Die meisten Monate der Elternzeit werden aber immer noch von Frauen in Anspruch genommen. Eine Erhöhung der Pflicht-Partnermonate könnte dazu beitragen, einerseits die negativen Effekte der beruflichen Auszeit weiter zwischen den Geschlechtern aufzuteilen (vgl. Berlin-Institut 2013: 13) und andererseits zu einer Stärkung der Vater-Kind-Beziehung beitragen, die die Entwicklung des Kindes fördert (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017: 266).

Studien haben ergeben, dass in Familien, in denen der Vater Elterngeld bezogen hat, auch später die Familiensorgearbeit gleichmäßiger aufgeteilt wird als in Familien, in denen der Vater kein Elterngeld bezogen hat. Familien, in denen die Mutter längere Zeit Elterngeld bezogen hat, neigen später eher zur traditionelleren Arbeitsverteilung (vgl. ebd.: 335).

4.2. Entwicklung der Kindertagesstättenplätze 2013-2018

Es wird die Entwicklung der Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten von 2013 bis 2018 dargestellt.

Abb. 45: Entwicklung der Kindertagesstättenplätze in den Kommunen von 2013 bis 2018 in %



Analyse

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung ist zur Zeit eines der wichtigsten Themen in der öffentlichen Debatte. Der Infrastrukturausbau in der Kindertagesbetreuung gilt neben weiteren familienpolitischen Leistungen als eine wichtige Voraussetzung um Paare dabei zu unterstützen, eine Familie zu gründen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 57).

Im Landkreis Helmstedt ist von 2013 bis 2018 nur in der Gemeinde Lehre (+11,6 %) die Zahl der Kindertagesstättenplätze in hohem Maße angestiegen. In der SG Nord-Elm (+6,0 %), der SG Grasleben (+5,4 %), der SG Velpke (+5,0 %), Stadt Königslutter am Elm (+1,5 %) und der Stadt Helmstedt (+0,6 %) ist die Zahl leicht angestiegen.

In der Stadt Schöningen (-2,8 %) und der SG Heeseberg (-15,6 %) sank die Zahl der Kindertagesstättenplätze von 2013 bis 2018.

Insgesamt ist im Landkreis Helmstedt die Zahl der Plätze in Kindertagesstätten um 2,5 % angestiegen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

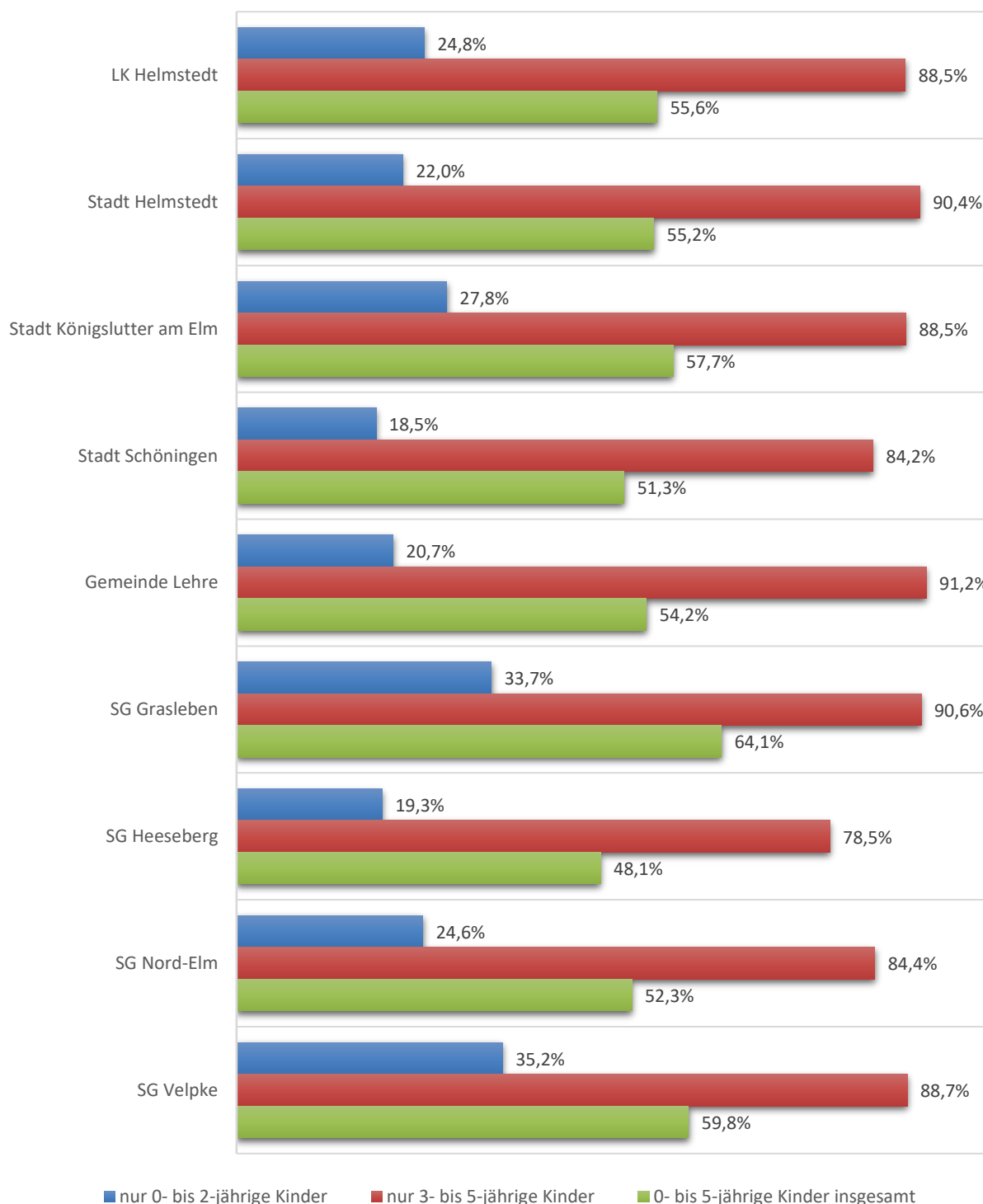
Durch die Bereitstellung einer qualitativ und quantitativ gut vorhandenen Kinderbetreuung können gut ausgebildeten und qualifizierten Müttern und Vätern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt eingeräumt werden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 57).

Ein weiteres Ziel beim Ausbau der Kinderbetreuung ist die Erhöhung der Bildungschancen aller Kinder unabhängig vom Bildungsstand oder der Herkunft der Eltern. Kinder, die eine Tagesstätte besuchen, sollen optimal auf die Grundschule vorbereitet werden (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2018: 50). In der Kindertagesstätte lernen Kinder darüber hinaus den Umgang mit Gleichaltrigen und haben so wertvolle Sozialisationserfahrungen.

4.3. Betreuungsquoten in Kindertagesstätten

Es werden die Betreuungsquoten in Kindertagesstätten für die Altersgruppen von 0 bis 2 Jahren und von 3 bis 5 Jahren sowie für alle Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren insgesamt dargestellt. Die Betreuungsquote bezeichnet den Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern dieser Altersgruppe.

Abb. 46: Betreuungsquoten in den Kommunen nach Altersgruppen



Stand: 01.03.2018 / 31.12.2017 (Einw.); Quelle: LSN (Tabellen K2300226 und A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Die Betreuungsquoten in Kindertagesstätten sind ein Indikator für die Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen. Sie zeigt auch an, in welchem Maße Eltern entlastet werden und einen Beruf ausüben können (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017: 518).

Grundsätzlich besuchen Kinder unter 3 Jahren eine Krippe und ab dem Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung einen Kindergarten. Aufgrund von Kapazitäten kann sich dies in Einzelfällen geringfügig verschieben.

Die Grafik zeigt mit dem blauen Balken die Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren. Hier ist die Betreuungsquote in der SG Velpke mit 35,2 % am höchsten und in der Stadt Schöningen mit 21,4 % am niedrigsten.

Der rote Balken stellt die Betreuungsquoten der 3- bis 5-jährigen Kinder dar. Mit 91,2 % hat die Gemeinde Lehre in dieser Altersgruppe die höchste Betreuungsquote. Die SG Heeseberg hat mit 78,5 % die niedrigste Betreuungsquote bei den 3- bis 5-Jährigen.

Bei der Betrachtung der Betreuungsquote für alle Kinder sowohl im Krippen- als auch im Kindergartenalter (grüner Balken) hat die SG Grasleben mit 64,1 % die höchste und die SG Heeseberg mit 48,1 % die niedrigste Betreuungsquote.

Fazit / Handlungsempfehlungen

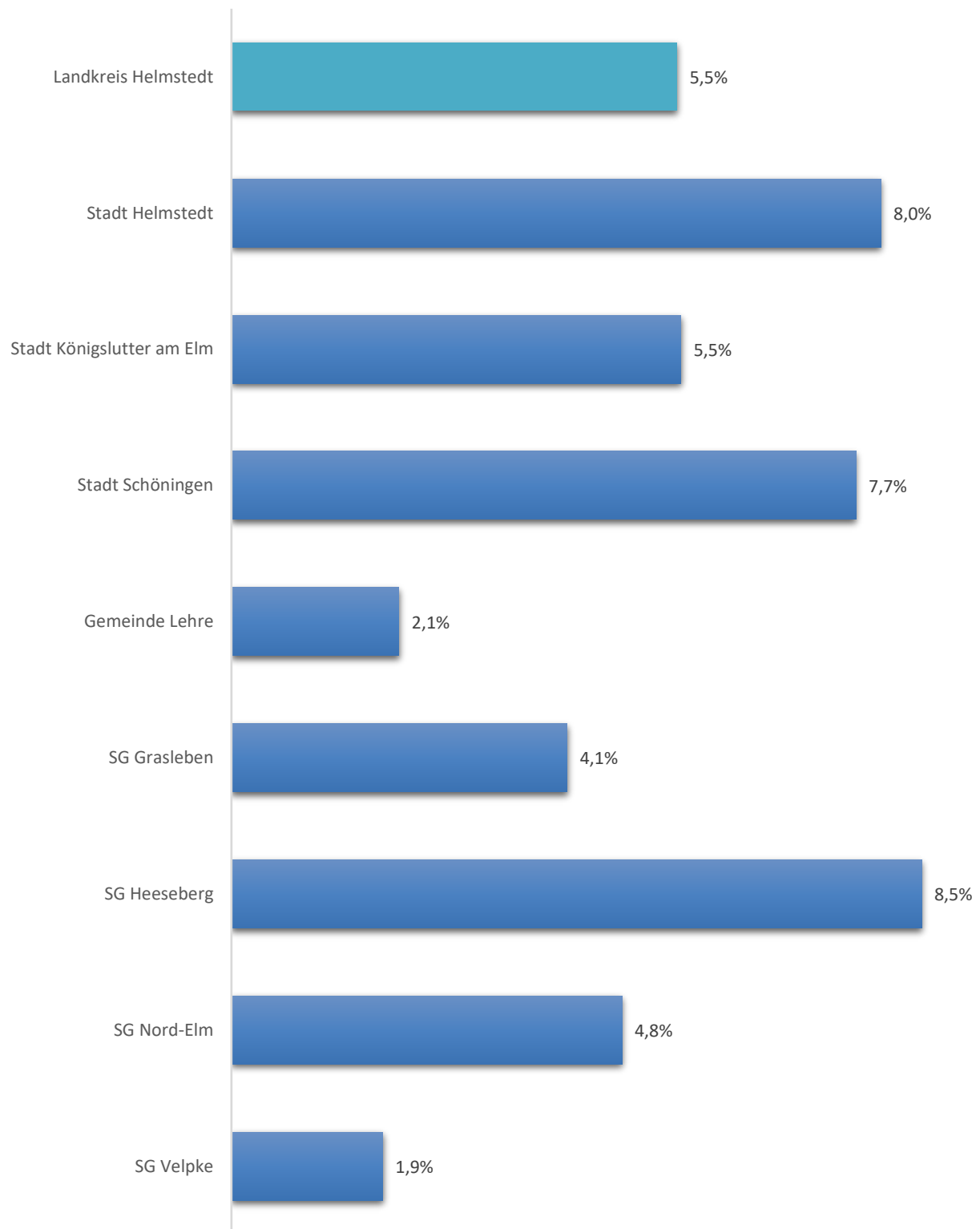
Wie bereits in Kap. 4.2. erwähnt ist die Verfügbarkeit von Plätzen in Krippen und Kindergärten einerseits ein wichtiger Baustein bei der Erhöhung der Bildungschancen aller Kinder und leistet außerdem einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Betreuungsquote bildet zwar ab, wie hoch der Anteil der Kinder in der jeweiligen Altersgruppe ist, die eine Kindertagesstätte besuchen, sie gibt aber keine Auskunft über potenziell ungedeckte Bedarfe, da sie nicht das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von Plätzen in Kindertagesstätten darstellt (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: 157). Hierfür gibt es die Kindertagesstättenbedarfsplanung.

4.4. Bildungs- und Teilhabepaket

Es wird angegeben, wie groß der Anteil von Leistungsempfänger*innen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket an allen minderjährigen Einwohner*innen ist.

Abb.: 47: Anteil der Bildungs- und Teilhabepaket-Empfänger*innen an den minderjährigen Einwohner*innen



Stand: 2017; Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Soziales, eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen oder deren Familien den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, können zur Sicherung ihres spezifischen sozio-kulturellen Existenzminimums Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017: XXII). Gefördert werden durch das Bildungs- und Teilhabepaket beispielsweise Ausflüge und mehrtägige Fahrten mit der Schule oder der Kindertageseinrichtung, Vereinsmitgliedschaften, das Mittagessen in der Schule oder der Kindertagesstätte, Schulmaterialien, die Schülerbeförderung und die Lernförderung (vgl. Prölß o. J.: 43).

Im Landkreis Helmstedt haben 5,5 % der Minderjährigen im Jahr 2017 Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten. Am höchsten war der Anteil in der SG Heeseberg (8,5 %) sowie in der Stadt Helmstedt (8,0 %) und am niedrigsten in der SG Velpke (1,9 %).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Das Bildungs- und Teilhabepaket soll Kindern aus Familien, die Leistungen aus staatlichen Grundsicherungssystemen beziehen, Teilhabe an sozialen und kulturellen Aktivitäten ermöglichen. Häufig ist dies aber bei weitem nicht ausreichend, da die Leistungen weit unter den tatsächlichen Aufwendungen beispielsweise für Musikinstrumente oder Sportausrüstungen liegen (vgl. Stadt Braunschweig 2014: 44).

Durch Inkrafttreten des Starke-Familien-Gesetzes wurden zum 01. August 2019 die Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes verbessert. So steigt die Leistung für den persönlichen Schulbedarf von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr, der Eigenanteil der Eltern für das Mittagessen in der Kindertagesstätte oder der Schule sowie für die Schülerbeförderung fällt weg und eine Lernförderung kann auch beansprucht werden, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2019).

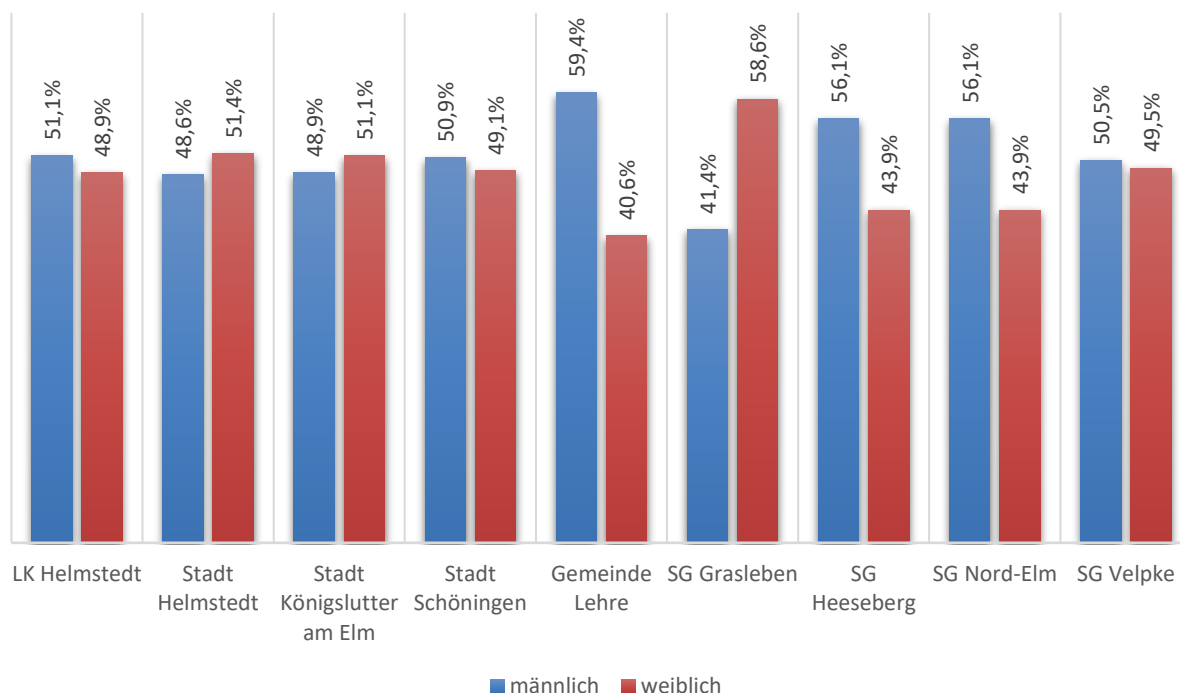
Beim Vergleich der Mindestsicherungsquote der minderjährigen Einwohner*innen (vgl. Kap. 3.15) und dem Anteil dieser Altersgruppe, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beziehen, wird eine Diskrepanz deutlich. Mit dem Starke-Familien-Gesetz trat zum 01. August 2019 eine Regelung in Kraft, mit der im Bereich des SGB II und des SGB XII bereits mit dem Stammeleistungsantrag Bildungs- und Teilhabeleistungen dem Grunde nach als beantragt gelten, so dass nun zumindest in diesen Rechtskreisen nur noch Leistungen für die Lernförderung gesondert beantragt werden müssen.

Mit Einrichtung des Bildungs- und Teilhabepaketes wurde der Versuch unternommen verfassungsfeste Bedarfssätze für Kinder zu schaffen. Da dies hohen bürokratischen Aufwand zur Folge hat und daher möglicherweise nicht von allen Berechtigten genutzt wird, sollte von Seiten des Bundesgesetzgebers überprüft werden, ob die strukturelle und finanzielle Verbesserung der vorhandene Bildungsinfrastruktur oder die Schaffung der Kindergrundsicherung bessere Alternativen wären. Ein verbesserter Zugang zu den Leistungen könnte ebenso durch niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote, beispielsweise in Familienzentren, geschaffen werden.

4.5. Grundschüler*innen

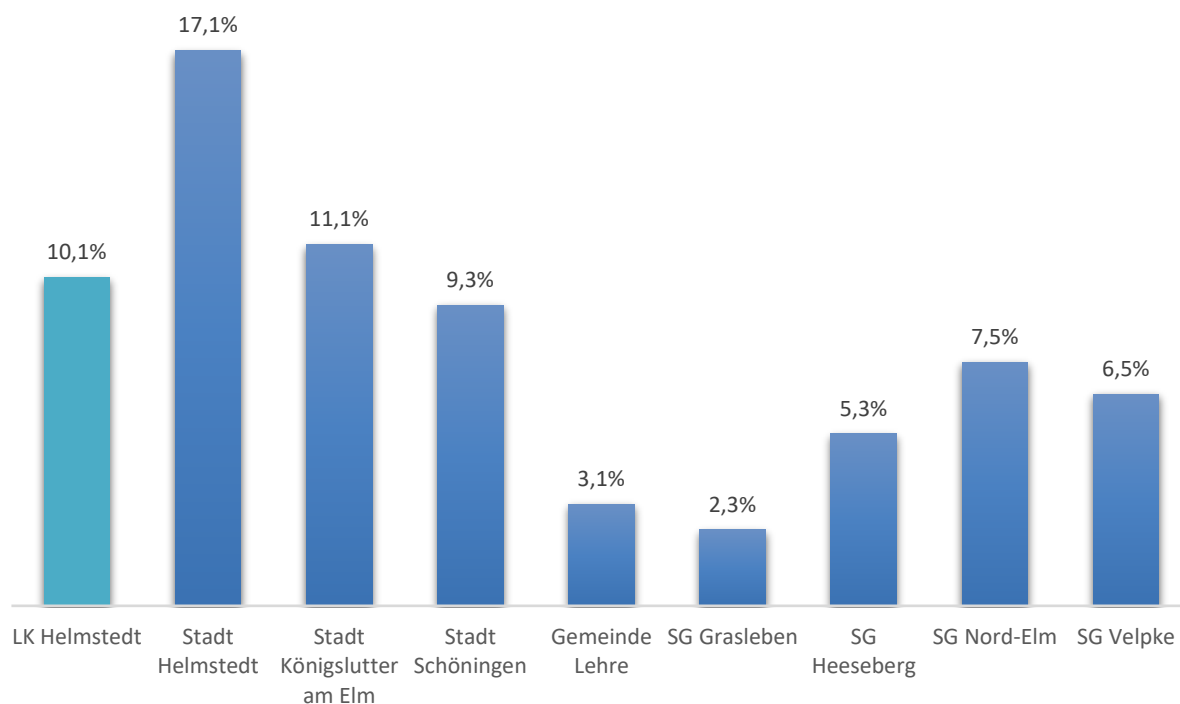
Zum einen wird dargestellt, wie hoch der jeweilige Jungen- bzw. Mädchenanteil an allen Grundschüler*innen in den Kommunen ist und zum anderen wird der Anteil ausländischer Schüler*innen an allen Grundschüler*innen angegeben.

Abb. 48: Geschlechterverteilung bei den Grundschüler*innen nach Kommunen



Stand: 05.08.2017; Quelle: LSN (Tabelle K3001111), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 49: Anteil ausländischer Schüler*innen an den Grundschulen nach Kommunen



Stand: 05.08.2017; Quelle: LSN (Tabelle K3001111), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Die Schulbildung ist in Deutschland zentraler Bestandteil bei der Vermittlung von Kompetenzen sowie bei der individuellen Entwicklung. Sie befähigt Kinder und Jugendliche dazu an der Gesellschaft teilzuhaben. Die Schule leistet außerdem einen wichtigen Beitrag für das soziale Zusammenleben in einer Gesellschaft, die von sozialen Unterschieden und kultureller Vielfalt geprägt ist (vgl. Stadt Wolfsburg 2015: 81).

Bei der Betrachtung der Geschlechterverteilung der Grundschüler*innen fällt auf, dass im Landkreis Helmstedt mehr Jungen als Mädchen leben. Besonders stark ausgeprägt ist die Differenz in der Gemeinde Lehre, wo der Jungenanteil 59,4 % beträgt. Auch die SG Heeseberg und die SG Nord-Elm haben mit jeweils 56,1 % einen hohen Jungenanteil.

Die SG Grasleben wiederum hat mit 58,6 % einen erhöhten Anteil an Mädchen in der Grundschule. Auch in den Städten Helmstedt und Königslutter am Elm ist der Mädchenanteil größer als der Anteil der Jungen.

Der Anteil ausländischer Grundschüler*innen liegt im gesamten Landkreis bei 10,1 %. In der Stadt Helmstedt liegt der Anteil der ausländischen Grundschülerinnen und –schüler bei 17,1 %. Hierzu ist anzumerken, dass der Anteil der deutschen Schüler*innen mit Migrationshintergrund nicht erfasst wird und die Gesamtzahl von Schüler*innen mit mehrsprachigen Eltern daher größer sein wird.

Die vorliegenden Zahlen lassen nur eine Betrachtung aller Grundschulen in der jeweiligen Kommune gemeinsam zu, es kann dabei nicht nach einzelnen Schulen unterschieden werden. Es ist aber anzunehmen, dass der Anteil ausländischer Schüler*innen in Kommunen mit mehreren Grundschulen an den einzelnen Schulstandorten unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Fazit / Handlungsempfehlungen

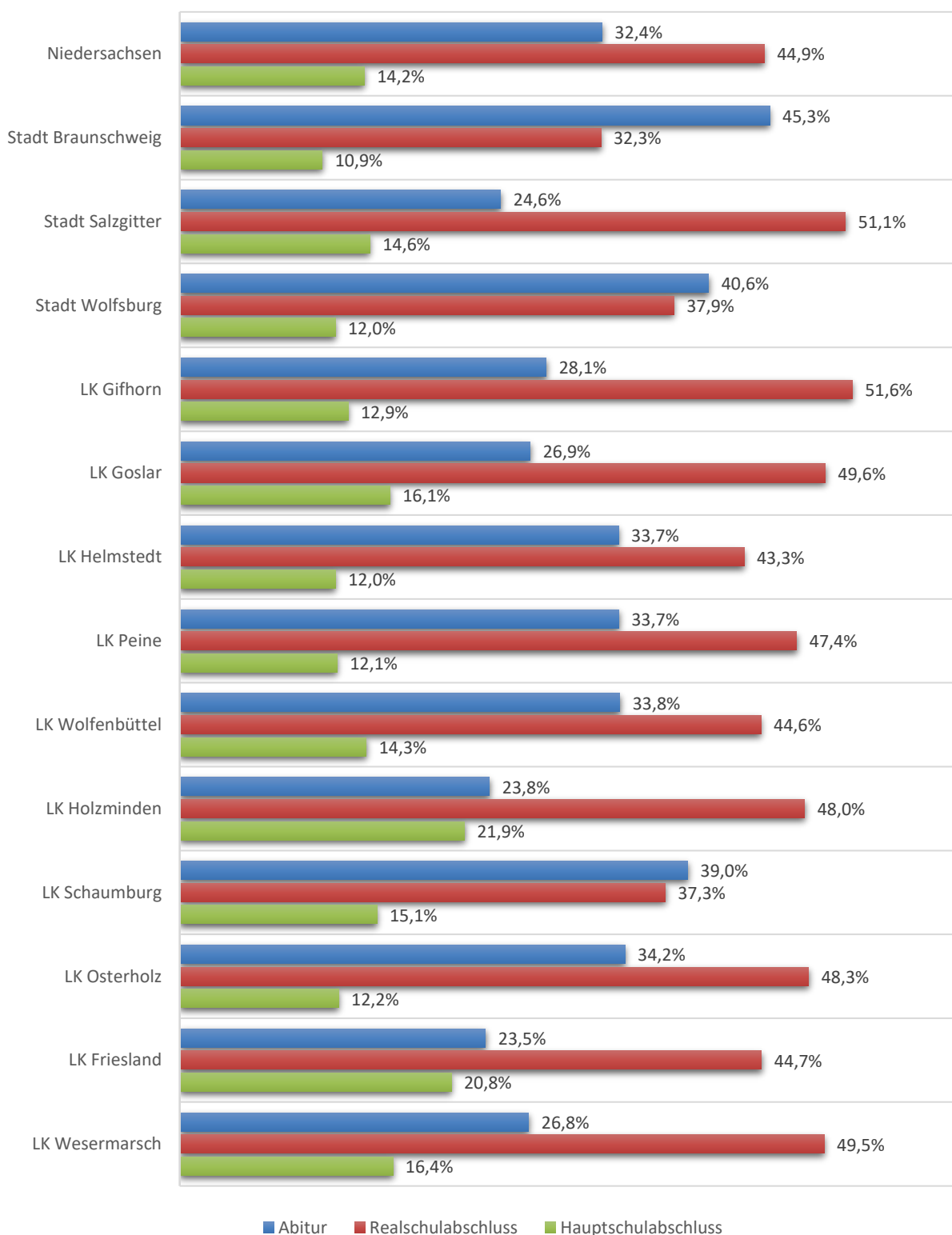
An Grundschulen mit einem hohen Anteil ausländischer Schüler*innen sollten Angebote zum Lernen der deutschen Sprache und zur Integration weiter ausgebaut und aufrechterhalten werden. Darüber hinaus sollten in Zusammenarbeit mit den Schulen Angebote für die mehrsprachige Elternarbeit entwickelt werden. Für die Kommunikation mit fremdsprachigen Eltern sollten an Schulen möglichst Sprachmittler*innen eingesetzt werden.

Zur Förderung der Kinder und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollten Ganztagsangebote an den Grundschulen weiter ausgebaut und verlässlich durchgeführt werden.

4.6. Schulabschlüsse

In der Grafik werden die Anteile der Schulabschlüsse Abitur, Realschulabschluss und Hauptschulabschluss gemessen an allen Schulabgänger*innen dargestellt.

Abb. 50: Anteil von Abitur, Realschul- und Hauptschulabschlüssen an allen Schulabgänger*innen auf Kreisebene



Stand: 21.06.2017; Quelle: LSN (Tabelle K3002519), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Die Anteile der jeweiligen Schulabschlüsse geben Aufschluss darüber, welches Potenzial an erworbenem Wissen die betrachtete Gebietseinheit hervorbringt (vgl. Statistisches Bundesamt et al. 2014: 116).

Im Schuljahr 2016/2017 haben im Landkreis Helmstedt 33,7 % aller Schulabgänger*innen das Abitur erhalten. Diese Quote lag über dem Landesdurchschnitt von 32,4 %.

Gleichzeitig hat der Landkreis Helmstedt einen geringen Anteil an Hauptschulabschlüssen. Nur 12,0 % der Schulabgänger*innen haben im Landkreis Helmstedt die Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen. Lediglich in der Stadt Braunschweig war dieser Wert niedriger. Auch der Landesdurchschnitt war mit 14,2 % deutlich höher.

Außerdem hat der Landkreis Helmstedt bei den Realschulabschlüssen mit 43,3 % eine Quote, die etwas unter dem Landesschnitt liegt. Nur in der Stadt Braunschweig, der Stadt Wolfsburg und dem LK Schaumburg war die Quote der Realschulabschlüsse niedriger.

Da die Summe aus Abitur, Realschulabschluss und Hauptschulabschluss nicht 100 % ergeben, ist anzumerken, dass die restlichen Schüler*innen entweder einen sonstigen Schulabschluss erworben oder die Schule ohne mindestens den Hauptschulabschluss verlassen haben (vgl. Kap. 4.7).

Fazit / Handlungsempfehlungen

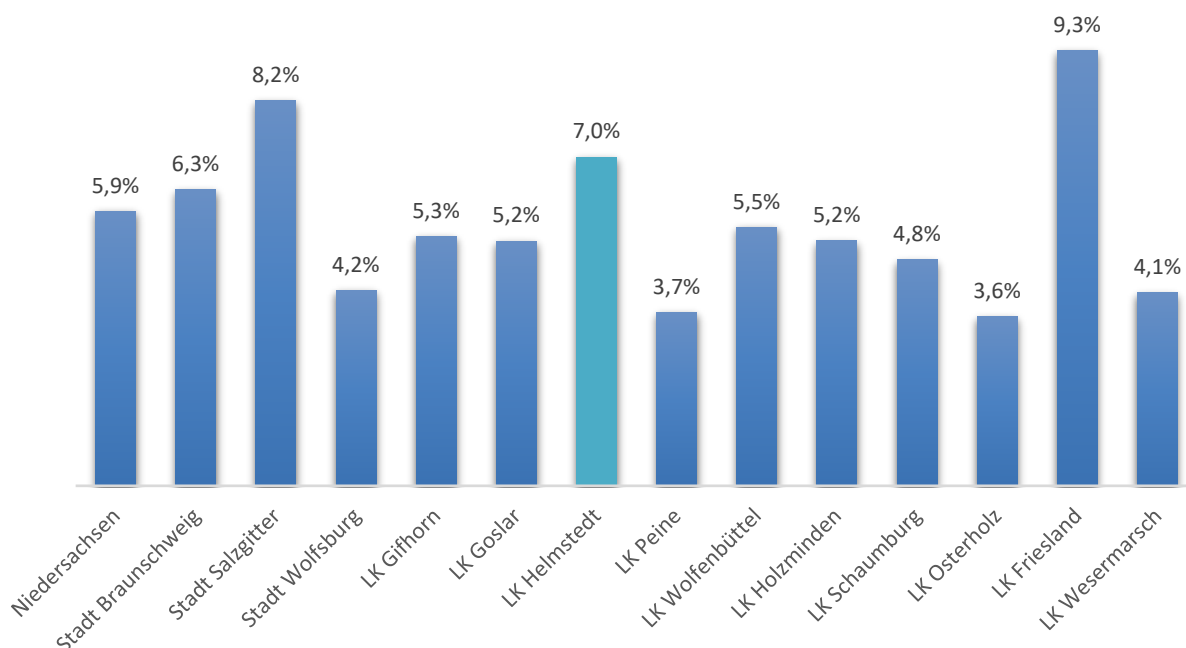
Der Landkreis Helmstedt hat einen hohen Anteil an Abiturient*innen, die häufig nach Beendigung ihrer Schullaufbahn den Landkreis verlassen, da sie hier vor Ort keine entsprechenden Ausbildungsmöglichkeiten (Universität, Fachhochschule) vorfinden.

Für den Anteil von Schüler*innen, die die Schule mit dem Hauptschul- oder dem Realschulabschluss beenden, muss es vor Ort gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geben. Es sollte überprüft werden, ob das Angebot an der Berufsbildenden Schule bedarfsgerecht ist oder eventuell angepasst werden kann und sollte.

4.7. Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss

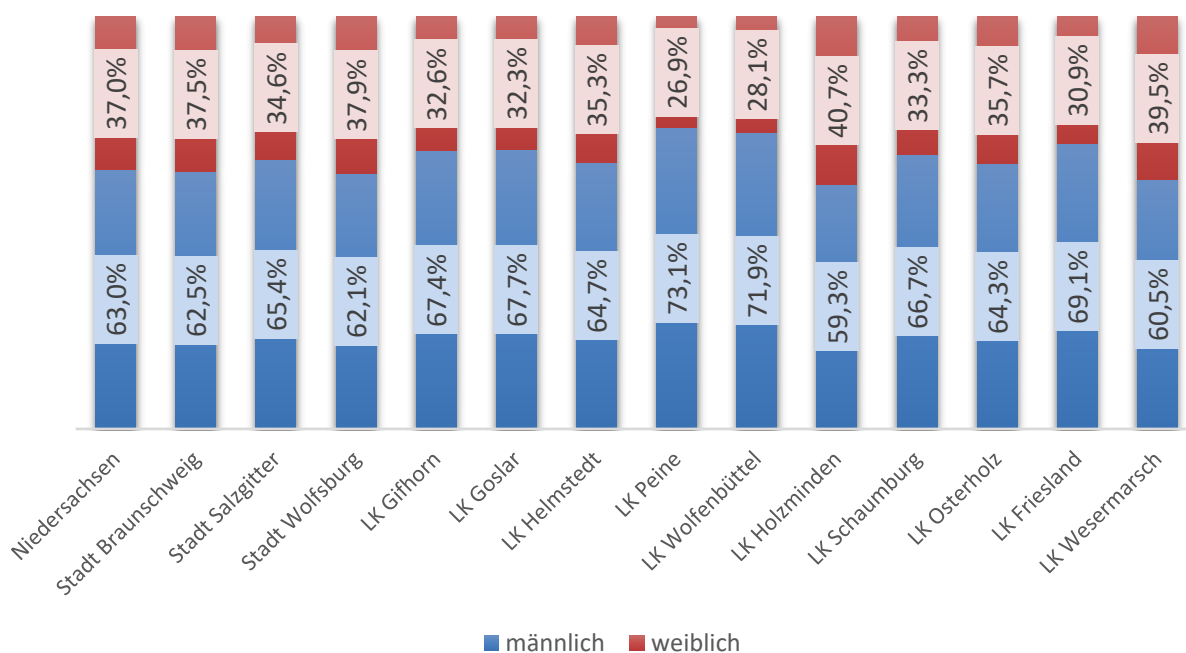
Es wird der Anteil der Schulabgänger*innen, die nicht mindestens den Hauptschulabschluss erreicht haben, an allen Schulabgänger*innen und aufgeteilt nach Geschlecht dargestellt.

Abb. 51: Anteil der Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss an allen Schulabgänger*innen auf Kreisebene



Stand: 21.06.2017; Quelle: LSN (Tabelle K3002519), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 52: Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss aufgeteilt nach Geschlecht auf Kreisebene



Stand: 21.06.2017; Quelle: LSN (Tabelle K3002519), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Schulabgänger*innen, die nicht mindestens den Hauptschulabschluss erreicht haben, haben ihre Pflichtschulzeit absolviert und verlassen die Schule ohne Abschluss.

Des Weiteren werden hierzu auch Schüler*innen gezählt, die einen Bildungsgang an einer Förderschule abgeschlossen haben (vgl. Statistisches Bundesamt et al. 2014: 118).

Im Schuljahr 2016/2017 haben im Landkreis Helmstedt 7,0 % der Schulabgänger*innen die Schule verlassen ohne mindestens den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Damit liegt der Landkreis Helmstedt über dem Landesdurchschnitt.

Häufig handelt es sich bei den Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss um Personen, die auch während der Schulzeit schon durch Schulabsentismus aufgefallen sind.

Bei der Betrachtung nach Geschlechtern fällt auf, dass überwiegend männliche Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen. Im Landkreis Helmstedt waren 64,7 % der Schulabgänger*innen ohne mindestens den Hauptschulabschluss männlich und nur 35,3 % weiblich.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Schulabgänger*innen ohne mindestens den Hauptschulabschluss haben geringe Aussichten auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Für ihre Integration in den Arbeitsmarkt bedarf es großer Anstrengungen, die häufig auch wirkungslos bleiben. Der Landkreis ist hier als Schulträger und als Träger der Jugendhilfe gefragt.

Eine hohe Quote an Schulabgänger*innen ohne mindestens den Hauptschulabschluss hat negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote, die Arbeitslosigkeit und die Mindestsicherungsquoten. Langfristige Folge ist ein Anstieg der Armut (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2018: 49).

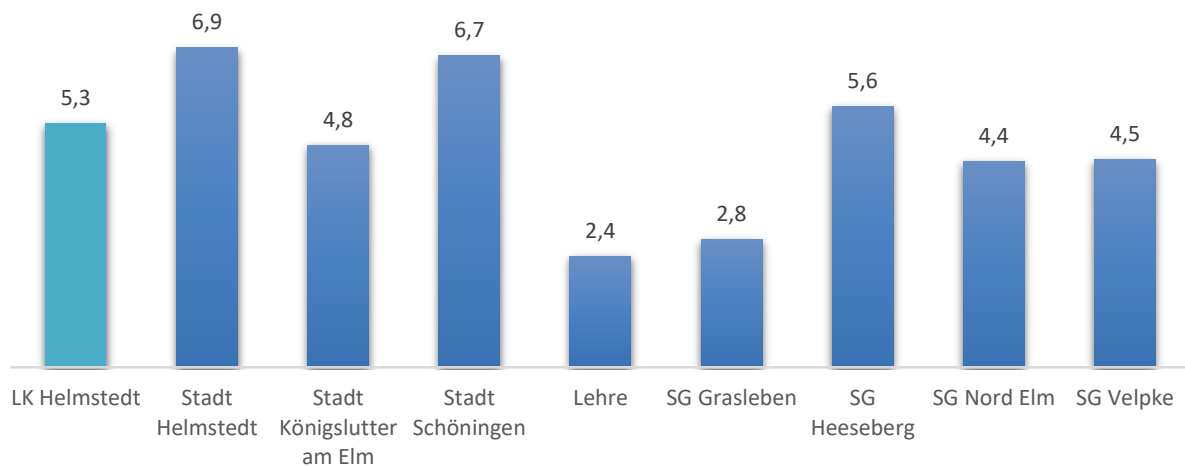
Um dem Problem des Schulabsentismus entgegen zu treten, hat der GB Jugend des Landkreises Helmstedt gemeinsam mit den Schulen, der Polizei, dem Jugendgericht, der Schulsozialarbeit und dem Ordnungsamt einen Arbeitskreis gegründet, der einen Leitfaden zum Umgang mit Schulabsentismus erarbeitet hat. Wünschenswert wäre darüber hinaus die Schaffung einer zentralen Stelle für die Bearbeitung von Schulproblemen. Dies könnte langfristig auch die Quote der Schulabgänger*innen ohne Abschluss senken.

Förderschulabschlüsse werden derzeit nicht als Schulabschluss in der Statistik anerkannt, da es hiermit keine berufliche Perspektive gibt. Wenn Inklusion konsequent zu Ende gedacht wird, sollte für Schüler*innen mit Förderbedarf aber die Möglichkeit geschaffen werden, mindestens den Hauptschulabschluss zu erwerben.

4.8. Hilfen zur Erziehung

Es wird die Fallzahl der Hilfen zur Erziehung je 100 minderjährigen Einwohner*innen dargestellt.

Abb. 53: Hilfen zur Erziehung je 100 minderjährigen Einwohner*innen



Stand: 2016; Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Jugend und LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung und Darstellung; aktuellere Datenbasis nicht vorhanden

Analyse

Die Hilfen zur Erziehung sind eine der Kernaufgaben der Jugendhilfe. Sie sollen zur Umsetzung des Anspruchs von Kindern und Jugendlichen auf Erziehung und Sicherung ihrer Lebensbedingungen beitragen. In den §§ 27 ff. des SGB VIII findet sich ein offener Katalog von Hilfearten. So sind unter den Hilfen zur Erziehung einerseits Vollzeitpflege und Heimerziehung, andererseits aber auch ambulante Hilfen wie beispielsweise Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaften oder die sozialpädagogische Familienhilfe zu verstehen (vgl. Prölß o. J.: 28).

Die höchsten Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung je 100 minderjährigen Einwohner*innen hatte im Jahr 2016 die Stadt Helmstedt (6,9) vor der Stadt Schöningen (6,7).

Die niedrigste Fallzahl je 100 Minderjährigen hatten die Gemeinde Lehre (2,4) und die SG Grasleben (2,8).

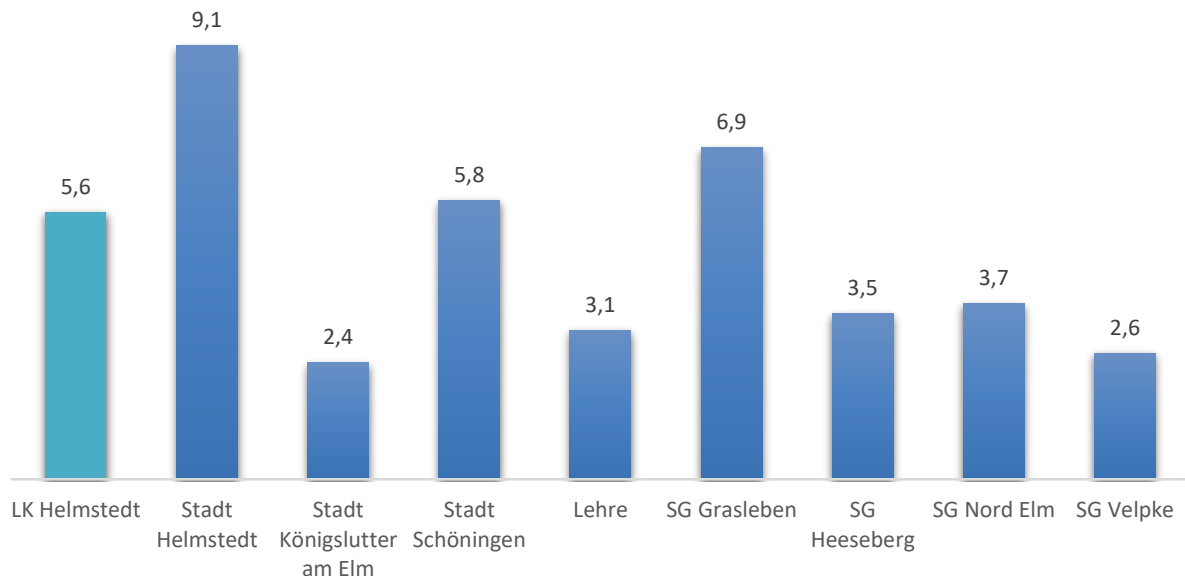
Fazit / Handlungsempfehlungen

Es hat sich gezeigt, dass gerade Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, häufig mehrfach belastet sind. In diesen Gebietskörperschaften, zu denen auch der Landkreis Helmstedt gehört, sind individuelle Probleme und Risiken für Kinder und Jugendliche oft besonders stark verbreitet. Durch die Haushaltssicherung ist die finanzielle Situation der Kommune allerdings so angespannt, dass zusätzliche Angebote für Kinder und Jugendliche, die keine Pflichtaufgabe sind, schwerer zu finanzieren sind (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, und Jugend 2013: 48). Langfristig könnte eine bessere Finanzausstattung der Jugendhilfe Probleme wie die Arbeitslosigkeit oder auch die Mindestsicherungsquoten positiv beeinflussen.

4.9. Jugendgerichtshilfe

Es wird die Fallzahl der Jugendgerichtshilfe je 100 Einwohner*innen im Alter von 15 bis 19 Jahren dargestellt.

Abb. 54: Jugendgerichtshilfen je 100 Einwohner*innen im Alter von 15 bis 19 Jahren



Stand: 2016; Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Jugend und LSN (Tabelle A100002G), eigene Berechnung und Darstellung; aktuellere Datenbasis nicht vorhanden

Analyse

Die Zahl der Fälle der Jugendgerichtshilfe je 100 Einwohner*innen im Alter von 15 bis 19 Jahren ist ein Indikator für die Auffälligkeit von Jugendlichen in einer Kommune (vgl. KGSt 2009: 24). Die Jugendgerichtshilfe kann bis zum Alter von 21 Jahren in Anspruch genommen werden. Aufgrund der vorliegenden Datenbasis konnten zur Berechnung des Indikators nur die Einwohner*innen im Alter von 15 bis 19 Jahren herangezogen werden. Dies dient lediglich dem rechnerischen Vergleich zwischen den Kommunen.

Die Jugendgerichtshilfe ist im Jugendgerichtsgesetz und im SGB VIII geregelt und soll dazu beitragen, dass dem Gericht die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte vorgetragen werden (vgl. Prölß o.J.: 28).

Die höchste Fallzahl je 100 Einwohner*innen im Alter von 15 bis 19 Jahren hatte im Jahr 2016 die Stadt Helmstedt (9,1), die niedrigste Fallzahl gab es in der Stadt Königslutter am Elm (2,4).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Zur langfristigen Senkung der Fallzahlen der Jugendgerichtshilfe sollten präventive Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe, wie beispielsweise Familienzentren oder Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden.

Jugendliche, die bereits straffällig geworden sind, sollten speziell pädagogisch betreut und integriert werden.

5. Themenfeld Gesundheit und Pflege

Ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung, die flächendeckend gut erreichbar ist (vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2016: 28). Der demografische Wandel verändert den Bedarf der Menschen an diesen Angeboten, da im Alter medizinische Versorgung und Pflege häufiger benötigt werden. Da die Lebenserwartung in Deutschland weiter ansteigt, wird auch die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und Pflege weiter zunehmen (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2018: 121).

Armut und Gesundheit beeinflussen sich gegenseitig. Einerseits kann Krankheit eine Ursache für Armut sein, andererseits kann aber ebenso Armut Erkrankungen zur Folge haben, da sich Armut auf die Ernährung, die körperliche Aktivität und auch auf die Teilhabe am Gesundheitssystem auswirkt (vgl. ebd.). Armut hat nicht nur den Verzicht auf Konsumgüter zur Folge, sondern kann ebenfalls zu körperlichem und psychischem Leid, höheren Erkrankungsraten und einer geringeren Lebenserwartung führen. So leiden Menschen, die in Armut leben, wesentlich häufiger an Schlaganfällen, Herzinfarkten und Diabetes mellitus. Die Armut und die damit verbundene mangelnde Teilhabe an der Gesellschaft haben oft ein mangelndes Selbstwertgefühl zur Folge, dass zu Krankheiten wie Depressionen oder Angststörungen führen kann. Kinder, die von Armut betroffen sind, haben ebenfalls ein erhöhtes Risiko für das Auftreten von Infektionskrankheiten oder Angststörungen. Es ist außerdem erwiesen, dass arme Menschen deutlich früher sterben als der wohlhabendere Teil der Gesellschaft (vgl. Nationale Armutskonferenz 2018: 33f.).

Durch die steigende Zahl älterer Menschen und den medizinischen Fortschritt ist das Gesundheitswesen zu einem Wirtschaftsfaktor geworden, dessen regionalwirtschaftliche Bedeutung in Zukunft noch weiter zunehmen wird (vgl. Bundesinstitut für Bau, Stadt und Raumforschung 2011: 10). Dies hat jedoch auch die Folge, dass nicht mehr der Mensch sondern wirtschaftliche Interessen im Mittelpunkt des Gesundheitswesens stehen und nicht alle Menschen einen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben (vgl. Nationale Armutskonferenz 2018: 33f.).

Im Jahr 2015 gab es im Landkreis 4,5 Hausärzt*innen je 10.000 Einwohner*innen (vgl. Kap. 5.1.).

Die Einwohner*innen des Landkreises Helmstedt benötigen mit dem PKW im Schnitt 16 Minuten bis zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung (vgl. Kap. 5.2.).

Im Landkreis Helmstedt verstarben im Jahr 2017 203 Menschen vor Erreichen des 65. Lebensjahres (vgl. Kap. 5.3.).

Die drei häufigsten Todesursachen im Landkreis Helmstedt im Jahr 2017 waren Krankheiten des Kreislaufsystems, Neubildungen („Krebs“) und Krankheiten des Atmungssystems (vgl. Kap. 5.4.).

Zum 31.12.2017 gab es im Landkreis Helmstedt 8.313 Menschen, die einen Grad der Behinderung von mindestens 50 hatten und somit schwerbehindert sind. Dies sind 9,1 % der Gesamtbevölkerung des Landkreises (vgl. Kap. 5.5.).

Im Jahr 2017 gab es im Landkreis Helmstedt insgesamt 5.070 pflegebedürftige Personen, davon waren 1.922 männlich und 3.148 weiblich. 28 Pflegebedürftige hatten den Pflegegrad 1, 2.345 hatten den Pflegegrad 2, den Pflegegrad 3 hatten 1.512 Pflegebedürftige, 854 Pflegebedürftige hatten den Pflegegrad 4 und 325 den Pflegegrad 5. Von den Pflegebedürftigen waren 737 unter 60 Jahre alt, 896 waren 90 Jahre alt oder älter, alle anderen waren zwischen 60 und 89 Jahren alt. 2.085 der Pflegebedürftigen bezogen Pflegegeld, 841 wurden von ambulanten Pflegediensten versorgt, 443 Pflegebedürftige erhielten eine Kombi-leistung und 1.701 Pflegebedürftige waren in stationärer Pflege (vgl. Kap. 5.6.).

Im Landkreis Helmstedt erhielten 375 Personen im Jahr 2017 Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII (vgl. Kap. 5.7.).

Am 31.12.2018 gab es im Landkreis Helmstedt 1.764 vollstationäre Pflegeplätze und 92 teilstationäre Pflegeplätze (vgl. Kap. 5.8.).

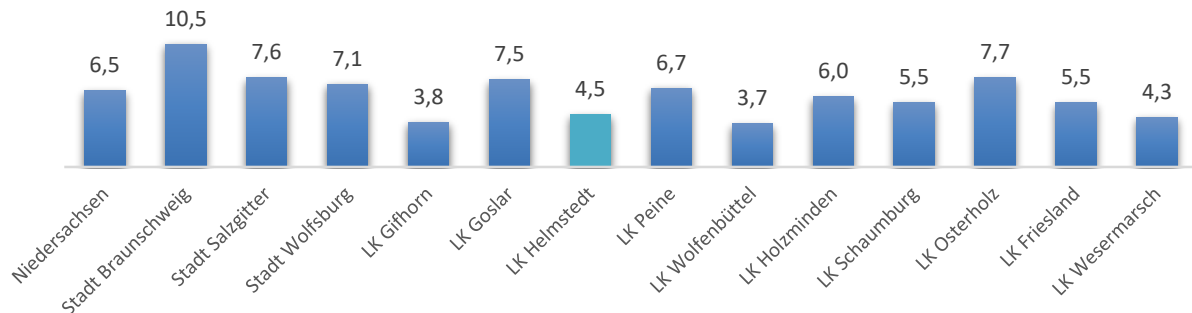
Weitergehende Informationen zur Situation der Pflege im Landkreis Helmstedt finden sich auch im 2. Pflegebericht für den Landkreis Helmstedt (Landkreis Helmstedt 2017).

Menschen mit einer (drohenden) Behinderung haben Anspruch auf Eingliederungshilfe nach dem SGB XII, wenn ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch die Behinderung wesentlich eingeschränkt ist. Die Leistungen zur Eingliederungshilfe sollen Menschen mit Behinderung die ungehinderte/diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen (vgl. Caritas o.J.). Mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wird die Eingliederungshilfe mit Ablauf des 31.12.2019 aus dem SGB XII herausgelöst und ab 01.01.2020 als Teilhabeleistung ins SGB IX aufgenommen und reformiert. Die Teilhabeleistung wird beispielsweise unabhängig von einer bestimmten Wohnform gewährt. Darüber hinaus werden die Einkommens- und Vermögensfreigrenzen angehoben und es wird nicht mehr auf das Einkommen und Vermögen des*der Partners*Partnerin zurückgegriffen (vgl. Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz o.J.). Da die Umsetzung derzeit (2019) noch nicht abgeschlossen ist, wurde bewusst darauf verzichtet die Eingliederungshilfen mit in den Sozialbericht aufzunehmen. In zukünftigen Berichten werden diese allerdings Thema sein.

5.1. Arztdichte

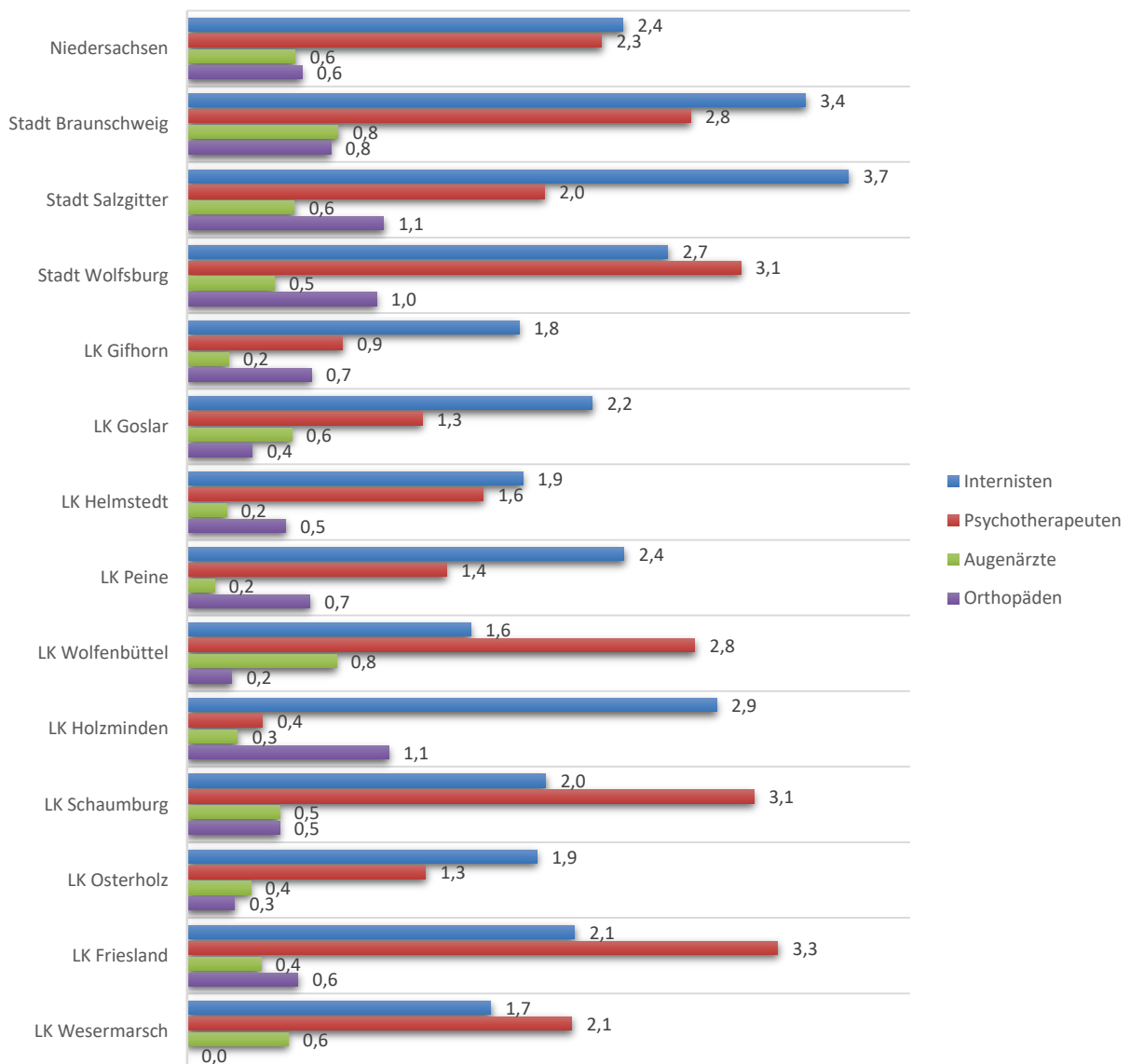
Die Arztdichte gibt das Verhältnis der jeweiligen Gruppe von Fachärzt*innen zu 10.000 Einwohner*innen bzw. von Gynäkolog*innen zu 10.000 Einwohnerinnen wieder.

Abb. 55: Hausärzt*innen je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene



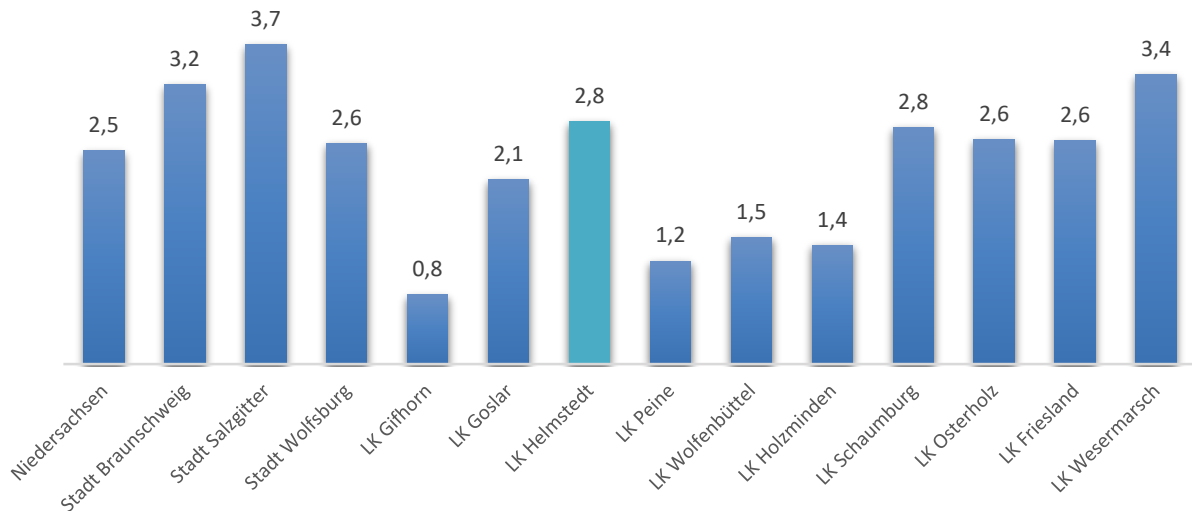
Stand: 2015; Quelle: INKAR, eigene Berechnung und Darstellung; aktuellere Datenbasis nicht vorhanden

Abb. 56: Fachärzt*innen je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene



Stand: 2015; Quelle: INKAR, eigene Berechnung und Darstellung; aktuellere Datenbasis nicht vorhanden

Abb. 57: Gynäkolog*innen je 10.000 Einwohnerinnen auf Kreisebene



Stand: 2015; Quelle: INKAR, eigene Berechnung und Darstellung; aktuellere Datenbasis nicht vorhanden

Analyse

Im Landkreis Helmstedt gab es im Jahr 2015 je 10.000 Einwohner*innen rein rechnerisch 4,5 Hausärzt*innen. Nur in den Landkreisen Gifhorn, Wolfenbüttel und Wesermarsch war dieser Wert niedriger. In Niedersachsen kamen insgesamt auf 10.000 Einwohner*innen 6,5 Hausärzt*innen.

Auch bei der fachärztlichen Versorgung lag der Landkreis Helmstedt in allen Bereichen unter den Landeswerten. Auf 10.000 Einwohner*innen kamen im Landkreis Helmstedt 1,9 Internist*innen (2,4 in Niedersachsen), 1,6 Psychotherapeut*innen (2,3 in Niedersachsen), 0,2 Augenärzt*innen (0,6 in Niedersachsen) und 0,5 Orthopäd*innen (0,6 in Niedersachsen).

Auf 10.000 Einwohnerinnen kamen im Landkreis Helmstedt 2,8 Gynäkolog*innen. In Niedersachsen waren es 2,5 je 10.000 Einwohnerinnen. Hier liegt der Landkreis somit über dem Landeswert.

Fazit / Handlungsempfehlungen

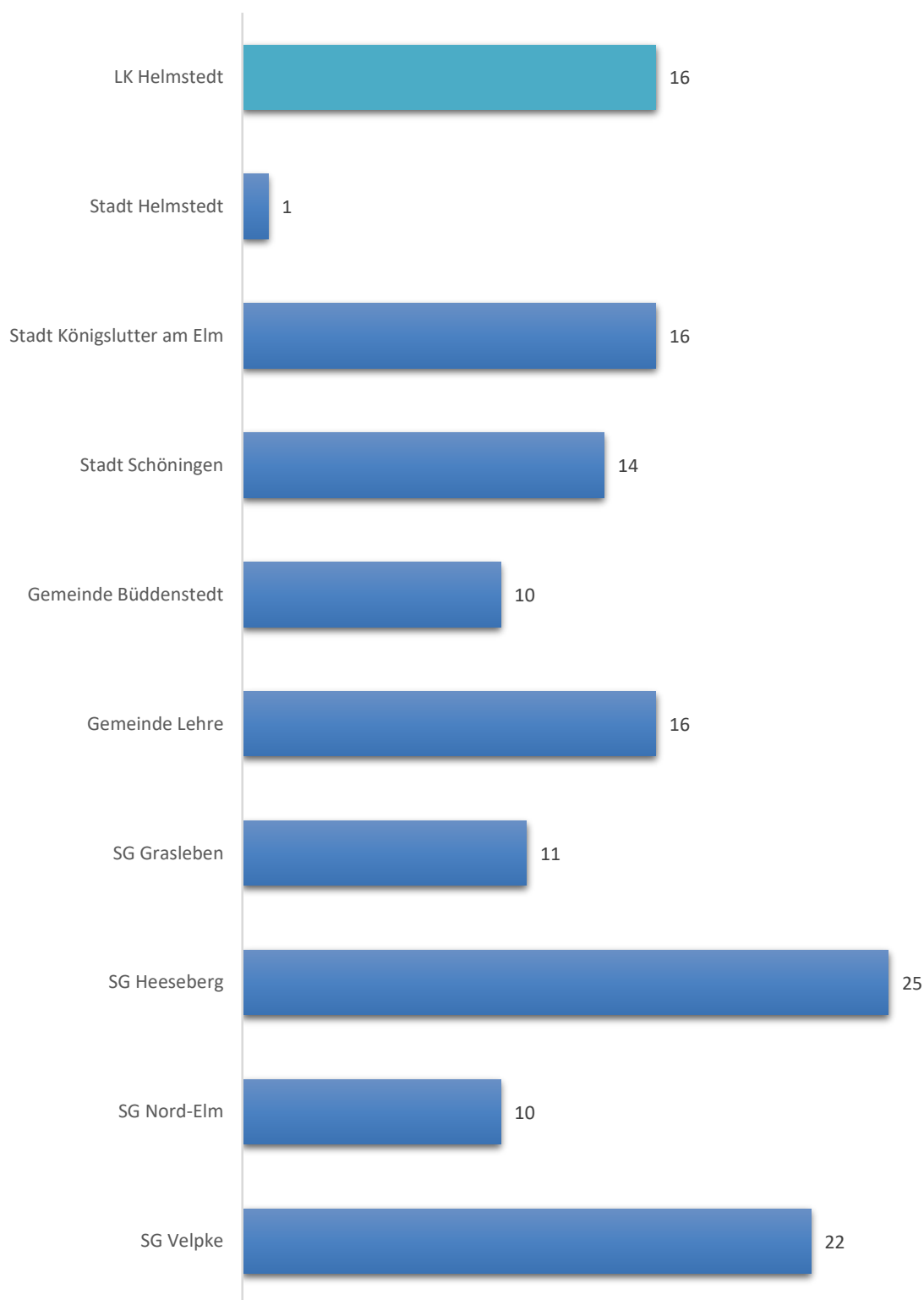
Die ärztliche Versorgung in Deutschland gestaltet sich vor dem zunehmenden Stadt-Land-Gefälle sehr unterschiedlich, dabei hat jeder Mensch Anspruch auf eine angemessene medizinische Versorgung unabhängig vom Wohnort (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2018: 47). Dies muss auch in Zukunft sichergestellt werden.

Des Weiteren müssen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die medizinische Versorgung betrachtet werden. Bundesweit steigt das Durchschnittsalter der Ärzt*innen an und viele haben Schwierigkeiten für ihre Praxis eine Nachfolge zu finden. Die Schließung einer Arztpraxis außerhalb größerer Orte hat oft zur Folge, dass es keine medizinische Versorgung am Wohnort mehr gibt (vgl. Zweckverband Großraum Braunschweig 2014: 47). Die Schaffung eines Ärztezentrums, in dem Ärzt*innen als Angestellte arbeiten, kann zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im Landkreis Helmstedt beitragen, da die Ärzt*innen dort durch feste Arbeitszeiten und die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit attraktivere Arbeitsbedingungen vorfinden als in der Selbstständigkeit.

5.2. Erreichbarkeit von Krankenhäusern

In der Grafik wird die durchschnittliche PKW-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung in Minuten angegeben. Aus methodischen Gründen müssen die Stadt Helmstedt und die Gemeinde Büddenstedt hier noch getrennt aufgeführt werden.

Abb. 58: Durchschnittliche PKW-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung



Stand: 2015; Quelle: INKAR, eigene Darstellung; aktuellere Datenbasis nicht vorhanden

Analyse

Die Erreichbarkeit von Krankenhausstandorten ist ein guter Indikator, um den Versorgungsgrad mit Gesundheitsinfrastruktur einschätzen zu können.

Die Versorgung ist grundsätzlich gut, wenn das nächste Krankenhaus innerhalb von 20 Minuten erreicht werden kann (vgl. Bundesinstitut für Bau, Stadt und Raumforschung (BBSR) 2011: 11f.).

Im Landkreis Helmstedt stellt sich das Bild sehr unterschiedlich dar. Die Stadt Helmstedt ist selbst Standort eines Krankenhauses, so dass hier lediglich wenige Minuten benötigt werden bis das Krankenhaus erreicht ist. Die SG Velpke (22 Minuten) und die SG Heeseberg (25 Minuten) liegen jedoch über der 20-Minuten-Schwelle.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Durch den demografischen Wandel und durch den zunehmenden Mangel an Ärzt*innen im ländlichen Raum, bekommen die Krankenhäuser eine besondere Bedeutung bei der wohnortnahen medizinischen Versorgung.

Gerade in ländlichen Gebieten wird es zunehmend schwieriger, Notfallpatienten zügig in ein geeignetes Krankenhaus zu transportieren.

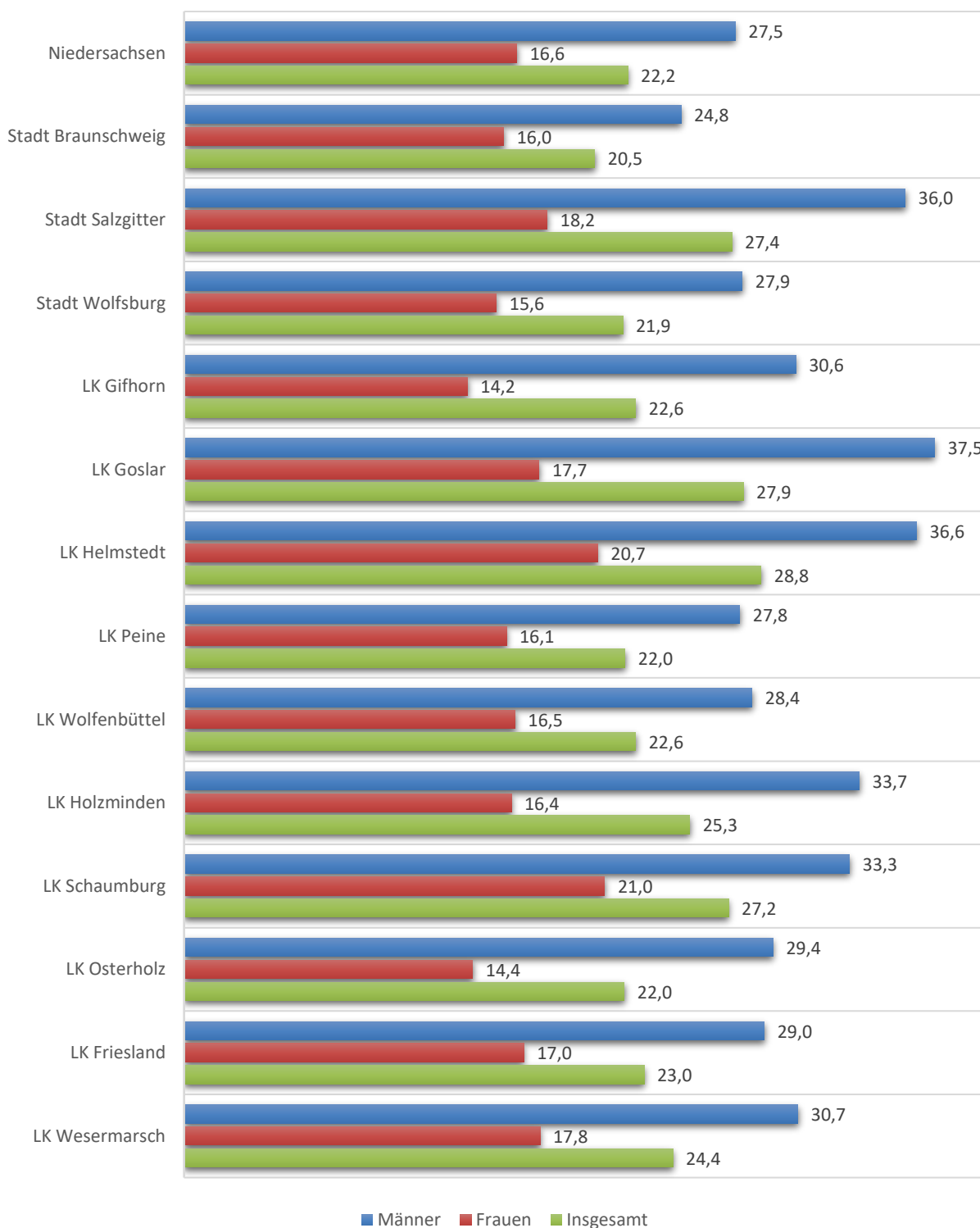
Die örtliche Krankenhausinfrastruktur muss zukünftig sichergestellt sein. In Hinblick auf die Finanzierung und die Krankenhausplanung sollte eng mit dem Land Niedersachsen zusammengearbeitet werden (vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2016: 169).

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ist ein Ziel im Rahmen der Gesundheitsregion Landkreis Helmstedt.

5.3. Vorzeitige Sterblichkeit

Es wird analysiert, wie viele Menschen insgesamt und aufgeteilt nach Geschlechtern vor Erreichen des 65. Lebensjahres sterben. Zur besseren Vergleichbarkeit wird die Zahl je 10.000 Einwohner*innen bzw. Personen des gleichen Geschlechts angegeben.

Abb. 59: Verstorbene Personen vor Erreichen des 65. Lebensjahres je 10.000 Einwohner*innen nach Geschlechtern und insgesamt auf Kreisebene



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen Z1102042 und A100002G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Der Landkreis Helmstedt hat verglichen mit dem Land Niedersachsen und den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten die höchste vorzeitige Sterblichkeit. So sind im Jahr 2017 28,8 Personen je 10.000 Einwohner*innen verstorben, bevor sie das 65. Lebensjahr erreicht haben. Der Landeswert lag bei 22,2.

Bei den Männern sind im Jahr 2017 je 10.000 Einwohnern 36,6 Männer vor Erreichen des 65. Lebensjahres verstorben (27,5 in Niedersachsen). Hier hatte lediglich der Landkreis Goslar (37,5) einen höheren Wert. Bei den Frauen waren es 20,7 Verstorbene je 10.000 Einwohnerinnen im Landkreis Helmstedt und 16,6 im gesamten Land Niedersachsen. Nur der Landkreis Schaumburg (21,0) hatte hier einen höheren Wert.

Die niedrigste vorzeitige Sterblichkeit gab es bei den Männern mit 11,9 Verstorbenen vor Erreichen des 65. Lebensjahres je 10.000 Einwohner*innen in der Stadt Braunschweig, bei den Frauen im Landkreis Gifhorn (14,2) und insgesamt ebenfalls in der Stadt Braunschweig (20,5).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Die Lebensqualität der Menschen wird maßgeblich durch ihren Gesundheitszustand beeinflusst. Ein gehäuftes Auftreten vorzeitiger Todesfälle vor Erreichen des 65. Lebensjahres kann ein Anzeichen für Probleme im Gesundheitswesen und für massive Gesundheitsrisiken in dem betroffenen Gebiet sein. Armut beeinflusst ebenfalls den Gesundheitszustand negativ, dies kann möglicherweise ein Grund für das gehäufte Auftreten vorzeitiger Sterblichkeit sein.

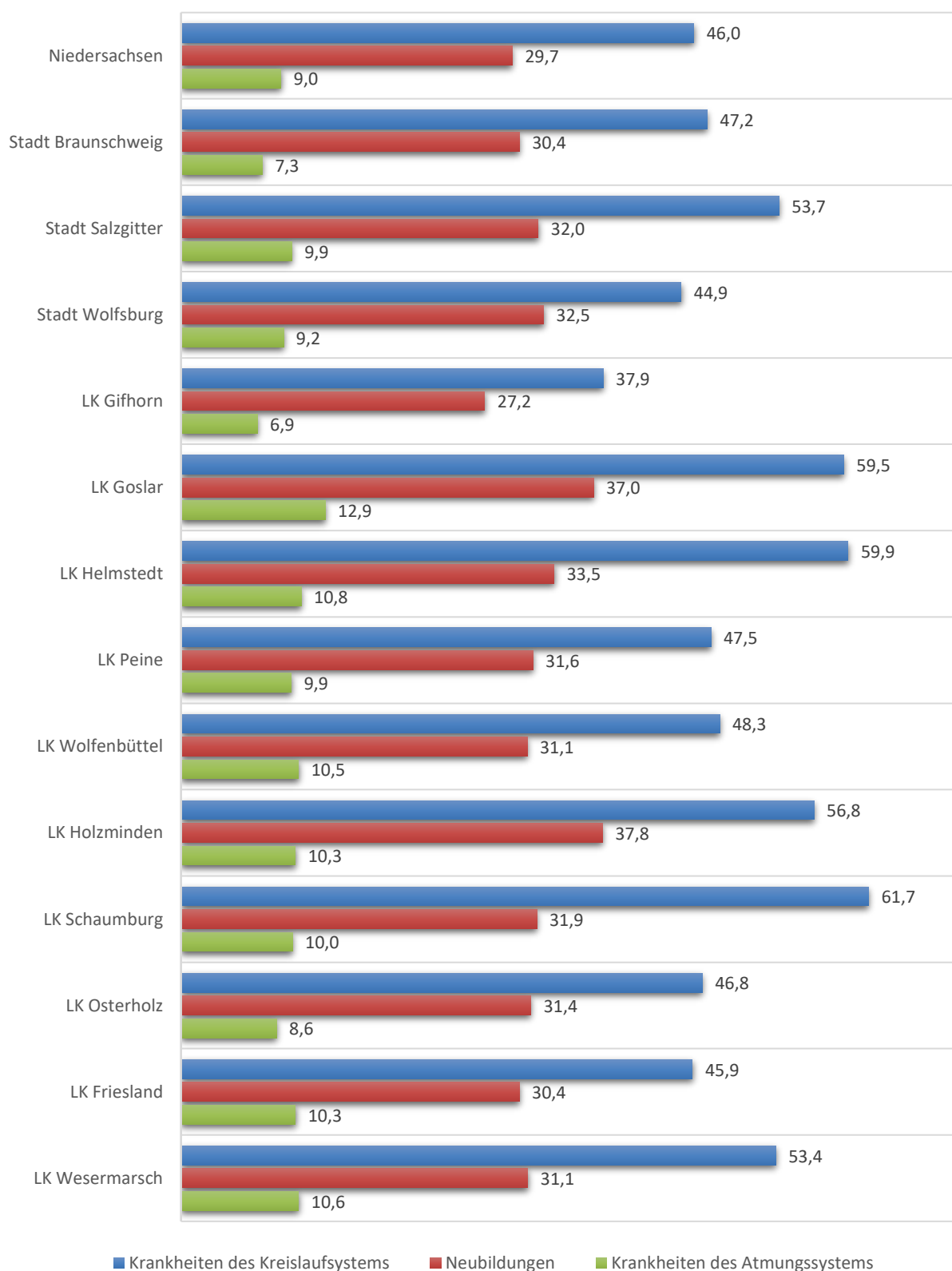
Ziel sollte es sein, dass alle Menschen unabhängig ihres Wohnortes ein gesundes Leben führen können, dafür muss die gesundheitliche Versorgung gestärkt werden. Ein wichtiges Augenmerk sollte auf der Förderung gesundheitlicher Präventivmaßnahmen liegen. Es sollte sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit der Menschen gefördert werden (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2018: 46).

Im Landkreis Helmstedt wurde mit der Einrichtung einer Gesundheitsregion eine gute Möglichkeit geschaffen, an diesen Fragestellungen zu arbeiten und möglicherweise die hohe vorzeitige Sterblichkeit im Landkreis zu senken.

5.4. Todesursachen

Es wird dargestellt, wie viele Personen je 10.000 Einwohner*innen an den drei häufigsten Todesursachen des Landkreises Helmstedt auf Kreisebene verstorben sind.

Abb. 60: Gestorbene je 10.000 Einwohner*innen nach Haupttodesursache



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen K4201002 und A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

In der Todesursachenstatistik werden alle Todesfälle in Deutschland erfasst. Sie wird auf Grundlage der ärztlichen Todesbescheinigung erstellt, in der alle Krankheiten, die zum Tod geführt haben, aufgelistet werden. Die Statistik ermöglicht eine fundierte Todesursachenforschung, die Einflussfaktoren, regionale Besonderheiten und zeitliche Veränderungen darstellen kann (vgl. Statistisches Bundesamt 2017b: 151).

Im Landkreis Helmstedt sind im Jahr 2017 je 10.000 Einwohner*innen 59,9 Personen an einer Krankheit des Kreislaufsystems verstorben. Dieser Wert lag deutlich über dem Landeswert von 46,0. Von den verglichenen Landkreisen und Städten hatte lediglich der Landkreis Schaumburg (61,7) einen höheren Wert. Den niedrigsten Wert bei den Krankheiten des Kreislaufsystems als Haupttodesursache hatte der Landkreis Gifhorn mit 37,9.

Die zweithäufigste Haupttodesursache im Landkreis Helmstedt waren im Jahr 2017 die Neubildungen, umgangssprachlich auch Krebs genannt. Im Landkreis Helmstedt sind je 10.000 Einwohner*innen 33,5 Personen in Folge einer Neubildung verstorben. Der Landeswert liegt auch hier mit 29,7 deutlich niedriger. Nur die Landkreise Goslar (37,0) und Holzminden (37,8) hatten hier höhere Werte. Den niedrigsten Wert hatte hier ebenfalls der Landkreis Gifhorn (27,2).

Am dritthäufigsten waren im Jahr 2017 Krankheiten des Atmungssystems die Haupttodesursache im Landkreis Helmstedt. Je 10.000 Einwohner*innen sind 10,8 Personen an dieser Todesursache verstorben. Auch dieser Wert liegt über dem Landeswert von 9,0. Lediglich der Landkreis Goslar (12,9) hatte einen höheren Wert als der Landkreis Helmstedt. Der Landkreis Gifhorn (6,9) hatte bei den Krankheiten des Atmungssystems als Todesursache den niedrigsten Wert.

Fazit / Handlungsempfehlungen

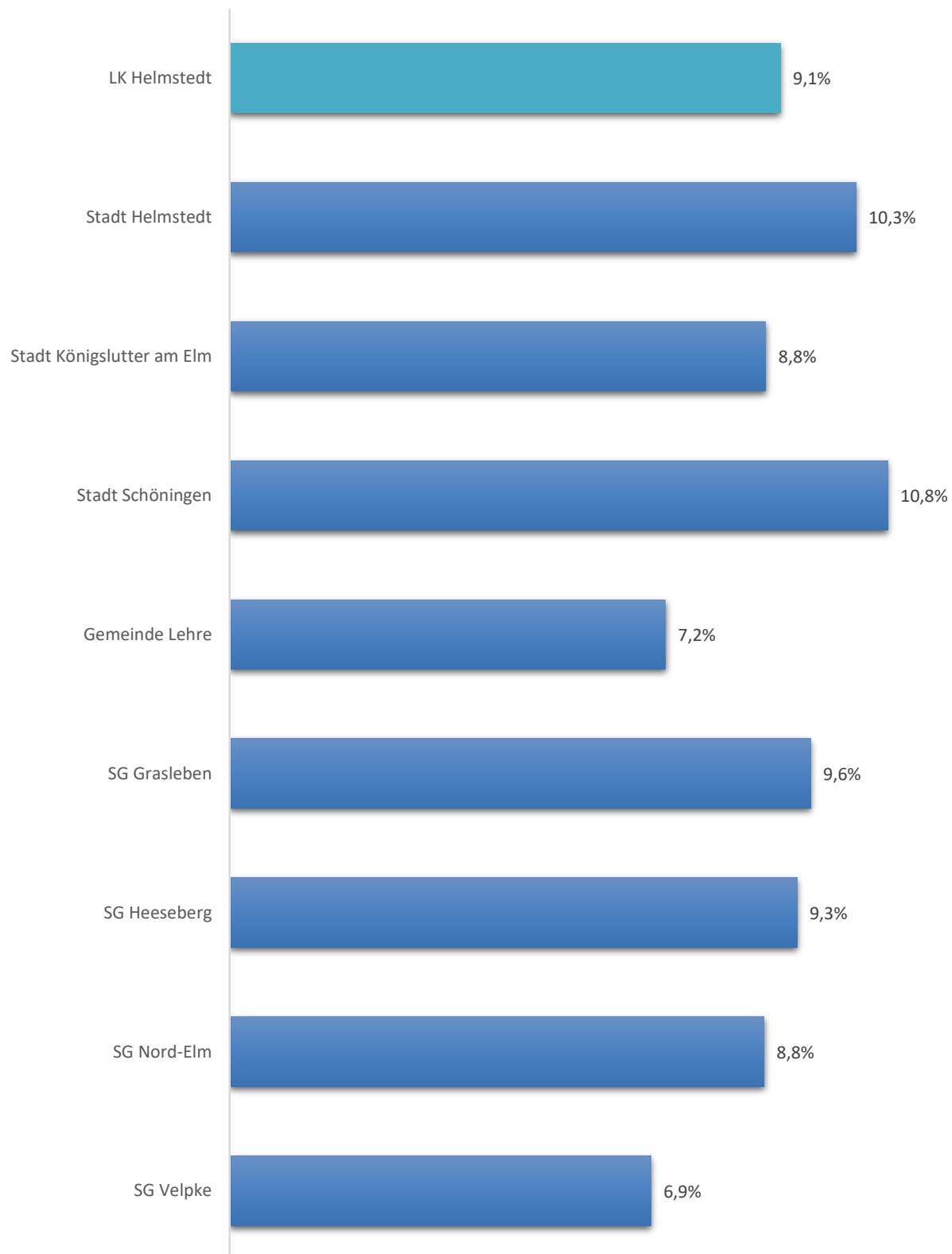
Zur Erhöhung der Lebensqualität im Landkreis Helmstedt sollte weiter untersucht werden, warum diese Todesursachen so häufig auftreten und, ob es einen Zusammenhang mit dem gehäuften Auftreten vorzeitiger Sterblichkeit (vgl. Kap. 5.3.) gibt.

Hieraus können möglicherweise präventive oder medizinisch-kurative Maßnahmen zur Erhöhung der Lebenserwartung und -qualität entwickelt werden.

5.5. Menschen mit Schwerbehinderung

Es wird der Anteil der Einwohner*innen dargestellt, die mindestens einen Grad der Behinderung von 50 haben und somit schwerbehindert sind.

Abb. 61: Anteil der schwerbehinderten Einwohner*innen



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen K2401051 und A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Nach § 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX gelten Menschen als behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate vom für das jeweilige Lebensalter typischen Zustand abweichen und dadurch ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinträchtigt ist. Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Verletzung mit kurzer Heilungsdauer ist eine Behinderung somit eine längerfristige Beeinträchtigung, die möglicherweise sogar das ganze Leben anhält. Das zuständige Versorgungsamt prüft auf Antrag das Vorhandensein und den Grad der Behinderung (GdB). Eine Schwerbehinderung liegt ab einem GdB von 50 vor (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2018: 114). Das zuständige Versorgungsamt für Niedersachsen ist das Landesamt für Soziales, Familie und Jugend.

Statistische Daten liegen nur für die Menschen mit Schwerbehinderung vor, so dass derzeit nicht gesagt werden kann, wie viele Menschen mit einem GdB unter 50 im Landkreis Helmstedt leben.

Insgesamt sind 9,1 % der Einwohner*innen im Landkreis Helmstedt schwerbehindert. Den höchsten Anteil von Menschen mit einer Schwerbehinderung haben die Stadt Schöningen (10,8 %) und die Stadt Helmstedt (10,3 %), den niedrigsten die SG Velpke (6,9 %) und die Gemeinde Lehre (7,2 %).

Fazit / Handlungsempfehlungen

Das Versorgungsamt stellt nach Festlegung des GdB den Schwerbehindertenausweis aus, in dem der GdB sowie bestimmte Merkzeichen eingetragen werden, die zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen berechtigen, wie beispielsweise der Nutzung von Parkplätzen für Menschen mit Behinderung.

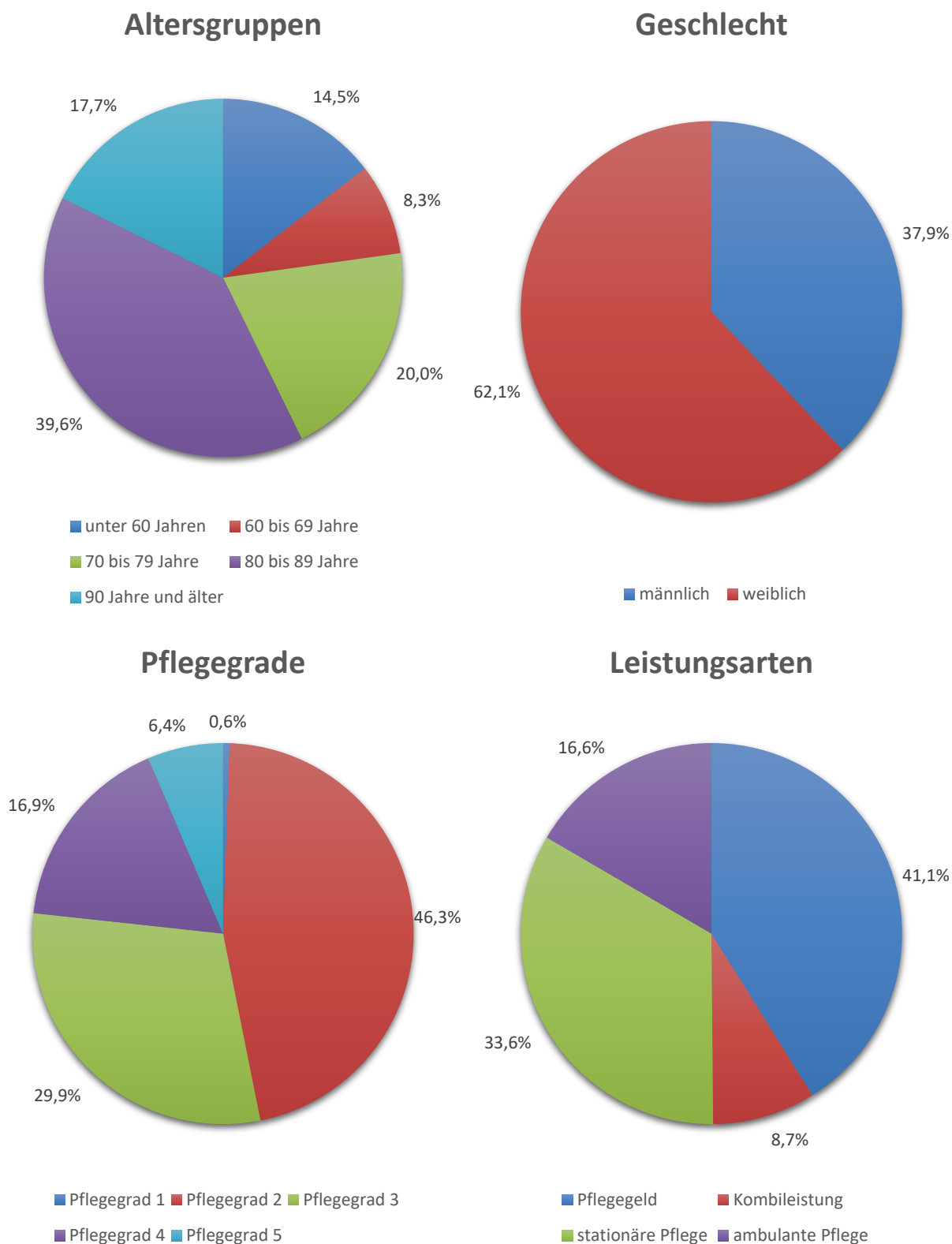
Allerdings beantragen nicht alle Menschen mit Beeinträchtigungen die amtliche Anerkennung. Dies geschieht, weil sie die Möglichkeit nicht kennen oder weil sie befürchten, dass durch die amtliche Anerkennung Vorurteile im sozialen Umfeld oder bei der Arbeitsstelle hervorgerufen werden könnten und erst dadurch Teilhabechancen eingeschränkt werden (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016: 16f.).

Beratungsangebote für Menschen mit Beeinträchtigungen und eine generelle Sensibilisierung der Gesellschaft könnten bei den genannten Gründen, einen Schwerbehindertenausweis nicht zu beantragen, Abhilfe schaffen.

5.6. Pflegebedürftige

Es werden die pflegebedürftigen Menschen im Landkreis Helmstedt nach Altersgruppen, Geschlecht, Pflegegraden und Leistungsarten dargestellt.

Abb. 62: Pflegebedürftige im Landkreis Helmstedt nach unterschiedlichen Merkmalen



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabellen K2804010, K2804012, M2801022 und M2801023), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Im Landkreis Helmstedt sind 14,5 % der pflegebedürftigen Menschen jünger als 60 Jahre. 17,7 % der Pflegebedürftigen sind 90 Jahre alt oder älter. Der größte Anteil der Pflegebedürftigen ist zwischen 80 und 89 Jahren alt.

Es gibt deutlich mehr weibliche (62,1 %) als männliche (37,9 %) Pflegebedürftige.

Fast die Hälfte aller pflegebedürftigen Menschen im Landkreis Helmstedt hat den Pflegegrad 2 (46,3 %). Lediglich 0,6 % der Pflegebedürftigen haben den Pflegegrad 1. 29,9 % der Pflegebedürftigen haben den Pflegegrad 3, den Pflegegrad 4 haben 16,9 % und die übrigen 6,4 % den Pflegegrad 5.

Die meisten Pflegebedürftigen beziehen als Leistung das Pflegegeld (41,1 %), die Kombi-leistung aus Pflegegeld und Sachleistung beziehen 8,7 % der pflegebedürftigen Menschen. 33,6 % der Pflegebedürftigen werden in einer stationären Einrichtung und 16,6 % werden von einem ambulanten Pflegedienst gepflegt.

Fazit / Handlungsempfehlungen

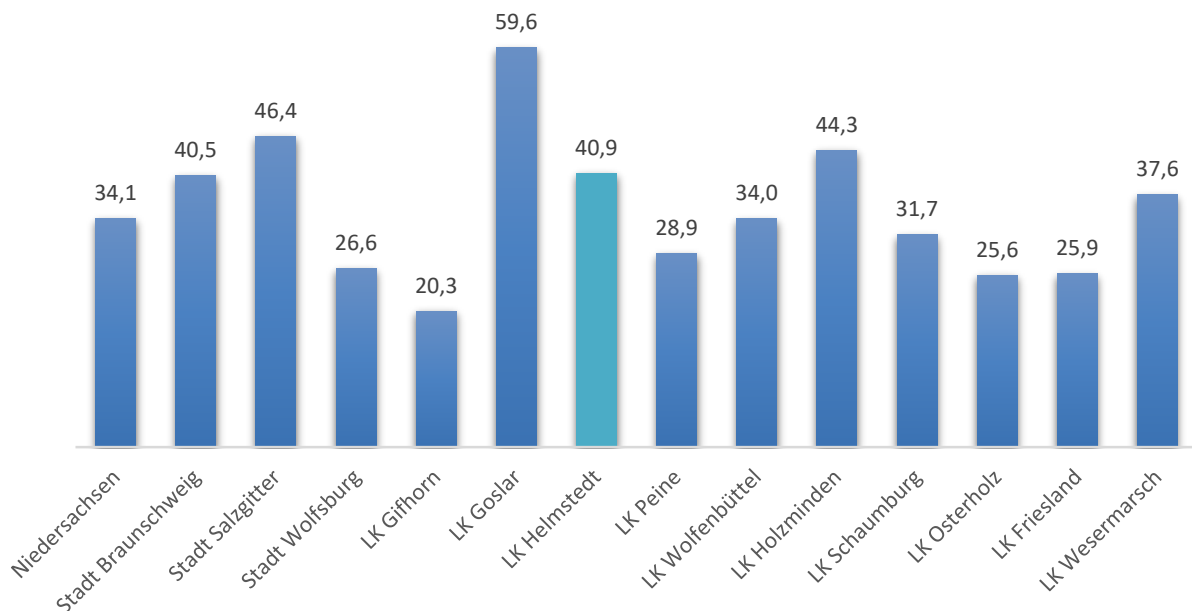
Der 2. Pflegebericht für den Landkreis Helmstedt hat sich bereits ausführlich mit der Situation der Pflege im Landkreis Helmstedt beschäftigt. Für vertiefende Betrachtungen zum Thema Pflege ist dieser zu beachten.

Zu dieser Analyse kann festgestellt werden, dass seit 2015 der Anteil der Pflegebedürftigen unter 60 Jahren leicht angestiegen ist und, dass der Anteil der männlichen Pflegebedürftigen angestiegen ist. Auffallend ist zudem, dass der Anteil der pflegebedürftigen Menschen in der stationären pflegerischen Versorgung zurückgegangen ist und es jetzt indes einen höheren Anteil an Pflegegeldempfänger*innen gibt (vgl. Landkreis Helmstedt 2017: 66).

5.7. Hilfe zur Pflege

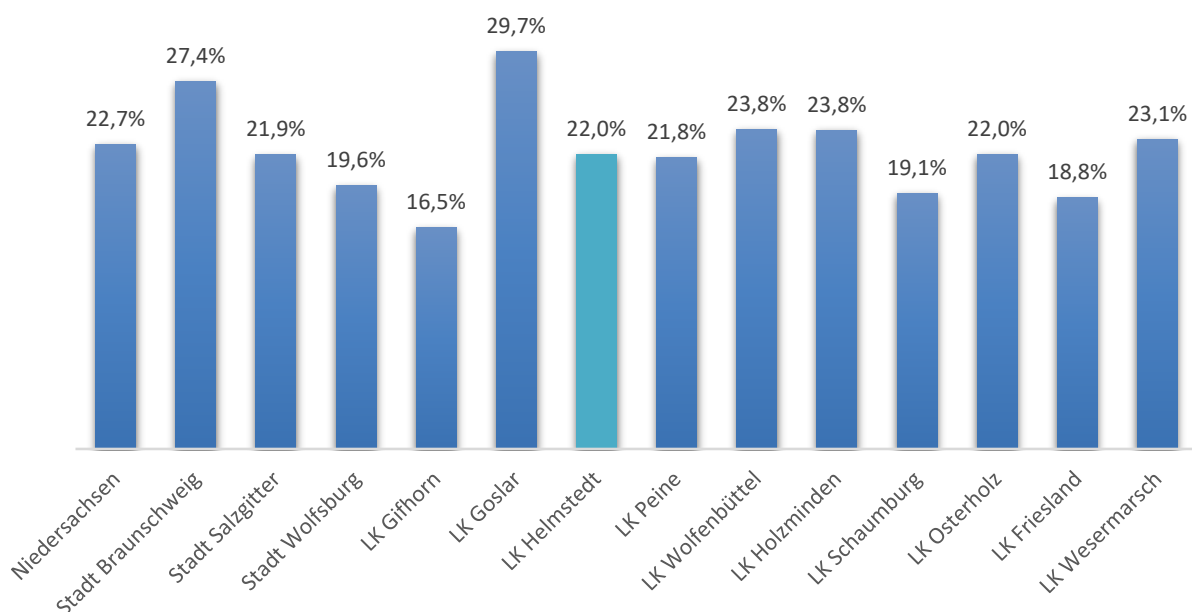
Zum einen wird analysiert, wie viele Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege es je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene gibt und zum anderen wird dargestellt, wie groß der Anteil der Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege an allen Leistungsempfänger*innen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII ist.

Abb. 63: Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabellen K2504020 und A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 64: Anteil der Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege an allen Leistungsempfänger*innen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabelle K2504020), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Wenn die Leistungen der Pflegeversicherung (SGB XI) nicht ausreichen, um den notwendigen Pflegebedarf zu decken, oder wenn wegen unerfüllter Voraussetzungen kein Leistungsanspruch besteht, können Pflegebedürftige Hilfe zur Pflege in Anspruch nehmen, falls der Bedarf nicht aus eigenen Mitteln gedeckt werden kann (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2016: 157).

Der Landkreis Helmstedt liegt beim Anteil der Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege an allen Leistungsempfänger*innen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII ungefähr im Landesdurchschnitt. Bei den Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege je 10.000 Einwohner*innen liegt der Landkreis mit 40,9 etwas über dem Landeswert von 34,1.

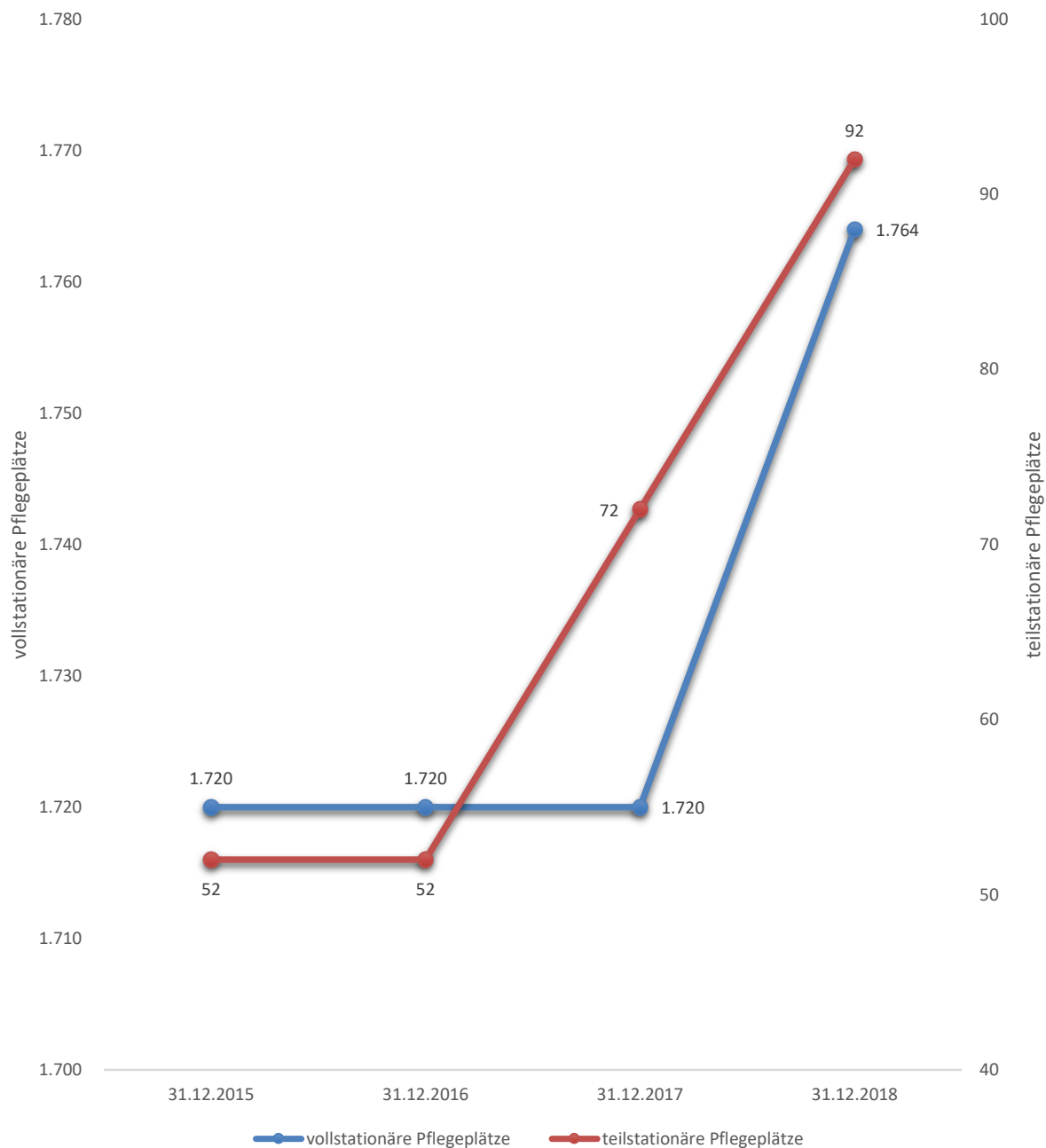
Fazit / Handlungsempfehlungen

Hohe Zahlen bei den Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege deuten darauf hin, dass es einerseits viele Pflegebedürftige gibt und andererseits, dass häufig die Mittel aus der Pflegeversicherung bzw. eigene finanzielle Mittel nicht ausreichen, um für die notwendigen Pflegemaßnahmen aufzukommen. Als Träger der Sozialhilfe belasten hohe Ausgaben für die Hilfe zur Pflege den Haushalt des Landkreises Helmstedt in besonderem Maße. Das Land Niedersachsen muss aufgefordert werden, darauf hinzuwirken, dass die Pflegekassen in Niedersachsen für ambulant versorgte Pflegebedürftige die gleichen finanziellen Mittel aufbringen wie in anderen Bundesländern.

5.8. Entwicklung der Pflegeheimplätze 2015-2018

Die Grafik zeigt die Entwicklung der Anzahl von Pflegeplätzen im Landkreis Helmstedt. Dabei wird nach voll- und teilstationären Plätzen unterschieden.

Abb. 65: Zahl der voll- und teilstationären Pflegeheimplätze im Landkreis Helmstedt



Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Soziales, eigene Darstellung

Analyse

Pflegebedürftige haben Anspruch auf teilstationäre Pflege, wenn eine häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden kann oder dies zur Ergänzung der häuslichen Pflege erforderlich ist.

In den letzten Jahren ist die Zahl der teilstationären Pflegeplätze im Landkreis Helmstedt deutlich angestiegen. In der Zeit vom 31.12.2016 bis zum 31.12.2018 sind zu den bisher bestehenden 52 teilstationären Pflegeplätzen 40 Plätze hinzugekommen, sodass es derzeit 92 teilstationäre Pflegeplätze im Landkreis Helmstedt gibt. Bei den teilstationären Pflegeplätzen im Landkreis Helmstedt handelt es sich ausschließlich um Plätze in der Tagespflege. Eine Nachtpflegeeinrichtung gibt es bisher im Landkreis nicht.

Die Zahlen der Pflegebedürftigen in teilstationärer Pflege haben in den letzten Jahren stark zugenommen und werden voraussichtlich auch noch weiter ansteigen. Der Bedarf für weitere teilstationäre Pflegeangebote ist somit vorhanden (vgl. Landkreis Helmstedt 2017: 58).

Da teilstationäre Pflegeangebote gerade zu Beginn einer Pflegebedürftigkeit eine Entlastung für pflegende Angehörige bieten und die pflegebedürftige Person trotzdem teilweise weiterhin in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung bleiben kann, unterstützen sie den Leitsatz „ambulant vor stationär“.

Die Zahl der vollstationären Pflegeplätze ist im Jahr 2018 ebenfalls um 44 Plätze von 1720 auf nun 1764 Plätze angestiegen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Die Nachfrage nach teilstationären Pflegeleistungen wird vermutlich weiter ansteigen, sodass in dem Bereich weitere Einrichtungen entstehen sollten.

Beim Ausbau der Pflegeplätze muss gleichzeitig sichergestellt werden, dass das notwendige Fachpersonal vorhanden ist, um die Versorgung zu gewährleisten. Hier sind der Bund und das Land Niedersachsen besonders gefordert, den bereits bestehenden Fachkräftemangel in der Pflege abzubauen.

6. Themenfeld Wohnen und Mobilität

Neben Nahrung, Gesundheit und Kleidung ist Wohnen eines der Grundbedürfnisse der Menschen und hat eine zentrale Bedeutung für die Lebensqualität. Es ist daher eine grundlegende Aufgabe der kommunalen Stadtentwicklungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen (vgl. Prölß o. J.: 48).

Die eigene Wohnung ist Ort der Sicherheit, der Geborgenheit und der Selbstbestimmung und wird als zentraler Ort des Ausgleichs zum Arbeitsplatz wahrgenommen. Während es in größeren Städten und ihrer Umgebung oft Engpässe in der Wohnraumversorgung gibt, gibt es an anderen Orten häufig Abwanderungstendenzen und Leerstände und damit einhergehende Probleme bei der Wohnraumqualität (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2018: 70).

Einerseits wird die Lebensqualität durch die Wohnverhältnisse beeinflusst, andererseits hängen die Wohnverhältnisse stark von den sozioökonomischen Lebensumständen und der finanziellen Leistungsfähigkeit ab (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2016: 259).

Eine weitere Einflussgröße auf die Lebensqualität ist eine flächendeckende, gesicherte Mobilität. Diese ist gerade in einem Flächenlandkreis und bei einer älter werdenden Bevölkerung eine Grundvoraussetzung für alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten (vgl. Zweckverband Großraum Braunschweig 2014: 7).

Der Landkreis Helmstedt hat eine Fläche von 676,15 km². Von der Gesamtfläche des Landkreises entfallen 23,87 km² auf Wohnbauflächen. Insgesamt gibt es im Landkreis 8,06 km² Industrie- und Gewerbeflächen. Die Flächen für Sport, Freizeit und Erholung sind 6,12 km² groß. 16,76 km² machen die Straßenverkehrsflächen im Landkreis Helmstedt aus. Im Landkreis Helmstedt gibt es stehende Gewässer (Seen und Teiche) mit einer Gesamtfläche von 5,34 km². Landwirtschafts- (398,76 km²) und Waldflächen (160,54 km²) machen den Großteil der Flächen im Landkreis aus (vgl. Kap. 6.1.).

Auf jede*n Einwohner*in im Landkreis Helmstedt entfällt eine durchschnittliche Wohnfläche von 51,8 m² (vgl. Kap. 6.2.).

Die durchschnittliche Wohnungsgröße im Landkreis beträgt 101,7 m² (vgl. Kap. 6.3.).

Im Landkreis Helmstedt gab es am 31.12.2017 insgesamt 48.183 Wohnungen, davon befanden sich 21.368 in Einfamilienhäuser, 8.310 in Zweifamilienhäusern, 16.667 in Mehrfamilienhäuser und die restlichen 1.838 in sonstigen Gebäuden (vgl. Kap. 6.4.).

1,9 Personen leben durchschnittlich in jeder Wohnung im Landkreis Helmstedt (vgl. Kap. 6.5.).

Die durchschnittliche Miethöhe im Landkreis Helmstedt betrug 5,77 Euro pro m² (vgl. Kap. 6.6.), der durchschnittliche Preis für Wohnimmobilien lag bei 1.545,98 Euro pro m² (vgl. Kap. 6.7.) und für einen m² baureifes Land mussten durchschnittlich 52,70 Euro bezahlt werden (vgl. Kap. 6.8.).

Im Jahr 2017 wurden im Landkreis Helmstedt für 324 Wohneinheiten Baugenehmigungen erteilt (vgl. Kap. 6.9.).

1.172 Menschen haben im Jahr 2017 im Landkreis Helmstedt Wohngeld bezogen (vgl. Kap. 6.10.).

Im Landkreis Helmstedt wurden im Jahr 2017 insgesamt 5.828 Straftaten begangen. Es gab 441 Fälle der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung, 205 Wohnungseinbruchdiebstähle und 718 Sachbeschädigungen. Es wurden 222 Fälle von Gewaltkriminalität und 1.091 Fälle von Straßenkriminalität begangen (vgl. Kap. 6.11.).

Im Jahr 2017 waren im Landkreis Helmstedt 54.200 Personenkraftwagen zugelassen (vgl. Kap. 6.12.).

Im Schnitt werden im Landkreis Helmstedt mit dem Auto 10 Minuten bis zur nächsten Autobahnanschlussstelle, 13 Minuten bis zum nächsten IC-, EC- oder ICE-Bahnhof, 25 Minuten bis zum nächsten Oberzentrum und 13 Minuten bis zum nächsten Mittelzentrum benötigt (vgl. Kap. 6.13.).

Im Jahr 2017 gab es im Landkreis Helmstedt 453 Straßenverkehrsunfälle mit insgesamt 443 verunglückten Personen (vgl. Kap. 6.14.).

6.1. Flächennutzung

Es werden die Anteile unterschiedlicher Flächenarten an der Gesamtfläche einer Kommune dargestellt.

Abb. 66: Flächenanteile unterschiedlicher Nutzung in den Kommunen

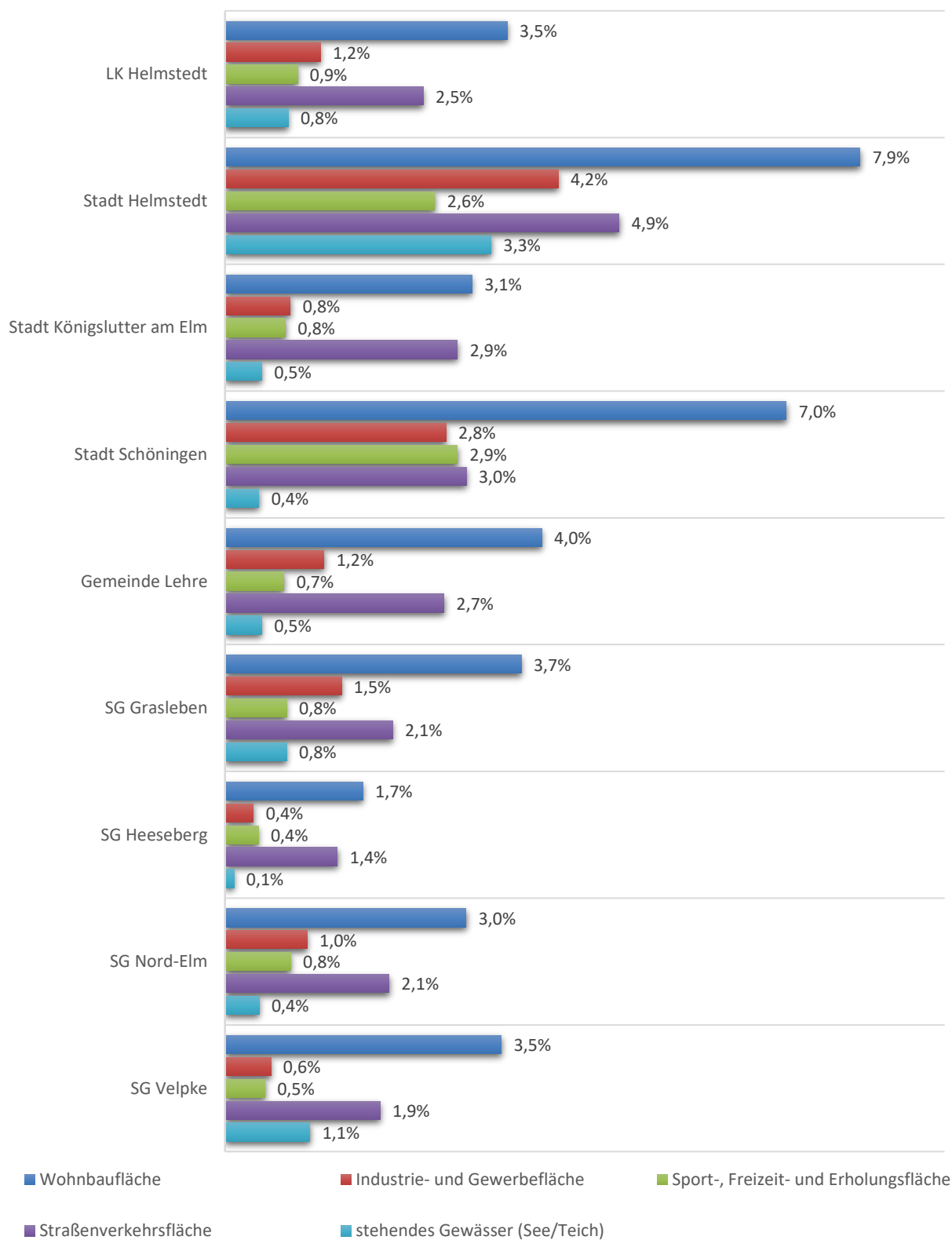
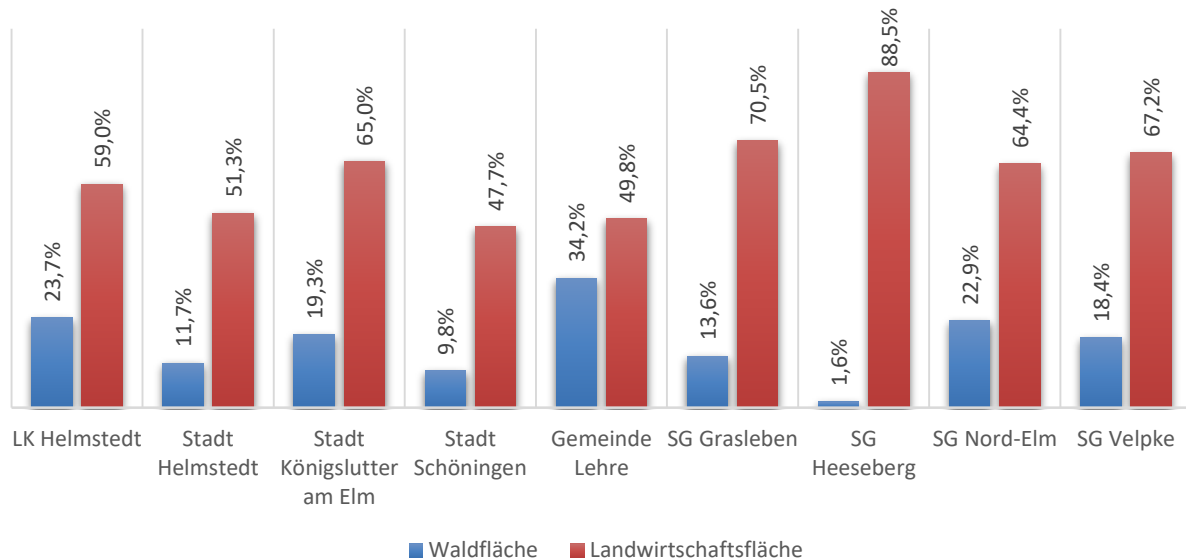


Abb. 67: Anteile von Wald- und Landwirtschaftsflächen in den Kommunen



Stand: 31.12.2017; Quelle: LSN (Tabelle Z0000000), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Der Landkreis Helmstedt ist eine ländlich geprägte Region, dies zeigt sich daran, dass 59,0 % des Kreisgebiets Landwirtschaftsfläche und 23,7 % Waldfläche sind. 3,5 % des Landkreises sind Wohnbauflächen, 1,2 % Industrie- und Gewerbeflächen und 2,5 % Straßenverkehrsflächen. Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen machen 0,9 % des Landkreises aus. Stehende Gewässer wie Seen und Teiche belegen 0,8 % der Kreisfläche.

Die SG Heeseberg besteht zu 88,5 % aus Landwirtschaftsflächen, entsprechend gering sind die Anteile der anderen Flächenarten dort ausgeprägt.

Große Anteile von Wohnbauflächen gibt es in der Stadt Helmstedt (7,9 %) und der Stadt Schöningen (7,0 %). Hier gibt es ebenso die größten Anteile von Industrie- und Gewerbeflächen mit 4,2 % in Helmstedt und 2,8 % in Schöningen. Die Stadt Schöningen hat mit 2,9 % einen großen Anteil von Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen vor der Stadt Helmstedt mit 2,6 %. Bei den Straßenverkehrsflächen (4,9 %) und den stehenden Gewässern (3,3 %) hat die Stadt Helmstedt ebenfalls große Anteile. Dementsprechend gibt es in der Stadt Helmstedt wesentlich weniger Waldflächen (11,7 %) als in den meisten anderen Kommunen. Die Gemeinde Lehre hat mit 34,2 % den größten Anteil von Waldflächen in ihrem Gebiet.

Fazit / Handlungsempfehlungen

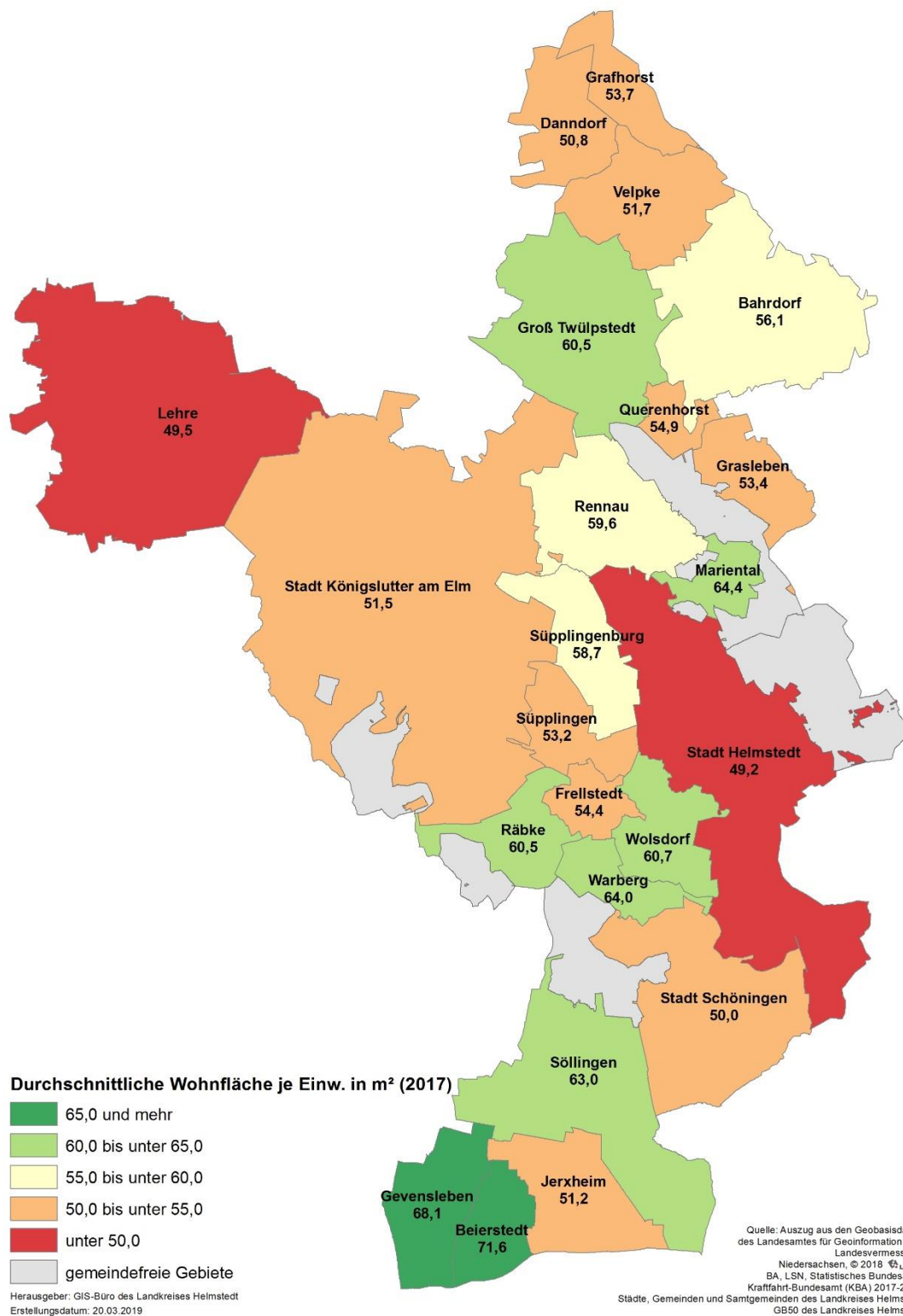
Die Fläche einer Kommune ist eine begrenzte Ressource, um die verschiedene Nutzungsarten konkurrieren (vgl. Statistisches Bundesamt 2017a: 72)

Die stetige Zunahme verdichteter Flächen führt zu einer Entwertung von Naturräumen und begünstigt die Entstehung von Hochwasser. Bundesweit soll deswegen der durchschnittliche tägliche Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 20 ha pro Tag begrenzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, dass alle Kommunen ihren Teil zu einer nachhaltigen Flächennutzung beitragen (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2018: 73).

6.2. Wohnfläche je Einwohner*in

Es wird die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner*in in m² angegeben.

Abb. 68: Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner*in in den Städten und Gemeinden



Stand: 31.12.2017; Quelle: Statistisches Bundesamt (Tabelle 31231-02-01-5); LSN (Tabelle A100001G), eigene Berechnung

Analyse

In der jeweiligen Wohnsituation spiegeln sich soziale Unterschiede wieder. Eine großzügige Wohnfläche bietet gute Voraussetzungen für die persönliche Entfaltung und somit für soziale Teilhabe. Die Größe der Wohnfläche hängt dabei maßgeblich vom Einkommen ab, da mit einem höheren Einkommen eine größere Wohnfläche bezahlt werden kann. Andererseits beeinflusst der Wohnstatus ebenso die Wohnfläche, da Eigentümer*innen im Schnitt mehr Wohnfläche zur Verfügung haben als Mieter*innen. Des Weiteren stehen Alleinlebenden und Rentner*innen überdurchschnittlich große Wohnflächen zur Verfügung (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017: 533).

Im Landkreis Helmstedt haben die Einwohner*innen in Beierstedt mit 71,6 m² und in Gevensleben mit 68,1 m² die größte durchschnittliche Wohnfläche zur Verfügung.

In der Stadt Helmstedt mit 49,2 m² und in der Gemeinde Lehre mit 49,5 m² gibt es die kleinsten durchschnittlichen Wohnflächen.

Bei den Samtgemeinden stehen in der SG Heeseberg mit 61,0 m² die größten durchschnittlichen Wohnflächen je Einwohner*in zur Verfügung und in der SG Velpke mit 54,2 m² die kleinsten. Die durchschnittlichen Wohnflächen je Einwohner*in in der SG Grasleben (56,6 m²) und der SG Nord-Elm (57,7 m²) liegen dazwischen.

Durchschnittlich steht jedem*jeder Einwohner*in im Landkreis Helmstedt eine Wohnfläche von 51,8 m² zur Verfügung.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Das persönliche Wohlbefinden wird unter anderem durch die Fläche, die einem Menschen zum Wohnen zur Verfügung steht, beeinflusst. Der Wohnraum bietet Platz zur persönlichen Entfaltung, kann ein Rückzugsort bei Konflikten und ein Raum für soziale Kontakte sein (vgl. Landkreis Mittelsachsen 2016: 210).

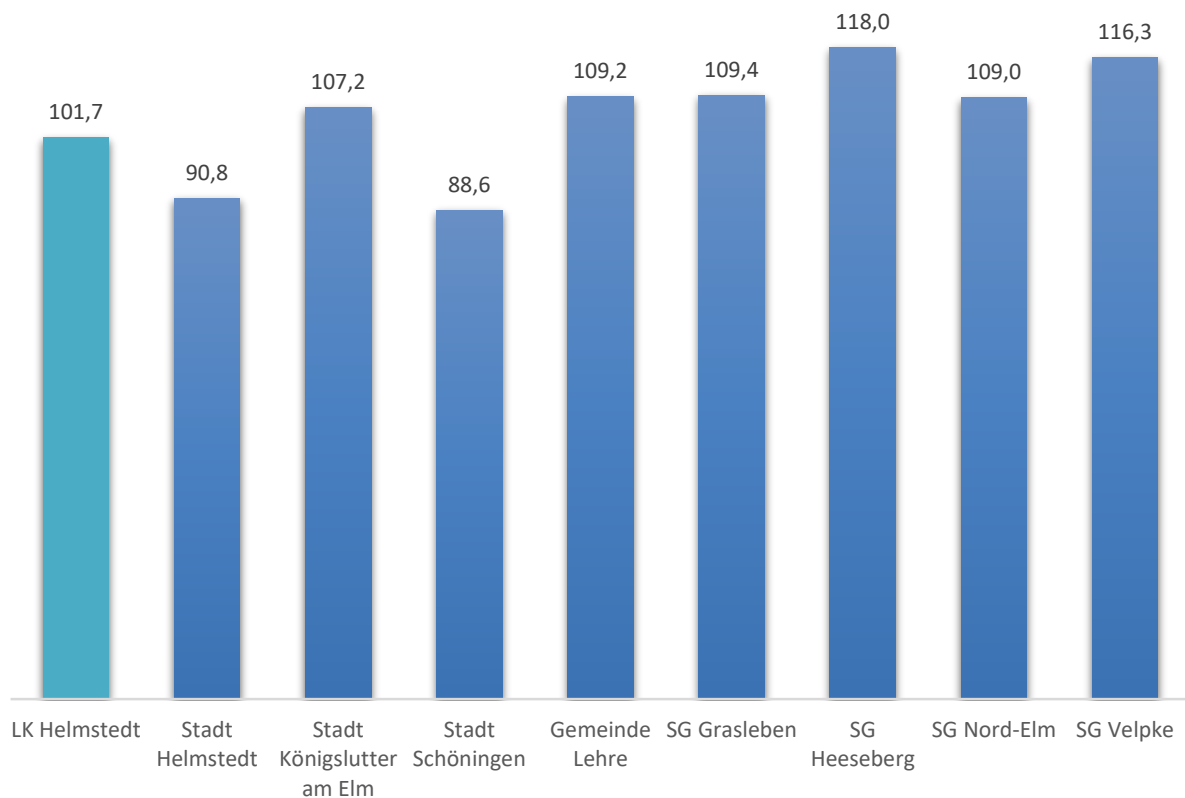
Möglicherweise ist es erforderlich in Orten mit einer niedrigen durchschnittlichen Wohnfläche neue Wohnmöglichkeiten zu schaffen.

An Orten mit einer großen durchschnittlichen Wohnfläche ist zu untersuchen, ob es dort möglicherweise viele Leerstände gibt. Möglicherweise können diese wieder als Wohnraum genutzt oder einer anderen Nutzung zugeführt werden. Gegebenenfalls ist über einen Rückbau nachzudenken.

6.3. Wohnungsgrößen

Es wird die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in m² angegeben.

Abb. 69: Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in den Kommunen



Stand: 2017; Quelle: NBank (Tabelle Basis-Indikatoren KomWoB Niedersachsen), eigene Darstellung

Analyse

Wie die Fläche, die jedem einzelnen zur Verfügung steht, trägt die Größe der gesamten Wohnung ebenfalls zum persönlichen Wohlbefinden bei. Größere Haushalte benötigen dabei in der Regel mehr Wohnfläche als kleinere Haushalte. Größere Wohnungen sind meistens in Ein- oder Zweifamilienhäusern, kleinere Wohnungen eher in Mehrfamilienhäusern zu finden.

Im Landkreis Helmstedt gibt es die durchschnittlich größten Wohnungen mit 118,0 m² in der SG Heeseberg. Die kleinsten in der Stadt Schöningen (88,6 m²) und der Stadt Helmstedt (90,8 m²).

Fazit / Handlungsempfehlungen

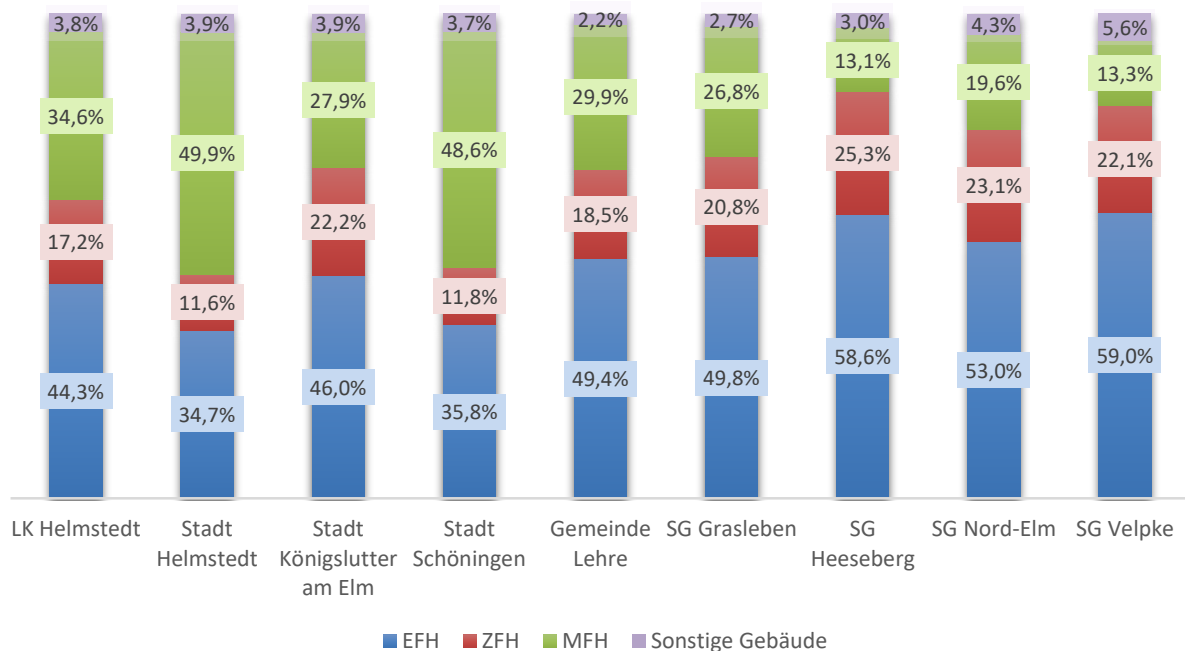
Aus der vorherigen Analyse zur durchschnittlichen Wohnfläche je Einwohner*in und dieser Analyse ergibt sich, dass in Lehre zu wenig Wohnraum zur Verfügung steht.

In den Städten Schöningen und Helmstedt könnte es zu Engpässen in der Versorgung mit größeren Wohnungen kommen, dafür könnte es in den anderen Kommunen schwieriger werden die Nachfrage nach kleineren Wohnungen zu decken.

6.4. Wohnungsarten

Es werden die Anteile von Wohnungen in Einfamilien-, Zweifamilien- und Mehrfamilienhäusern sowie in sonstigen Gebäuden dargestellt.

Abb. 70: Anteile von Wohnungen nach Art an allen Wohnungen in den Kommunen



Stand: 2017; Quelle: NBank (Tabelle Basis-Indikatoren KomWoB Niedersachsen), eigene Darstellung

Analyse

Wohnungen sind in der Regel zu Wohnzwecken zusammenhängende Räume, die nach außen abschließbar sind. Eine Wohnung ermöglicht das Führen eines eigenen Haushaltes. Gibt es in einem Gebäude nur eine Wohnung, ist dies im allgemeinen Sprachgebrauch ein Einfamilienhaus (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2018: 219).

Im Landkreis Helmstedt hat den größten Anteil an Wohnungen in Einfamilienhäusern die SG Velpke. Dort liegen 59,0 % aller Wohnungen in Einfamilienhäusern. Und auch die SG Heeseberg hat mit 58,6 % einen hohen Anteil an Wohnungen in Einfamilienhäusern. Die Stadt Helmstedt mit 34,7 % und die Stadt Schöningen mit 35,8 % haben den niedrigsten Anteil an Wohnungen in Einfamilienhäusern.

Dem entsprechend haben die Stadt Helmstedt (49,9 %) sowie die Stadt Schöningen (48,6 %) die größten und die SG Heeseberg (13,1 %) sowie die SG Velpke (13,3 %) die niedrigsten Anteile an Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.

Fazit / Handlungsempfehlungen

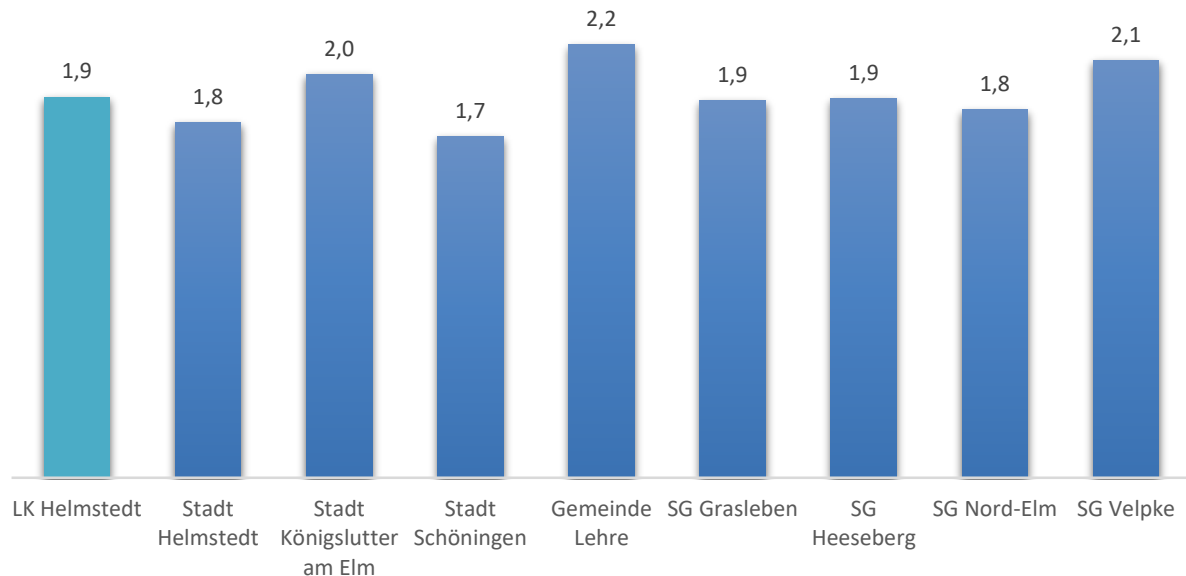
In Helmstedt und Schöningen könnte es schwierig werden, die Nachfrage nach Wohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern zu befriedigen.

In den anderen Kommunen könnte es Engpässe bei der Versorgung mit Wohnungen in Mehrfamilienhäusern geben, die in der Regel kleiner und dadurch meistens günstiger sind.

6.5. Belegungsdichte von Wohnungen

Die Belegungsdichte gibt an, wie viele Personen durchschnittlich in einer Wohnung leben.

Abb. 71: Belegungsdichte von Wohnungen in den Kommunen



Stand: 2017; Quelle: NBank (Tabelle Basis-Indikatoren KomWoB Niedersachsen), eigene Darstellung

Analyse

Die Belegungsdichte ist in selbst genutztem Wohneigentum in der Regel höher als in Mietwohnungen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et al. 2018: 222).

Die höchste Belegungsdichte im Landkreis Helmstedt hat die Gemeinde Lehre. Hier wohnen durchschnittlich 2,2 Personen in jeder Wohnung. Die SG Velpke (2,1) und die Stadt Königslutter am Elm (2,0) haben ebenfalls hohe Belegungsdichten. Es ist anzunehmen, dass hier mehr Familien leben.

In der Stadt Schöningen gibt es mit 1,7 die niedrigste Belegungsdichte. Auch die Stadt Helmstedt und die SG Nord-Elm haben mit jeweils 1,8 eine niedrige Belegungsdichte. Hier gibt es vermutlich mehr Einpersonenhaushalte.

Fazit / Handlungsempfehlungen

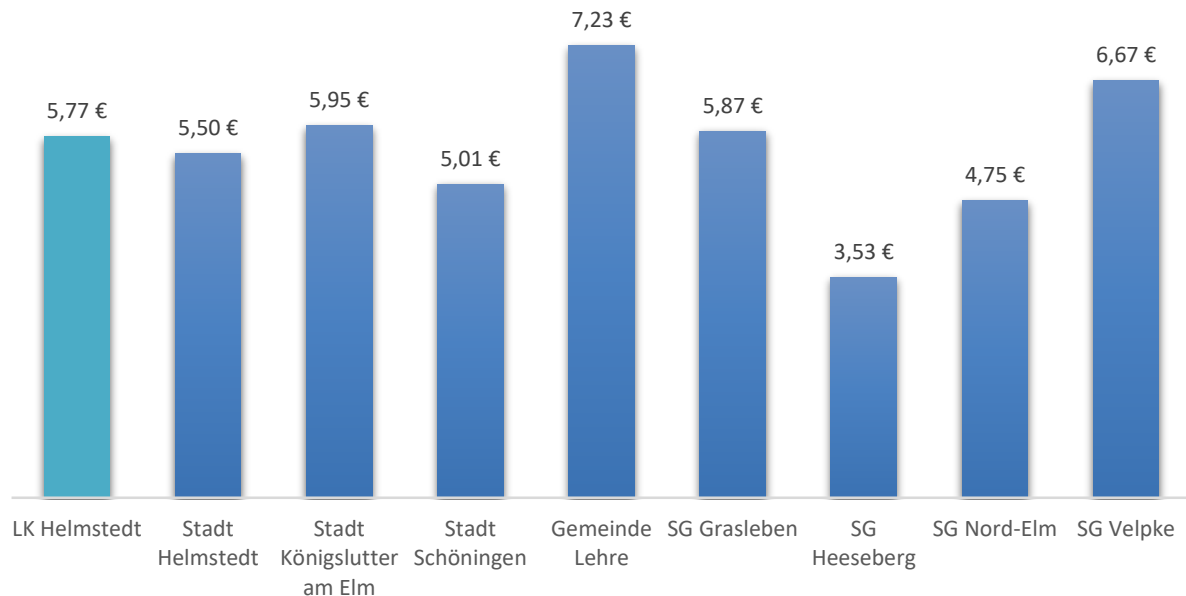
Menschen, die über ein niedriges Einkommen verfügen, können sich häufig nur kleine Wohnungen leisten. Im Jahr 2016 lebten bundesweit rund 19 % der armutsgefährdeten Menschen in einer überbelegten Wohnung. Eine Wohnung gilt als überbelegt, wenn sie bestimmte Mindestanforderungen nicht erfüllt. Jeder Person ab 18 Jahren bzw. jedem Paar sollte ein eigener Raum zur Verfügung stehen und Kinder unter 12 Jahren sollten sich höchstens zu zweit ein Zimmer teilen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et. al. 2018: 430).

Es ist daher sicherzustellen, dass es genügend Wohnraum in günstigen Preisklassen gibt und größere Wohnungen für Familien mit geringem Einkommen zur Verfügung stehen.

6.6. Miethöhen

Es werden die durchschnittlichen Nettokaltmieten je m² für Wohnungen angegeben.

Abb. 72: Durchschnittliche Nettokaltmieten je m² für Wohnungen in den Kommunen



Stand: 2017; Quelle: NBank (Tabelle Basis-Indikatoren KomWoB Niedersachsen), eigene Darstellung

Analyse

Die Mieter*innen stellen die größte Gruppe auf dem deutschen Wohnungsmarkt. Vor allem in städtischen Strukturen ist das Wohnen zur Miete weiter verbreitet als der Kauf von Eigenheimen. Da die Wohnkosten einen hohen Anteil an den Ausgaben der privaten Haushalte haben, stehen sie im großen Interesse der Öffentlichkeit und der Politik (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et. al. 2018: 224).

Im Landkreis Helmstedt sind die Mieten in der Gemeinde Lehre mit Abstand am höchsten. Hier müssen für einen m² durchschnittlich 7,23 Euro bezahlt werden. In der SG Velpke liegen die Mietpreise mit durchschnittlich 6,67 Euro ebenfalls vergleichsweise hoch.

Die niedrigsten Mietpreise hat die SG Heeseberg mit durchschnittlich 3,53 Euro pro m².

Fazit / Handlungsempfehlungen

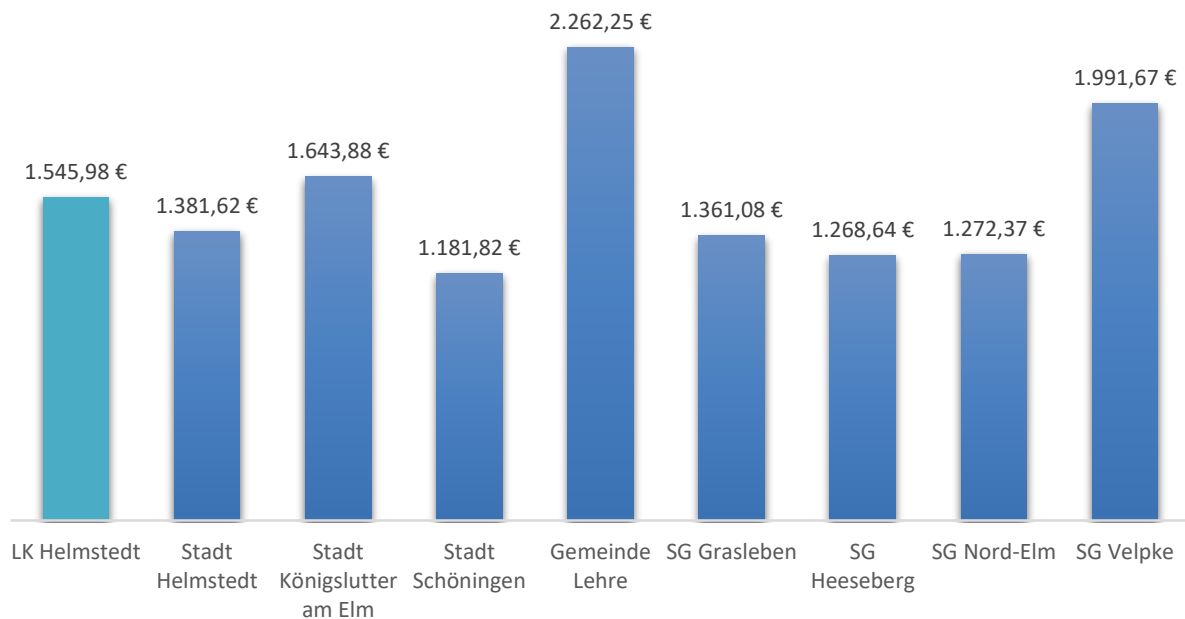
Da sich der Mietpreis aus Angebot und Nachfrage ergibt, ist anzunehmen, dass die Nachfrage nach Mietwohnungen in den Kommunen mit hohen Mietpreisen einem eher knappen Angebot gegenüber steht. Hier sollte möglicherweise in den Wohnungsbau investiert werden. Es ist möglich, dass einkommensschwache Personen hier nicht mehr angemessen am Wohnungsmarkt partizipieren können und dadurch verdrängt werden.

Dem gegenüber stehen Kommunen mit geringen Mietpreisen, wo ein größeres Angebot an Wohnraum einer geringen Nachfrage gegenüber steht. Aufgrund der niedrigen Preise ist es möglich, dass sich hier viele armutsgefährdete Personen ansiedeln und dadurch gehäuft soziale Probleme auftreten könnten.

6.7. Eigenheimpreise

Es werden die durchschnittlichen Kaufpreise für Wohnimmobilien je m² angegeben.

Abb. 73: Eigenheimpreise je m² in den Kommunen



Stand: 2017; Quelle: NBank (Tabelle Basis-Indikatoren KomWoB Niedersachsen), eigene Darstellung

Analyse

Viele Menschen möchten sich eigenes Vermögen aufbauen und haben daher den Wunsch nach Grundbesitz oder einem Eigenheim (vgl. Berlin-Institut 2013: 30).

Hierzu kann entweder auf einem Baugrundstück neugebaut oder eine Bestandsimmobilie erworben werden. Immobilien im Bestand haben oft den Vorteil, dass sie preisgünstiger sind und eher in zentralen Lagen zur Verfügung stehen (vgl. Die Bundesregierung 2017: 39).

Im Jahr 2017 mussten für eine Bestandsimmobilie im Landkreis Helmstedt durchschnittlich 1.545,98 Euro pro m² gezahlt werden, wobei das Preisniveau innerhalb des Landkreises sehr unterschiedlich war.

In der Gemeinde Lehre kostete eine Wohnimmobilie durchschnittlich 2.262,25 Euro je m² und auch in der SG Velpke lagen die Preise mit durchschnittlich 1.991,67 Euro deutlich über dem Kreisdurchschnitt.

Die niedrigsten Preise für Wohnimmobilien konnten in der Stadt Schöningen erzielt werden, wo die Preise durchschnittlich bei 1.181,82 Euro je m² lagen.

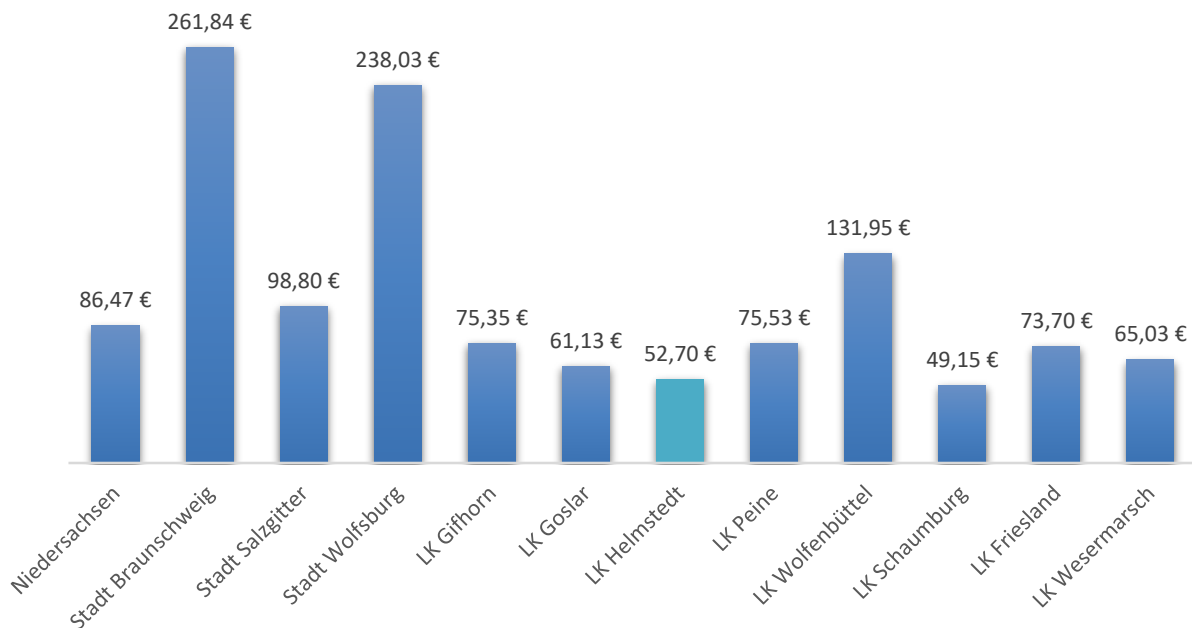
Fazit / Handlungsempfehlungen

Um die Zersiedelung der Landschaft und Leerstände im Bestand zu verhindern, sollten Kommunen neue Baugebiete nur maßvoll entwickeln und den Kauf von Bestandsimmobilien unterstützen. Dies könnte beispielsweise mit dem Programm „Jung kauft Alt“, bei dem junge Familien beim Kauf alter Häuser einen Zuschuss bekommen, gefördert werden.

6.8. Baulandpreise

Bei den Baulandpreisen handelt es sich um die durchschnittlichen Kaufwerte je m² baureifes Land.

Abb. 74: Baulandpreise auf Kreisebene je m² baureifes Land



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabelle K9280111), eigene Darstellung

Analyse

Das Preisniveau für Wohnbauland gestaltet sich in Niedersachsen recht unterschiedlich. Die Preise in den großen Städten und ihrem Umland sind um ein Vielfaches höher als in abgelegenen Regionen jenseits der Großstädte (vgl. NBank 2014/2015: 65).

Im Landkreis Helmstedt kostete ein m² baureifes Land im Jahr 2017 im Durchschnitt 52,70 Euro. Bei einem Grundstück mit einer Fläche von 400 m² wären das insgesamt 21.080 Euro.

Am teuersten war Bauland in den Städten Braunschweig (261,84 € je m²) und Wolfsburg (238,03 € je m²). Der Landkreis Helmstedt profitiert davon insoweit, dass Bauwillige aufgrund der Preise möglicherweise eher im Landkreis Helmstedt als in Braunschweig oder Wolfsburg bauen und heimisch werden.

Für diesen Indikator liegen die Daten nur auf Kreisebene vor. Es ist aber anzunehmen, dass Baugrundstücke im Norden des Landkreises Helmstedt teurer sind als im Süden.

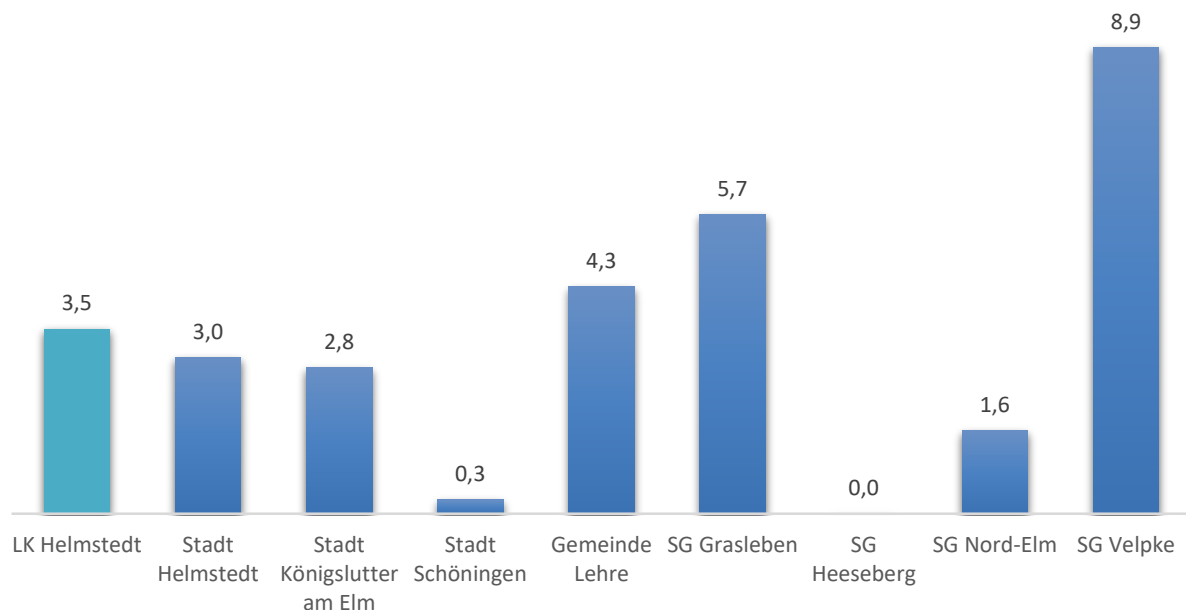
Fazit / Handlungsempfehlungen

In den Kommunen, in denen es eine hohe Nachfrage nach Bauland gibt, sollten Baugebiete moderat und nachhaltig entwickelt werden. Dabei sollte auch über Nachverdichtung in integrierten Lagen nachgedacht werden, um möglichst wenig Flächen außerhalb der bestehenden Siedlungsgrenzen zu verbrauchen.

6.9. Baugenehmigungsdichte

Die Baugenehmigungsdichte gibt an für wie viele Wohneinheiten je 1.000 Einwohner*innen Baugenehmigungen erteilt wurden.

Abb. 75: Baugenehmigungsdichte in den Kommunen



Stand: 2017; Quelle: NBank (Tabelle Basis-Indikatoren KomWoB Niedersachsen), eigene Darstellung

Analyse

Im Landkreis Helmstedt wurden im Jahr 2017 im Durchschnitt Baugenehmigungen für 3,5 Wohneinheiten je 1.000 Einwohner*innen erteilt. Bei der Betrachtung der Baugenehmigungsdichte in den einzelnen Kommunen werden aber deutliche Unterschiede sichtbar.

Die höchste Baugenehmigungsdichte gab es in der SG Velpke (8,9) vor der SG Grasleben (5,7) und der Gemeinde Lehre (4,3), die niedrigste gab es in der SG Heeseberg (0,0) und der Stadt Schöningen (0,3).

Es ist anzunehmen, dass dort, wo mehr Baugenehmigungen erteilt werden, ebenso mehr Bauanträge gestellt werden und somit die Nachfrage nach Baugrundstücken höher ist.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Wie bereits erwähnt, sollten Kommunen mit hohen Bau- und Wohnungsanfragen Baugebiete moderat und nachhaltig entwickeln. Dabei sind entsprechende Bedarfe an Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern zu berücksichtigen.

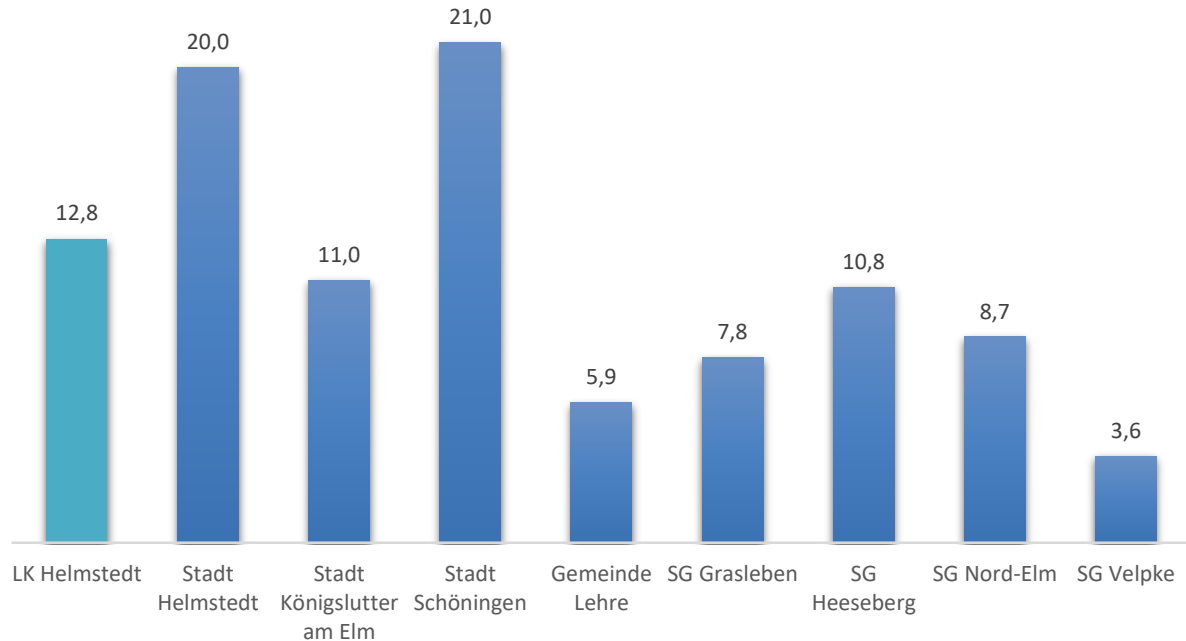
Kommunen, in denen kaum gebaut wird, sollten sich auf die Innenentwicklung der Kommune konzentrieren und keine Baugebiete außerhalb der bisherigen Siedlungsgrenzen ausweisen.

Durch eine bessere Anbindung der Ortschaften und eine attraktive Infrastruktur kann möglicherweise die Nachfrage nach Baugrundstücken oder bestehenden Wohngebäuden leicht erhöht werden.

6.10. Wohngeld

Es wird die Zahl der Empfänger*innen von Wohngeld je 1.000 Einwohner*innen auf Ebene der Kommunen dargestellt.

Abb. 76: Wohngeldempfänger*innen je 1.000 Einwohner*innen in den Kommunen



Stand: 31.12.2017; Quelle: Landkreis Helmstedt, GB Soziales, LSN (Tabelle A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Das Wohngeld wird als Miet- oder Lastenzuschuss gewährt, um zur wirtschaftlichen Sicherung eines angemessenen und familiengerechten Wohnraums beizutragen. Die Höhe des Wohngelds richtet sich nach der Zahl der Haushaltsmitglieder, dem Familieneinkommen und der Höhe der zuschussfähigen Wohnkosten. Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zu den Wohnkosten dar, daher muss ein Teil der Wohnkosten in jedem Fall von den Leistungsbeziehern selbst getragen werden (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2018: 118).

Die höchsten Anteile an Wohngeldbezieher*innen gab es im Jahr 2017 in den Städten Schöningen und Helmstedt, wo 21,0 bzw. 20,0 Personen je 1.000 Einwohner*innen Wohngeld bezogen haben.

Die wenigsten Wohngeldempfänger*innen je 1.000 Einwohner*innen gab es in der SG Velpke (3,6) und der Gemeinde Lehre (5,9).

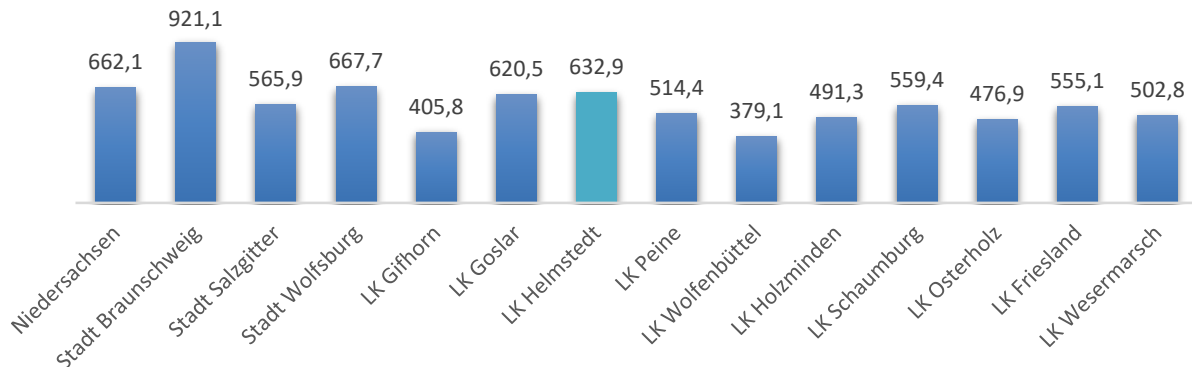
Fazit / Handlungsempfehlungen

Für Wohngeldempfänger*innen ist es wichtig, dass es preisgünstigen Wohnraum in unterschiedlichen Größen gibt. Wichtig sind dabei sowohl kleine Wohnungen für Alleinstehende als auch größere Wohnungen für Familien. Entsprechende Wohnungen sollten möglichst in jeder Kommune verfügbar sein.

6.11. Kriminalität

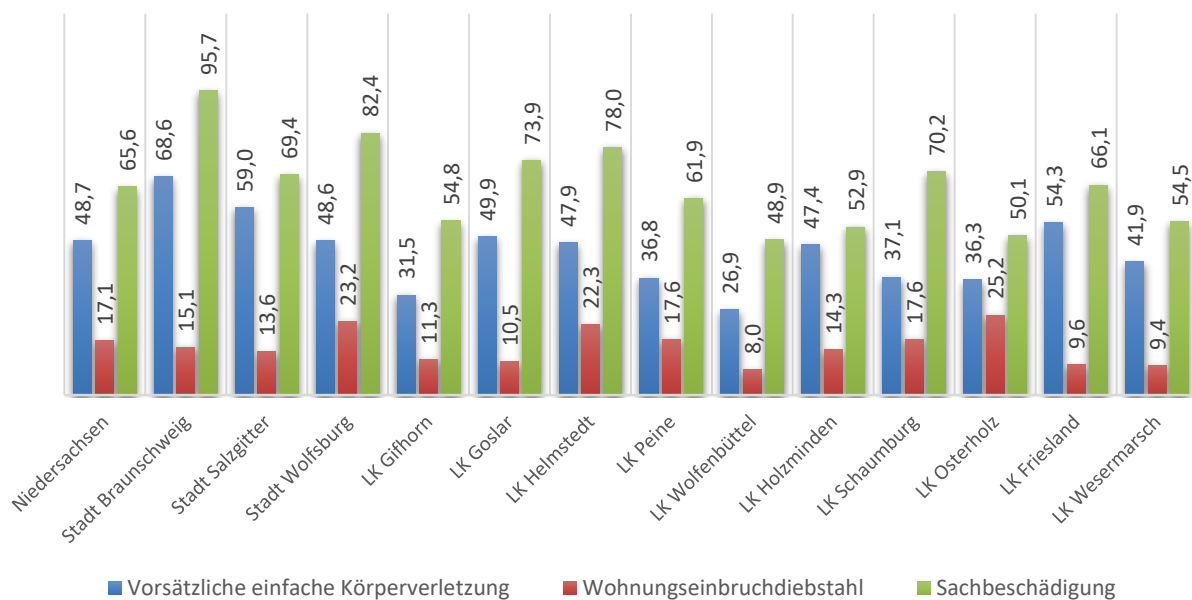
In diesem Kapitel werden die Fallzahlen verschiedener Straftaten bzw. Straftatenarten je 10.000 Einwohner*innen dargestellt.

Abb. 77: Straftaten je 10.000 Einwohner*innen insgesamt auf Kreisebene



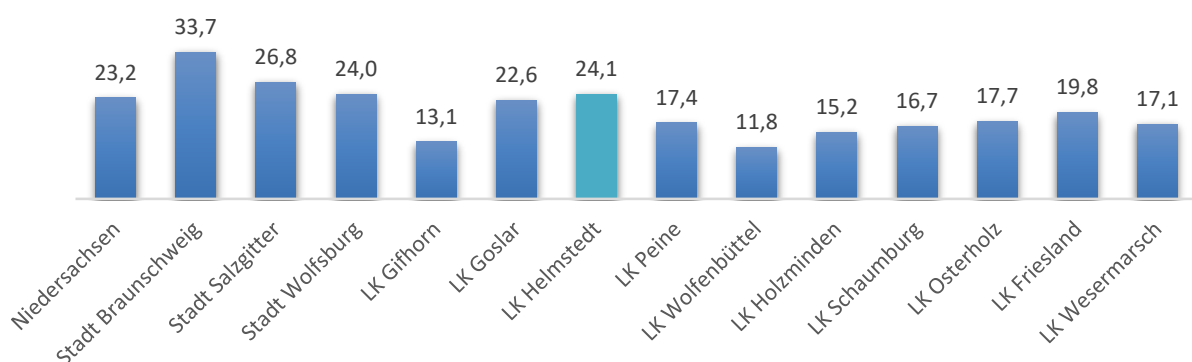
Stand: 2017; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Darstellung

Abb. 78: Verschiedene Straftaten je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene



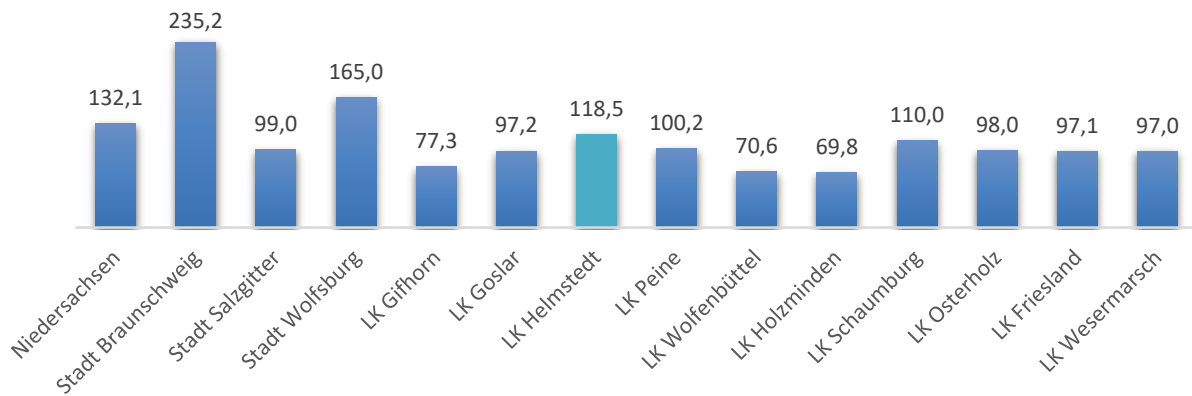
Stand: 2017; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Darstellung

Abb. 79: Fälle von Gewaltkriminalität je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene



Stand: 2017; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Darstellung

Abb. 80: Fälle von Straßenkriminalität je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene



Stand: 2017; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Darstellung

Analyse

Insgesamt liegt die Zahl der Straftaten je 10.000 Einwohner*innen mit 632,9 im LK Helmstedt unter dem Landesdurchschnitt von 662,1. Den höchsten Wert insgesamt hat die Stadt Braunschweig mit 921,1 Fällen je 10.000 Einwohner*innen und den niedrigsten der LK Wolfenbüttel mit 379,1 Fällen.

Auch bei der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung liegt der LK Helmstedt unter dem Landeswert. Bei den Straftaten Wohnungseinbruchdiebstahl und Sachbeschädigung liegt der LK Helmstedt jeweils deutlich über dem niedersächsischen Durchschnitt.

Unter dem Begriff Gewaltkriminalität fasst die Polizeiliche Kriminalstatistik mehrere Straftaten zusammen. Dazu gehören unter anderem Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub, Gefährliche und schwere Körperverletzung, Körperverletzung mit Todesfolge, Erpresserischer Menschenraub und Geiselnahme (vgl. Bundeskriminalamt 2017: 3). Hier hat der Landkreis Helmstedt einen Wert von 24,1 Fällen je 10.000 Einwohner*innen, der Landeswert liegt bei 23,2.

Zur Straßenkriminalität gehören unter anderem Taschendiebstahl, überfallartige Vergewaltigung, Exhibitionistische Handlungen, Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen, Diebstahl von Kraftwagen, Mopeds, Krafträdern oder Fahrrädern, Landfriedensbruch und Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen (vgl. Bundeskriminalamt 2017: 7f.). Der Landeswert dieser Straftatengruppe liegt bei 132,1 Fällen je 10.000 Einwohner*innen, der Wert des Landkreises Helmstedt bei 118,5 Fällen.

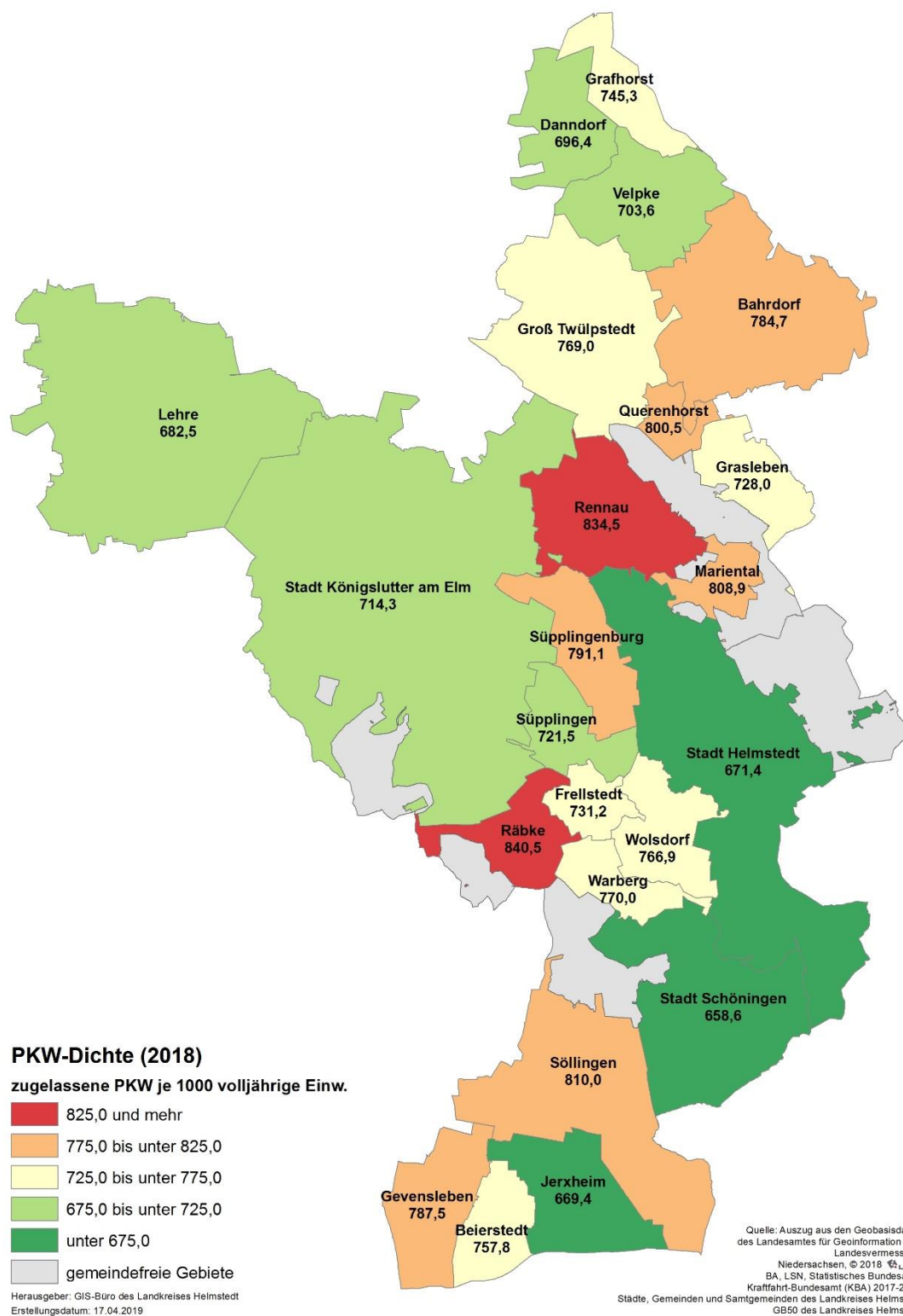
Fazit / Handlungsempfehlungen

Das Bedürfnis nach Sicherheit ist ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität. Der Staat sollte daher die Reduzierung der Anzahl von Straftaten zum Ziel haben (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2018: 83). Dies kann auf kommunaler Ebene auf unterschiedliche Weise unterstützt werden. Es kann Präventionsarbeit erfolgen und damit verbunden eine Vernetzung von beteiligten Behörden und Institutionen wie Polizei, Ordnungsamt, Schulen, Kirchen, Jugendarbeit, Bürger*innen und weiteren Akteuren betrieben werden. Darüber hinaus kann in der Stadtentwicklungs- und Baupolitik so geplant werden, dass Angsträume, wie beispielsweise dunkle Tunnel oder schlecht beleuchtete Straßenzüge, vermieden werden.

6.12. PKW-Dichte

Die PKW-Dichte ist die Zahl der zugelassenen PKW je 1.000 volljährigen Einwohner*innen.

Abb. 81: PKW-Dichte in den Städten und Gemeinden



Stand: 01.01.2018 (KBA) / 31.12.2017 (LSN); Quelle: KBA (Tabelle Fahrzeugzulassungen (FZ). Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern nach Gemeinden), LSN (Tabelle A100001G), eigene Berechnung

Analyse

Die PKW-Dichte ist ein Indikator, mit dem der Mobilisierungsgrad der Bevölkerung dargestellt werden kann.

Eine hohe Mobilisierung sorgt dafür, dass der Bewegungsradius der Einwohner*innen größer wird und neben dem Arbeitsplatz weiter entfernt gelegene Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten ebenfalls gut erreicht werden können.

Andererseits kann eine hohe PKW-Dichte darauf hindeuten, dass die Menschen stark auf das Auto angewiesen sind, weil es vor Ort möglicherweise keine benötigten Infrastrukturangebote gibt oder der ÖPNV schlecht ausgebaut ist.

Folgen der zunehmenden Mobilisierung können steigende Emissionsbelastungen, lange Parkplatzsuchen, Staus, Lärm und mangelnder Platz für Radfahrer oder Fußgänger sein (vgl. Springer Professional 2018).

Die höchste PKW-Dichte im Landkreis Helmstedt haben die Gemeinde Rábke (840,5) und die Gemeinde Rennau (834,5), die niedrigste die Stadt Schöningen (658,6), die Gemeinde Jerxheim (669,4) und die Stadt Helmstedt (671,4).

Bei den Samtgemeinden hat die SG Grasleben die höchste PKW-Dichte mit 768,2 zugelassenen PKW je 1.000 volljährigen Einwohner*innen. Die SG Velpke hat mit 731,1 die niedrigste PKW-Dichte der vier Samtgemeinden. Die SG Nord-Elm (760,5) und die SG Heeseberg (757,7) liegen dazwischen.

Die PKW-Dichte im Landkreis Helmstedt insgesamt beträgt 700,6 zugelassene PKW je 1.000 volljährigen Einwohner*innen.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Es sollte näher untersucht werden, warum die PKW-Dichte in einzelnen Orten besonders hoch oder besonders niedrig ist.

Mögliche Ursachen für eine hohe PKW-Dichte wären beispielsweise eine schlechte Anbindung an den ÖPNV oder keine Einkaufsmöglichkeiten vor Ort.

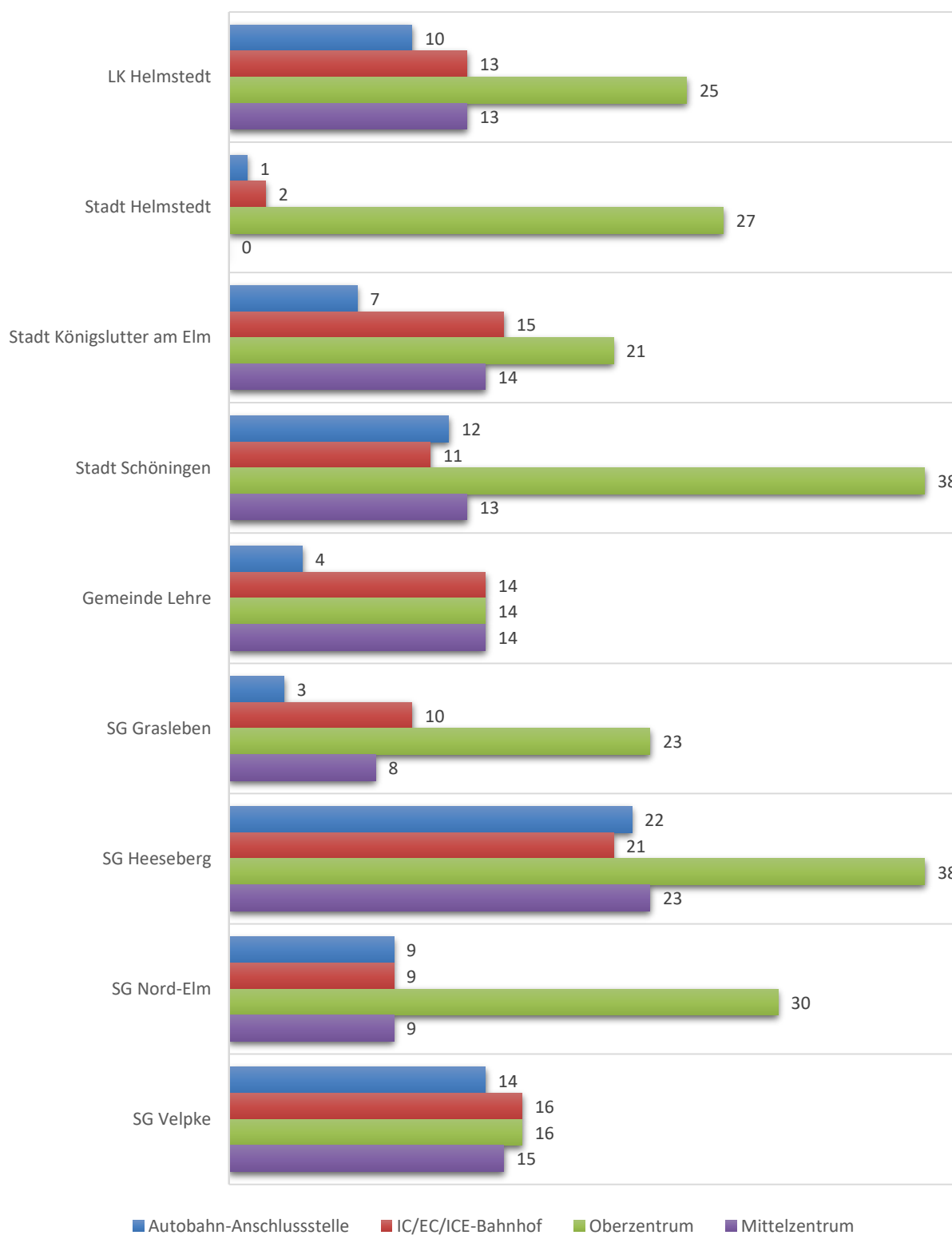
Des Weiteren sollte untersucht werden, ob die Menschen in Kommunen mit niedrigen PKW-Dichten aufgrund guter ÖPNV-Anbindungen nicht auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen sind oder, ob in diesen Orten viele Menschen leben, die sich ein eigenes Auto nicht leisten können und eventuell unter fehlender Mobilität leiden.

Möglichkeiten zur Verbesserung der Mobilität wären die Stärkung des ÖPNV sowie flexible Mobilitätskonzepte, die den Individualverkehr mit dem ÖPNV verknüpfen.

6.13. Erreichbarkeiten

Es wird die durchschnittliche PKW-Fahrzeit in Minuten zur nächsten Autobahn-Anschlussstelle, zum nächsten IC-, EC- oder ICE-Bahnhof, zum nächsten Ober- und zum nächsten Mittelzentrum dargestellt.

Abb. 82: Durchschnittliche PKW-Fahrzeit in Minuten



Stand: 2018; Quelle: INKAR, eigene Darstellung

Analyse

Die Bevölkerungsentwicklung eines Ortes wird durch die geografische und landschaftliche Lage sowie die Möglichkeit, wichtige Infrastrukturen wie Schulen, öffentliche Einrichtungen oder städtische Zentren in kurzer Fahrzeit zu erreichen, beeinflusst (vgl. Berlin-Institut 2011: 7). In einer Untersuchung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung fiel auf, dass ländliche Gemeinden, die nicht mehr als 20 Minuten von einem Oberzentrum entfernt liegen, im Schnitt demografisch stabil sind. Je weiter die Entfernung zum Oberzentrum ist, desto größer ist der Bevölkerungsrückgang (vgl. ebd.: 15).

Es zeigte sich außerdem, dass je entlegener eine Gemeinde ist, desto schwächer ist die Beschäftigungsentwicklung und desto größer sind Wanderungsverluste und Sterbefallüberschüsse. Peripher gelegene Orte, aus denen die Wege zum nächsten Autobahnanschluss oder zum nächsten Oberzentrum weit sind, haben daher ein höheres Risiko ihre Bevölkerung und ihre ökonomische Zukunftsfähigkeit zu verlieren (vgl. ebd.: 44).

Durch den Landkreis Helmstedt führen die beiden Autobahnen A2 und A39. Die nächste Autobahn-Anschlussstelle ist dadurch in durchschnittlich 10 Minuten zu erreichen. Am weitesten weg von der nächsten Autobahn-Anschlussstelle liegt die SG Heeseberg mit einer durchschnittlichen Fahrzeit von 22 Minuten.

Im Landkreis Helmstedt gibt es in der Stadt Helmstedt einen Bahnhof mit IC-Halt. Den weitesten Weg bis zum nächsten Fernverkehrsbahnhof haben die Einwohner*innen der SG Heeseberg (21 Minuten).

Im Landkreis Helmstedt liegen nur die Gemeinde Lehre (14 Minuten) und die SG Velpke (16 Minuten) weniger als 20 Minuten vom nächsten Oberzentrum entfernt. Am weitesten entfernt vom nächsten Oberzentrum sind die SG Heeseberg und die Stadt Schöningen mit jeweils 38 Minuten Fahrzeit.

Da die Stadt Helmstedt selbst Mittelzentrum ist, ist hier keine Fahrzeit erforderlich, um das nächstgelegene Mittelzentrum zu erreichen. Den weitesten Weg bis zum nächsten Mittelzentrum haben wiederum die Einwohner*innen der SG Heeseberg mit durchschnittlich 23 Minuten Fahrzeit.

Fazit / Handlungsempfehlungen

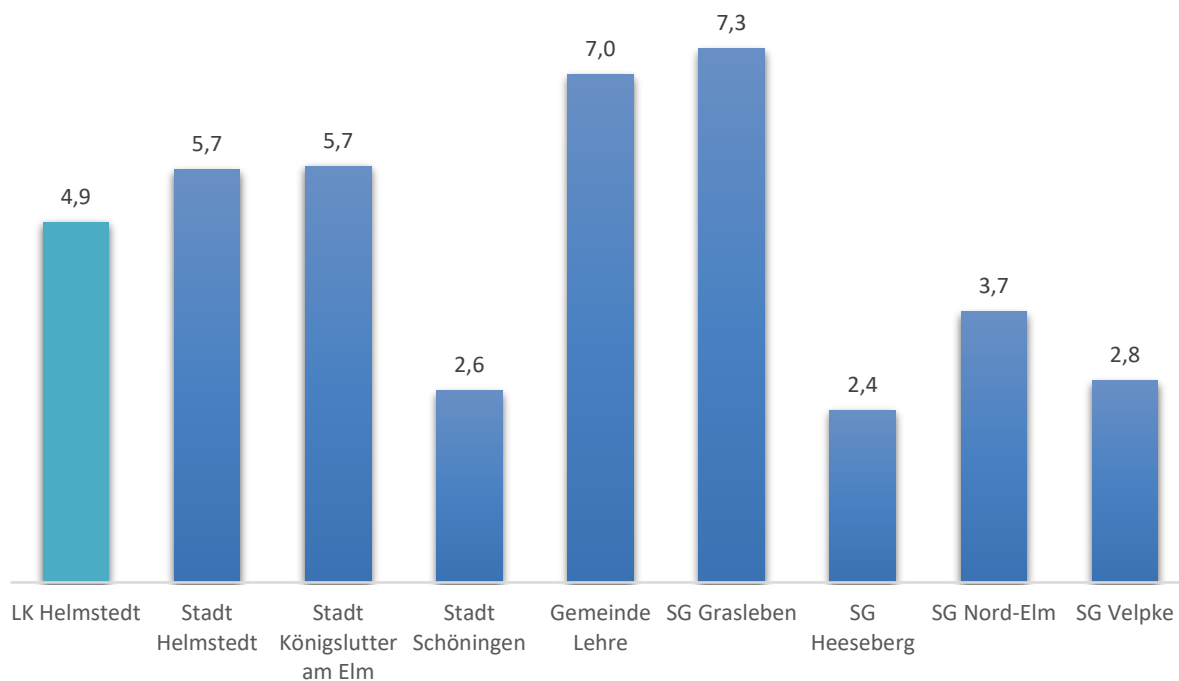
Wie bereits erwähnt, wirkt sich die geografische Lage einer Gemeinde auf die demografische Entwicklung aus. Dies ist im Landkreis Helmstedt deutlich zu sehen. Die SG Heeseberg, die mehr als 20 Minuten von der nächsten Autobahn-Anschlussstelle, vom nächsten Fernverkehrsbahnhof sowie vom nächsten Mittelzentrum und sogar fast 40 Minuten vom nächsten Oberzentrum entfernt liegt, hat im Landkreis den höchsten Bevölkerungsrückgang, während die SG Velpke und die Gemeinde Lehre, die beide direkt an mindestens ein Oberzentrum grenzen, wachsen.

Zur Verbesserung der Anbindung des Südkreises kann überlegt werden, ob möglicherweise verbesserte Straßenführungen oder neue Straßen die Fahrzeiten verkürzen können.

6.14. Verkehrsunfälle

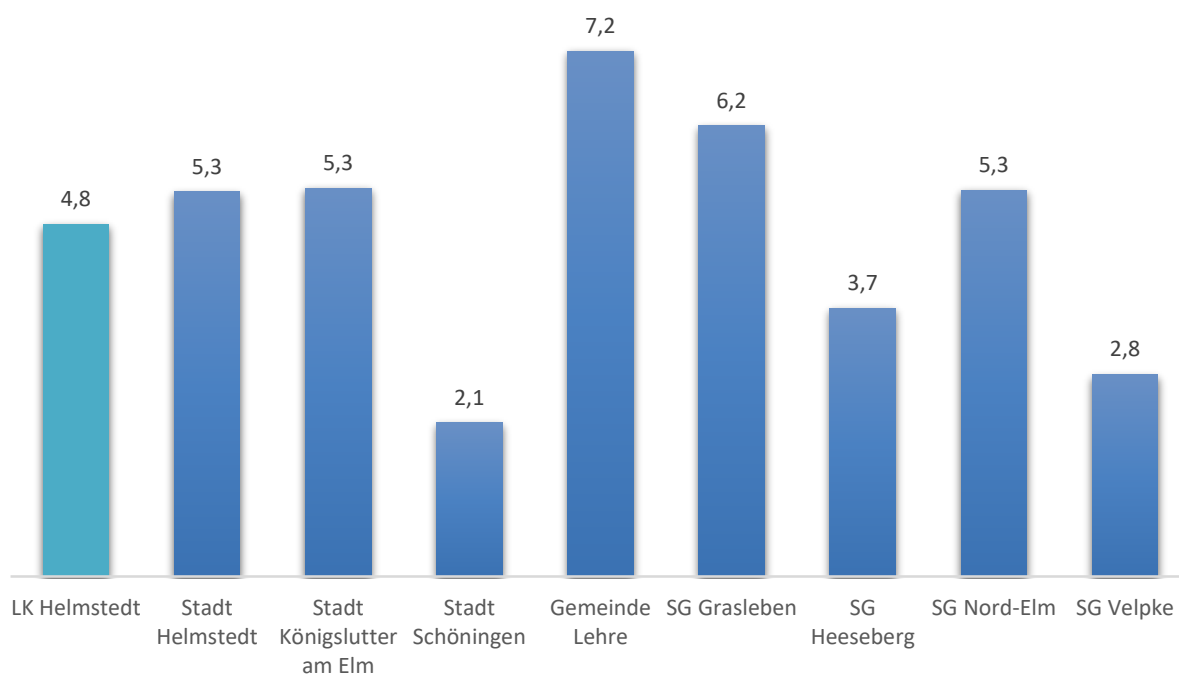
Bei diesem Indikator wird zum einen die Zahl der Verkehrsunfälle je 1.000 Einwohner*innen und zum anderen die Zahl der bei Verkehrsunfällen verunglückten Personen je 1.000 Einwohner*innen dargestellt.

Abb. 83: Verkehrsunfälle je 1.000 Einwohner*innen



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen K7611031 und A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 84: Verunglückte Personen je 1.000 Einwohner*innen



Stand: 2017; Quelle: LSN (Tabellen K7611031 und A100001G), eigene Berechnung und Darstellung

Analyse

Straßenverkehrsunfälle sind alle Unfälle, bei denen in Folge des Fahrverkehrs Personen verletzt oder getötet wurden oder Sachschäden entstanden sind. In der Statistik werden allerdings nur Unfälle aufgeführt, die von der Polizei registriert wurden (vgl. Statistisches Bundesamt 2017b: 612).

Die meisten Verkehrsunfälle je 1.000 Einwohner*innen gab es im Jahr 2017 im Gebiet der SG Grasleben (7,3) und der Gemeinde Lehre, die wenigsten in der SG Heeseberg (2,4), der Stadt Schöningen (2,6) und der SG Velpke (2,8).

Die meisten verunglückten Personen je 1.000 Einwohner*innen bei Straßenverkehrsunfällen gab es ebenfalls in der Gemeinde Lehre (7,2) und der SG Grasleben (6,2). Die wenigsten verunglückten Personen bei Verkehrsunfällen je 1.000 Einwohner*innen gab es in der Stadt Schöningen (2,1).

Fazit / Handlungsempfehlungen

In Kommunen mit hohen Straßenverkehrsunfallzahlen sollte geprüft werden, mit welchen Maßnahmen die Sicherheit im Straßenverkehr verbessert werden kann.

Der Landkreis Helmstedt sollte sich zusammen mit dem Land Niedersachsen beim Bundesverkehrsministerium für bessere Maßnahmen einsetzen, die die Verkehrssicherheit auf den Bundesautobahnen erhöhen.

7. Themenfeld Partizipation

In einer Demokratie ist die Grundlage des Zusammenlebens, dass jede*r Bürger*in die gleichen Möglichkeiten hat, an der Gestaltung des Gemeinwesens teilzunehmen. Politische Partizipation in Parteien, in Interessenverbänden, bei Protestaktionen, durch Kandidaturen für politische Ämter oder durch Wahlen ist daher eine Voraussetzung für Demokratie. In einer repräsentativen Demokratie wird die politische Macht nicht unmittelbar durch das Volk ausgeübt sondern durch eine Volksvertretung wie beispielsweise den Deutschen Bundestag (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017: 163). Die Teilnahme an Wahlen und die Ausübung des eigenen Wahlrechts spielen daher im politischen System eine entscheidende Rolle. Mit der Stimmabgabe wird über die Zusammensetzung der politischen Vertretungen in der eigenen Kommune, dem Landkreis, dem Land, dem Bund und der Europäischen Union entschieden. Da es in Deutschland keine Wahlpflicht gibt, kann die Wahlbeteiligung als Indikator für das politische Interesse der Bevölkerung genutzt werden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung et. al. 2018: 341).

Es gibt einen starken, negativen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Wahlbeteiligung. Dies wurde in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bei der Bundestagswahl 2013 deutschlandweit untersucht. Dabei fiel auf, dass sich sogenannte „Hochburgen der Nichtwähler*innen“ fast ausnahmslos in Stadtteilen befanden, die mit einer Fülle sozialer Probleme zu kämpfen haben, während es eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung in gut situierten Stadtteilen mit sehr geringer Arbeitslosigkeit gab (vgl. Schäfer et al. 2013: 22ff.).

Daraus lässt sich ableiten, dass die Wahlbeteiligung ein geeigneter Indikator ist, Aussagen über die soziale Situation in einem Gebiet machen zu können. Dies muss natürlich immer im Zusammenspiel mit den anderen untersuchten Indikatoren geschehen werden (vgl. Landkreis Mittelsachsen 2014: 37).

Im Jahr 2016 war die letzte Kommunalwahl in Niedersachsen. Von den 77.442 Wahlberechtigten zur Kreistagswahl im Landkreis Helmstedt nahmen dabei 42.671 Wähler*innen ihr Wahlrecht wahr. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2017 waren im Landkreis Helmstedt 73.708 Personen wahlberechtigt, von denen 54.912 an der Wahl teilnahmen. Im Jahr 2017 waren ebenso Landtagswahlen in Niedersachsen, bei der es im Landkreis Helmstedt 73.498 Wahlberechtigte gab, von denen 44.184 gewählt haben (vgl. Kap. 7.1.).

Die Repräsentanz von Frauen und Männern in Führungs- und Entscheidungsfunktionen ist ein wichtiger Indikator für die Gleichstellung in einer Kommune (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2017: 7).

Deutschland wird zum ersten Mal von einer Frau als Bundeskanzlerin regiert und weibliche Abgeordnete in der Politik sind keine Ausnahmeerscheinung mehr. Dies darf aber nicht

darüber hinweg täuschen, dass von echter Parität in der Politik noch lange nicht die Rede sein kann. Seit fast zwei Jahrzehnten stagniert der Frauenanteil im Bundestag und den Landesparlamenten bei ca. 30 % und in den deutschen Kommunalparlamenten liegt der Frauenanteil sogar durchschnittlich nur bei etwa 25 %. Diese Werte nehmen weiter ab, je kleiner und ländlicher die Kommune ist. Bei den politischen Führungspositionen auf kommunaler Ebene liegt der Frauenanteil deutschlandweit bei ca. 10 % (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2014: 5f.).

Der Kreistag des Landkreises Helmstedt besteht zurzeit aus 42 Abgeordneten, von denen 30 männlich und 12 weiblich sind (vgl. Kap. 7.2.).

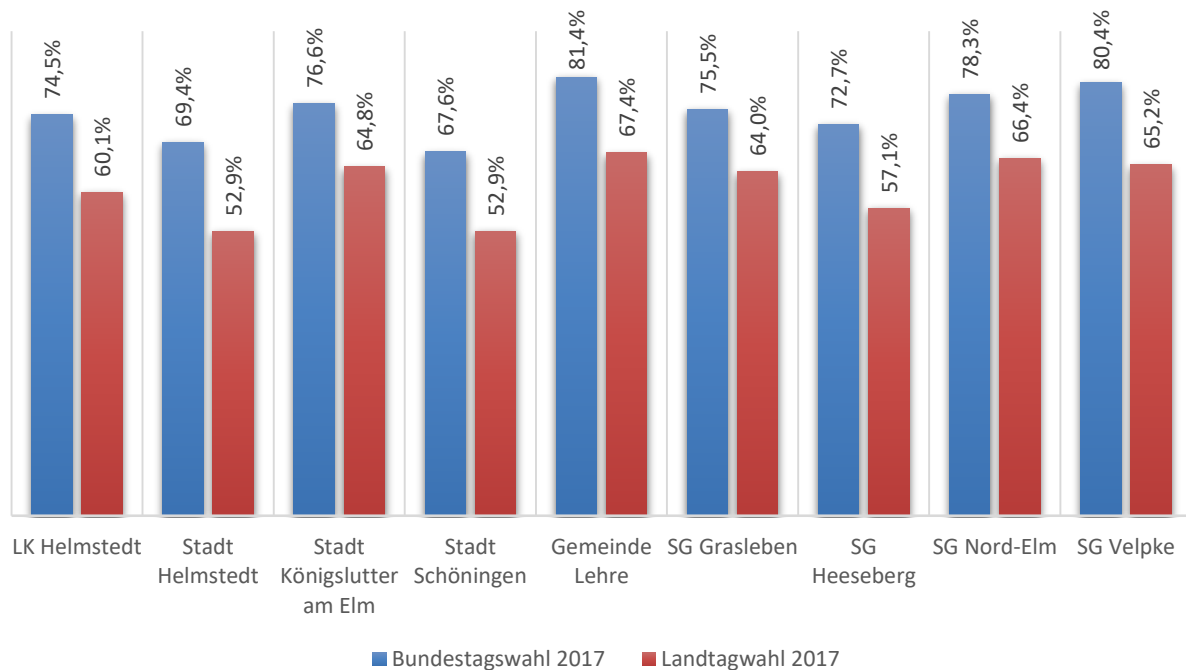
Es gibt im Landkreis Helmstedt insgesamt neun Hauptverwaltungsbeamte (Landrat und Bürgermeister der 8 Kommunen), die alle männlich sind und die direkt gewählten Abgeordneten in Bundestag und Landtag für den Landkreis Helmstedt sind ebenfalls beide männlich. Es gibt im Landkreis eine weibliche Landtagsabgeordnete, die über die Liste ihrer Partei in den Landtag Niedersachsen eingezogen ist.

Obwohl das Thema in diesem Bericht nicht weiter vertieft wird, fällt auf, dass die kommunalen Vertretungen im Landkreis Helmstedt insgesamt nicht den Durchschnitt der Gesellschaft widerspiegeln, da nur wenige Frauen und kaum jüngere Menschen vertreten sind.

7.1. Wahlbeteiligung

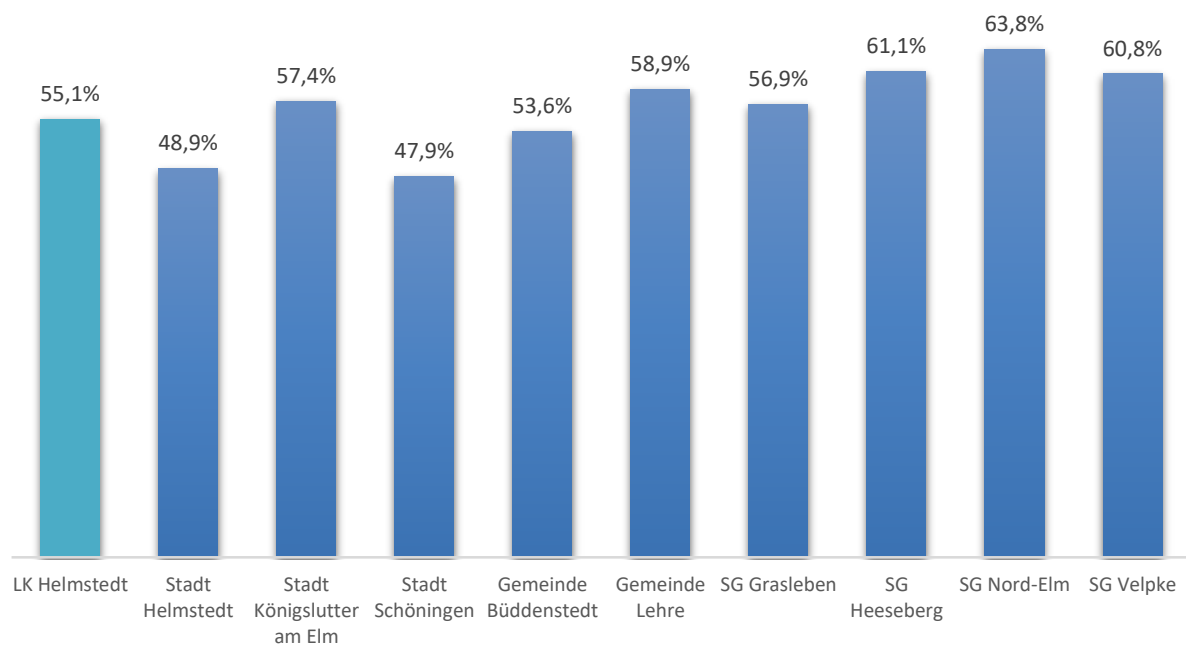
Es wird die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 und bei der Landtagswahl 2017 sowie bei der Kreistagswahl 2016 jeweils auf Ebene der Kommunen dargestellt. Die Stadt Helmstedt und die Gemeinde Büddenstedt werden bei der Kreistagswahl noch getrennt aufgeführt, weil sie zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht fusioniert hatten.

Abb. 85: Wahlbeteiligung bei der Bundestags- und der Landtagswahl 2017 auf Ebene der Kommunen



Stand: 2017; Quelle: Landkreis Helmstedt, Kreiswahlleiter, eigene Darstellung

Abb. 86: Wahlbeteiligung bei der Kreistagswahl 2016 auf Ebene der Kommunen



Stand: 2016; Quelle: Landkreis Helmstedt, Kreiswahlleiter, eigene Darstellung

Analyse

Die Partizipation der Bürger*innen ist ein guter Indikator für die Identifikation mit dem Gemeinwesen und für den sozialen Zusammenhalt in einer Kommune. Der Umfang, in dem sich Menschen für ihre Interessen oder die ihrer Mitbürger*innen engagieren, lässt sich allerdings nur sehr schwer durch Daten erheben. Es wird daher meistens die Teilnahme an Wahlen als Indikator für politische Partizipation ausgewählt, obwohl Partizipation auch in anderer Art und Weise geschehen kann (vgl. KGSt 2009: 26).

Die Wahlbeteiligung im Landkreis Helmstedt lag bei der letzten Bundestagswahl insgesamt bei 74,5 %. Die höchsten Wahlbeteiligungen hatten die Gemeinde Lehre mit 81,4 % und die SG Velpke mit 80,4 %. Die niedrigste Wahlbeteiligung gab es in den Städten Helmstedt (69,4 %) und Schöningen (67,6 %).

Bei der Landtagswahl 2017 lag die Wahlbeteiligung im Landkreis Helmstedt nur bei 60,1 %. Die Gemeinde Lehre (67,4 %) und die SG Nord-Elm (66,4 %) hatten dabei die höchste und die Städte Helmstedt und Schöningen mit jeweils 52,9 % die niedrigste Wahlbeteiligung.

Die letzte Kommunalwahl in Niedersachsen fand im Jahr 2016 statt. Die Wahlbeteiligung im Landkreis Helmstedt betrug dabei lediglich 55,1 %. Die niedrigsten Wahlbeteiligungen hatten hierbei wiederum die Städte Helmstedt (48,9 %) und Schöningen (47,9 %), wo nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Die höchste Wahlbeteiligung gab es in der SG Nord-Elm (63,8 %) und der SG Heeseberg (61,1 %).

Fazit / Handlungsempfehlungen

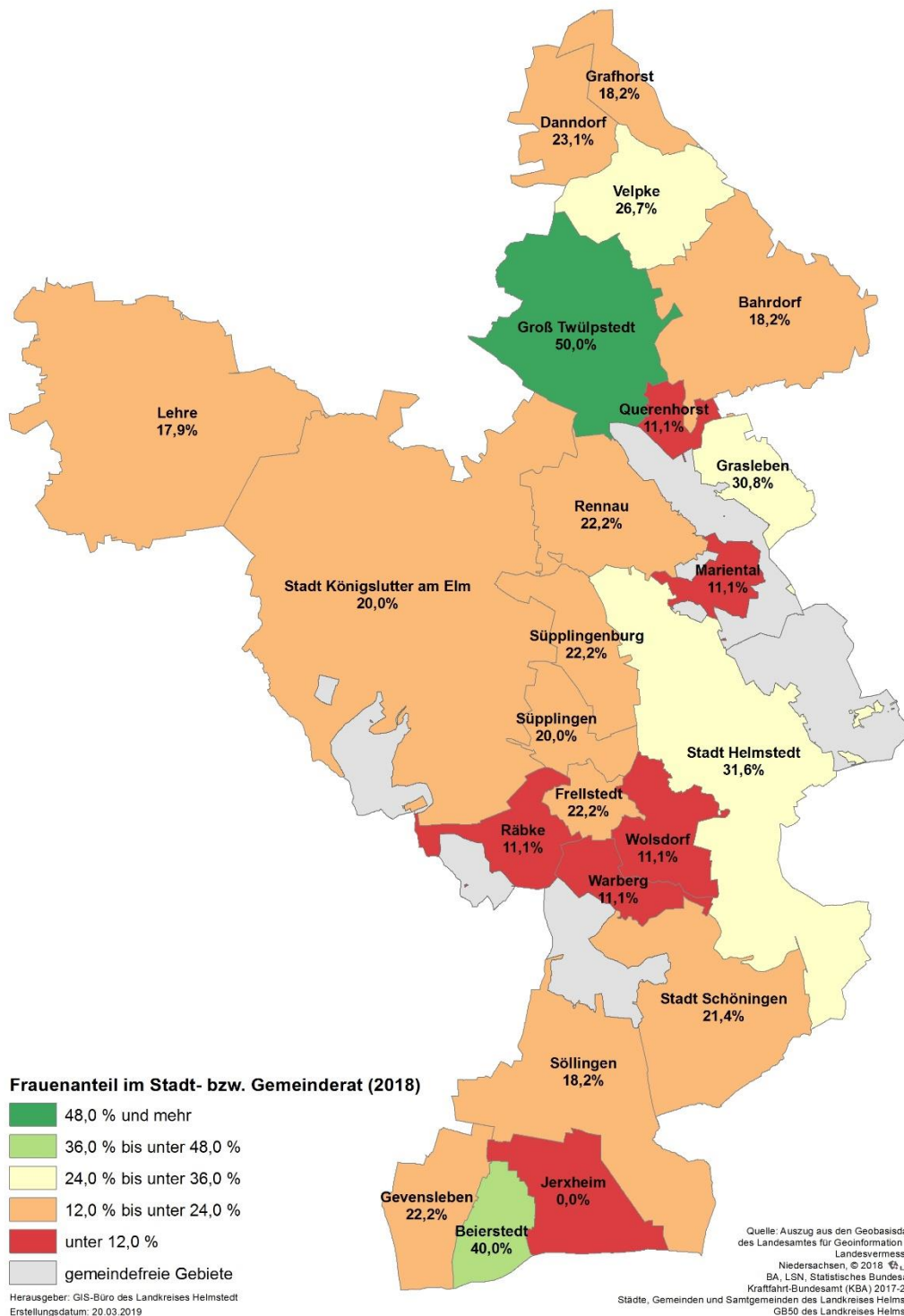
Die Gründe für mangelnde politische Teilhabe können sehr vielfältig sein und von allgemeiner Politikverdrossenheit über das Gefühl politischer Ohnmacht bis zum Desinteresse an politischen Fragen des Gemeinwesens reichen (vgl. KGSt 2009: 26). Es zeigt sich jedoch im Landkreis Helmstedt ein Zusammenhang zwischen einer sozial prekären Lage und einer geringen Wahlbeteiligung. Überraschend ist dabei jedoch, dass die SG Heeseberg bei der Kommunalwahl fast die höchste Wahlbeteiligung hatte. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass in kleineren Gemeinden das Interesse an der Politik vor Ort und dem Gemeinwesen durchaus größer ist als in den Städten.

Die geringe Wahlbeteiligung ist ein grundsätzliches Problem der Demokratie, das auf kommunaler Ebene nur schwer gelöst werden kann. Wichtig erscheint hierbei jedoch die soziale Absicherung. In Studien hat sich gezeigt, dass das Bildungsniveau und die Kaufkraft entscheidend zur Wahlbeteiligung beitragen. Es besteht die Gefahr, dass sich die Demokratie in Deutschland zur einer Demokratie der Besserverdienenden entwickelt und sozial schwächere Menschen durch das politische System nicht mehr vertreten werden (vgl. Schäfer et al. 2013: 25ff.).

7.2. Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen

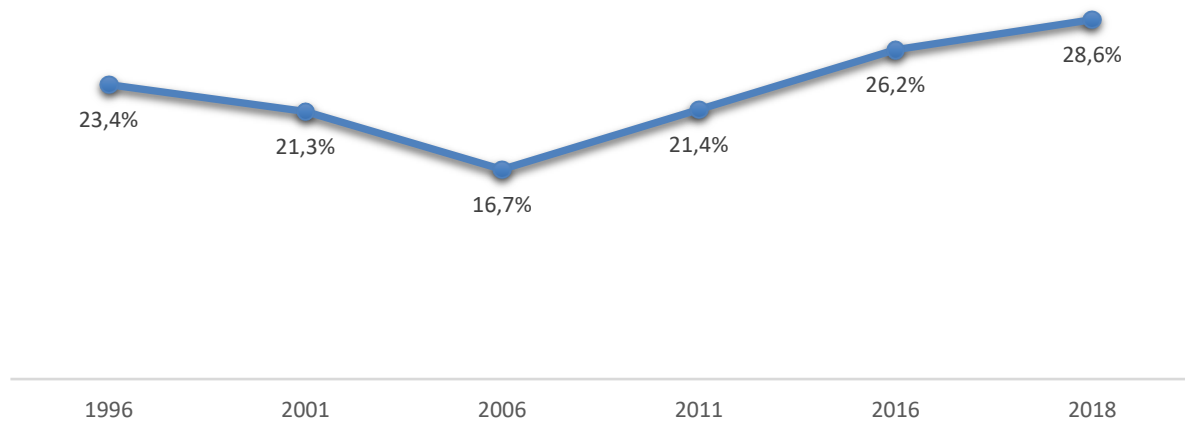
Auf der Karte wird der Anteil weiblicher Mitglieder in den Stadt- bzw. Gemeinderäten dargestellt. Außerdem wird aufgezeigt, wie sich der Frauenanteil im Kreistag von 1996 bis 2018 verändert hat.

Abb. 87: Frauenanteil in den Stadt- bzw. Gemeinderäten



Stand: 31.12.2018; Quelle: Stadt-, Gemeinde- oder Samtgemeindeverwaltungen (persönlich oder auf der Website), eigene Berechnung

Abb. 88: Frauenanteil im Kreistag von 1996 bis 2018



Stand: 31.12.2018; Quelle: Landkreis Helmstedt, Kreiswahlleiter, eigene Darstellung

Analyse

Der Indikator Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen gibt Hinweise darauf, wie groß die politische Einflussnahme von Frauen vor Ort ist. Er kann darüber hinaus anzeigen, wie sich die politisch-gesellschaftliche Kultur entwickelt und wie das Wahlverhalten der Wähler*innen ist (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2017: 8).

Im Landkreis Helmstedt gibt es keine kommunale Vertretung, in der mehr Frauen als Männer sitzen und nur im Gemeinderat Groß Twülpstedt sind Frauen und Männer paritätisch vertreten. Außer im Gemeinderat Groß Twülpstedt liegt der Frauenanteil lediglich im Gemeinderat Beierstedt (40,0 %), im Stadtrat Helmstedt (31,6 %) und im Gemeinderat Grasleben (30,8%) über 30 %. Im Gemeinderat Jerxheim ist keine Frau vertreten.

Bei den Samtgemeinderäten hat die SG Velpke mit 23,3 % den höchsten und die SG Heeseberg mit 7,1 % den niedrigsten Frauenanteil. Die SG Grasleben (21,4 %) und die SG Nord-Elm (18,8 %) liegen dazwischen.

Im Kreistag Helmstedt liegt der Frauenanteil derzeit bei 28,6 %.

Fazit / Handlungsempfehlungen

Auf kommunaler Ebene kann ein aktiver Beitrag zur Erhöhung der Frauenanteile in den Vertretungen geleistet werden, indem politische Parteien bei Wahlen die Hälfte ihrer Listenplätze Frauen zuteilen (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2018: 54).

Um mehr Frauen für die Arbeit in politischen Gremien zu gewinnen, sollte die Frauen- und Nachwuchsförderung in Parteien gestärkt werden. Es sollte mehr Empowerment- und Mentoring-Programme sowie eine stärkere Vernetzung von Kommunalpolitikerinnen geben.

Es ist darüber hinaus wichtig, die Kommunalpolitik zu modernisieren und bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Kommunalpolitik, Beruf und Familie zu schaffen, um Partizipation überhaupt zu ermöglichen. Dies wünschen sich nicht nur Frauen, sondern auch viele männliche Kommunalpolitiker der jüngeren Generation (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2014: 12).

8. Zusammenfassung/Fazit

Bei der Analyse der vorliegenden Daten hat sich gezeigt, dass sich die Lebensverhältnisse im Landkreis Helmstedt sehr unterschiedlich gestalten und die einzelnen Kommunen vor verschiedenen Herausforderungen in der Zukunft stehen. Die Lebenslagen in jeder der acht Kommunen im Landkreis Helmstedt werden hier anhand der Einflussfaktoren Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren, Beschäftigungsquote, Arbeitslosigkeit, Mindestsicherungsquoten, Betreuungsquoten in den Kindertagesstätten, Preise für Wohnraum, Erreichbarkeiten und Wahlbeteiligung noch einmal abschließend bewertet. Diese Einflussfaktoren umfassen mehrere Dimensionen der Lebenslagen und geben so ein Gesamtbild über die Lage vor Ort und beantworten gleichzeitig einige der aktuell wichtigsten politischen Fragen. Mit dieser Kurzzusammenfassung soll ein Bild über die aktuelle Lage jeder der acht Kommunen gegeben werden und gleichzeitig sollen erste Anhaltspunkte aufgezeigt werden, wo möglicherweise Handlungsbedarf besteht.

Die Stadt Helmstedt ist in den letzten Jahren unabhängig von der Fusion mit Büddenstedt minimal gewachsen. Sie hat vor allem Zuzüge durch Familienwandernde, dafür aber Wegzüge bei den Bildungs- sowie den Arbeitsmarktwandernden. Helmstedt hat eine sehr niedrige Beschäftigungsquote und eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Die Mindestsicherungsquote in der Stadt ist sehr hoch. Bei den Betreuungsquoten in Kindertagesstätten hat Helmstedt bei den 3- bis 5-Jährigen einen hohen und bei den unter 3-Jährigen einen mittleren Wert. Die Preise für Wohnraum liegen in der Stadt im mittleren Bereich. Helmstedt ist sehr gut an den Fernverkehr der Bahn und an das Autobahnnetz angebunden. Bei den letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag hatte die Stadt Helmstedt eine sehr niedrige Wahlbeteiligung.

Die Stadt Königslutter am Elm ist in den letzten Jahren geringfügig gewachsen. Sie hat vor allem Zuzüge durch Arbeitsmarktwandernde und hohe Wegzüge bei den Bildungswandernden. Die Stadt hat eine mittelmäßige Beschäftigungsquote und eine niedrige Arbeitslosigkeit. Die Mindestsicherungsquote in Königslutter am Elm ist mittelmäßig. Bei den Betreuungsquoten in Kindertagesstätten hat die Stadt Königslutter am Elm bei den 3- bis 5-Jährigen einen mittleren und bei den unter 3-Jährigen einen hohen Wert. Die Preise für Wohnraum liegen in der Stadt im oberen Bereich. Königslutter am Elm ist gut an den Fernverkehr der Bahn und das Autobahnnetz angebunden. Bei den letzten Bundestagswahlen hatte die Stadt eine mittelmäßige Wahlbeteiligung.

Das Bevölkerungswachstum der Stadt Schöningen hat in den letzten Jahren stagniert. Schöningen hat Zuzüge bei den Familienwandernden und bei den Arbeitsmarktwandernden, aber Wegzüge bei den Bildungswandernden. Die Stadt hat eine sehr niedrige Beschäftigungsquote und eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Die Mindestsicherungsquote in Schöningen ist sehr hoch. Bei den Betreuungsquoten in Kindertagesstätten hat die Stadt sowohl bei

den 3- bis 5-Jährigen als auch bei den unter 3-Jährigen sehr niedrige Werte. Die Preise für Wohnraum liegen in der Stadt Schöningen im unteren Bereich. Von Schöningen aus ist der nächstgelegene Fernverkehrsbahnhof mit dem Auto mittelmäßig schnell zu erreichen. Die Stadt ist gut an das Autobahnnetz angebunden. Bei den letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag hatte Schöningen eine sehr niedrige Wahlbeteiligung.

Die Gemeinde Lehre ist in den letzten Jahren sehr stark gewachsen. Sie hat vor allem Zuzüge durch Arbeitsmarktwandernde, allerdings hohe Wegzüge bei den Bildungswandernden. Lehre hat eine hohe Beschäftigungsquote und eine niedrige Arbeitslosigkeit. Die Mindestsicherungsquote in der Gemeinde ist sehr niedrig. Bei den Betreuungsquoten in Kindertagesstätten hat die Gemeinde Lehre bei den 3- bis 5-Jährigen einen sehr hohen und bei den unter 3-Jährigen einen niedrigen Wert. Die Preise für Wohnraum in Lehre liegen im oberen Bereich. Von Lehre aus ist der nächstgelegene Fernverkehrsbahnhof mit dem Auto mittelmäßig schnell zu erreichen. Lehre ist gut an das Autobahnnetz angebunden. Bei den letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag hatte die Gemeinde eine sehr hohe Wahlbeteiligung.

In der SG Grasleben sind in den letzten Jahren die Gemeinden Grasleben und Rennau leicht und die Gemeinden Mariental und Querenhorst stark geschrumpft. In der Samtgemeinde gibt es Zuzüge durch Ruhestandswandernde. Bei den Bildungs- sowie den Arbeitsmarktwandernden gibt es viele Wegzüge. Die Gemeinden Grasleben, Querenhorst und Rennau haben hohe und die Gemeinde Mariental eine niedrige Beschäftigungsquote. Die Arbeitslosigkeit ist in Grasleben, Mariental und Rennau niedrig und in Querenhorst sehr niedrig. Die Mindestsicherungsquote in der Samtgemeinde ist niedrig. Bei den Betreuungsquoten in Kindertagesstätten hat die SG Grasleben sowohl bei den 3- bis 5-Jährigen als auch bei den unter 3-Jährigen sehr hohe Werte. Die Preise für Wohnraum liegen in der Samtgemeinde im mittleren Bereich. Der nächstgelegene Fernverkehrsbahnhof ist von der SG Grasleben aus schnell mit dem Auto zu erreichen. Die SG ist im Durchschnitt sehr gut an das Autobahnnetz angebunden. Bei den letzten Bundestagswahlen gab es in der Samtgemeinde eine mittelmäßige Wahlbeteiligung.

In der SG Heeseberg sind in den letzten Jahren die Gemeinden Beierstedt, Gevensleben und Söllingen stark geschrumpft und die Gemeinde Jerxheim minimal gewachsen. Die Samtgemeinde hat Zuzüge bei den Arbeitsmarkt- sowie bei den Ruhestandswandernden. Sie hat besonders hohe Wegzüge bei den Bildungswandernden. Die Gemeinden Beierstedt und Jerxheim haben beide eine sehr niedrige Beschäftigungsquote und eine hohe Arbeitslosigkeit. Die Gemeinden Gevensleben und Söllingen haben niedrige Beschäftigungsquoten und eine mittelmäßige Arbeitslosigkeit. Die SG Heeseberg hat eine hohe Mindestsicherungsquote. Bei den Betreuungsquoten in Kindertagesstätten hat die Samtgemeinde sowohl bei den 3- bis 5-Jährigen als auch bei den unter 3-Jährigen sehr niedrige Werte. Die Preise für

Wohnraum liegen in der SG Heeseberg im unteren Bereich. Die Fahrt zum nächstgelegenen Fernverkehrsbahnhof dauert von der SG Heeseberg aus mit dem Auto sehr lange. Die SG Heeseberg ist sehr schlecht an das Autobahnnetz angebunden. Bei den letzten Bundestagswahlen hatte die Samtgemeinde eine niedrige Wahlbeteiligung.

In den letzten Jahren sind in der SG Nord-Elm die Gemeinden Rábke und Süpplingen stark und die Gemeinde Süpplingenburg geringfügig gewachsen. Die Gemeinde Frellstedt ist geringfügig geschrumpft, die Gemeinden Warberg und Wolsdorf sind stark geschrumpft. Die SG Nord-Elm hat vor allem Zuzüge durch Familienwandernde, sie hat sehr hohe Wegzüge bei den Arbeitsmarkt- sowie den Bildungswandernden. Süpplingen sowie Süpplingenburg haben mittelmäßige und Frellstedt, Rábke sowie Wolsdorf niedrige Beschäftigungsquoten, die von Warberg ist sehr niedrig. Warberg hat wiederum eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit, die von Rábke und Süpplingenburg ist niedrig und von Frellstedt, Süpplingen und Wolsdorf mittelmäßig. Die SG Nord-Elm hat eine mittelmäßige Mindestsicherungsquote. Bei den Betreuungsquoten in Kindertagesstätten hat die Samtgemeinde bei den 3- bis 5-Jährigen einen niedrigen und bei den unter 3-Jährigen einen mittleren Wert. Die Preise für Wohnraum liegen in der SG Nord-Elm im unteren Bereich. Die Samtgemeinde ist im Durchschnitt gut an den Fernverkehr der Bahn und mittelmäßig an das Autobahnnetz angebunden. Bei den letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag hatte die SG Nord-Elm eine hohe Wahlbeteiligung.

In der SG Velpke sind in den letzten Jahren die Gemeinden Danndorf und Grafhorst stark und die Gemeinden Groß Twülpstedt und Velpke leicht gewachsen. Die Gemeinde Bahrdorf ist leicht geschrumpft. Die Samtgemeinde hat vor allem Zuzüge durch Familienwandernde und Wegzüge bei den Bildungs- sowie den Arbeitsmarktwandernden. Die Gemeinde Bahrdorf hat eine hohe Beschäftigungsquote, die Gemeinden Danndorf, Grafhorst, Groß Twülpstedt und Velpke haben sehr hohe Beschäftigungsquoten. Die Gemeinden Bahrdorf und Velpke haben eine niedrige und die Gemeinden Danndorf, Grafhorst und Groß Twülpstedt eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit. Die Mindestsicherungsquote in der SG Velpke ist sehr niedrig. Bei den Betreuungsquoten in Kindertagesstätten hat die Samtgemeinde bei den 3- bis 5-Jährigen einen mittleren und bei den unter 3-Jährigen einen sehr hohen Wert. Die Preise für Wohnraum liegen in der SG Velpke im oberen Bereich. Die Fahrt zum nächstgelegenen Fernverkehrsbahnhof dauert von der SG Velpke aus mit dem Auto sehr lange. Die Samtgemeinde ist sehr schlecht an das Autobahnnetz angebunden. Bei den letzten Bundestagswahlen hatte die Samtgemeinde eine sehr hohe Wahlbeteiligung.

Abbildungsverzeichnis

Abb.-Nr.	Titel	Seite
Abb. 1	Übersichtskarte zur Bevölkerung im Landkreis Helmstedt	4
Abb. 2	Geschlechterverteilung in der Bevölkerung nach Kommunen	5
Abb. 3	Bevölkerungsentwicklung 2012-2017 der Städte und Gemeinden insgesamt	6
Abb. 4	Bevölkerungsentwicklung 2012-2017 in den Kommunen nach Geschlechtern	7
Abb. 5	Bevölkerungsvorausberechnung 2016-2026 in den Kommunen	8
Abb. 6	Bevölkerungsvorausberechnung 2016-2026 in den Kommunen nach Geschlechtern	9
Abb. 7	Bevölkerungsvorausberechnung 2016-2026 auf Kreisebene nach Altersgruppen	9
Abb. 8	Rohe Geburtenziffern in den Städten und Gemeinden	10
Abb. 9	Sterbeziffern in den Städten und Gemeinden	12
Abb. 10	Wanderungsraten der Städte und Gemeinden	14
Abb. 11	Wanderungsraten in den Kommunen nach Motivgruppen	16
Abb. 12	Verteilung der Altersgruppen in der Bevölkerung nach Kommunen	18
Abb. 13	Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden	20
Abb. 14	Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Kommunen nach Geschlechtern	21
Abb. 15	Jugendquotient in den Städten und Gemeinden	22
Abb. 16	Altenquotient in den Städten und Gemeinden	24
Abb. 17	Abhängigenquotient in den Städten und Gemeinden	26
Abb. 18	Aging-Index in den Städten und Gemeinden	28
Abb. 19	Greying-Index in den Städten und Gemeinden	30
Abb. 20	Anteil der Ausländer*innen an der Bevölkerung in den Kommunen	32
Abb. 21	Zahl der Einbürgerungen je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene	33
Abb. 22	Zahl der Eheschließungen und -scheidungen je 1.000 volljährigen Einwohner*innen auf Kreisebene	34
Abb. 23	Beschäftigungsquote in den Städten und Gemeinden	38
Abb. 24	Beschäftigungsquote der Frauen in den Städten und Gemeinden	40
Abb. 25	Pendlersaldo je 1.000 Einwohner*innen in den Kommunen	42
Abb. 26	Anteil der geringfügig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	44
Abb. 27	Aufteilung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse nach Geschlecht	45
Abb. 28	Geschlechtsspezifische Einkommensspreizung in Euro pro Monat	46
Abb. 29	Kaufkraft pro Kopf in Euro	47
Abb. 30	Zahl der überschuldeten Personen je 100 volljährigen Einwohner*innen auf Kreisebene	48

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Abb. 31	Verbraucherinsolvenzen je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene	49
Abb. 32	Saldo aus Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen in den Städten und Gemeinden	50
Abb. 33	Anteil der arbeitslosen Personen in den Städten und Gemeinden	52
Abb. 34	Anteil der Empfänger*innen von ALG II in den Städten und Gemeinden	54
Abb. 35	Anteil der Alleinerziehenden an allen ELB	56
Abb. 36	Kinderarmut in den Städten und Gemeinden	58
Abb. 37	Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung an allen Einwohner*innen ab 65 Jahren	60
Abb. 38	Empfänger*innen von Grundsicherung aufgeteilt nach Geschlechtern	60
Abb. 39	Mindestsicherungsquoten in den Kommunen insgesamt	62
Abb. 40	Mindestsicherungsquoten in den Kommunen nach Geschlechtern	62
Abb. 41	Mindestsicherungsquoten in den Kommunen nach Staatsangehörigkeit	62
Abb. 42	Mindestsicherungsquoten in den Kommunen für die Altersgruppen unter 18 Jahren und ab 65 Jahren	63
Abb. 43	Zahl der Elterngeldanträge je 1.000 Einwohner*innen in den Kommunen	66
Abb. 44	Elterngeldanträge nach Geschlecht der antragsstellenden Person	66
Abb. 45	Entwicklung der Kindertagesstättenplätze in den Kommunen von 2013 bis 2018 in %	68
Abb. 46	Betreuungsquoten in den Kommunen nach Altersgruppen	70
Abb. 47	Anteil der Bildungs- und Teilhabepaket-Empfänger*innen an den minderjährigen Einwohner*innen	72
Abb. 48	Geschlechterverteilung bei den Grundschüler*innen nach Kommunen	74
Abb. 49	Anteil ausländischer Schüler*innen an den Grundschulen nach Kommunen	74
Abb. 50	Anteil von Abitur, Realschul- und Hauptschulabschlüssen an allen Schulabgänger*innen auf Kreisebene	76
Abb. 51	Anteil der Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss an allen Schulabgänger*innen auf Kreisebene	78
Abb. 52	Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss aufgeteilt nach Geschlecht auf Kreisebene	78
Abb. 53	Hilfen zur Erziehung je 100 minderjährigen Einwohner*innen	80
Abb. 54	Jugendgerichtshilfen je 100 Einwohner*innen im Alter von 15 bis 19 Jahren	81
Abb. 55	Hausarzt*innen je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene	84
Abb. 56	Facharzt*innen je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene	84
Abb. 57	Gynäkolog*innen je 10.000 Einwohnerinnen auf Kreisebene	85
Abb. 58	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung	86
Abb. 59	Verstorbene Personen vor Erreichen des 65. Lebensjahres je 10.000 Einwohner*innen nach Geschlechtern und insgesamt auf Kreisebene	88
Abb. 60	Gestorbene je 10.000 Einwohner*innen nach Haupttodesursache	90
Abb. 61	Anteil der schwerbehinderten Einwohner*innen	92

Abb. 62	Pflegebedürftige im Landkreis Helmstedt nach unterschiedlichen Merkmalen	94
Abb. 63	Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene	96
Abb. 64	Anteil der Empfänger*innen von Hilfe zur Pflege an allen Leistungsempfänger*innen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII	96
Abb. 65	Zahl der voll- und teilstationären Pflegeheimplätze im Landkreis Helmstedt	98
Abb. 66	Flächenanteile unterschiedlicher Nutzung in den Kommunen	102
Abb. 67	Anteile von Wald- und Landwirtschaftsflächen in den Kommunen	103
Abb. 68	Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner*in in den Städten und Gemeinden	104
Abb. 69	Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in den Kommunen	106
Abb. 70	Anteile von Wohnungen nach Art an allen Wohnungen in den Kommunen	107
Abb. 71	Belegungsdichte von Wohnungen in den Kommunen	108
Abb. 72	Durchschnittliche Nettokaltmieten je m ² für Wohnungen in den Kommunen	109
Abb. 73	Eigenheimpreise je m ² in den Kommunen	110
Abb. 74	Baulandpreise auf Kreisebene je m ² baureifes Land	111
Abb. 75	Baugenehmigungsdichte in den Kommunen	112
Abb. 76	Wohngeldempfänger*innen je 1.000 Einwohner*innen in den Kommunen	113
Abb. 77	Straftaten je 10.000 Einwohner*innen insgesamt auf Kreisebene	114
Abb. 78	Verschiedene Straftaten je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene	114
Abb. 79	Fälle von Gewaltkriminalität je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene	114
Abb. 80	Fälle von Straßenkriminalität je 10.000 Einwohner*innen auf Kreisebene	115
Abb. 81	PKW-Dichte in den Städten und Gemeinden	116
Abb. 82	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit in Minuten	118
Abb. 83	Verkehrsunfälle je 1.000 Einwohner*innen	120
Abb. 84	Verunglückte Personen je 1.000 Einwohner*innen	120
Abb. 85	Wahlbeteiligung bei der Bundestags- und der Landtagswahl 2017 auf Ebene der Kommunen	124
Abb. 86	Wahlbeteiligung bei der Kreistagswahl 2016 auf Ebene der Kommunen	124
Abb. 87	Frauenanteil in den Stadt- bzw. Gemeinderäten	126
Abb. 88	Frauenanteil im Kreistag von 1996 bis 2018	127

Literaturverzeichnis

Berlin-Institut (2009): Glossar, URL: <https://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html> [letzter Zugriff: 09.05.2019].

Berlin-Institut (2011): Die Zukunft der Dörfer.

Berlin-Institut (2013): Anleitung zum Wenigersein. Vorschlag für eine Demografiestrategie.

Berlin-Institut (2014): Stadt für alle Lebensalter.

Berlin-Institut (2016): Im Osten auf Wanderschaft.

Bertelsmann Stiftung / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung / Deutscher Landkreistag / Deutscher Städtetag / Deutscher Städte- und Gemeindebund / Deutsches Institut für Urbanistik / Engagement Global (2018): SDG-Indikatoren für Kommunen. Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen.

Bundesinstitut für Bau, Stadt und Raumforschung (BBSR) (2011): Bildung, Gesundheit, Pflege – Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur.

Bundeskriminalamt (2017): Polizeiliche Kriminalstatistik, Übersicht Summenschlüssel.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): Zweiter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. TEILHABE – BEEINTRÄCHTIGUNG – BEHINDERUNG.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2016): Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume 2016.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, und Jugend (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, und Jugend (2014): Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Siebter Altenbericht. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018): Väterreport. Vater sein in Deutschland heute.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Starke-Familien-Gesetz, URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gesetze/starke-familien-gesetz/131178> [letzter Zugriff: 21.06.2019].

Bundeszentrale für politische Bildung / Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

- Berlin) (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.
- Bundeszentrale für politische Bildung / Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) (2018): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.
- Caritas (o.J.): Häufig gestellte Fragen. Was versteht man unter Eingliederungshilfe?, URL: <https://www.caritas.de/hilfeundberatung/onlineberatung/behinderungundpsychischeerkrankung/fagbehinderung/61928> [letzter Zugriff: 17.07.2019].
- Chassé, Karl August / Rahn, Peter (2010): Bewältigung durch Peerintegration im Übergang zu weiterführenden Schulen – Eine Perspektive moralischer Ökonomie benachteiligter Kinder, in: Zander, Margherita (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis, VS Verlag.
- Die Bundesausländerbeauftragte (2009): Einbürgerung in Deutschland, URL: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [letzter Zugriff: 09.05.2019].
- Die Bundesregierung (2017): Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland.
- Groos, Thomas / Jehles, Nora (2015): Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“ Werkstattbericht, Bertelsmann Stiftung.
- KGSt (2009): Sozialmonitoring
- KGSt (2010): Demografiemonitoring.
- Landeshauptstadt Hannover (2013): Sozialbericht 2013. Die Vielfalt Hannovers. Soziale Lagen und Soziale Räume.
- Landkreis Gifhorn (2012): Sozialbericht 2012.
- Landkreis Helmstedt (2017): 2. Pflegebericht für den Landkreis Helmstedt.
- Landkreis Helmstedt / Landkreis Wolfenbüttel (2019): Die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen in den Samtgemeinden Elm-Asse und Heeseberg sowie der Stadt Schöningen.
- Landkreis Mittelsachsen (2016): 1 Sozialbericht für den Landkreis Mittelsachsen 2010 bis 2014
- Lejeune, Constanze / Romeu Gordo, Laura / Simonson, Julia (2017): Einkommen und Armut in Deutschland: Objektive Einkommenssituation und deren subjektive Bewertung, in: Mahne, Katharina / Wolff, Julia Katharina / Simonson, Julia / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS), Springer VS.
- Nationale Armutskonferenz (2018): Armut stört. Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz.
- NBank (2014/2015): Generationengerechtes Wohnen in Niedersachsen – Perspektive 2035. Wohnungsmarktbeobachtung 2014/2015.
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2014): Anlagenbericht der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) zum HSBN-Bericht 2014. Thema: Alleinerziehende in Nds.
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2017): 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen.

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2018): Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen. Statistikteil Bericht 2018.
- NIW (2014): Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen. Teil B: Region Braunschweig.
- Prölß, Reiner (o.J.): Grundwissen Kommunalpolitik. 8. Kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Schäfer, Armin / Vehrkamp, Robert / Gagné, Jérémie Felix (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Bertelsmann Stiftung.
- Springer Professional (2018): Pkw-Dichte in Deutschland auf Rekordhoch, URL: <https://www.springerprofessional.de/mobilitaetskonzepte/carsharing/pkw-dichte-in-deutschland-auf-rekordhoch/15634942> [letzter Zugriff: 09.05.2019].
- Stadt Braunschweig (2014): Braunschweig für alle Kinder. Das Kommunale Handlungskonzept Kinderarmut.
- Stadt Osnabrück (2012): Soziale Ungleichheit in Osnabrück. Ein kleinräumiger Ansatz mit besonderer Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen.
- Stadt Wolfsburg (2015): Bildung in Wolfsburg 2014. 2. Bildungsbericht der Stadt Wolfsburg.
- Statistisches Bundesamt / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg / Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) (2014): Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings.
- Statistisches Bundesamt (2017a): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2016.
- Statistisches Bundesamt (2017b): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales.
- Statistisches Bundesamt (2018): Alleinerziehende in Deutschland 2017.
- Tonn, Julia Jane (2016): Frauen in Führungspositionen. Ursachen der Unterrepräsentanz weiblicher Führungskräfte in Unternehmen, Springer VS.
- Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz (o.J.): Änderungen im Einzelnen. Was ändert sich durch das BTHG?, URL: <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/gesetz/aenderungen-im-einzelnen/> [letzter Zugriff: 17.07.2019].
- Walter et al. (2013): Die Zukunft der Arbeitswelt. Auf dem Weg ins Jahr 2030, Robert Bosch Stiftung.
- Zweckverband Großraum Braunschweig (2014): Masterplan demographischer Wandel für den Großraum Braunschweig.

Anhang

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Stadt Helmstedt				
	Stadt Helmstedt		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	25.803	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	3.997	15,5%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	6.253	24,2%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	9.395	36,4%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	4.276	16,6%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	1.882	7,3%	6.452	7,0%
Jugendquotient	30,1		30,0	
Altenquotient	40,8		39,4	
Abhängigenquotient	70,9		69,4	
Aging-Index	135,5		131,2	
Greying-Index	44,0		43,4	
Anteil der Ausländer/innen	9,8%		6,6%	
Anteil der Menschen mit Schwer- behinderung	10,3%		9,1%	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	222		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	381		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	1.554		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	1.473		5.727	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Stadt Helmstedt				
	Stadt Helmstedt		Landkreis Helmstedt	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	9.680	10.592	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	1.300	2.079	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	1.385		3.064	
davon sind				
Männer Frauen Ausländer/innen	762		1.727	
	623		1.337	
	275		487	
Mindestsicherungsleistungen (Stand: 31.12.2017)	Anzahl		Anzahl	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte SGB II (ALG II)	2.332		4.925	
nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte SGB II (Sozialgeld)	803		1.737	
Hilfe zum Lebensunterhalt avE	131		298	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	466		1.023	
Regelleistungen nach dem AsylbLG	208		649	
Mindestsicherungsempfänger/innen insgesamt	3.940		8.632	
Mindestsicherungsempfänger/innen je 1000 Einwohner/innen	152,7		94,1	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Stadt Königslutter am Elm				
	Stadt Königslutter am Elm		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	15.774	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	2.415	15,3%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	3.733	23,7%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	5.874	37,2%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	2.633	16,7%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	1.119	7,1%	6.452	7,0%
Jugendquotient	29,7		30,0	
Altenquotient	40,5		39,4	
Abhängigenquotient	70,1		69,4	
Aging-Index	136,4		131,2	
Greying-Index	42,5		43,4	
Anteil der Ausländer/innen	6,5%		6,6%	
Anteil der Menschen mit Schwerbehinderung	8,8%		9,1%	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	127		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	222		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	844		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	854		5.727	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Stadt Königslutter am Elm				
	Stadt Königslutter am Elm		Landkreis Helmstedt	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	6.376	3.960	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	724	767	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	395		3.064	
davon sind				
Männer Frauen Ausländer/innen	228		1.727	
	167		1.337	
	54		487	
Mindestsicherungsleistungen (Stand: 31.12.2017)	Anzahl		Anzahl	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte SGB II (ALG II)	683		4.925	
nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte SGB II (Sozialgeld)	245		1.737	
Hilfe zum Lebensunterhalt avE	55		298	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	149		1.023	
Regelleistungen nach dem AsylbLG	115		649	
Mindestsicherungsempfänger/innen insgesamt	1.247		8.632	
Mindestsicherungsempfänger/innen je 1000 Einwohner/innen	79,1		94,1	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Stadt Schöningen				
	Stadt Schöningen		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	11.412	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	1.751	15,3%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	2.639	23,1%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	4.221	37,0%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	1.839	16,1%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	962	8,4%	6.452	7,0%
Jugendquotient	30,1		30,0	
Altenquotient	42,3		39,4	
Abhängigenquotient	72,5		69,4	
Aging-Index	140,5		131,2	
Greying-Index	52,3		43,4	
Anteil der Ausländer/innen	6,4%		6,6%	
Anteil der Menschen mit Schwerbehinderung	10,8%		9,1%	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	110		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	198		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	773		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	676		5.727	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Stadt Schöningen				
	Stadt Schöningen		Landkreis Helmstedt	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4.085	1.726	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	551	585	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	613		3.064	
davon sind				
Männer Frauen Ausländer/innen	356		1.727	
	257		1.337	
	74		487	
Mindestsicherungsleistungen (Stand: 31.12.2017)	Anzahl		Anzahl	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte SGB II (ALG II)	1.006		4.925	
nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte SGB II (Sozialgeld)	387		1.737	
Hilfe zum Lebensunterhalt avE	55		298	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	202		1.023	
Regelleistungen nach dem AsylbLG	93		649	
Mindestsicherungsempfänger/innen insgesamt	1.743		8.632	
Mindestsicherungsempfänger/innen je 1000 Einwohner/innen	152,7		94,1	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Lehre				
	Gemeinde Lehre		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	12.218	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	2.046	16,7%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	3.092	25,3%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	4.507	36,9%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	1.844	15,1%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	729	6,0%	6.452	7,0%
Jugendquotient	30,9		30,0	
Altenquotient	34,9		39,4	
Abhängigenquotient	65,8		69,4	
Aging-Index	113,0		131,2	
Greying-Index	39,5		43,4	
Anteil der Ausländer/innen	5,2%		6,6%	
Anteil der Menschen mit Schwerbehinderung	7,2%		9,1%	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	128		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	162		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	880		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	877		5.727	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Lehre				
	Gemeinde Lehre		Landkreis Helmstedt	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5.321	1.810	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	572	467	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	182		3.064	
davon sind				
Männer Frauen Ausländer/innen	109		1.727	
	73		1.337	
	40		487	
Mindestsicherungsleistungen (Stand: 31.12.2017)	Anzahl		Anzahl	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte SGB II (ALG II)	237		4.925	
nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte SGB II (Sozialgeld)	65		1.737	
Hilfe zum Lebensunterhalt avE	17		298	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	78		1.023	
Regelleistungen nach dem AsylbLG	103		649	
Mindestsicherungsempfänger/innen insgesamt	500		8.632	
Mindestsicherungsempfänger/innen je 1000 Einwohner/innen	40,9		94,1	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Grasleben				
	Samtgemeinde Grasleben		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	4.372	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	632	14,5%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	953	21,8%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	1.756	40,2%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	714	16,3%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	317	7,3%	6.452	7,0%
Jugendquotient	27,2		30,0	
Altenquotient	39,3		39,4	
Abhängigenquotient	66,5		69,4	
Aging-Index	144,2		131,2	
Greying-Index	44,4		43,4	
Anteil der Ausländer/innen	3,6%		6,6%	
Anteil der Menschen mit Schwer- behinderung	9,6%		9,1%	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	36		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	86		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	283		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	280		5.727	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Grasleben				
	Samtgemeinde Grasleben		Landkreis Helmstedt	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.872	2.122	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	218	246	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	68		3.064	
davon sind				
Männer Frauen Ausländer/innen	45		1.727	
	23		1.337	
	*		487	
Mindestsicherungsleistungen (Stand: 31.12.2017)	Anzahl		Anzahl	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte SGB II (ALG II)	97		4.925	
nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte SGB II (Sozialgeld)	20		1.737	
Hilfe zum Lebensunterhalt avE	11		298	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	32		1.023	
Regelleistungen nach dem AsylbLG	40		649	
Mindestsicherungsempfänger/innen insgesamt	200		8.632	
Mindestsicherungsempfänger/innen je 1000 Einwohner/innen	45,7		94,1	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Grasleben				
	Gemeinde Grasleben		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	2.391	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	369	15,4%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	529	22,1%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	922	38,6%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	399	16,7%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	172	7,2%	6.452	7,0%
Jugendquotient	29,3		30,0	
Altenquotient	40,6		39,4	
Abhängigenquotient	69,8		69,4	
Aging-Index	138,6		131,2	
Greying-Index	43,1		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	25		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	44		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	142		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	138		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.004	796	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	119	145	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	38		3.064	
davon sind				
Männer	24		1.727	
Frauen	14		1.337	

Gemeinde Mariental				
	Gemeinde Mariental		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	816	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	99	12,1%	14.363	15,7%
	166	20,3%	21.641	23,6%
	323	39,6%	34.397	37,5%
	151	18,5%	14.867	16,2%
	77	9,4%	6.452	7,0%
Jugendquotient	23,5		30,0	
Altenquotient	47,9		39,4	
Abhängigenquotient	71,4		69,4	
Aging-Index	203,6		131,2	
Greying-Index	51,0		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	6		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	32		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	76		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	72		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	322	*	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	44	*	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	15		3.064	
davon sind				
Männer	12		1.727	
Frauen	3		1.337	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Querenhorst				
	Gemeinde Querenhorst		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	483	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	62	12,8%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	113	23,4%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	219	45,3%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	55	11,4%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	34	7,0%	6.452	7,0%
Jugendquotient	22,4		30,0	
Altenquotient	27,6		39,4	
Abhängigenquotient	50,0		69,4	
Aging-Index	123,6		131,2	
Greying-Index	61,8		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	1		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	1		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	34		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	25		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	240	*	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	23	*	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	6		3.064	
davon sind				
Männer	3		1.727	
Frauen	3		1.337	

Gemeinde Rennau				
	Gemeinde Rennau		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	682	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	102	15,0%	14.363	15,7%
	145	21,3%	21.641	23,6%
	292	42,8%	34.397	37,5%
	109	16,0%	14.867	16,2%
	34	5,0%	6.452	7,0%
Jugendquotient	28,3		30,0	
Altenquotient	34,0		39,4	
Abhängigenquotient	62,4		69,4	
Aging-Index	120,2		131,2	
Greying-Index	31,2		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	4		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	9		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	31		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	45		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	306	106	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	32	34	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	9		3.064	
davon sind				
Männer	6		1.727	
Frauen	3		1.337	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Heeseberg				
	Samtgemeinde Heeseberg		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	3.813	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	615	16,1%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	757	19,9%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	1.467	38,5%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	633	16,6%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	341	8,9%	6.452	7,0%
Jugendquotient	33,3		30,0	
Altenquotient	45,7		39,4	
Abhängigenquotient	79,0		69,4	
Aging-Index	137,4		131,2	
Greying-Index	53,9		43,4	
Anteil der Ausländer/innen	3,1%		6,6%	
Anteil der Menschen mit Schwerbehinderung	9,3%		9,1%	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	29		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	82		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	242		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	252		5.727	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Heeseberg				
	Samtgemeinde Heeseberg		Landkreis Helmstedt	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.373	738	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	198	204	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	133		3.064	
davon sind				
Männer Frauen Ausländer/innen	72		1.727	
	61		1.337	
	*		487	
Mindestsicherungsleistungen (Stand: 31.12.2017)	Anzahl		Anzahl	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte SGB II (ALG II)	203		4.925	
nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte SGB II (Sozialgeld)	83		1.737	
Hilfe zum Lebensunterhalt avE	10		298	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	29		1.023	
Regelleistungen nach dem AsylbLG	24		649	
Mindestsicherungsempfänger/innen insgesamt	349		8.632	
Mindestsicherungsempfänger/innen je 1000 Einwohner/innen	91,5		94,1	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Beierstedt				
	Gemeinde Beierstedt		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	365	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	43	11,8%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	67	18,4%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	160	43,8%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	68	18,6%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	27	7,4%	6.452	7,0%
Jugendquotient	25,0		30,0	
Altenquotient	44,0		39,4	
Abhängigenquotient	69,0		69,4	
Aging-Index	175,9		131,2	
Greying-Index	39,7		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	2		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	8		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	12		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	17		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	146	*	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	20	*	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	15		3.064	
davon sind				
Männer	9		1.727	
Frauen	6		1.337	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Gemeinde Gevensleben				
	Gemeinde Gevensleben		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	633	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	106	16,7%	14.363	15,7%
	138	21,8%	21.641	23,6%
	244	38,5%	34.397	37,5%
	91	14,4%	14.867	16,2%
	54	8,5%	6.452	7,0%
Jugendquotient	31,2		30,0	
Altenquotient	39,0		39,4	
Abhängigenquotient	70,2		69,4	
Aging-Index	125,0		131,2	
Greying-Index	59,3		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	8		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	8		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	40		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	40		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	245	75	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	48	46	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	17		3.064	
davon sind				
Männer	11		1.727	
Frauen	6		1.337	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Jerxheim				
	Gemeinde Jerxheim		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	1.167	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	181	15,5%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	212	18,2%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	423	36,2%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	193	16,5%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	158	13,5%	6.452	7,0%
Jugendquotient	35,5		30,0	
Altenquotient	58,3		39,4	
Abhängigenquotient	93,9		69,4	
Aging-Index	164,0		131,2	
Greying-Index	81,9		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	11		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	46		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	108		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	84		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	354	187	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	53	48	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	44		3.064	
davon sind				
Männer	18		1.727	
Frauen	26		1.337	

Gemeinde Sölingen				
	Gemeinde Sölingen		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	1.648	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	285	17,3%	14.363	15,7%
	340	20,6%	21.641	23,6%
	640	38,8%	34.397	37,5%
	281	17,1%	14.867	16,2%
	102	6,2%	6.452	7,0%
Jugendquotient	34,6		30,0	
Altenquotient	40,7		39,4	
Abhängigenquotient	75,3		69,4	
Aging-Index	117,8		131,2	
Greying-Index	36,3		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	8		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	20		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	82		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	111		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	628	472	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	77	103	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	57		3.064	
davon sind				
Männer	34		1.727	
Frauen	23		1.337	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Nord-Elm				
	Samtgemeinde Nord-Elm		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	5.663	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	857	15,1%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	1.139	20,1%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	2.255	39,8%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	1.012	17,9%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	400	7,1%	6.452	7,0%
Jugendquotient	29,8		30,0	
Altenquotient	43,1		39,4	
Abhängigenquotient	72,9		69,4	
Aging-Index	144,8		131,2	
Greying-Index	39,5		43,4	
Anteil der Ausländer/innen	3,3%		6,6%	
Anteil der Menschen mit Schwer- behinderung	8,8%		9,1%	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	49		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	78		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	399		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	383		5.727	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Nord-Elm				
	Samtgemeinde Nord-Elm		Landkreis Helmstedt	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.230	448	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	232	188	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	123		3.064	
davon sind				
Männer Frauen Ausländer/innen	72		1.727	
	51		1.337	
	*		487	
Mindestsicherungsleistungen (Stand: 31.12.2017)	Anzahl		Anzahl	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte SGB II (ALG II)	171		4.925	
nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte SGB II (Sozialgeld)	66		1.737	
Hilfe zum Lebensunterhalt avE	11		298	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	30		1.023	
Regelleistungen nach dem AsylbLG	42		649	
Mindestsicherungsempfänger/innen insgesamt	320		8.632	
Mindestsicherungsempfänger/innen je 1000 Einwohner/innen	56,5		94,1	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Frellstedt				
	Gemeinde Frellstedt		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	807	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	130	16,1%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	160	19,8%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	313	38,8%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	150	18,6%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	54	6,7%	6.452	7,0%
Jugendquotient	32,8		30,0	
Altenquotient	44,9		39,4	
Abhängigenquotient	77,8		69,4	
Aging-Index	136,9		131,2	
Greying-Index	36,0		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	8		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	13		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	64		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	53		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	308	135	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	31	28	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	23		3.064	
davon sind				
Männer	15		1.727	
Frauen	8		1.337	

Gemeinde Rábke				
	Gemeinde Rábke		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	701	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	93	13,3%	14.363	15,7%
	135	19,3%	21.641	23,6%
	299	42,7%	34.397	37,5%
	136	19,4%	14.867	16,2%
	38	5,4%	6.452	7,0%
Jugendquotient	24,6		30,0	
Altenquotient	41,1		39,4	
Abhängigenquotient	65,7		69,4	
Aging-Index	167,3		131,2	
Greying-Index	27,9		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	5		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	13		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	49		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	55		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	277	*	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	36	*	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	12		3.064	
davon sind				
Männer	7		1.727	
Frauen	5		1.337	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Süpplingen				
	Gemeinde Süpplingen		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	1.743	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	278	15,9%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	402	23,1%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	653	37,5%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	263	15,1%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	147	8,4%	6.452	7,0%
Jugendquotient	30,2		30,0	
Altenquotient	40,0		39,4	
Abhängigenquotient	70,2		69,4	
Aging-Index	132,7		131,2	
Greying-Index	55,9		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	14		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	29		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	149		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	125		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	721	190	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	65	72	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	45		3.064	
davon sind				
Männer	23		1.727	
Frauen	22		1.337	

Gemeinde Süplingenburg				
	Gemeinde Süplingenburg		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	654	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	113	17,3%	14.363	15,7%
	130	19,9%	21.641	23,6%
	255	39,0%	34.397	37,5%
	115	17,6%	14.867	16,2%
	41	6,3%	6.452	7,0%
Jugendquotient	35,0		30,0	
Altenquotient	42,3		39,4	
Abhängigenquotient	77,2		69,4	
Aging-Index	120,9		131,2	
Greying-Index	35,7		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	7		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	1		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	34		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	31		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	11	263	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	22	8	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	11		3.064	
davon sind				
Männer	6		1.727	
Frauen	5		1.337	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Warberg				
	Gemeinde Warberg		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	818	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	118	14,4%	14.363	15,7%
	130	15,9%	21.641	23,6%
	354	43,3%	34.397	37,5%
	158	19,3%	14.867	16,2%
	58	7,1%	6.452	7,0%
Jugendquotient	29,7		30,0	
Altenquotient	46,6		39,4	
Abhängigenquotient	76,3		69,4	
Aging-Index	156,5		131,2	
Greying-Index	36,7		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	3		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	13		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	28		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	53		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	304	50	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	41	40	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	8		3.064	
davon sind				
Männer	*		1.727	
Frauen	*		1.337	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Gemeinde Wolsdorf				
	Gemeinde Wolsdorf		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	940	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	125	13,3%	14.363	15,7%
	182	19,4%	21.641	23,6%
	381	40,5%	34.397	37,5%
	190	20,2%	14.867	16,2%
	62	6,6%	6.452	7,0%
Jugendquotient	26,9		30,0	
Altenquotient	46,5		39,4	
Abhängigenquotient	73,4		69,4	
Aging-Index	172,6		131,2	
Greying-Index	32,6		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	12		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	9		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	75		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	66		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	357	24	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	37	15	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	24		3.064	
davon sind				
Männer	14		1.727	
Frauen	10		1.337	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Velpke				
	Samtgemeinde Velpke		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	12.665	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	2.050	16,2%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	3.075	24,3%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	4.922	38,9%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	1.916	15,1%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	702	5,5%	6.452	7,0%
Jugendquotient	29,6		30,0	
Altenquotient	33,8		39,4	
Abhängigenquotient	63,3		69,4	
Aging-Index	114,2		131,2	
Greying-Index	36,6		43,4	
Anteil der Ausländer/innen	5,4%		6,6%	
Anteil der Menschen mit Schwerbehinderung	6,9%		9,1%	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	130		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	124		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	897		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	932		5.727	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Velpke				
	Samtgemeinde Velpke		Landkreis Helmstedt	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5.839	1.092	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	557	409	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	165		3.064	
davon sind				
Männer Frauen Ausländer/innen	83		1.727	
	82		1.337	
	*		487	
Mindestsicherungsleistungen (Stand: 31.12.2017)	Anzahl		Anzahl	
erwerbsfähige Leistungsberechtigte SGB II (ALG II)	196		4.925	
nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte SGB II (Sozialgeld)	68		1.737	
Hilfe zum Lebensunterhalt avE	8		298	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	35		1.023	
Regelleistungen nach dem AsylbLG	24		649	
Mindestsicherungsempfänger/innen insgesamt	331		8.632	
Mindestsicherungsempfänger/innen je 1000 Einwohner/innen	26,1		94,1	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Bahrdorf				
	Gemeinde Bahrdorf		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	1.861	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	296	15,9%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	464	24,9%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	742	39,9%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	271	14,6%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	88	4,7%	6.452	7,0%
Jugendquotient	28,6		30,0	
Altenquotient	30,7		39,4	
Abhängigenquotient	59,3		69,4	
Aging-Index	107,5		131,2	
Greying-Index	32,5		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	22		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	15		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	116		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	156		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	856	136	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	92	46	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	31		3.064	
davon sind				
Männer	17		1.727	
Frauen	14		1.337	

Gemeinde Danndorf				
	Gemeinde Danndorf		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	2.447	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	431	17,6%	14.363	15,7%
	665	27,2%	21.641	23,6%
	920	37,6%	34.397	37,5%
	305	12,5%	14.867	16,2%
	126	5,1%	6.452	7,0%
Jugendquotient	30,7		30,0	
Altenquotient	27,9		39,4	
Abhängigenquotient	58,6		69,4	
Aging-Index	91,1		131,2	
Greying-Index	41,3		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	36		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	19		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	195		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	193		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.156	55	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	95	41	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	32		3.064	
davon sind				
Männer	16		1.727	
Frauen	16		1.337	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Grafhorst				
	Gemeinde Grafhorst		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	1.076	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	173	16,1%	14.363	15,7%
	267	24,8%	21.641	23,6%
	381	35,4%	34.397	37,5%
	188	17,5%	14.867	16,2%
	67	6,2%	6.452	7,0%
Jugendquotient	31,8		30,0	
Altenquotient	40,9		39,4	
Abhängigenquotient	72,7		69,4	
Aging-Index	128,8		131,2	
Greying-Index	35,6		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	14		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	9		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	57		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	56		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	482	*	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	35	*	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	12		3.064	
davon sind				
Männer	8		1.727	
Frauen	4		1.337	

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Gemeinde Groß Twülpstedt				
	Gemeinde Groß Twülpstedt		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	2.629	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre 18 bis 39 Jahre 40 bis 64 Jahre 65 bis 79 Jahre 80 Jahre und älter	456	17,3%	14.363	15,7%
	619	23,5%	21.641	23,6%
	1.022	38,9%	34.397	37,5%
	395	15,0%	14.867	16,2%
	137	5,2%	6.452	7,0%
Jugendquotient	31,6		30,0	
Altenquotient	33,4		39,4	
Abhängigenquotient	65,0		69,4	
Aging-Index	105,6		131,2	
Greying-Index	34,7		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	26		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	28		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	200		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	221		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.226	252	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	110	57	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	29		3.064	
davon sind				
Männer	12		1.727	
Frauen	17		1.337	

1. Sozialbericht für den Landkreis Helmstedt

Gemeinde Velpke				
	Gemeinde Velpke		Landkreis Helmstedt	
Bevölkerung (Stand: 31.12.2017)	absolut	relativ	absolut	relativ
Gesamtbevölkerung	4.652	100,0%	91.720	100,0%
nach Altersgruppen				
0 bis 17 Jahre	694	14,9%	14.363	15,7%
18 bis 39 Jahre	1.060	22,8%	21.641	23,6%
40 bis 64 Jahre	1.857	39,9%	34.397	37,5%
65 bis 79 Jahre	757	16,3%	14.867	16,2%
80 Jahre und älter	284	6,1%	6.452	7,0%
Jugendquotient	27,7		30,0	
Altenquotient	36,8		39,4	
Abhängigenquotient	64,5		69,4	
Aging-Index	133,0		131,2	
Greying-Index	37,5		43,4	
Zahl der Geburten im Jahr 2017	32		831	
Zahl der Sterbefälle im Jahr 2017	53		1.333	
Zuzüge im Jahr 2017	329		5.872	
Wegzüge im Jahr 2017	306		5.727	
Beschäftigung (Stand: 30.06.2018)	am Wohnort	am Arbeitsort	am Wohnort	am Arbeitsort
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.119	623	36.776	22.488
geringfügig entlohnte Beschäftigte	225	233	4.352	4.945
Arbeitslosigkeit (Stand: 30.06.2018)	Anzahl		Anzahl	
Arbeitslose insgesamt	61		3.064	
davon sind				
Männer	30		1.727	
Frauen	31		1.337	

Impressum

Herausgeber:	Landkreis Helmstedt Der Landrat Geschäftsbereich Soziales Sozialplanung Postfach 1560, 38335 Helmstedt
Ansprechpartnerin:	Alexandra Girod-Blöhm Telefon: 05351 / 121-2275 Email: sozialplanung@landkreis-helmstedt.de www.helmstedt.de/sozialplanung
Erscheinungsort:	Helmstedt
Erscheinungsjahr:	2019
Druck:	Landkreis Helmstedt